

Stenografisches Protokoll

- Endgültige Fassung* -

der 65. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 18. April 2013, 9 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1 - 115
- ORR'in Bettina Neumann, LfV Baden-Württemberg	1
- Dr. Helmut Rannacher, LfV Baden-Württemberg	39
- KD Joachim Rück, LKA Baden-Württemberg	72
- EKHK'in Angelika Baumert, BKA	89

*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Dr. Helmut Rannacher (Anlage) sind in das Protokoll eingearbeitet.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses

Donnerstag, 18. April 2013, 10:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Binninger, Clemens	Hahn, Florian
Schipanski, Tankred	Heinrich, Frank
Schuster (Weil am Rhein), Armin	Schön (St. Wendel), Nadine
Stracké, Stephan	Winkelmeier-Becker, Elisabeth
SPD		SPD	
Edathy, Sebastian	Gleicke, Iris
Högl, Eva, Dr.	Kolbe (Leipzig), Daniela
Rix, Sönke	Özoguz, Aydan
FDP		FDP	
Tören, Serkan	Kurth (Kyffhäuser), Patrick
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid	Schulz, Jimmy
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Pau, Petra	Petermann, Jens
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Wieland, Wolfgang	Ströbele, Hans-Christian

09

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 18. April 2013, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

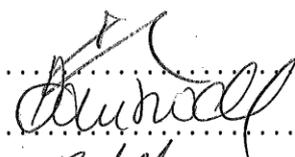
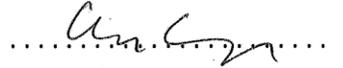
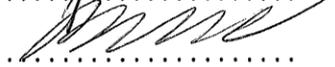
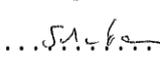
CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

BORGHERST	SPD	
HAWXWELL	SPD	Reichelt
REICHELT	SPD	
BARTEL	SPD	
Kant	Grüne	
van Coillie	CDU/CSU	
Langst	FDP	Langst
D. Krüger	SPD	
A. Panse	SPD	A. Panse
Vierbock	SPD	
BEYER	SPD	
BUSCH	FDP	
VON DIEB	FDP	
Scharlau	FDP	Scharlau
Krüger	FDP	

09

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 18. April 2013, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Wefritz
 Dr. Jenes
 Dr. Ulfner
 Schuparis
 Lehmann
 Kühnau
 v. Aufpunkt
 Julia Klein
 Claudia Kühler
 Molsberger

SPD
 CDU/CSU
 Linke
 SPD
 LINKE
 CDU/CSU
 SPD
 FDP
 FDP
 CDU/CSU

[Handwritten signatures]
 D. Ulfner
 Dr. Jenes
 Dr. Ulfner
 M. Schuparis
 Lehmann
 Kühnau
 v. Aufpunkt
 Julia Klein
 Claudia Kühler
 Molsberger

Donnerstag, 18. April 2013, 10:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
SMV	HUFMANN	SR	
BfV	BECK	PA	
BfV	Steinberg	RD'in	
BfV	Combrunn	HR	
BfV	Menschke	KA'in	
BfV	Gerns	KOR	
BfV	Reyer	UK	
BfV	WITZ	SonderBef	
BfV	TOMBERS	Ref	
BfV	FRINGS	PS	
BfV	SCHMERLICH	KA	
BfV	Reinmann	RF	
BfV	Christeleit	StA b. BfV	
BfV	Haus	RD	
BfV	Reinfeld	Wink	

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Stemmer		AR	LSA
Dr. Fabiane		Beauftragte	BW
Von Biele		RR	BW
Keil		HR	"
Mathias		MR	BW
Saare		RR	BE
Herr		Sts Ref	DE
Treffke		TB	BB
NITZSCHE		RR'in	RP
Müllerbach		RD'in	TH
H. Müll		RR	BY
SCHÖNER		HR	ZY
Falk		RR	SN

(Beginn: 12.12 Uhr)

**Vernehmung der Zeugin
Bettina Neumann**

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich eröffne die 65. Sitzung des laufenden Untersuchungsausschusses.

Ich möchte auf der Besuchertribüne insbesondere willkommen heißen den Botschafter der Republik Türkei, Seine Exzellenz Herrn Karslioglu, mit einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses der Großen Nationalversammlung der Türkei. Die Delegation und der Botschafter werden hier zeitweise der heutigen Zeugenvernehmung beiwohnen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Vernehmung von Zeugen:

- ORR'in Bettina Neumann, LfV Baden-Württemberg
- Dr. Helmut Rannacher, LfV Baden-Württemberg
- KD Joachim Rück, LKA Baden-Württemberg
- EKHK'in Angelika Baumert, BKA

Wir hören heute vier Zeuginnen und Zeugen: nach Frau Neumann Herrn Dr. Rannacher vom Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, dann Herrn Rück vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg und dann vom Bundeskriminalamt Frau Baumert.

Ich darf wie üblich diejenigen, die auf der Besuchertribüne Platz genommen haben, darauf aufmerksam machen, dass Ton- und Bildaufnahmen unzulässig sind. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen des Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern kann gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Weil die Gefahr einer Übertragung aus dem Sitzungssaal oder einer Aufzeichnung mittels moderner Funktelefone nicht ausgeschlossen werden kann, bitte ich Sie, entsprechende Handys, insbesondere Smartphones, während der gesamten Sitzung ausgeschaltet zu lassen bzw. zur Ausschaltung zu bringen.

Ich begrüße als erste Zeugin Frau Oberregierungsrätin Bettina Neumann. Frau Neumann, von Ihrer heutigen Zeugenvernehmung wird eine Tonbandaufnahme durch die Verwaltung des Bundestages gefertigt, die allerdings ausschließlich den Zweck zu erfüllen hat, die Erstellung des Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Stenografische Protokoll gefertigt worden ist, wird die Aufnahme gelöscht.

Das Protokoll wird Ihnen in vorläufiger Fassung schriftlich übermittelt. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb einer Frist von zwei Wochen Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass die Zeugin Neumann ordnungsgemäß geladen worden ist. Sie haben die Ladung am 27. März 2013 erhalten. Bezüglich Ihrer heutigen Zeugenvernehmung liegt eine Aussagegenehmigung des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit Datum vom 9. April 2013 vor. Das Bundesamt hat diese Genehmigung erteilt, weil Sie zwischenzeitlich dorthin gewechselt sind, wurde mir gerade gesagt.

Vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeugin geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Ge-

schäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Frau Neumann, haben Sie Fragen zu dem bisher Vorgetragenen?

Zeugin Bettina Neumann: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist nicht der Fall. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss kurz mit vollständigem Namen, Altersangabe und Berufsangabe vorzustellen.

Zeugin Bettina Neumann: Guten Tag! Mein Name ist Bettina Neumann. Ich bin 51 Jahre alt. Ich bin Oberregierungsrätin beim Bundesamt für Verfassungsschutz jetzt zur Zeit. Vorher war ich beim Landesamt für Verfassungsschutz in Stuttgart.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die laudungsfähige Anschrift ist demnach das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln.

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Neumann, Sie haben, wenn Sie es wünschen, nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, sich vor Ihrer Vernehmung zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen?

Zeugin Bettina Neumann: Nein, danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann würden wir jetzt direkt mit der Befragung durch die Fraktionen beginnen.

Ich weise darauf hin, dass wir mit einer namentlichen Abstimmung zwischen 13 und 14 Uhr zu rechnen haben. Ich gehe davon aus, dass wir die Zeugenbefragung auf jeden Fall unterbrechen werden müssen, was Frau Neumann betrifft. Darauf wollte ich vorsorglich hinweisen. Wenn es dann soweit ist, gebe ich Ihnen Nachricht.

Wir beginnen mit der ersten Berliner Stunde. Das Fragerecht hat zunächst für die CDU/CSU-Fraktion der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Frau Neumann, könnten Sie uns kurz in wenigen Sätzen erklären, was Ihre Aufgabe beim Landesamt für Verfassungsschutz war?

Zeugin Bettina Neumann: Ja. Ich war von 1993 bis 2011, bis zum 30. September 2011, Referatsleiterin für den Bereich Rechtsextremismus/Auswertung innerhalb der Abteilung 3, die sich mit inländischem, also mit Links- und Rechtsextremismus beschäftigt hat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ein außergewöhnlich langer Zeitraum. Können wir davon ausgehen, dass Sie dann die Person sind, die sich mit am besten in der rechten Szene in Baden-Württemberg auskennen müsste?

Zeugin Bettina Neumann: Na ja, das würde ich jetzt nicht so sagen wollen. Aber es war schon in der Tat ein recht langer Zeitraum, über den ich blicken kann. Vieles liegt natürlich schon recht lange zurück. Aber ja, ich habe einiges erlebt in diesen Jahren im LfV immer am selben Platz, in der Tat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Arbeitsweise: Sie haben selber die Informationen nicht beschafft - das war ein anderes Referat -, -

Zeugin Bettina Neumann: Genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - aber Sie haben von dort Informationen erhalten, aus dem ganzen Land. Was haben Sie dann mit diesen Informationen gemacht?

Zeugin Bettina Neumann: Man muss sich das so vorstellen: Im Bereich der Auswertung ist man Empfänger von Informationen, die aus unterschiedlichen Quellen bei uns angekommen sind. Das ist zum einen, wie Sie schon erwähnt haben, der Beschaffungsbereich, also Informationen, die auf nachrichtendienstlichem Wege erlangt werden, also etwa eben auf Quellenwege. Es gibt noch andere nachrichtendienstliche Mittel, die wir eingesetzt haben; das geht über Observationen, Ermittlungen, Telefonüberwachungsmaßnahmen. Das ist ein wesentlicher Bestandteil. Dann natürlich die Internetrecherche, wo wir teilweise selber als Auswerter recherchiert haben, Informationen

erhoben haben, teilweise aber eben auch andere beauftragt haben, für uns solche Sachen innerhalb des Amtes zu beschaffen. Großer Teil ist natürlich auch Medienauswertung, und zwar nicht nur die öffentlichen Medien, sondern eben auch die Publikationen, die von rechtsextremistischen Organisationen selber eben ganz offen verbreitet werden.

Also, das ist ein großer Strauß an Informationen, den wir heranziehen, den wir uns anschauen, versuchen zu bewerten. Natürlich auch, was uns andere Behörden zukommen lassen. Das BfV war natürlich ein Informationslieferant, sage ich mal. Der Austausch mit den anderen Landesbehörden natürlich, der Austausch mit der Polizei, also - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Mit wem hatten Sie da Kontakt, wenn Sie mit anderen Landesämtern - - Mit Ihrem Pendant im dortigen Referat Auswertung? Oder mit wem spricht man da, wenn man sich austauscht?

Zeugin Bettina Neumann: Also ich als Referatsleiterin natürlich in der Regel auf der gleichen Ebene. Gerade über die Jahre lernt man natürlich die Kollegen der anderen Länder durchaus kennen. Man trifft sich ja auch bei verschiedenen Tagungen, die zu allen möglichen Themen immer wieder abgehalten wurden. Das waren in der Regel meine Ansprechpartner, durchaus auch mal Sachbearbeiter, wenn man sie kannte; aber in der Regel waren es, vergleichbar zu mir, auch Referatsleiterkollegen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Jetzt wissen wir aus den Akten - die haben wir zwar noch nicht, aber wir wissen es aus einem Begleitschreiben -, dass es beim LfV Baden-Württemberg auch Akten gibt zum Thema „Thüringer Heimatschutz“. Können Sie uns dazu etwas sagen, wie solche Akten entstanden sein können? Was hatten Sie mit dem „Thüringer Heimatschutz“ zu tun? Kannten Sie die Organisation? War die Ihnen ein Begriff auch vor dem 04.11.?

Zeugin Bettina Neumann: Wenn Sie mich jetzt direkt nach dem „Thüringer Heimatschutz“ fragen: Da kann ich eigentlich wenig zu sagen. Ob es Akten dazu gibt, kann ich mir ehrlich gesagt nicht vorstellen; denn die Aktenführung bei uns - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das behauptet zumindest der Herr Fahrner oder jemand hinter ihm.

Zeugin Bettina Neumann: Sie müssen sich das vorstellen: Die Aktenführung im LfV ist eine solche bezogen auf Sachakten. Da gehen wir natürlich vorneweg auf all die Ereignisse, Gruppierungen, Veranstaltungen ein, die sich im Land abspielen. Das ist eigentlich ja auch unser Beobachtungsschwerpunkt. Alles, was sich außerhalb des Landes Baden-Württemberg abspielt, wenn es nicht direkte Bezüge zu uns hat, ist eigentlich nicht Thema eines Landesamtes.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Waren Ihnen denn direkte Bezüge in irgendeiner Form bekannt - auch außerhalb des „Thüringer Heimatschutzes“ - zwischen Neonazis, Rechtsextremisten aus Thüringen oder Sachsen und Baden-Württemberg?

Zeugin Bettina Neumann: Nein. Kann ich vorneweg so sagen, dass nein, -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sicher?

Zeugin Bettina Neumann: - es sei denn, es kamen ja immer wieder Personen aus allen Bundesländern durchaus auch nach Baden-Württemberg. Es ist ja nicht so, dass Baden-Württemberg die Insel der Glückseligen war, sondern es gab ja durchaus Kontakte in alle Länder. Sie müssen sich vorstellen: Die rechtsextremistische Szene ist ja nicht nur eng begrenzt in seinem Land, und man bewegt sich nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sehr reisebereit, das wissen wir.

Zeugin Bettina Neumann: Das ist eine sehr mobile Szene. Man reist durchs ganze Land. Veranstaltungen, die bei uns stattgefunden haben, sind natürlich auch von Angehörigen anderer rechtsextremistischer Szenen besucht worden, genauso wie auch Baden-Württemberger sich natürlich im gesamten Bundesgebiet bewegt haben. Insofern sind mit Sicherheit auch aus Sachsen, aus Thüringen Rechtsextremisten ins Land gekommen, natürlich.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sind Ihnen da noch Namen erinnerlich oder Grup-

pierungen oder Orte, die eine Rolle gespielt haben?

Zeugin Bettina Neumann: Die Kontakte in diese Länder, die ja nun auch relativ weit weg waren, waren nach meiner Erinnerung nicht sehr intensiv. Ich könnte konkret gar nicht benennen, wo es da zum Beispiel eine institutionalisierte Zusammenarbeit gegeben hätte. Im Vergleich zu anderen Ländern sieht es anders aus. Also, gerade die angrenzenden - - ich sage mal Rhein-Neckar-Raum zum Beispiel, Richtung Rheinland-Pfalz, Hessen oder nach Bayern rüber, diese angrenzenden Länder, da findet sich eher so etwas. Aber alles, was weiter weg liegt, könnte ich so nicht sagen. Kontakte: natürlich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wann genau sind Sie zum BfV gewechselt?

Zeugin Bettina Neumann: Das war 01.10.2011.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sind Sie jetzt im Nachgang mal mit der Frage betraut worden, dass es in der Garage 1998, wo der Sprengstoff gelagert war von Mundlos, eine Adressliste gab mit Bekannten, von der ich immer sage, sie liest sich wie eine Landkarte der Unterschlupf- und Tatorte? Auf dieser Liste tauchen drei Namen aus Baden-Württemberg auf. Hatte man Sie darüber in Kenntnis gesetzt? Haben Ihnen diese Namen etwas gesagt?

Zeugin Bettina Neumann: Ich bin, seitdem ich beim BfV bin, mit diesem Themenkomplex eigentlich so nicht mehr befasst gewesen. Insofern habe ich von dieser Geschichte, von dieser Liste, die Sie jetzt ansprechen, erst wirklich Kenntnis bekommen in Vorbereitung auf diese heutige Sitzung. Bei dieser Liste geht um die, die 1998 in der Garage gefunden wurde, wo Sie sagten, es stehen drei Namen aus Baden-Württemberg drauf.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sogar vier, aber drei interessieren uns vor allen Dingen.

Zeugin Bettina Neumann: Die Namen haben mir, als ich sie dann gesehen habe, spontan überhaupt nichts gesagt, waren mir

völlig unbekannt. Ich habe dann natürlich recherchiert, habe mit den Kollegen gesprochen, auch gesehen, was dem Ausschuss vorgelegt worden ist. Dabei hatte sich ja in der Nachschau herausgestellt, dass es zu zweien dieser Personen tatsächlich auch Fundstellen in unseren Aktenbeständen gegeben hat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Schmidt und Ellinger?

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Kam dann die Erinnerung wieder, dass es Ihnen etwas gesagt hat?

Zeugin Bettina Neumann: Nein. Diese beiden Personen sagten mir nach wie vor nichts. Ich habe mir dann diese Fundstellen genauer angeguckt, um was für Leute es sich da gehandelt hat, ob das irgendwelche Szenegrößen waren oder, ich sage mal, die „normalen Mitläufer“.

Die Fundstellen, die ich da gesehen habe - das waren nur einige wenige; drei oder vier insgesamt zu beiden Personen -, waren vom Inhalt her kein herausragendes Ereignis. Es waren Teilnahmen an Szenetreffen, an Musikveranstaltungen, die durchaus üblich sind in der Szene. Was ich so gesehen habe, haben die da auch keine besondere Rolle gespielt. Die waren halt einfach Teilnehmer. Insofern wundert es mich wiederum nicht, dass ich mich nicht daran erinnern konnte. Sie sind nicht auffällig gewesen und in den Systemen wohl ja auch nicht mehr drin gewesen; damals mit Sicherheit, da sind sie sicher durch die Berichterstattung - das konnte man sehen - aufgefallen und auch entsprechend gespeichert worden; aber offenbar kam nichts mehr dazu, sodass sie dann aktuell in der Datei nicht mehr drin sind. Wie gesagt: In den Akten - - das gibt nicht allzu viel her. Es waren offensichtlich keine Szenegrößen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Namen aus Sachsen, die auftauchen, weil sie im Zeitraum Mitte der 90er bis Anfang 2001 regelmäßig diese Leute in Ludwigsburg besuchen, haben die Ihnen etwas gesagt?

Zeugin Bettina Neumann: Ich weiß im Moment nicht, wen Sie konkret meinen. Sie meinen jetzt das Trio?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich meine nicht nur das Trio, ich meine auch Namen wie Torsten Schau, Markus Friedel.

Zeugin Bettina Neumann: Nein, überhaupt nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Alles nichts?

Zeugin Bettina Neumann: Überhaupt nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es denn überhaupt in irgendeiner Form einen Austausch zwischen dem LfV Sachsen und Ihnen, wenn hier regelmäßig Neonazigruppierungen Besuche machen in einem anderen Bundesland für Partys oder was auch immer? Tauscht man sich da aus? Interessiert einen das?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, unbedingt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da gab es aus Sachsen aber keinen Hinweis oder Erkenntnisse: „Wir wissen, dass hier eine Gruppe aus Chemnitz immer wieder reist in die Richtung Ludwigsburg/Heilbronn“?

Zeugin Bettina Neumann: Der Austausch zwischen den Verfassungsschutzbehörden ist grundsätzlich ja so geregelt: Sobald eine Person aus einem anderen Land in Baden-Württemberg auftaucht und wir stellen das fest, unterrichten - - Und man muss sie ja auch erkennen. Das ist ja auch immer die Grundvoraussetzung. Man muss ja wissen: Bei einer Szeneveranstaltung, also einem Konzert - stellen Sie sich vor: 200, 300 Teilnehmer -, sind Quellen, die berichten darüber, und eine Quelle sagt: „Ja, da war auch der Kamerad Sowieso aus Sachsen“, das sind Informationen, die selbstverständlich an die betroffene Landesbehörde und zeitgleich auch an das BfV weitergeleitet werden. Das muss aber eben eine solche Quelle auch erkennen.

Häufig heißt es dann nur: „Unbekannte Kameraden aus Sachsen“; keine Namen, gar nichts. Aber selbst in solchen Fällen war es mir immer wichtig, solche Sachen auch dann

an das jeweilige Land zu schicken; denn auch wenn uns das selber im Land Baden-Württemberg vielleicht nichts sagt, könnte es sein, dass die betroffene Behörde in einem anderen Land damit etwas anfangen kann, irgendwelche Informationen hat, die, wenn man sie zusammenfügt und ergänzt, dann doch ein Bild ergeben, dass man sagen kann: Aha, das war der und der.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Können Sie sich daran erinnern, ob es Mitte der 90er-Jahre - das ist natürlich schon eine Weile her - bis Anfang der 2000er-Jahre einen solchen Informationsaustausch gab, dass Sie gesagt haben: „Jawohl, wir stellen das hier fest; auch wenn wir die Leute vielleicht nicht beim Namen kennen, aber hier tauchen vermehrt oder immer wieder sächsische Neonazis bei uns auf“?

Zeugin Bettina Neumann: Das kann ich jetzt wirklich nicht mehr sagen, dafür ist das einfach schon zu lange her. Aber ich bin ganz sicher: Wenn solche Informationen bei uns oder bei mir auf dem Schreibtisch - es ist ja alles über meinen Schreibtisch gegangen - angekommen sind, dann sind die auch entsprechend weitergeschickt worden. Da bin ich ganz sicher.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie war denn die Verfahrensweise, wenn es um Vereinigungen ging, erst recht um welche, die verboten wurden, wenn da Führungsfiguren die Bundesländer gewechselt haben? Haben Sie darüber etwas erfahren?

Zeugin Bettina Neumann: Ich nehme an, Sie spielen jetzt wahrscheinlich auf „Blood & Honour“ an.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau.

Zeugin Bettina Neumann: Selbstverständlich. Also gerade nach dem Verbot war natürlich auch für uns immer wichtig, zu beobachten: Gibt es möglicherweise Nachfolgebestrebungen? Das war also auch immer ein Thema, mit dem wir uns sehr intensiv beschäftigt haben. Wir hatten in Baden-Württemberg zum Zeitpunkt des Verbotes zwei Sektionen, Sektion Baden und Sektion Württemberg, die ja auch von dem Verbot umfasst waren. Da gab es durchaus immer wieder mal Hinweise, dass es da möglicher-

weise Fortführungsbestrebungen geben könnte - denen sind wir nachgegangen -, die auch mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln versucht wurden aufzuklären. Es hat dann ja auch in der Folge, weil wir diese Informationen ja auch dann in ein entsprechendes Verfahren einführen konnten, entsprechende Gerichtsverfahren bzw. Urteile gegeben, sowohl was die Sektion Württemberg angeht also auch die Sektion Baden.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Hatten Sie bestimmte Personen, die aus dieser „Blood & Honour“-Gruppierung von Sachsen nach Baden-Württemberg kamen, verstärkt im Blick? Was macht man denn da? Nimmt man nur die Meldung entgegen und wartet ab, ob der zufällig irgendwo aufläuft, oder beschafft man sich gezielt Informationen über diese Führungsfiguren?

Zeugin Bettina Neumann: Selbstverständlich. Wenn man das weiß, gerade wenn es eine Führungsfigur ist, die kommt, dann achtet man natürlich besonders darauf, ob derjenige noch irgendwelche Aktivitäten entwickelt, und wenn ja, welche. Das kann ich auf jeden Fall sagen, ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Waren da mal Leute wie Jan Werner, Thomas Starke bei Ihnen im Blick, die ja heute auch Beschuldigte sind im laufenden Verfahren? Sagen Ihnen die Namen überhaupt etwas?

Zeugin Bettina Neumann: Wie gesagt: Im Rahmen der Vorbereitung auf heute bin ich auch auf die Namen gestoßen und habe da eigentlich erst erfahren, dass die ja wohl auch mehr oder weniger regelmäßig in Baden-Württemberg waren. Ob uns das damals gemeldet worden ist, das kann ich jetzt wirklich nicht mehr sagen. Ich meine, mich aber zu erinnern, dass wir in den Akten keine entsprechenden Fundstellen mehr finden konnten. Also insofern: keine Kenntnis.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sie waren über 15 Jahre in dieser Funktion, haben gerade selber gesagt, alles, was beim Thema Rechtsextremismus von Bedeutung war, lief über Ihren Schreibtisch. Ich frage Sie jetzt: Welche Personen waren dann überhaupt so präsent, dass Sie heute noch sagen - auch aus der Erinnerung her; nicht erst in den Akten tauchen sie wieder auf -:

„Die haben damals eine Rolle gespielt“? Welche Vereinigungen, Gruppierungen hatten Sie im Blick in der Region Stuttgart als Beispiel? Was war denn der Schwerpunkt Ihrer Arbeit in den Jahren Ende der 90er- bis Anfang 2000er-Jahre.

Zeugin Bettina Neumann: Der Schwerpunkt waren natürlich die Personen aus Baden-Württemberg, weniger jetzt die von außerhalb. Die hat man zwar mitgesehen, aber - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Gut, ein paar sind ja hergezogen. Dann waren sie bei Ihnen.

Zeugin Bettina Neumann: Richtig. Wie gesagt: „Blood & Honour“, das war schon ein Thema, mit dem wir uns beschäftigt haben - hatte ich ja gerade erwähnt -, um eben Nachfolgestrukturen, wenn es denn welche gibt, zu erkennen und aufzuklären. Dann gab es ja auch noch die Gruppierung „Furchtlos & Treu“, die ja auch gewisse indirekte Bezüge zu „Blood & Honour“ hatte. Auch das war immer ein Thema, das uns beschäftigt hat, weil - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Was heißt „beschäftigt hat“? Welche Einschätzung haben Sie gewonnen? Wo waren die aktiv, in welchen Städten? Geht es da um die Person Frntic?

Zeugin Bettina Neumann: Genau um die geht es. Da gab es ja auch eine gewisse Vorgeschichte bei „Blood & Honour“. Diese Gruppierung, die etwa 20, 30, 40 Personen teilweise umfasste - sehr junge Leute, gerade auch aus dieser Skinhead-Szene, die ja auch eine sehr gewaltbereite Szene ist -, die haben wir natürlich auch immer besonders im Auge gehabt, weil wir auch nicht wussten: Was kann sich daraus entwickeln? Wie gewalttätig können die werden? Gehen davon Gefahren aus? Das war ein Thema, das wir wirklich, sage ich mal, auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln versucht haben aufzuklären.

Clemens Binniger (CDU/CSU): War Ihnen denn der Fall der Jenaer Bombenbastler bekannt geworden?

Zeugin Bettina Neumann: Also, wir haben sicherlich bei Tagungen über das Thema gesprochen. Da ist mit Sicherheit seinerzeit auch vorgetragen worden, wobei ich allerdings sagen muss: Ich habe in den Protokollen nichts mehr finden können dazu, und ich kann mich auch konkret an den Fall nicht erinnern. Aber wir haben natürlich - - Es gibt ja regelmäßige Auswerter- und Beschaffertagungen, die wir jedes Jahr abhalten. Es gab - bis 2007 war es, glaube ich - auch noch die jährliche IGR. Das ist eine Informationsgruppe zur Bekämpfung rechtsextremistischer, insbesondere fremdenfeindlicher Straftaten. Die gab es bis 2007. Auch in diesem Rahmen hat man sich immer jedes Mal über Lagebilder des Rechtsextremismus in Deutschland unterhalten, sowohl von Verfassungsschutz- als auch von Polizeiseite aus. Da ging es auch immer wieder um das Thema Rechtsterrorismus: Gibt es den, und wenn ja, wo? Was für Anhaltspunkte liegen vor? In der Regel lagen ja - - Oder es lagen ja eigentlich keine vor für diese konkrete Tat. Da ist mit Sicherheit auch über dieses Trio gesprochen worden. Aber wie gesagt: Es gab keine Bezüge nach Baden-Württemberg. Insofern ist mir das deshalb auch nicht so in Erinnerung geblieben.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Waren Ihnen - da waren Sie ja schon beim BfV - die Namen Mundlos, Bönnhardt, Zschäpe erst nach dem Auffliegen das erste Mal präsent?

Zeugin Bettina Neumann: Muss ich zugeben: Ja, erst da.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Und die Namen Schmidt und Ellinger? Sie sagen jetzt: In den Akten ein paar wenige Fundstellen. Aber aus Ihrer Erinnerung heraus: Nicht in Erscheinung getreten?

Zeugin Bettina Neumann: Nein.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Die Reisebewegungen von Chemnitzer Neonazis - auch amtsbekannte dabei; Thorsten S. und andere - sind Ihnen nicht mitgeteilt worden von Sachsen? Sie selber haben es auch nicht in eigener Recherche oder Beschaffung entdeckt, dass es hier über Jahre hinweg Bezüge gab?

Zeugin Bettina Neumann: Das kann ich nicht sagen, ob uns das seitens des LfV Sachsen mitgeteilt wurde. Also es ist nicht auffindbar in den Akten. Ich kann mich daran nicht erinnern. Dann ist, vermute ich, nichts gemeldet worden. Aber ich kann es wirklich nicht sagen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Der Kollege Schuster hat kurz eine Zwischenfrage.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Frau Neumann, ich kenne jetzt Ihr Organigramm nicht. Ich kann die Frage mal anders stellen: Wenn irgendjemand vom LKA, LfV - besonders Ihr eigenes -, BKA oder BfV bei Ihnen im LfV nachgefragt hätte nach dieser Telefonliste und den Bezügen zu Baden-Württemberg, wäre das dann definitiv in Ihrem Referat gelandet?

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und Sie haben keine Erinnerung?

Zeugin Bettina Neumann: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Auch über die Personen aus dem „Blood & Honour“-Umfeld und die Führungsfiguren - Jan Werner -, die zum Teil beruflich oder dann auch privat nach Baden-Württemberg und alle in die Region Stuttgart gezogen sind - das muss man ja dazusagen: Stuttgart oder drum herum -, sind Ihnen keine Erkenntnisse bekannt geworden, die irgendwie eine neue Spur oder irgendetwas Auffälliges begründet hätten?

Zeugin Bettina Neumann: Nein, wirklich nicht. Also, ich habe mich jetzt natürlich im Nachhinein bei der Vorbereitung auch gefragt und überlegt: Haben wir damals etwas übersehen? Gab es etwas, was man hätte anders bewerten müssen? - Gab es nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Gab es denn überhaupt eine Szene in Ludwigsburg/Heilbronn zu Ihrer Zeit, wo Sie sagen: „Die Namen sind mir bekannt“ oder: „Das waren die Führungsfiguren in dieser Zeit“?

Wie sah denn die rechte Szene aus von Mitte/Ende der 90er- bis Anfang der 2000er-Jahre in der Region Stuttgart, im Ballungsraum? Gab es da Führungsfiguren, die Ihnen bekannt waren, die Ihnen jetzt auch einfallen würden? Sie können den Nachnamen gerne abkürzen, dass wir da keine Schwierigkeiten bekommen. Aber ich will einfach Ihre Personenkenntnis in Erfahrung bringen.

Zeugin Bettina Neumann: Also, ich würde mal sagen, Baden-Württemberg war nun nie so die Hochburg des Rechtsextremismus - glücklicherweise. Aber es war natürlich auch nicht so, dass es dort keinen gab. Wir hatten im Grunde alle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus auch in Baden-Württemberg. Skinheads, Neonazis, gewaltbereite Szene, Parteienlandschaft, alles das, was es auf Bundesebene gab, gab es leider ja nun auch in Baden-Württemberg.

Schwerpunkte der rechtsextremistischen Szene waren sicherlich, wenn wir uns den Bereich Skinheads, gewaltbereite Musikszene angucken, durchaus der Großraum Stuttgart - man kann natürlich auch Ludwigsburg mit dazurechnen; das war dieser Großraum -, aber eben auch andere Bereiche. Es gab neonazistische Zirkel, Gruppierungen auch in diesem Bereich. Wenn man weiter in Richtung Heilbronn geht: Auch da, natürlich, gab es eine entsprechende Szene.

Ich würde auch behaupten wollen, dass wir im Wesentlichen die rechtsextremistische Szene ganz gut eigentlich im Blick hatten und wussten, wo sich was abspielt. Natürlich gibt es immer auch gewissen weiße Flecken, wo man nicht genügend Informationen bekommt. Das war ganz offensichtlich dieser Raum Ludwigsburg, Stuttgart - haben wir uns auch immer gewünscht, mehr Informationen bekommen zu können, aber war halt leider nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sagt Ihnen der Name Tino Brandt etwas?

Zeugin Bettina Neumann: Der sagt mir natürlich etwas, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Auch noch aus Ihrer Zeit als Referatsleiterin Auswertung?

Zeugin Bettina Neumann: Als jemand, der keine Bezüge nach Baden-Württemberg hat. Ich muss es leider schon wieder sagen - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wer?

Zeugin Bettina Neumann: Tino Brandt. - Auch diese Geschichte - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Er hat ein Haus gekauft in der Nähe von Heilbronn.

Zeugin Bettina Neumann: Diese Geschichte, auf die Sie anspielen, habe ich jetzt auch erst mitbekommen im Zuge der Vorbereitung auf die heutige Sitzung. Ich musste den Akten entnehmen, dass er offensichtlich versucht hat - oder tatsächlich -, ein Haus im Großraum Heilbronn zu kaufen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nicht nur versucht, er hat.

Zeugin Bettina Neumann: Er hat sogar? - Okay, dann wissen Sie mehr als ich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich hatte eigentlich die umgekehrte Erwartung heute bei dem Termin.

Zeugin Bettina Neumann: Das tut mir leid. Aber das war bei uns nicht bekannt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe noch eine Schlussfrage, dann können wir in der zweiten Runde weitermachen. Sie kennen den Herrn Stengel, ehemaligen Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, der schon hier war als Zeuge?

Zeugin Bettina Neumann: Nicht persönlich, aber ich weiß, dass es sich um einen Mitarbeiter handelt, und ich weiß auch um die Geschichte, die sich darum rankt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Für diejenigen, die damals nicht dabei waren: Herr Stengel hat ja dem BKA mitgeteilt nach dem 4. November, dass er sich nach Auffliegen des Trios und dem Begriff NSU und den Bildern daran erinnert, dass ein Pfarrer ihm ein Gespräch vermittelt hätte mit einer Person aus dem Großraum Heilbronn/Ludwigsburg, der ihm verschiedene Dinge geschildert hat, die er für unplausibel hielt. Darunter gab

es aber auch einen Hinweis, es gebe eine Gruppe, die nenne sich NSU, die will was aufbauen gegen Ausländer, und ein Mundlos soll eine Rolle spielen. Da war er sich so sicher, weil er gesagt hat, der Begriff NSU stand - das war wohl im Jahr 2003 - in Baden-Württemberg für etwas ganz anderes, deshalb hat er sich das so gemerkt, und Mundlos war so ein passender Name für jemanden in diesem Bereich. Er hat es aber leider nicht verschriftlicht. - Halten Sie das, an das Herr Stengel sich da erinnert, für unwahrscheinlich?

Gleichzeitig wissen wir heute, dass das Trio, das wir jetzt unter NSU kennen, nachweislich bis 2001 regelmäßig und mehrfach in Ludwigsburg war, dass da auch mal so ein Begriff fallen gelassen wird, zumal der Begriff im Jahr 2002 ganz bewusst in der rechten Szene platziert wurde, in diesem Fanzine „Der Weiße Wolf“. Halten Sie das für so unwahrscheinlich, dass so etwas auch hätte sein können - eine Bewertung; das ist keine Erinnerung, die ich bei Ihnen abfrage -, oder haben Sie damals etwas von dem Fall gehört? Landete es bei Ihnen irgendwie?

Zeugin Bettina Neumann: Also, ich möchte weder oder ich kann weder den Herrn Stengel noch den Informanten oder diese Information, die er da hat oder gehabt haben könnte/will, in irgendeiner Form bewerten. Tatsache ist aber: Wenn es diese Information gegeben hätte und die Kombination des Namens „Mundlos“ und „NSU“ und „Thüringen“ und was auch immer, das hätte mit Sicherheit auch bei mir landen müssen. Es wäre auf meinem Schreibtisch gelandet oder bei meinen Mitarbeitern. Und auch wenn mir das in dem Moment vielleicht nichts gesagt hätte - aber allein schon der Bezug „Thüringen“ und womöglich auch noch „Terror“ -, dann können Sie sicher sein: Dann wären bei uns alle Alarmglocken angegangen, und wir hätten das auf jeden Fall dem LfV zukommen lassen, auch wenn es ein noch so vager Hinweis gewesen wäre. Aber so was wäre an das jeweilige LfV gegangen, weil man immer davon ausgehen muss, auch wenn vielleicht in irgendwelchen Dateien nichts zu finden ist dazu - - Aber man kann ja immer davon ausgehen: Die Kollegen vor Ort sind an der Szene näher dran. Die wissen da mehr. Die können mit einem solchen Hinweis etwas anfangen. - Aber ich bin mir 100 Prozent sicher: Bei mir selber und auch bei mei-

nen Mitarbeitern ist damals nichts angekommen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Fragezeit ist durch, ja?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vier Minuten überschritten bereits.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Überschritten? Das kommt ja ganz selten vor.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur SPD-Fraktion. Herr Kollege Rix.

Sönke Rix (SPD): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann sind die Erinnerungen oder die Bezüge, die versucht werden herzustellen bzw. die vielleicht infrage kommen, bei Ihnen immer nur dann vorhanden, wenn Sie sagen, in Vorbereitung auf diese Befragung sagen Ihnen die Namen was, die Zusammenhänge. Aus Ihrer alten Tätigkeit, frage ich jetzt mal pauschal, auch jetzt, nach - - während der Vorbereitung, haben Sie keine direkten Dinge, die für uns hier relevant sind. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeugin Bettina Neumann: Natürlich vergisst man über die Jahre einiges, und gerade wenn man weiter dann weg ist. Aber natürlich gibt es immer Namen von Protagonisten der rechtsextremistischen Szene, die weiß man halt, die vergisst man auch nicht. Aber es ist in meiner Erinnerung und auch in Aufarbeitung der Akten nichts dabei gewesen, absolut nichts dabei gewesen, was relevant wäre nach meiner Einschätzung für Sie.

Sönke Rix (SPD): Gut, die Akten kennen wir auch. Deshalb: Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann will ich an der Stelle auf Kontingent der SPD-Fraktion noch ein, zwei Fragen vielleicht stellen.

Frau Zeugin, wir interessieren uns ja in diesem Untersuchungsausschuss - das ist Teil unseres Auftrags - unter anderem auch für das Instrument der sogenannten V-Leute. Jetzt aus Ihrer Zeit als zuständige Beamtin für den Bereich Rechtsextremismus in Baden-Württemberg: War es üblich und, wenn

ja, in welchem Umfang, V-Leute mit Wohnsitz in anderen Bundesländern zu unterhalten?

Zeugin Bettina Neumann: Also, habe ich das richtig verstanden, also: V-Leute für das LfV, die aber in einem anderen Bundesland gewohnt haben?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die entweder in einem anderen Bundesland gewohnt haben oder in Baden-Württemberg gewohnt haben, aber deren Auftragsort außerhalb Baden-Württembergs war.

Zeugin Bettina Neumann: Das ist jetzt eine Frage, die ich als Auswertung eigentlich so genau gar - - als Auswerterin gar nicht so genau beantworten kann, weil das sind so die Gepflogenheiten der Beschaffung. Da ist man als Auswerter nicht so drin, um jetzt zu wissen, wie das praktisch funktioniert. Was ich sagen kann, ist, dass natürlich Quellen des LfV auch in anderen Bundesländern natürlich sich bewegt haben. Also, ich sagte ja schon: Die rechtsextremistische Szene ist eine sehr mobile Szene. Und wenn ein Konzert, weiß ich nicht, in Hamburg stattfindet, reist auch die rechtsextremistische Szene Baden-Württembergs durchaus nach Hamburg. Und dass dann da auch Quellen des LfV dabei waren, davon kann man grundsätzlich mal ausgehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sind Ihnen erinnerlich aus Ihrer damaligen Tätigkeit Berichte über baden-württembergische V-Leute über Aktivitäten in Sachsen und Thüringen?

Zeugin Bettina Neumann: Also, jetzt ganz konkret fällt mir da kein Beispiel zu ein. Aber ich gehe schon davon aus, wenn es eine Demo oder ein Konzert oder irgendwas in Sachsen war, dass vielleicht auch eine Quelle von uns dabei war. Das kann ich jetzt aber wirklich nicht mehr sagen. Da müsste man wirklich in die Akten einsteigen. Das weiß ich nicht mehr auswendig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Erinnern Sie sich aus Ihrer Tätigkeit an den Namen Nicole Schneiders?

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: In welchem Zusammenhang?

Zeugin Bettina Neumann: Jetzt muss ich schon mal in die Runde gucken. Es geht ja jetzt hier um Personen - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Die Herren greifen von alleine ein!
Da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeugin Bettina Neumann: Bitte?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Die Herren greifen von alleine ein,
wenn es sein muss!)

- Okay. - Keiner rührt sich.

(Heiterkeit - Petra Pau (DIE LINKE):
Es greift keiner ein! - Sönke Rix
(SPD): Sie sind sich noch nicht einig, wer eingreift!)

- Das ist immerhin eine öffentliche Sitzung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Frau Neumann, also, wenn - - Ersuchen Sie jetzt darum, gebremst zu werden? Ansonsten reden Sie einfach als Zeugin. Sie sind gefragt worden.

Zeugin Bettina Neumann: Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich denke, der Herr Dr. Fahrner wird uns ein Signal geben, wenn er die Grenzen Ihrer Aussagegenehmigung als erreicht betrachtet.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Nicht schon vor der Antwort! -
Heiterkeit)

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Das ist natürlich unser Dilemma; das wissen Sie, Herr Binninger. - Also, ich weiß natürlich jetzt auch nicht, was die Frau Neumann sagen möchte dazu. Aber wenn sie natürlich Bedenken hat, dann steht es ihr frei, zu sagen - - Also, wenn es Bedenken gibt, das jetzt in einer öffentlichen Sitzung, nicht eingestuften Sitzung hier zu äußern, dann liegt es natürlich auch an Ihnen dabei, wenn es da Fragen gibt. Ich denke, jetzt den reinen Untersuchungsauftrag - - Wenn es danach gehen sollte, sehe ich jetzt keine durchgreifenden Bedenken. Wenn es eben aber Fragen wären der Nichtöffentlichkeit und der

Eingestuftheit, dann - - dass Sie das einfach uns noch mal deutlich machen würden; dann können wir einschreiten. Ja?

Zeugin Bettina Neumann: Vielleicht reicht ja nur die ganz allgemeine Aussage, was - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. - In welchem Kontext ist Ihnen denn die Frau Schneiders erinnerlich?

Zeugin Bettina Neumann: Also, in dem Kontext, dass sie zur rechts- - also eine Angehörige der rechtsextremistischen Szene im - was war das da oben? - Raum Karlsruhe/Rastatt, da so die Ecke - - Da hatte sie Szenekontakte; ganz klar. Weitere Details vielleicht besser nichtöffentlich. Aber sie gehörte zur rechtsextremistischen Szene in diesem Bereich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, sind Ihnen denn Informationen auch im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit von Frau Schneiders bekannt geworden?

Zeugin Bettina Neumann: Sie ist Anwältin; das ist uns auch bekannt gewesen. Wir haben auch schon Informationen ja gehabt, dass sie für die Szene ja auch tätig geworden ist. Es ist zum Beispiel so gewesen, dass man gerade im Bereich der Musikszene, bevor man zum Beispiel neue CDs auf den Markt gebracht hat, Texte veröffentlicht hat, die immer wieder hat auch von Rechtsanwälten prüfen lassen, einfach um sicherzugehen, dass man keine Straftatbestände erfüllt. Also, diese Vorsichtsmaßnahmen hat die Szene getroffen, und da wurden entsprechende Kameraden - oder Kameradinnen in dem Fall -, die eine entsprechende juristische Ausbildung haben, befragt. Dazu gehörte sie sicherlich auch. Sie hat, denke ich, ja auch entsprechende Mandate übernommen, aber - - Ja, das sind die Informationen, die ich hierzu sagen könnte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Über die Zeit, in der Frau Schneiders sich unter ihrem Geburtsnamen Schäfer in Jena aufgehalten hat - 2000 bis 2002 mutmaßlich -, ist Ihnen da was bekannt?

Zeugin Bettina Neumann: Also, aus meiner Erinnerung konnte ich da spontan

nichts zu sagen, was sie da gemacht hat. Ich weiß aber eben aus der Vorbereitung auf die heutige Sitzung, dass sie da ja, ich glaube, in der NPD - - im Bereich Jena NPD-Mitglied wohl gewesen ist. Aber über ihre Tätigkeit dort, was sie da konkret gemacht hat, dazu kann ich nichts sagen; das weiß ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, nach öffentlich zugänglichen Informationen war sie 2000 bis 2002 stellvertretende Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Jena unter dem Vorsitzenden Ralf Wohlleben, den sie jetzt als Mandanten vertritt -

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - vorm Oberlandesgericht in München. Weil das Interessante, finde ich - - Wir hatten Baden-Württemberg letztes Jahr bereits gebeten, das Innenministerium, uns zu bestimmten Stichworten zu melden, ob es Unterlagen gibt. Und da kamen unter anderem ein paar Punkte als Rückmeldung, zu denen ich hier auch noch fragen wollte, und zwar: Was hat es eigentlich auf sich mit dem „Aktionsbüro Rhein-Neckar“?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, das „Aktionsbüro Rhein-Neckar“, das ist eine, ja, eine Plattform, würde ich mal sagen, für diverse neonazistische Kameradschaften, Gruppierungen, auch Einzelpersonen, eine Kommunikationsplattform, unter die sich - - unter deren Dach eben, wie gesagt, verschiedene neonazistische Gruppierungen sich quasi zusammengeschlossen haben, wenn man so will. Das Ganze ist länderübergreifend im Rhein-Neckar-Raum, wie der Name schon sagt: Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg. Und da gibt es, gab es regelmäßige Kontakte, persönliche Treffen; viel ging auch übers Internet oder geht über das Internet. Da tauscht man sich aus, koordiniert Aktivitäten, Demonstrationen, Treffen jedweder Art. Ja, das ist eigentlich - - Die gibt es - - Das gibt es auch schon recht lange eigentlich, seit, ich meine, Mitte der 90er-Jahre, also eine sehr, ja, wie gesagt - - seit einigen Jahren existierende Konstante in der rechtsextremistischen Szene da oben in dem Bereich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und was da ausgetauscht wird auf dem Portal,

das wird auch registriert vom Landesverfassungsschutz?

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Etwas anderes, was das Innenministerium uns mitgeteilt hat, war, es lägen Erkenntnisse vor zur Skinhead-Band „Noie Werte“, also eine Skinhead-Band mit dem Namen „Noie Werte“. Können Sie uns dazu etwas sagen?

Zeugin Bettina Neumann: Das ist eine neue, also eine Band gewesen - diese Band „Noie Werte“ gibt es ja mittlerweile nicht mehr -, die über lange Jahre aktiv war, bundesweit bekannt war, eine in der Szene durchaus anerkannte, renommierte Band mit zahlreichen Veröffentlichungen. Auch dort hat man insbesondere es immer wieder geschafft, die Grenze des Strafbaren nicht zu überschreiten. Bandmitglieder haben selber auch, einer jedenfalls, eine juristische Ausbildung - einer ist auch in der Tat selber Rechtsanwalt -, und insofern hat man es da immer sehr gut verstanden, Straftatbestände zu vermeiden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeugin Bettina Neumann: Aber die Band gibt es seit einigen Jahren nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, der Rechtsanwalt, den Sie meinen, ist das der Herr Hammer?

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist Ihnen das bekannt, dass bis Ende 2011 Herr Hammer in derselben Kanzlei tätig war wie Frau Schneiders?

Zeugin Bettina Neumann: Das war ja, wie gesagt, nach meiner Tätigkeit beim LfV, aber habe ich jetzt im Zuge der Vorbereitungen erfahren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, „bis Ende 2011“ heißt: Die ganzen Jahre davor war das der Fall.

Zeugin Bettina Neumann: Also, ob die schon eine Gemeinschaft hatten - - Wenn Sie es sagen, ja - - Also, bin ich mir jetzt

nicht mehr sicher; aber das kann durchaus sein, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, wenn es in einem Bundesland eine Kanzlei gibt, die hat den Schwerpunkt, angeklagte Rechtsextremisten zu verteidigen, ist das ein interessantes Objekt für den Verfassungsschutz?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf einmal! - Heiterkeit)

- Ich frage - - Ich habe die Frau Zeugin gefragt. Ich wollte jetzt nicht Ihre juristische Meinung haben, Herr Wieland.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hoffe nicht, Herr Vorsitzender! Ich melde mich dennoch mal!)

Nicht alles, was für den Verfassungsschutz in der Vergangenheit interessant gewesen zu sein schien, muss gedeckt sein mit dem Verhältnisgebot und auch nicht unbedingt von einer rechtlichen Grundlage. Aber ist das nicht trotzdem interessant?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ich will ja nur mal einen Hinweis geben!)

- Herr Wieland, zur Geschäftsordnung? Oder - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, zur Geschäftsordnung. - Gerade weil Sie ja darauf hingewiesen haben, dass Ralf Wohlleben aktuell von dieser Anwältin verteidigt wird, habe ich wirklich die Frage, ob es klug ist, dass wir jetzt in die Nähe dieses Mandatsverhältnisses gehen und in die Nähe des auch geschützten Vertrauensverhältnisses zwischen Mandant, so unmöglich er uns erscheinen kann, und Rechtsanwältin, so unmöglich sie uns erscheinen mag. Was wir hier verhandeln, wird auch von der Verteidigung mitgelesen im Münchner Prozess. Das wollte ich nur zu bedenken geben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, mir geht es um die Frage, inwieweit dieses Anwaltsbüro, diese Kanzlei, bekannt war, in der nach meinen Informationen drei der Szene angehörige Anwälte tätig sind, mit Sitz - ich glaube, Rastatt war das - in Baden-

Württemberg, ob die dem Verfassungsschutz und der Zeugin bekannt gewesen ist, diese Kanzlei.

Zeugin Bettina Neumann: Das ist uns bekannt gewesen. Und das interessiert natürlich auf jeden Fall, insbesondere die Tatsache, dass man halt sieht, wie sich die Szene durch Personen, die über eine entsprechende Ausbildung verfügen, natürlich davor feien kann, entsprechende Straftaten zu begehen. Und man hat das ja auch immer wieder benutzt. Insofern war das für uns natürlich interessant; keine Frage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur FDP-Fraktion. Herr Tören.

Serkan Tören (FDP): Der Kollege Binninger hatte ja schon nach dem Austausch zwischen den LfAs [sic!] gefragt. Jetzt wollte ich noch mal wissen: Sie haben ja auch gesagt, sobald Ihnen da Informationen vorliegen, auch von Personen aus anderen Bundesländern, dann versuchen Sie, das auch in Berichten zu übermitteln an andere LfAs [sic!]. Ich verstehe das so: Das ist ein nicht formelles Verfahren. Das heißt, manchmal hängt das auch von Zufälligkeiten dann ab. Oder wie kann ich das verstehen?

Zeugin Bettina Neumann: Eigentlich nicht. Das ist ein formelles Verfahren. Wir bekommen Berichte, in denen Personen aufgelistet sind, die an einer Veranstaltung teilgenommen haben, also Berichte von unserer eigenen Beschaffung, sage ich jetzt mal. Und es ist grundsätzlich so geregelt, dass ein Informationsaustausch zwischen den Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes stattzufinden hat. Das heißt, man hat sich gegenseitig über Informationen, die den anderen interessieren oder betreffen - nicht „interessieren“, „betreffen“ - - hat man sich darüber auszutauschen, indem man diese Berichte gegenseitig hin und her schickt.

Serkan Tören (FDP): Werden denn V-Leute auch darauf sensibilisiert, dass man doch eher genauer hinguckt, auch wenn andere Personen aus anderen Bundesländern sich irgendwo auf einer Veranstaltung aufhalten? Oder - -

Zeugin Bettina Neumann: Na ja, sagen wir mal so: Grundsätzlich interessiert mich im Land natürlich vor allen Dingen das, was meine Leute in meinem eigenen Land tun; das ist ganz klar. Aber natürlich sollen die die Augen offen halten und über alles berichten. Und wenn es einen konkreten Anlass gibt, dann wird auch entsprechend gesteuert und der Auftrag erteilt: Guckt mal nach diesem oder nach jenem - - oder nach bestimmten Themen Ausschau zu halten. - Also, das wird natürlich schon gemacht.

Serkan Tören (FDP): Ja, aus Ihrer Aussage geht ja hervor: Anscheinend gab es ja dann im Konkreten keinen Austausch, weil da keine konkreten Hinweise auf andere Personen dann vorliegen - - bzw. ein paar Namen sind Ihnen ja genannt worden, vorhin auch vom Kollegen Binninger. Dann stellt sich ja für mich die Frage: Halten Sie das Verfahren denn so für richtig, oder würden Sie sagen: „Da gibt es noch irgendeinen Besserungsbedarf“, gerade was den Austausch mit anderen Landesbehörden anbetrifft?

Zeugin Bettina Neumann: Na gut, also, man kann sich natürlich immer noch mehr und intensiver austauschen; also, diese Möglichkeit ist ja eigentlich immer gegeben. Aber das vorliegende Verfahren ist, wenn es denn so durchgeführt wird, wie man es machen sollte, völlig in Ordnung und eigentlich auch - - umfasst alles, was an Informationsaustausch möglich ist. Nur, wenn ich selber keine Informationen habe, dass Personen aus einem anderen Land bei mir bei einer Veranstaltung aufgetaucht sind, dann kann ich das natürlich auch nicht weitergeben.

Es ist halt auch so: Sie müssen sich das so vorstellen: Die Quellen, die in bestimmten Bereichen arbeiten, die kennen nur einen sehr begrenzten Bereich. Die kennen nur ihr engstes Umfeld. Die wissen teilweise gar nicht darüber hinaus - - Ich sage mal: Eine Quelle aus Stuttgart weiß wenig über das, was am Bodensee abläuft. Und wenn bei einem Konzert in Stuttgart Kameraden aus dem Bodenseebereich auftauchen, die kennt die wahrscheinlich schon gar nicht - - und noch weniger, wenn dann aus Sachsen oder aus Schleswig-Holstein jemand auftaucht. Wenn die das überhaupt mitbekommen und sagen können: „Da war eine Gruppe aus Sachsen“, das ist dann schon mal ein Punkt. Meistens merken sie das dann auch noch

nicht mal. Das kommt vor. Aber sobald sie das mitbekommen und uns das berichten, dann ist dieser Informationsaustausch gewährleistet.

Serkan Tören (FDP): Eine Frage noch zur Telefonliste. Die weist ja Bezüge nach Baden-Württemberg auf und da speziell auch zu Ludwigsburg. Können Sie was zu Ludwigsburg sagen? Gab es da irgendwie eine besonders starke rechte Szene, oder waren das allein Zufälligkeiten?

Zeugin Bettina Neumann: Tja, ob das jetzt eine Zufälligkeit war - - Wo diese Kontakte von dem Trio nach Ludwigsburg herkommen, also, das habe ich mich natürlich auch gefragt. Also, das ist für mich auch ein absolutes Rätsel. Ludwigsburg ist sicherlich keine besondere Szene gewesen. Wie gesagt, wir hatten vielleicht auch nicht immer den richtigen - - oder die zahlreichen Zugänge, die man sich vielleicht gewünscht hätte. Aber ich meine, das ist jetzt auch nicht möglich.

Sie dürfen sich das nicht so vorstellen, dass hinter jedem Rechtsextremisten eine Quelle steht und in jeder Stadt eine Quelle sitzt und jede Szene durchdrungen ist von V-Leuten; so ist es ja gar nicht. Das geht praktisch nicht und wird man ja auch wahrscheinlich gar nicht wollen, so was. Aber dadurch entstehen natürlich Erkenntnisdefizite. Und offensichtlich hatten wir für den Bereich Ludwigsburg in der Zeit ein Erkenntnisdefizit.

Serkan Tören (FDP): In einem Bericht des LKA - das ist MAT A GBA-13, Blatt 63 -, da ist auch die Rede von der „Ludwigsburger-Connection“. Können Sie was damit anfangen? Ist das auch bei Ihnen irgendwie behördenintern benutzt worden, -

Zeugin Bettina Neumann: Nein, überhaupt nicht, der Begriff.

Serkan Tören (FDP): - diese Begrifflichkeit?

Zeugin Bettina Neumann: Nein, gar nicht.

Serkan Tören (FDP): Gab es auch keine Rückmeldungen seitens LKA bei Ihnen?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Gab es auch nicht.

Aus den Unterlagen geht hervor, genau aus einem Brief von Mundlos an Thomas Starke - das ist MAT A GBA-13, Blatt 79 -, dass er sehr angetan sei von einem - in Anführungsstrichen - kleinen Waffenladen in Ludwigsburg. Sagt Ihnen das irgendwie was? Hatte die rechte Szene in Ludwigsburg irgendwie da zu einem Waffenladen eine bestimmte Affinität oder so was?

Zeugin Bettina Neumann: Also, so konkret sagt mir das überhaupt gar nichts; kann ich mir auch nichts drunter vorstellen. Ich vermute aber aus eigener Lektüre, dass sich das ja wahrscheinlich auf diese eine Person dort bezogen hat; aber das ist nur eine Vermutung. Also, von einem Waffenladen/Waffenlager, der/das da gemeint sein könnte, ist mir nichts bekannt.

Serkan Tören (FDP): Zu „Noie Werte“, zu dieser Gruppe, ist ja auch schon einiges gefragt worden. Nur in dem Zusammenhang noch ein anderer Name: Michael E., sagt der Ihnen was?

Zeugin Bettina Neumann: Sagte mir bislang auch noch nichts, auch, wie gesagt, erst in Vorbereitung auf die heutige Sitzung. Auch da habe ich gelesen, dass der ja auch eine Band gehabt haben soll oder da mitgespielt haben soll. Auch diese Band ist mir nicht in Erinnerung. Und dann ließ sich auch in den Akten überhaupt nichts mehr finden. Also, entweder hat es diese Band nie gegeben, oder sie war so unbedeutend, dass sie - - und so unbekannt, dass sie, bei uns jedenfalls, nicht in Erscheinung getreten ist, für uns nicht erkennbar gewesen ist damals.

Serkan Tören (FDP): Erst mal keine Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Linksfraktion. Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Guten Tag, Frau Neumann! - Also, beim Lesen der Akten habe ich den Eindruck gewonnen, dass ab dem Jahr 2000 sich Neonazis aus Sachsen, insbesondere aus der „Blood & Honour“-Sektion Chemnitz, ausgesprochen wohlgeföhlt haben in Baden-Württemberg, insbesondere im Großraum Stuttgart/Ludwigsburg/Heilbronn, und das nicht nur besuchs-

weise, weil sie mal zum Konzert gekommen sind, sondern dass sie doch in einer für mich beachtlichen Anzahl gleich ihren Lebens- und Wirkungsmittelpunkt dorthin verlegt haben. Deshalb noch mal eine Nachfrage zu einer Person: Können Sie mir etwas zur Rolle von Andreas Graupner sagen? Der hat 2001 seinen Lebensmittelpunkt von Chemnitz in die Nähe von Ludwigsburg verlegt.

Zeugin Bettina Neumann: Also, das war mir so auch nicht mehr erinnerlich; das habe ich halt, wie gesagt, nachgelesen. Was jetzt seine konkreten Absichten, Beweggründe waren, kann ich gar nichts zu sagen. Er hat dann ja später - oder: ab wann, weiß ich eigentlich auch gar nicht; das lässt sich auch nicht mehr nachvollziehen - in der Band „Noie Werte“ ja mitgespielt.

Petra Pau (DIE LINKE): Richtig.

Zeugin Bettina Neumann: Jetzt kann man fragen: Ja, wie kommt das? Wie kommen die zusammen? Man muss sich das so vorstellen: Die Bands - - Gerade „Noie Werte“ war ja nun eine sehr bekannte Band, die ja bundesweit und auch im Ausland unterwegs war. Und bei Konzerten spielen ja meistens mehrere Bands. Und häufig ist es so, dass die sich untereinander die Musiker austauschen. Mitunter ist es auch so, dass eine Band aufgrund erhöhten Alkoholkonsums teilweise ausfällt. Dann springen andere Bands - -

Petra Pau (DIE LINKE): Moment! Zu dem Phänomen kommen wir gleich noch. Ich will nicht unhöflich sein; aber ich habe wenig Fragezeit. Deshalb würde ich Sie bitten, dass wir also jetzt das, was hier allgemein bekannt ist, nicht noch mal referieren, sondern ich deutlich machen kann, worum es mir geht, und wir das Ganze dann versuchen hier aufzuarbeiten.

Richtig ist: Graupner hat in der Band „Noie Werte“ gespielt, und Graupner ist ein Vertrauter des Trios. Und die ersten beiden Vorläufer der ekelhaften Paulchen-Panther-CD, der Bekenner-CD, waren noch mit Musik, mit Titeln der Band „Noie Werte“ unterlegt. Deshalb stellt sich natürlich für uns die Frage: Ist das Zufall? - Wahrscheinlich eher nicht. Also stellt sich wieder die Frage: Welche Rolle hat diese Band „Noie Werte“ gespielt, und haben Personen aus diesem Umfeld auch mit Blick auf das NSU-Trio ge-

spielt? Also, das ist der Hintergrund meiner Fragen. Ich halte es nicht für einen Zufall, dass Graupner seinen Lebensmittelpunkt dorthin verlegt und dass die drei dann die Musik dieser Band dort zur Unterlegung nutzen.

Zeugin Bettina Neumann: Ja, die Frage haben wir uns natürlich auch gestellt: Wie hängt das zusammen? Warum hat man gerade die Musik von „Noie Werte“ genommen? Aber es ist für uns nicht erklärlich und nicht nachvollziehbar, und wir haben auch keinen Grund gefunden, der das in irgendeiner Form erklären könnte, warum das so ist. Auch über diese Verbindung Graupner dahin: nicht erklärlich, was das Trio bewogen hat, ausgerechnet diese Musik zu nutzen.

Petra Pau (DIE LINKE): Na ja, was das Trio bewogen hat, diese Musik zu benutzen, da genügt, glaube ich, ein Blick in die Texte der Lieder, wo eben tatsächlich - sicherlich abgecheckt, was die Grenzen betrifft, wenn es um die Strafbarkeit geht - sehr deutlich zu Mord und Totschlag aufgerufen wird, das heißt, genau da die Anleitung zu dem, was man vorhat.

Aber ich würde gern noch mal zu einer anderen Gruppierung kommen, die hier eben auch schon eine Rolle gespielt hat, nämlich „Furchtlos & Treu“. Im hier sehr oft zitierten „BfV Spezial“ 21 heißt es dazu: Im Januar 2004 gab es Razzien gegen „Furchtlos & Treu“ in Baden-Württemberg, Sachsen und Brandenburg im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Waffengesetz. Die Polizei stellte unter anderem 2 500 Schuss Munition, 500 Gramm formbare Sprengmasse, 5 Meter Sprengschnur und Übungshandgranaten sicher. - Fürs Protokoll: Das finden wir in MAT A BKA-2/46, Seite 32 f.

Können Sie mir mal was zur Einschätzung dieser Gruppierung damals in Ihrer Behörde sagen, auch mit Blick auf die Prognose, was die eigentlich vorhaben mit solchen Dingen?

Zeugin Bettina Neumann: Ja. - Also, „Furchtlos & Treu“ ist ja entstanden vor dem Verbot von „Blood & Honour“ 2000 - - bestand die Sektion Württemberg unter der Leitung des Herrn, der dann auch „Furchtlos & Treu“ geleitet hat. Und er ist seinerzeit mit seiner kompletten Sektion aus dem „Blood &

Honour“-Verbund ausgetreten. Es gab da irgendwelche Streitigkeiten. Einzelheiten wussten wir, glaube ich, damals auch gar nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Das ist jetzt hier für uns auch nicht wichtig. Für uns ist wichtig: Wie haben Sie damals die Gefährlichkeit dieser Gruppierung eingeschätzt - Sie sind ja im Vorfeld tätig, bevor, jedenfalls im Allgemeinen, Straftaten begangen werden -, und wie haben Sie dann auch die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit genau zu dem, was Sie da festgestellt haben und prognostizieren, informiert?

Zeugin Bettina Neumann: Also, die Gruppierung war uns damals insofern wichtig und bedurfte - - und stand auch unter unserer Beobachtung - - zum einen, weil wir nach Nachfolgeorganisationen und -bestrebungen geguckt haben und zum Zweiten der Leiter durchaus auch als gewaltbereit ja bekannt war. Es gab entsprechende Aussagen. Er trat auch immer durchaus martialisch mal auf. Das haben wir uns immer schon sehr genau angeguckt. Insofern - - Was jetzt aber die wirkliche Gefahr angeht - -

Petra Pau (DIE LINKE): Was hatten die denn vor mit den Waffen und dem Sprengstoff? Was haben Sie damals gedacht?

Zeugin Bettina Neumann: Na ja, er ist natürlich, soweit ich das noch in Erinnerung habe, auch einer von diesen typischen Waffenfetischisten, die es auch in der Szene gibt. Dass er konkrete Pläne gehabt hätte zur Nutzung und gegen wen, da lagen uns keine Informationen vor. Weil wenn wir die gehabt hätten, hätten wir die natürlich weitergegeben und versucht, das in irgendeiner Form an die Polizei weiterzugeben.

Petra Pau (DIE LINKE): Wissen Sie, Frau Neumann, ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ich bin erschüttert, nicht nur, weil Sie das jetzt hier wiederholen, sondern das haben uns jetzt schon mehrere Zeugen gesagt - Staatssekretäre, Kriminalisten, Verfassungsschützer -: Also, die sammeln zwar Waffen - und wenn man sich so die Arsenale anguckt und wenn ich das noch alles summiere, was da so festgestellt wurde über die Jahre und beschlagnahmt wurde, dann würde das reichen, um mehrere Städte in die Luft zu

sprengen -, aber die sind ja eigentlich nur waffenaffin - oder wie auch immer -, aber zum - - also, zu den Einsatzkonzepten können wir gar nichts sagen. Da konnten wir uns nicht vorstellen, dass da was passiert.

Und dann kommt so was raus, wie ich es in den Jahresberichten der Landesämter für Verfassungsschutz und des Bundesamtes für Verfassungsschutz lesen muss und auch in den Jahresberichten Ihres Landesamtes. Und ich gehe davon aus, wenn Sie die Auswertung vorgenommen haben dieser Informationen, dass Sie natürlich maßgeblich für die Zuarbeit auch zu diesen Berichten zuständig sind. Und da möchte ich einfach nur ein Zitat - damit bin ich dann auch fertig - aus dem Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg aus dem Jahre 2003 zur Einschätzung der rechtsextremen Szene und einer rechtsterroristischen Gefahr hier noch zu Protokoll nehmen. Da wird im Bericht im Jahre 2003 festgestellt:

... meist fehlt es bereits an einer deutlich strukturierten und artikulierten politischen Zielsetzung. Kennzeichen dieser Subkultur sind zudem Unfähigkeit und mangelnder Wille zu konkreter Organisation. Geringe Intellektualität, Desinteresse an ideologischen Fragen sowie rein „Spaß“-orientiertes Verhalten, beispielsweise exzessiver Alkoholenuss, und die daraus resultierende Disziplinlosigkeit machen meist schon eine kontinuierliche Mitarbeit in einer bereits vorhandenen Organisation schwierig bis unmöglich.

Und das Ganze wurde dann wieder zusammengefasst, wie wir es in allen anderen Berichten kennen:

Es gibt keine rechtsterroristische Gefahr.

Ich halte fest, dass ich wirklich im Rückblick erschüttert bin, aber auch im Jahre 2013 dann solche Einschätzungen zu hören. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das war jetzt, glaube ich, eher ein Statement als eine Frage an die Zeugin, Frau Kollegin Pau.

(Petra Pau (DIE LINKE): Ich hatte gesagt, ich gebe das zu Protokoll!)

Dann würde das Fragerecht jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wechseln. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Zeugin, der frühere Bundestagsabgeordnete Thomas Wüppesahl, der hier immer ein fleißiger Zuhörer auch ist, hat in einem Interview mit einem freien Radio am 26.10. des vergangenen Jahres, das mir anonym zugesandt wurde - ich denke, anderen Kollegen auch -, sehr weitgehende Sachen zu rechtsextremen Polizeibeamten in Baden-Württemberg gesagt. Ich nehme nicht an, dass Sie dieses Interview kennen oder gehört haben - das erwarte ich auch gar nicht -; aber da heißt es zum Beispiel, er habe sichere Kenntnis als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten, dass weit über ein Dutzend, wenn nicht sogar Dutzende Polizeibeamte aus Baden-Württemberg rechtsextreme Kontakte gehabt hätten, mehrfach in der Nähe des Tötungsortes in Heilbronn gewesen wären, dort nachts gefeiert hätten, es sei harter Rechtsrock gespielt worden und Gespräche geführt worden. Das sei Ende der 90er-Jahre gewesen, und es wäre 2002, 2004 abgebrochen.

Dann las ich in der *Süddeutschen Zeitung*, dass ein Mann, der laut *Süddeutsche Zeitung* auch mal Vertrauensmann des baden-württembergischen Landesamtes gewesen ist, ein gewisser Ryan Davis, dasselbe ausgesagt habe - laut *Süddeutsche Zeitung*; unter der schönen Überschrift „Hitler-Büste in der Berghütte“ -, dass also im Raum Stuttgart 10 bis 20 Polizeibeamte ein festgefügtes rechtsextremistisches Weltbild hätten. Deswegen meine Frage: Welche Erkenntnisse gab es im Landesamt zur fraglichen Zeit über rechtsextreme Einstellungen, Vorfälle, Äußerungen von Polizeibeamten?

Zeugin Bettina Neumann: Also, in der Tat, dieses Interview, was Sie da erwähnt haben, kenne ich natürlich nicht. Entsprechende Äußerungen kenne ich auch nicht, und über eine so hohe Zahl an Polizeibeamten, die über ein rechtsextremistisches Weltbild verfügen sollen, dazu kann ich auch nichts sagen. Das ist mir nicht bekannt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber diesen V-Mann, den kennen Sie, Ryan Davis oder Achim S.?

Zeugin Bettina Neumann: Ryan Davis sagt mir was, der Name. Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat der Ihnen denn das mal berichtet, was jetzt in der Presse steht?

Zeugin Bettina Neumann: Also, Sie spielen - - oder Sie meinen ja jetzt wahrscheinlich die Ereignisse um den Bereich Ku-Klux-Klan?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einerseits Ku-Klux-Klan, andererseits aber möglicherweise ja darüber noch hinausgehend. Denn, dass also 10 bis 20 Polizeibeamte beim Ku-Klux-Klan waren, davon gehen wir ja nun nicht aus.

Zeugin Bettina Neumann: Nein. Also, alles Thema „KKK“. Das ist bekannt. Das brauche ich Ihnen ja, denke ich, auch nicht weiter vorzutragen. Aber alles darüber hinaus? Also, das wäre mir neu. Da kann ich nichts zu sagen, kenne ich nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wie vielen Polizeibeamten und -beamtinnen beim Ku-Klux-Klan gingen Sie denn aus, oder was war Ihnen denn da zugetragen worden?

Zeugin Bettina Neumann: Also definitiv waren es ja wohl letztlich nur zwei. Es hieß mal, es gäbe noch weitere Interessenten; aber wie viele das jetzt tatsächlich waren und wer im Einzelnen, das weiß ich nicht. Aber zehn bis zwölf kommen mir jetzt etwas viel vor. Aber ich kann es, wie gesagt, nicht sagen. Das wären Spekulationen. Also: Mehr als zwei. Darüber hinaus ist mir nichts bekannt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, mehr als zwei ist ja nach oben offen. - Der Kollege Binninger darf selbstverständlich eine Zwischenfrage stellen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber es wäre doch in Ihrem Aufgabenbereich gewesen - Auswertung Rechtsextremismus -, Erkenntnisse, die dazu entstehen, zu sammeln, zu bewerten, auszuwerten und Folgerungen daraus zu ziehen. Also wenn es etwas gab, ist es bei Ihnen, wie Sie so schön

gesagt haben, auf dem Schreibtisch gelandet. Aber Sie wissen es nicht mehr.

Zeugin Bettina Neumann: Na ja, die Frage nach rechtsextremistischer Einstellung einzelner Personen - das ist ein bisschen schwierig.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Na ja, Polizisten beim Ku-Klux-Klan: Ich glaube, da erinnert man sich lange dran. Das gibt es ja Gott sei Dank nicht so häufig, nicht?

Zeugin Bettina Neumann: Ja. Ich sagte ja gerade: Also, von zweien weiß ich es definitiv. Ich sagte ja: Es gab wohl auch Hinweise, dass es mehr sein könnten. Aber darüber habe ich keine konkreten Erkenntnisse.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, wenn ich da mal nachfragen darf.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland fragt jetzt weiter.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, fragt weiter und fragt nach an der Stelle, wo der Kollege Binniger war.

Ihre Erkenntnisse kommen ja von Quellen. Sie müssen ja gar nicht verifizieren, sondern Sie können doch nur sagen: „Eine Quelle, die gemeinhin zuverlässig berichtet, sagt mir: „Jetzt gibt es noch vier weitere Interessenten beim Ku-Klux-Klan aus Polizeikreisen“ - beispielsweise. Ist so was passiert?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, ich sagte ja: Es gab Hinweise, dass sich da noch weitere dafür interessieren, aber wir haben natürlich auch versucht, das ja weiter aufzuklären, aber letztendlich blieben definitiv ja nur zwei Mitglieder über. Was andere vielleicht noch in ihren Köpfen haben und gern möchten, dazu kann ich jetzt wenig sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Frau Zeugin, es geht nicht nach „Wünsch dir was“, sondern wir wollen das fein auseinanderhalten. Uns wurde heute Morgen in einer Beratungssitzung gesagt - und das ist so zu akzeptieren -, andere Informationen ließen sich nicht bestätigen im Rahmen von Disziplinarverfahren, von Strafverfahren oder was auch immer.

Sie sind Mitarbeiterin eines Nachrichtendienstes. Von Ihnen will ich eigentlich nur hören: „Welche Nachrichten hatten Sie?“, und nicht, ob dann später bei disziplinarischen oder polizeilichen Ermittlungen Ihre Nachrichten bestätigt wurden. Sondern nach Ihrer Nachrichtenlage diesbezüglich frage ich.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Herr Dr. Fahrner hat sich gemeldet.

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Danke. - Ich will jetzt gar nicht rein. Ich wollte nur sozusagen auch der Zeugin, wenn ich es darf, sozusagen einfach noch mal zurückgeben: Es ist klar: Wenn jetzt irgendwie eine eingestufte oder nichtöffentliche Sitzung noch helfen kann, den Gegenstand zu erweitern, über den Sie da reden, dann machen Sie es einfach hier transparent und deutlich. Dann können wir in so eine Sitzung eintreten dabei. Also wenn es jetzt so eine Frage - - auch darum gehen würde, dann können Sie es vielleicht sagen.

Zeugin Bettina Neumann: Na ja, das würde ja bedeuten, dass ich noch mehr dazu sagen könnte. Aber ich weiß es einfach nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binniger.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich verstehe Ihr Anliegen, Herr Dr. Fahrner, aber wir können nicht die Maßstäbe verschieben je nach Bundesland. Und wenn ich sehe, wie offen wir - - Wir reden hier über abgeschlossene nachrichtendienstliche Informationen - über Vereinigungen, die es Gott sei Dank nicht mehr gibt -, nichts Laufendes, das über zehn Jahre zurückliegt. Und wenn wir im Land Brandenburg sehr beispielhaft vier, fünf Stunden wirklich in die Details gehen, wie wir es noch selten gegangen sind in öffentlicher Sitzung, dann ist das für mich der Maßstab. Dann bin ich nicht bereit, Sonderregelungen für andere Bundesländer zu treffen. Wir sind bei Sachsen sehr tief gegangen, bei Thüringen, und dann gibt es immer ein, zwei, wo scheinbar alles ein Geheimnis ist. Das können wir nicht machen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Zeugin, es ist doch nur die Frage: Gab es Erkenntnisse über weitere

Polizeibeamte? Meine Frage wäre: Kamen die von derselben Quelle? Denn bei den Zweien waren sie ja zutreffend. Ob sie bei den anderen zutreffend waren oder nicht, will ich von Ihnen gar nicht bewertet haben, sondern ich will wissen: Wie viele Informationen über wie viele weitere Polizeibeamtinnen oder -beamte bekamen Sie? Und bekamen Sie sie von derselben Quelle?

Zeugin Bettina Neumann: Also, ich hatte es ja schon gesagt: Es gab Hinweise, dass es noch weitere Interessenten bei der Polizei gab. Aber wer das im Einzelnen war und wie viele das waren, also das weiß ich jetzt wirklich nicht mehr.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sagen Sie ungefähr eine Hausnummer. Ich will keine Namen wissen, sondern ungefähr, wie viele.

Zeugin Bettina Neumann: Also, da müsste ich jetzt wirklich spekulieren. Es waren keine zehn; das sicherlich nicht. Es waren mit Sicherheit weniger. Aber ich müsste jetzt wirklich spekulieren. Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können ja einen Korridor angeben, „von ... bis“.

(Sönke Rix (SPD): Sie hat gesagt:
„keine zehn“!)

- Keine zehn und mehr als zwei.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie eine Zwischenfrage erlauben - ausnahmsweise von mir -, Herr Wieland?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Besonders gerne erlaube ich Ihre Zwischenfragen.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Das wird auf deine Zeit
angerechnet! - Heiterkeit)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Neumann, in diesen ganzen vielen Jahren, in denen Sie im Bereich Auswertung Rechtsextremismus in Baden-Württemberg tätig waren: Wie oft hatten Sie denn überhaupt Hinweise auf Verstrickungen von baden-württembergischen Polizeibeamten in rechtsex-

tremistische Organisationen im Land? Alle vier Wochen?

Zeugin Bettina Neumann: Nein, also mit Sicherheit nicht. Ich denke, das war der einzige Fall.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war der einzige Fall. - Wie kommt es denn, dass Sie sich ausgerechnet dann nicht gut daran erinnern können, wenn sozusagen Kollegen aus dem Bereich der Zuständigkeit des baden-württembergischen Innenministers - Sie sind Verfassungsschutzbeamtin, zu der Zeit Landesbeamtin im Verfassungsschutz - - Das sind Landesbeamte im Bereich der Polizei. Wie ist denn zu erklären, dass Sie sich an einen solchen einschlägigen, auch einmaligen Vorgang, wie Sie es ja gerade selber gesagt haben, überhaupt nicht näher erinnern können?

Zeugin Bettina Neumann: Na ja, „überhaupt nicht näher“? Also, ich weiß, dass es die beiden waren, nachgewiesenermaßen. Und wie viele andere - - Ich habe jetzt wahrscheinlich die falschen Akten zur Vorbereitung gelesen. Diese eine Akte, wo das drinsteht, habe ich jetzt wahrscheinlich nicht gelesen oder offensichtlich nicht. Und aus der Erinnerung? Ich weiß es wirklich nicht mehr, wie viele es waren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber die Quelle hatte Hinweise auf weitere Polizeibeamte gegeben, die Interesse an einer Mitarbeit im Ku-Klux-Klan geäußert haben?

Zeugin Bettina Neumann: Ja. Ich sage ja, Hinweise gab es.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Auch namentliche Hinweise?

Zeugin Bettina Neumann: Das kann sein. Ich weiß es jetzt wirklich nicht mehr. Aber es kann durchaus sein. Ich kann das nicht bestreiten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland hat noch eine Minute.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie solche Hinweise bekommen, dann geben Sie sie doch sicherlich weiter. Also wenn Sie sich nicht mehr so

vage erinnern, wage ich gar nicht, zu fragen: „Haben Sie sie weitergegeben?“, sondern wenn so was kommt: „Da sind noch weitere Interessenten bei der Polizei“, dann gibt man so was weiter als Landesamt an das Innenministerium.

Zeugin Bettina Neumann: Also wenn es personifizierbar war, um wen es sich da handelt, und wenn man das sagen konnte konkret, um wen es sich da gehandelt hat, dann haben wir uns natürlich bemüht, das weiterzugeben, sobald wie möglich, an die entsprechenden Behörden, um das entsprechend aufzuklären und dem nachzugehen. Natürlich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und wenn nicht? Ich meine, die Personifizierung kann man dann ja auch möglicherweise dem Innenministerium oder der Polizei überlassen. Wenn ich einen Hinweis bekomme: „Da und da waren bei einer Aktivität noch weitere Polizeibeamte dabei“, ohne dass die Quelle die Namen weiß oder möglicherweise nur Vornamen, auch das ist doch relevant. Sind wir uns einig?

Zeugin Bettina Neumann: Natürlich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. - Das heißt, dass das nicht alltäglich ist, Polizeibeamte im oder im Umkreis des Ku-Klux-Klan, war Ihnen bewusst?

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Noch mal weiter gefragt: Dieser Umstand wurde ja dann irgendwie sehr merkwürdig, weil es in diesem Ku-Klux-Klan ja auch einen V-Mann des Bundes gegeben haben soll, ja? Und dann trat das auf, was man im Amt auch als Sicherheitslücke gesehen hat - das hieß immer: Sicherheitsvorfall beim Landesamt für Verfassungsschutz 2002 -, dass also ein Mitarbeiter Dienstgeheimnisse verraten haben soll. Können Sie uns dazu was sagen?

Zeugin Bettina Neumann: Ja. Also, diese Hinweise gab es in der Tat. Offensichtlich muss aus dem Haus, müssen oder sind tatsächlich Informationen ja abgefließen. Es war ja von Anfang an nicht klar, aus welchen Bereichen.

Sie müssen sich vorstellen: An diesem Gesamtkomplex „KKK“ waren ja auch mehrere Organisationseinheiten innerhalb unseres Hauses beteiligt. Das war zum einen ja eben die Auswertung, es war die Beschaffung, wir hatten seinerzeit ja auch noch das Mittel der Telekommunikationsüberwachung eingesetzt, wir hatten Observationen. Also, es war eine Vielzahl von Personen und Organisationseinheiten an der Aufklärung dieses Sachverhaltes beschäftigt. Und es war ja nicht gleich klar, aus welcher Quelle diese Informationen abgefließen sind.

Also hat man die Aufklärungsbemühungen dessen in einem sehr kleinen personellen Rahmen gehalten. Das ging seinerzeit an der Auswertung relativ vorbei. Das lief insbesondere im Bereich der Beschaffung, des Geheimschutzes und seinerzeit natürlich auch des damaligen Präsidenten, die das Ganze in erster Linie betrieben haben, um die Aufklärung dieses Sachverhaltes. In der Auswertung haben wir das am Rande zwar mitbekommen, dass da irgendwas nicht stimmt und dass es da innerhalb des Hauses offenbar eine undichte Stelle gibt. In die weiteren, genaueren Ermittlungen, da waren wir nicht einbezogen, offensichtlich weil man natürlich auch nicht wusste - - Es hätte ja auch aus der Auswertung irgendetwas sein können.

Aber der Fall als solcher ist, wie Sie ihn geschildert haben, mir natürlich bekannt, und auch diese zahlreichen Bemühungen, die man unternommen hat, um dieses Leck auffindig zu machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, letzte Frage, oder?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, nur, mit welchem Ergebnis, die Bemühungen? Hat man das Leck gefunden?

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und wurde entfernt aus dem Dienst?

Zeugin Bettina Neumann: Also, dieses Leck war dann zumindest nicht mehr in dem Bereich tätig, wo es ursprünglich tätig war.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Durfte woanders lecken?

(Heiterkeit)

- Gut. Das ist nun meine Schlussfolgerung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war ein Leck in Ihrer Behörde?

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und der ist in Ihrer Behörde geblieben, aber an anderer Stelle zur Verwendung gebracht worden?

Zeugin Bettina Neumann: Ist nicht in der Behörde geblieben. - Über weitere Einsätze: Da weiß ich jetzt nicht hundertprozentig, wie es gelaufen ist, aber in unserer Behörde jedenfalls nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kämen jetzt zur zweiten Berliner Stunde - für zehn Minuten jedenfalls. Herr Kurth weist darauf hin: Es gibt um 13.45 Uhr eine namentliche Abstimmung. - Aber Herr Binninger sagte, er wäre bereit, Ihnen zehn Minuten schon mal Fragen zu stellen. Dann unterbrechen wir und setzen dann fort. - Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Frau Neumann, wie kam diese Operation „Kuklux-Klan“ überhaupt zustande? Wir haben ja KKK-Bestrebungen gehabt in Königs Wusterhausen Anfang der 90er-Jahre. Dann war lange Zeit Ruhe bei dem Thema „Kuklux-Klan“, und dann auf einmal aus heiterem Himmel gründet sich da wieder eine Gruppe. Wie sind Sie denn damals überhaupt drauf gekommen?

Zeugin Bettina Neumann: Also die ersten Hinweise, die bei uns anfielen, waren Ende der 90er-Jahre - 98, 99, ich glaube, 98 - erst mal übers Internet, als man bei der Internetrecherche auf entsprechende Seiten aufmerksam geworden ist. Dann ging es weiter. Ich glaube, 99 war es dann. Also, es gab eine zeugenschaftliche Vernehmung bei der Polizei in Schwäbisch Hall, und da sind auch entsprechende Hinweise getätigt worden. Und das passte dann irgendwo mit den Internetauszügen zusammen.

Na ja, also Hinweise auf KKK haben uns natürlich damals schon ziemlich beunruhigt. Man weiß ja, was sich dahinter verbirgt, was das ist, diese extreme antisemitische, rassistische Einstellung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber was haben Sie dann gemacht, als die ersten Hinweise kamen? Was war dann das weitere Vorgehen?

Zeugin Bettina Neumann: Ja gut, wir haben natürlich versucht, das Ganze weiterhin aufzuklären, diesen Hinweisen aus dieser Zeugenvernehmung nachzugehen. Wir haben alle nachrichtendienstlichen Mittel eingesetzt, die wir hatten. Wir haben observiert, wir haben - - Ach so, im Zuge einer Durchsuchung, glaube ich, wurden CDs gefunden und Materialien zum KKK, die das Ganze also noch mal bestätigt haben, sodass wir dann auch personenscharf hatten, wer da infrage kommt und wo wir mit den Maßnahmen ansetzen konnten. Wir haben dann - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie groß war denn die Gruppe etwa?

Zeugin Bettina Neumann: Also, nach Abschluss aller Ermittlungen, so wie es sich uns darstellte, circa 20 Personen, bundesweit.

Clemens Binninger (CDU/CSU): „Bundesweit“ heißt, der Anführer war zwar in Schwäbisch Hall, aber der Rest der Truppe kam aus allen möglichen Bundesländern?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, also, es waren natürlich auch welche in Baden-Württemberg. Das waren so circa fünf, sechs Leute, wenn ich es noch recht weiß, und der Rest halt eben aus anderen Ländern. Jetzt muss man sich aber nicht vorstellen, dass da also wirklich Strukturen geherrscht hätten, richtige Klans sich schon gebildet hätten, sondern es waren, wenn ich mich recht erinnere, eher Einzelpersonen, die Interesse bekundet haben, Kontakt aufgenommen haben zu dem Leiter dieses Klans, der ja in Baden-Württemberg saß.

Ja, das war eigentlich das Ergebnis dieser Recherchen und der Ermittlungen, die wir da angestellt haben. Die Frage ist natürlich: Wie kann man das Ganze dann - sage ich mal - zu einem Ende bringen?

Es war, wenn ich mich recht erinnere, nicht so, dass Straftaten, Gewalttaten in dem Zusammenhang einen Ansatzpunkt geboten hätten, um das Ganze jetzt in ein Ermittlungsverfahren oder wie an die Polizei ranzubringen, sondern es bewegte sich alles noch unterhalb der Straftatenebene.

Und dann war eben die Überlegung unseinerseits, dass wir sogenannte Gefährdungsansprachen durchführen. Wir haben damals - 2002 war es, glaube ich, ja - quasi bundesweit zeitgleich alle bekannten Personen, die in diesem Klan Mitglied waren oder Interessenten waren, angesprochen, mit der Zielrichtung: Leute, wir wissen Bescheid, wir kennen euch, wir haben euch im Blick. Tut nichts, was ihr nicht tun dürft.

Und diese ganze Aktion, meine ich - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Macht das Sinn?

Zeugin Bettina Neumann: Bitte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Macht das Sinn?

Zeugin Bettina Neumann: Es macht insofern Sinn, weil in dem Fall war es wirklich erfolgreich. Die Aktivitäten gingen dann im Laufe der Zeit gegen null. Der Klan in Baden-Württemberg hat sich dann auch Ende 2002 bzw. 2003 aufgelöst, und seitdem sind zu dieser speziellen Struktur auch keine Erkenntnisse mehr angefallen. Also, ich gehe davon aus: Er existiert nicht mehr.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt haben Sie aber, untechnisch gesprochen, auch etwas gemacht, was man dem anderen ja vorgehalten hat, dem Mitarbeiter Ihres Hauses: Sie haben die Mitglieder einzeln informiert, dass sie quasi überwacht werden, als Strategie.

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Weil Sie sich davon erhofft haben, dass die Gruppe daran zerbricht, -

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - obwohl Sie gerade noch gesagt haben, die waren - das sehe ich ein bisschen anders;

aber es ist Ihre Bewertung - noch so unerschwerlich in ihren Aktionen, dass es keine Anknüpfungspunkte für Ermittlungsverfahren gab.

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Warum dann diese gezielte Beendigungsaktion?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, wehret den Anfängen. Einfach, um frühzeitig einzuschreiten, damit sich erst gar nicht aus dieser kleinen Zelle - sage ich jetzt mal - was Größeres entwickelt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bei wie vielen anderen rechtsextremistischen Vereinigungen, die vielleicht vom Gewaltpotential her noch größer waren, haben Sie das auch gemacht?

Zeugin Bettina Neumann: Tja, also, ich glaube - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jedes Mitglied angesprochen, bundesweit, zeitgleich, nach dem Motto „Ende der Veranstaltung“?

Zeugin Bettina Neumann: Tja, also ich kann mich da jetzt an einen solchen Fall weiter nicht erinnern.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, dann frage ich mich aber, was das für eine Strategie ist. Und warum haben Sie sie hier angewandt?

Zeugin Bettina Neumann: Weil sie sich hier einfach anbot. Es war eine gute Strategie vom Ergebnis her. Und diese Möglichkeiten hat man leider auch nicht immer, dass man so früh, rechtzeitig weiß: Wo bildet sich was? Wo kann ich rechtzeitig dazwischengehen, um Weiteres zu verhindern?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bei uns taucht immer dieser Begriff auf „Honeypot-Strategie“, dass man gewisse Dinge erst selber mal laufen lässt, weil man sich ein erhöhtes Informationsaufkommen davon verspricht, und irgendwann beendet man die Sache wieder. War das so was?

Zeugin Bettina Neumann: Also erst mal laufen lassen und dann einschreiten. Also wenn es funktioniert, ist das eine feine Sache.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie?

Zeugin Bettina Neumann: Es ist immer die Frage, die Grenze: Wie lange lässt man das laufen? Und ich denke halt, gerade bei solchen, sich möglicherweise noch gefährlich Entwickelnden lieber frühzeitig beenden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, ob das eine feine Sache ist, sehe ich anders, weil das ist ja praktisch ein Spiel mit dem Feuer.

Zeugin Bettina Neumann: Sehen Sie, und deswegen haben wir es ja auch nicht gemacht. Lieber frühzeitig beenden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine Zwischenfrage: Lag das daran, dass sich da zu viele Polizeibeamte interessiert gemeldet hatten?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und ehemalige und tatsächliche V-Leute? Es war ja - -

Zeugin Bettina Neumann: Das würde ich unabhängig davon sehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Aber der Anteil von Mitgliedern, die irgendeinen Bezug zu einer staatlichen Behörde hatten, war doch auffallend hoch für so eine kleine Gruppe. War das denn in Abstimmung mit dem BfV, immer diese Vorgehensweise? Wer hatte denn da das Sagen eigentlich? War es ein Landesprojekt, diese Beobachtung, und dann auch die Entscheidungen, was macht man wann? Oder war das ein Projekt des BfV, und hatten die die Richtung vorgegeben?

Zeugin Bettina Neumann: Also, das kann ich jetzt gar nicht mehr sagen, ob da irgendeiner die Richtung vorgegeben hat und ob das das BfV war. Also es war eine konzertierte Aktion mehrerer Länder - nicht nur Baden-Württemberg - und des BfV. Wer das dann koordiniert hat, das kann ich jetzt gar nicht mehr sagen. Vielleicht war es das BfV, ja. Als Zentralbehörde war es das wahr-

scheinlich. Aber das kann ich jetzt wirklich nicht mehr sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ein bisschen bekomme ich jetzt den Eindruck, als ob diese KKK-Sache ein Testballon war, bei dem man irgendwann die Luft wieder rausgelassen hat, nachdem man gemerkt hat: Es kommt nicht mehr, oder es bringt nicht mehr oder was auch immer. - Täuscht mich der Eindruck?

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja?

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): War diese Information über die Überwachungsmaßnahmen durch den Mitarbeiter an den Anführer des KKK zeitlich weit vor Ihrer gezielten Ansprache aller Mitglieder? Weiß das jemand zufällig, wann der Vorfall war?

Zeugin Bettina Neumann: Also, zeitlich kann das nicht weit auseinandergelegen haben, weil die ganze Aktion ja nur über wenige, zwei Jahre sich im Grunde erstreckt hat, glaube ich. Ja. Aber - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wer hat denn diese Ansprachen durchgeführt?

Zeugin Bettina Neumann: Also wer das jetzt im Einzelnen war, kann ich nicht sagen. Ich weiß es - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wer macht allgemein solche Ansprachen im LfV? Das macht ja nicht die Auswertung.

Zeugin Bettina Neumann: Ach so. Das läuft im Bereich der Beschaffung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Beschaffer machen das dann?

Zeugin Bettina Neumann: Genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die enttarnen sich ja dabei aber ein Stück weit, weil sie ja auch Leute ansprechen, die nicht V-Leute sind, sondern Leute aus der Szene.

Zeugin Bettina Neumann: Die enttarnen sich, wenn Sie so wollen; aber man nimmt natürlich dann Angehörige der Beschaffung - sage ich mal -, wo es nichts zu enttarnen gibt, also Vorgesetzte, Referatsleiter, wie auch immer, die also nicht selber in der Szene bekannt sind.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und danach gab es nie mehr Auffälligkeiten zum Thema „KKK“, und auch die Polizeibeamten waren irgendwie aus den Augen verschwunden?

Zeugin Bettina Neumann: Also, ab 2003 - - Also, diese EWK haben sich dann irgendwann ja selber mehr oder weniger aufgelöst, und dann gab es auch keine Erkenntnisse mehr dazu. Ich gehe davon aus, es gibt ihn nicht mehr, und das schon seit 2002, 2003.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat man denn jemals auf dieser Strecke Erkenntnisse ausgetauscht mit anderen Verfassungsschutzbehörden über dortige Aktivitäten mit KKK-Bezug? Sie wussten jetzt ja: Diese Gruppe in Schwäbisch Hall - - Da wohnen ja 20 Mitglieder. Davon kommen drei Viertel aus allen anderen Bundesländern - nicht aus Baden-Württemberg -, die hier ja auch genannt sind; Sachsen, Thüringen auch dabei mit Mitgliedern. Auch da sind ja wieder Personen genannt, die aus den neuen Bundesländern - so wird es beschrieben - hergekommen seien, besonders aufgefallen seien durch gewaltbereite Parolen. Sind Sie dem mal nachgegangen? Haben Sie davon erfahren? Das wurde ja unter anderem auch deutlich jetzt bei den Disziplinarermittlungen gegen die Beamten, die das gesagt haben, dass da auch Mitglieder waren aus neuen Bundesländern, die besonders gewaltbereit waren mit ihren Parolen. Deshalb hätte man sich ja auch entschieden, da Distanz zu suchen. Haben Sie davon je erfahren?

Zeugin Bettina Neumann: Wer da jetzt im Einzelnen was gesagt hat, da kann ich mich jetzt nicht mehr dran erinnern. Aber wir haben uns natürlich ausgetauscht, wie ich eben schon beschrieben hatte. Der normale Austausch zwischen den Ländern, mit dem Bund, der hat natürlich da auch stattgefunden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber Sie haben nie von einem Ermittlungsverfahren erfahren der Thüringer Polizei 96, wo es um Kreuzverbrennungen geht, was ja offenkundig KKK-ähnlich ist. Ich meine, wenn Sie dran sind an so einem Projekt, liegt es doch nahe, dass man überall mal abfragt: Hattet ihr schon mal ähnliche Erlebnisse außer im Internet immer nur?

Zeugin Bettina Neumann: Das kann durchaus sein, dass wir das damals auch gemacht haben. Aber - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Weil wir hier diesen Fall hatten. Und bei dieser Kreuzverbrennung waren Beate Zschäpe und ein Markus F. dabei, der später in Heilbronn gewohnt hat, als Teil dieser Szene aus Sachsen. Haben Sie nie erfahren?

Zeugin Bettina Neumann: Also, ich kann mich jetzt nicht dran erinnern. Es kann sein, aber ich kann es wirklich nicht mehr sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So, wir haben jetzt gleich eine namentliche Abstimmung. Ich will hoffen, dass Kreuzverbrennungen in Baden-Württemberg nicht so häufig stattfinden, dass man sich an konkrete Einzelfälle gar nicht mehr erinnern kann. Aber die Befragung der Zeugin setzen wir nach der namentlichen Abstimmung fort.

Ich unterbreche jetzt hiermit die Sitzung.

(Unterbrechung von
13.44 bis 14.27 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir setzen die Beweisaufnahmesitzung fort. Wir sind noch im Bereich der Befragung der ersten Zeugin, Frau Neumann, und das Frage-recht ist nach wie vor bei der CDU/CSU-Fraktion und dauert noch 12 Minuten an.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Vielen Dank. - In diesem Ausschuss gibt es ja vieles an Neuem, was man so noch nie erlebt hat. Ich habe gerade mit dem Vorsitzenden besprochen: Heute haben wir auch mal einen besonderen Gast da, wo ich mich wirklich freue, dass er da ist. Einen Olympiasieger haben wir auch nicht jeden Tag auf der Tribüne. Ich begrüße auch den Dieter Baumann ganz herzlich, der heute sein staatsbürger-

liches Interesse hier zeigt. Herzlich willkommen! Dafür gibt es auch keinen Zeitabzug.

Frau Neumann, jetzt wieder zum Ernst. Ku-Klux-Klan. Ich habe nicht verstanden, warum Sie dann diese Ansprachen durchgeführt haben. Weil keine Erkenntnisse mehr gekommen sind oder weil es Ihnen zu gefährlich wurde? Also, dieser Widerspruch, auf der einen Seite zu sagen: Wir hatten nichts Relevantes für strafrechtliche Ermittlungen, aber wir wollten diese Sache jetzt beenden. - Wer gibt dafür den ausschlaggebenden Punkt? Wer entscheidet das? Machen Sie den Vorschlag? Macht das der Abteilungsleiter, der Präsident, den wir ja nachher noch als Zeugen da haben werden?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, der Grund, warum wir es gemacht haben, das ist ja gerade das, was Sie sagten. Es gab zwar noch keine Hinweise auf Straftaten, aber wir wollten ja einfach auch verhindern, dass es überhaupt dazu kommt, also schon so früh wie möglich nach dem Motto „Wehret den Anfängen!“ verhindern, dass sich da was entwickelt, was dann tatsächlich irgendwann gefährlich wird. Und dass es das hätte werden können, das lag für uns auf der Hand, weil man weiß, wofür „KKK“ steht. Das wollten wir einfach verhindern. Und da wir relativ genau wussten oder sicher wussten, wer gehört alles dazu - - Wir hatten ja die Namen ausgerechert und ermittelt. Das wussten wir ja, wer wo in welchem Land sitzt. Und bevor eben etwas Schlimmeres passiert, war die Überlegung: „Wie können wir das zerschlagen, dieses Netzwerk?“, um es mal mit diesen Worten so drastisch auszudrücken, dann eben die Idee über diese „zeitgleiche Gefährderansprache“ - in Anführungsstrichen - das durchzuziehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie da auch die Polizisten angesprochen?

Zeugin Bettina Neumann: Also - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Weil da wurde ja immer vorgetragen, man hätte warten müssen bis zu disziplinarrechtlichen Ermittlungen, weil man die noch nicht damit hätte konfrontieren dürfen aus Angst, irgendwelche Operationen oder Quellen zu enttarnen. Jetzt sagen Sie, Sie haben ja alle Mitglieder angesprochen. Also hätten Sie die beiden Polizeibeamten auch ansprechen müssen. Hat aber niemand gemacht?

Zeugin Bettina Neumann: Das kann ich jetzt nicht sagen. Also, eigentlich hätten sie ja dabei sein müssen. Das weiß ich aber jetzt nicht, ob man an die nicht vorher rangelangt ist. Das kann ich jetzt nicht sagen. Das weiß ich jetzt wirklich nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich mal vielleicht weiterhelfen darf: Kam dieser Vorschlag nicht vom Bundesamt für Verfassungsschutz? Das entnehme ich einem Vermerk, den ich hier vorliegen habe.

Zeugin Bettina Neumann: Wenn es da so drinsteht, dann wird es wohl so gewesen sein. Ich kann mich da nicht mehr dran erinnern. Und den Vermerk habe ich dann auch nicht gelesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ja eine bundesweite Aktion dann.

Zeugin Bettina Neumann: Ja, ja. Also, wenn es da so drinsteht, dann stimmt das sicherlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es soll vom August 2002 gewesen sein.

Zeugin Bettina Neumann: 2002. Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 22. August.

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Köln. Eine Besprechung.

Zeugin Bettina Neumann: Ja, wenn es da so steht, dann wird es stimmen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Können Sie es kurz vortragen?)

- Ja, das ist eine eingestufte Akte. Also, das Datum und so darf man noch sagen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Den Ort auch!)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Frau Neumann, verlassen wir mal das Thema Ku-Klux-Klan und kommen zu dem schrecklichen Verbrechen am 25. April 2007 in Heilbronn. Da entnehmen wir den Akten, dass man sehr früh versucht hat, alle VPs im Land zu sensibilisieren, wohl dahin gehend: Hört ihr irgendetwas? Was spricht sich bei euch in der Szene rum, egal in welchem Bereich?

Ist das auch bei Ihnen angekommen, oder wie ist überhaupt diese Tat mal bei Ihnen im dienstlichen Geschehen präsent gewesen?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, das habe ich mir auch schon überlegt - was war an dem Tag? -, inwieweit ich mich daran noch erinnern kann; aber da muss ich natürlich auch dazu sagen: Polizistenmord - klar, das kriegt man natürlich mit. Mein erster Gedanke war sicherlich nicht ein rechtsextremistischer Hintergrund.

Es kam auch dann seitens der Polizei - ich könnte mich nicht dran erinnern - irgendwie der Hinweis: „Da könnte was sein, das könnte einen entsprechenden Hintergrund haben“, dann natürlich der Gedanke oder die Idee: „Aber natürlich mal gucken, ob nicht doch irgendwas dahinter steckt“, in alle Richtungen natürlich offen, und dann auch die Idee - ich glaube, vom Präsidenten damals kam das -, direkt alle Quellen - egal, aus welchem Bereich - sofort anzufragen: „Wisst ihr was? Habt ihr was mitbekommen?“, bzw.: „Versucht, da mal irgendwas rauszufinden!“

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und das haben Sie gemacht?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, ja, das ist gemacht worden. Also jetzt ich nicht, das war ein Auftrag an die Beschaffung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Beschaffer, ja.

Zeugin Bettina Neumann: Das ist gemacht worden. Und vom Ergebnis her war es ja negativ. Keiner hatte ja was mitbekommen. Ich hatte jetzt im Nachgang noch gelesen, dass wohl irgendeine Quelle behauptet hat, sie habe da irgendwas gehört von wegen einer möglichen Racheaktion. Aber das habe ich nur jetzt im Zuge der Vorbereitung heute dann nachgelesen. Aber auch dieser

Hinweis hat sich ja auch als nicht weiterführend erwiesen. Da war ja nichts dran.

Aber alle anderen Quellen - - Keiner hat irgendwas im Nachgang oder auch dann für künftig irgendwelche Infos gewinnen können, die da irgendwie Aufklärung hätten bringen können.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wird so was dokumentiert, oder überlässt man das dem Zufall, ob man die Quellen abfragt zu diesem Verbrechen a) in den Tagen danach logischerweise. Aber auch ja vielleicht Wochen oder Monate später könnte man die ja immer noch mal abfragen: Wie sieht es aus? Wird über diese Tat in der Szene überhaupt gesprochen?

Können Sie dazu was sagen? War sie überhaupt ein Thema? Ein Polizistenmord, ein versuchter Mord ist ja ein Verbrechen, das Gott sei Dank nicht häufig vorkommt, aber eben auch sehr schlimm ist und über das man ja spricht in allen Teilen der Gesellschaft. In der rechten Szene war es kein Thema?

Zeugin Bettina Neumann: Also, diese Quellenbefragung ist mit Sicherheit dokumentiert worden. Das ist sicher nachlesbar. Inwieweit das ein Thema in der Szene war - also, ich will nicht schon wieder sagen: „Ich kann mich nicht dran erinnern“, aber das zeigt wiederum, dass es kein großes Thema war. Es ist mir jetzt wirklich nicht Erinnerung, dass das zu größeren Diskussionen geführt hätte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist ein bisschen schade, Frau Neumann, weil wir reden hier über drei Ereignisse: zwei sehr singuläre, nämlich Ku-Klux-Klan mit Beteiligung von Polizeibeamten - das kann man sich ja, glaube ich, besonders gut merken und erinnern - und einen Polizistenmord. Das ist ja auch etwas, das einem immer in Erinnerung bleibt, erst recht, wenn man dienstlich in irgendeiner Form damit zu tun hatte. Und dass Sie uns da jetzt nicht weiterhelfen können, ist schade.

Ich habe eine letzte Frage: Halten Sie es angesichts der Tatsache, dass es möglich war, dass drei mit Haftbefehl gesuchte Neonazis - Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe - über zweieinhalb Jahre lang, als sie noch wirklich intensiv bundesweit auch mit Haftbefehl gesucht werden, in Begleitung anderer amtsbekannter, gewaltbereiter Neonazis, die

wir namentlich kennen, völlig unerkant regelmäßig von Sachsen nach Baden-Württemberg, Ludwigsburg fahren können, sich dort auch wieder öffentlich bewegen, überhaupt keine Scheu haben, halten Sie es da nicht für notwendig, dass man die Strategie der Beschaffung, Aufklärung und auch der Personenkenntnis anders organisieren muss? Weil dieses Nichtwissen und Nichtverfügen über Informationen ist ja eher erschreckend, wenn sich andererseits gesuchte Straftäter so ungeniert und offensichtlich ja auch ohne Sorge, entdeckt werden zu müssen, bewegen können. Oder lief alles richtig in der Vergangenheit, und war es einfach Pech, so wie Sie sagten? Sie hatten keinen Zugang in die Ludwigsburger Szene, und deshalb war das halt so.

Zeugin Bettina Neumann: Ja, ich denke, das ist genau der Punkt. Die Erkenntnis hat uns einfach gefehlt über diese Reisebewegung, über die Personen, die sich da offenbar über Jahre unerkant in der Szene Baden-Württembergs haben bewegen können, ohne dass wir das mitbekommen haben. Ich finde das auch ganz schrecklich.

Die Erklärung: Tja, es sind weder Informationen von außen an uns herangebracht worden, die da lauten, „Da kommen jetzt welche“, und vor allen Dingen haben die Informationen aus unserem eigenen Informationsaufkommen einfach gefehlt. Und das liegt - davon bin ich überzeugt - einfach daran, dass unsere Erkenntnislage oder Erkenntnissituation, die Zugangslage in diesem Bereich einfach nicht gut genug war. Anders kann ich mir das nicht erklären. Ich will jetzt nicht sagen, wir hätten mehr Quellen gebraucht - vielleicht mehr, vielleicht andere, vielleicht bessere -, aber auf jeden Fall Leute, die in diesem Bereich drin sind, in dieser Szene, und die vielleicht dann mitbekommen hätten: „Da kommen welche mit Namen“ - oder meinetwegen auch Unbekannte - „aus Sachsen, aus Thüringen, woher auch immer“, und uns das gemeldet hätten.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich meine, jetzt hat das LfV keine Außenstellen. Sie sitzen in Stuttgart, und im Zweifel sind Sie eher selten präsent vor Ort oder sowieso ja gar nicht, sondern Ihre Quellen oder die V-Mann-Führer. Aber die Polizei hat ja in jedem Landkreis - zumindest damals noch - ein sogenanntes Dezernat Staatsschutz gehabt.

Das gab es in Ludwigsburg, das gab es in Heilbronn. Haben die dann auch nichts gesehen und sich mit Ihnen ausgetauscht, oder haben Sie sich mit denen ausgetauscht überhaupt mal über rechte Szene? Ich meine, wenn Polizei und Verfassungsschutz nicht miteinander reden, dann werden wir noch häufig vor dieser Situation stehen.

Zeugin Bettina Neumann: Also, die Polizei vor Ort hat offensichtlich auch nichts mitbekommen, weil - ich bin mir sicher - wenn, dann hätten sie uns das schon mitgeteilt. Aber zur Bewertung der Polizei kann ich jetzt nichts weiter sagen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Nein, das fragen wir ja nachher. Wir haben ja noch jemanden da.

Zeugin Bettina Neumann: Der Informationsaustausch zwischen den Behörden, also LKA, LfV, oder auch mit den Polizeidienststellen vor Ort lief zumindest in den Jahren, die ich überblicken kann, eigentlich immer sehr gut. Natürlich, alles kann man irgendwie verbessern; aber der Informationsaustausch hat stattgefunden, angefangen auf Sachbearbeiterebene, wo man permanent im Gespräch war, der schriftliche Austausch über Mails, Informationen, die automatisiert ausgetauscht werden. Es hat auch immer wieder Besprechungen gegeben, anlassbezogen, anlassunabhängig, regelmäßigen Austausch. Wir hatten mit dem LKA zusammen ein Jour fixe, der - weiß ich nicht - alle zwei, drei Wochen stattfand zu unterschiedlichen Themen. Also, dieser Informationsaustausch hat stattgefunden. Aber ich kann halt nur das austauschen, was ich weiß. Und das ist einfach das Problem, dass wir aus diesem Umfeld da oben einfach zu wenig gewusst haben.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur SPD-Fraktion. Haben Sie Fragen? - FDP-Fraktion? - Keine Fragen. Linksfraktion? - Herr Kurth hat Fragen für die FDP-Fraktion. Bitte.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, Frau Zeugin, wir haben hier in der Untersuchung mit Vorgängen zu tun, die doch schon ein paar Jahre zurückliegen, manche weit über zehn Jahre. Wir haben Zeugen gehabt,

die aus damaliger Sicht ganz, ganz andere, viel niedrigschwelligere Taten heute rekonstruieren mussten als zum Beispiel Polizistenmord. Wir hatten einen Zeugen, der hat Anfang der 2000er-Jahre seine Fahndungsmaßnahme nach drei Bombenbauern eingestellt und musste sich dann heute - also nicht heute, sondern hier im Ausschuss - dazu äußern. Die alle haben auch versucht, sich zu erinnern, bzw. aufgrund der Aktenlage das Ganze dargestellt.

Ich bin doch schon in gewisser Weise erschüttert, dass Ihr Gedächtnis erhebliche Lücken aufweist, und ich möchte Sie fragen, wie weit Ihre Aktenvorbereitung denn stattgefunden hat. Sie hatten zwar erwähnt, dass Sie Akten gelesen haben. Aber was waren denn das für Akten, die Sie da gelesen haben?

Wir hatten einen Polizisten hier, der erst drei Tage vor seiner Vernehmung durch den Ausschuss erfahren hat, dass er bereits vor über zehn Jahren Leute observiert hat, die im NSU-Umfeld waren. Das hat er dann aber erst durch Aktenlage festgestellt und war dadurch auch relativ auskunftssicher. Wir konnten diese Auskunft in erheblicher Weise auch nutzen.

Ich versuche, rauszufinden, was wir aus Ihren Aussagen nutzen können, was der Mehrwert ist sozusagen. Was haben Sie für Akten gelesen?

Zeugin Bettina Neumann: Na ja, also ich habe - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Können Sie sich daran erinnern?

Zeugin Bettina Neumann: Ich habe die Aktenordner mir vorgenommen, die alles das enthalten, was Ihnen hier vorgelegt worden ist. Das war aber natürlich eine erhebliche Menge. Ich habe jetzt also nicht jedes Blatt gelesen, und ich war auch nicht in der Lage, jedes einzelne Blatt auswendig zu lernen. Es gibt zahlreiche zusammenfassende Vermerke, mit denen ich mich beschäftigt habe. Das ist das, was ich gemacht habe. Erinnerungslücken über die Jahre davor - - Ich bin auch erschüttert, dass ich so viel vergessen habe, aber es ist leider so.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielleicht eine Zwischenfrage, Herr Kurth, wenn Sie erlauben. Mit wem aus dem Bereich Baden-Württemberg haben Sie denn gespro-

chen zur Vorbereitung Ihrer heutigen Zeugenvernehmung?

Zeugin Bettina Neumann: Ich bin natürlich im LfV gewesen, um mir die Akten dort anzusehen. Ich habe kurz mit Frau Bube, mit der Präsidentin, gesprochen, mit meinem ehemaligen Abteilungsleiter und natürlich noch mit den einzelnen Sachbearbeitern, die mir dann die Akten gegeben haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und was war Gegenstand der Gespräche?

Zeugin Bettina Neumann: Na ja, natürlich, sich noch mal zu erinnern: „Wie waren bestimmte Ereignisse? Wie ist das gewesen? Wie sind manche Sachen abgelaufen?“, wo dann auch aus dem Gespräch die Erinnerung dann zum Teil auch wiederkam, also alles das, über das wir heute sprechen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, die Gesprächspartner - bis hin zur Präsidentin des Amtes - haben Ihnen gesagt - - haben Ihnen dabei geholfen, Ihre Erinnerung aufzufrischen?

Zeugin Bettina Neumann: Nein, das konnten die natürlich nicht, weil die ja alle erst später kamen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie Gespräche mit Vertretern des Bundesamtes geführt im Vorfeld Ihrer Zeugenaussage bezüglich Ihres Auftritts hier als Zeugin?

Zeugin Bettina Neumann: Ja gut, wir hatten da eine - - Da ging es ja um die Frage auch der Aussagegenehmigung, dass man also auch darüber spricht - ich habe die ja dabei -, also noch mal zur Erläuterung - ich bin keine Juristin; ich verstehe ja manches einfach auch nicht -: Wie ist das zu verstehen? Wie weit darf ich gehen? Was darf ich nicht?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Wer war da die Gesprächspartnerin? Die Abteilungsleiterin?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, die Abteilungsleiterin.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Büddefeld?

Zeugin Bettina Neumann: Genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die FDP hat keine weiteren Fragen. - Die Linksfraktion? - Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Frau Neumann, Sie hatten eben gesagt, die Erkenntnis- und Zugangslage war nicht gut genug. Sie waren ja nun wirklich über ein Jahrzehnt zuständig in Ihrem Referat genau für diese Fragen. Ist Ihnen das nie zwischendurch mal aufgefallen, dass da mehr kommen muss? Haben Sie da mal nach oben durchgestellt oder nach unten durchgestellt, dass sich dies und jenes ändern müsste, dass Sie vielleicht auch nicht zufrieden sind?

Ich frage mich einfach: Wenn sich da im Verborgenen so was entwickeln kann in Ihrem Zuständigkeitsbereich, wovon wir heute mehrfach schon gehört haben - also kriminelle Neonazistrukturen, schwebewaffnet, gewaltbereit und Gewalt ausübend und letztlich auch zu terroristischen Aktionen fähig und tatsächlich auch entsprechende Aktionen ausübend -, dann muss man sich doch fragen: Hat man da seine Arbeit nicht gemacht, nicht gut genug gemacht?

Und wenn Sie jetzt beim Bundesamt sind: Ist das eine Beförderung - muss ich mal fragen -, oder wie ist denn das eigentlich zu bewerten, dass Sie da jetzt gelandet sind? Vielleicht können Sie dazu noch mal was sagen.

Zeugin Bettina Neumann: Ja, gerne. Also, Sie haben völlig recht. Die Zugangslage war unzulänglich. In Baden-Württemberg ist es so gewesen: Die Bereiche Auswertung und Beschaffung haben von jeher sehr eng zusammengearbeitet, und es existiert ja auch der Grundsatz: Die Auswertung steuert die Beschaffung.

Aus diesem Grund haben wir uns mit der Beschaffung regelmäßig zusammengesetzt und haben sogenannte Quellenbewertungsrunden durchgeführt. Das heißt, wir haben uns regelmäßig über die Quellen ausgetauscht. Wir haben jede einzelne Quelle besprochen, bewertet, gesagt: Wo ist sie eingesetzt? Was bringt sie? Ist sie gut genug oder auch nicht?

In dem Zusammenhang ist auch jedes Mal abgefragt oder auch von uns dann ge-

sagt worden seitens der Auswertung: In diesem oder jenem Bereich haben wir vielleicht genügend Quellen, da brauchen wir nicht zwei oder drei, da reicht eine. Und eben auch die Erkenntnis- und Zugangsdefizite haben wir jedes Jahr angesprochen, und da war auch leider immer wieder - oder tatsächlich immer wieder - der Bereich Ludwigsburg, Stuttgart dabei, aber eben auch andere Bereiche. Wir haben damit den Auftrag an die Beschaffung verbunden: Bitte geht auf die Suche, sucht Quellen. Wir brauchen Zugänge.

Das ist natürlich auch gemacht worden. Das weiß ich. Aber man stellt sich das so einfach vor. Man findet nicht an jeder Ecke eine Quelle, sondern da sind aufwendige Suchen, Recherchen, Ansprachen erforderlich, die ganz überwiegend nicht zum Erfolg führen. Die Trefferquote ist außerordentlich gering, und wenn Sie dann mal einen haben, stellen Sie irgendwann fest: Der ist es nicht. - Dann ist der eine auch weg. Also, wir haben sehr lange gesucht und leider ohne Erfolg.

Es war keine Beförderung, die mich von Stuttgart nach Köln versetzt hat, sondern es waren rein private Gründe.

Jens Petermann (DIE LINKE): Na dann kann man ja vielleicht zumindest dazu gratulieren.

Zeugin Bettina Neumann: Danke.

Jens Petermann (DIE LINKE): Würden Sie aus Ihrer heutigen Sicht auch mit einem Rückblick, mit den Erkenntnissen, die Sie jetzt haben, Vorschläge machen können, was man da anders machen muss? Weil wir fragen uns natürlich auch: Was muss anders werden, damit so was nicht wieder passieren kann? Ich meine, Sie sind ja eine erfahrene Beamtin in dem Bereich, und irgendwann muss man ja vielleicht mal das, was man an Erfahrung gesammelt hat, einspeisen auch in den Prozess, in dem wir uns hier befinden.

Zeugin Bettina Neumann: Ja, engere Zusammenarbeit, mehr Steuerung, vielleicht auch andere Wege der Quellenwerbung beschreiten. Ich meine, das ist jetzt weniger Sache der Auswertung. Ich bin jetzt im Bereich der Beschaffung nicht der Experte, aber da muss man sich wirklich überlegen: Wie kann man die Erfolgsquote bei Quellenwerbungen einfach erhöhen, sowohl mengen-

mäßig, vor allen Dingen aber auch qualitativ? Das ist ganz wichtig.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also Ihr Hauptproblem ist die Quellenlage, nicht die Auswertungslage oder die Zusammenarbeit mit anderen Diensten und anderen Strukturen, mit der Polizei, sondern einfach nur die Informationsbeschaffung sehen Sie als Hauptproblem.

Zeugin Bettina Neumann: Also aus meiner Sicht, Baden-Württemberg, würde ich Ja sagen. Zusammenarbeit mit der Polizei, mit den anderen Diensten hat nach meinem Dafürhalten sehr gut funktioniert. Ich kann aber auch nur solche Informationen austauschen, die ich habe.

Jens Petermann (DIE LINKE): Können Sie sich an ein Ereignis erinnern während Ihrer Dienstzeit, wo Sie mal das Gefühl hatten, in Ihrem Bereich Rechtsextremismus richtig erfolgreich gewesen zu sein, also mal Hinweise gefunden haben auf bevorstehende Straftaten oder Hinweise zur Aufklärung von Straftaten?

Zeugin Bettina Neumann: Das ist eine gute Frage.

Jens Petermann (DIE LINKE): Danke. Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nur noch eine Frage zu zwei Vorhalten, die ich Ihnen machen möchte, Frau Zeugin. Einmal steht in der *Süddeutschen Zeitung* vom 13. Dezember 2012 das Folgende:

An anderer Stelle heißt es in der geheimen Verfassungsschutz-Akte: „Bemerkenswert ist, dass die von den bekannt gewordenen Polizeibeamten vertretenen Ansichten als extrem rechtsextremistisch eingestuft und deshalb von den meisten Mitgliedern abgelehnt wurden.“

Dann geht es weiter bei der *Süddeutschen*:

Die Polizisten waren angeblich sogar anderen im Klan zu radikal.

Können Sie sich daran erinnern, dass Sie so was gehört haben? - Er geht schon wieder in Alarmbereitschaft, der Herr Fahrner. Man wird doch noch nach einem Zeitungsartikel fragen dürfen einer ansonsten sehr renommierten Zeitung, wo ich mir nicht vorstellen kann, dass die was Unzutreffendes schreibt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Der Vertreter des Landes Baden-Württemberg hat sich gemeldet. Herr Dr. Fahrner, was ist?

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Ja, also, wie gesagt, ich wollte nur ganz kurz - - Es ist natürlich klar, Sie haben es selber gerade gelesen: geheime Unterlagen. Da muss natürlich bei mir eine Alarmleuchte hochgehen, wenn Sie die Zeugin sozusagen letzten Endes indirekt nach den geheimen Unterlagen fragen würden. Da würden wir dann sagen: Es wäre natürlich schon angemessen, das auch in entsprechend eingestuften Sitzungen dann zu behandeln.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, der Vorhalt ist ein Zeitungsartikel, und wenn ich den Kollegen Wieland richtig verstanden habe, -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob da eine Erinnerung kommt - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: - war die Frage, ob Frau Neumann im Zusammenhang mit ihrer Befassung des Vorganges Ku-Klux-Klan in Erinnerung hat, dass berichtet worden sein soll, dass die Auffassung der dort an der Klanarbeit interessierten Polizisten selbst für Klanverhältnisse besonders radikal ausgefallen sein soll. Ich glaube, da gibt es keinen wirklichen, objektiven Bedarf für eine eingestufte Sitzung.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die machen wir auch nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich vermute aber, wie die Antwort lautet, und die wäre dann erst recht nicht geheimhaltungsbedürftig.

(Lachen des Abg. Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zeugin Bettina Neumann: Ja dann. Dann brauche ich nichts mehr zu sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Ja, offenbar haben Sie sich die relevante Akte vorher wirklich nicht angeguckt, Frau Zeugin. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf da, aber - -

Zeugin Bettina Neumann: Offensichtlich nicht intensiv genug. Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann soll es da noch einen Vorfall mit einem - in Anführungsstrichen - „Neger“ - - Das ist nun eine andere Zeitung, wo ich das gelesen habe, in der taz. Die kommt bestimmt nicht an Geheim eingestufte Unterlagen ran. Also, da las ich, dass es einen Vorfall mit einem - in Anführungsstrichen - „Neger“ gegeben habe, wo Polizisten selber sich Ku-Klux-Klan-Kapuzen übergezogen hätten und zudem in die Zelle gegangen wären.

Zeugin Bettina Neumann: Also, das habe ich mal gehört. Das stimmt. Aber ich denke, das geht dann auf einen Zeitungsartikel zurück.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass auch Sie es in der Zeitung gelesen haben?

Zeugin Bettina Neumann: Wahrscheinlich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wir brauchen ja nicht groß drum rumzureden. Diese Quelle soll abgeschaltet gewesen sein, und dann soll es später, nach ein paar Jahren zwei Abschöpfungsgespräche mit ihr gegeben haben, und diese Informationen sollen aus diesen beiden Abschöpfungsgesprächen herrühren.

Zeugin Bettina Neumann: Also das sagt mir jetzt gar nichts.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagt Ihnen gar nichts?

Zeugin Bettina Neumann: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich keine weiteren Fragen mehr, aber der Kollege Ströbele.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Zeugin, ich glaube, wir alle haben kein Interesse daran, dass hier eine falsche Aussage stehen bleibt. Deshalb will ich Ihnen doch ein paar Fragen stellen, die vielleicht Ihre Erinnerung befördern, oder sonst gebe ich Ihnen auch eine Empfehlung, welche Akte Sie lesen sollten des Landesamtes Baden-Württemberg oder auch des Bundesamtes. Das gibt es nämlich doppelt.

Ich habe Ihnen das vorhin ja schon vorgehalten. Es soll eine Besprechung gegeben haben im August 2002, wo man diese Ansprache beschlossen hat, über die Sie ja schon geredet hatten, diese Ansprache. Da sollen mehrere Bundesländer dran beteiligt gewesen sein. Es ist jetzt unwichtig, wer. Insgesamt fünf. Sie haben gesagt, danach sei dann nichts mehr gewesen. Das war August 2002.

Wenn ich Ihnen jetzt sage: Ich habe hier eine Akte vorliegen - ich will da gar nicht draus zitieren, aber ich will Ihnen einfach zur Wahrheit verhelfen -, wonach auch im Jahr 2003 und noch im Oktober 2004 - also umfangreiches Material - von KKK-Treffen, also Ku-Klux-Klan, in Baden-Württemberg, in München, in Bayern berichtet worden ist, und zwar an das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. Da waren Sie da ja noch tätig. Ich kann Ihnen auch die einzelnen Daten sagen, auch die Trefforte sagen, aber das darf ich ja alles nicht.

Zeugin Bettina Neumann: Also dann überrascht mich, dass - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass Sie sich da irren, dass Sie zwei Jahre zu früh Schluss gemacht haben?

Zeugin Bettina Neumann: Also, ich kann das nicht ausschließen. Das überrascht mich jetzt. Nach meinem Kenntnisstand war 2003 Ende. Wenn Sie sagen, es gibt anderslautende Meldungen, die Ihnen vorliegen, dann wird das wohl so sein. Also ich weiß nur, 2003 war Schluss.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für uns ist es deshalb wichtig - deshalb frage ich ja auch -, weil wir uns

immer mehr dem Zeitpunkt nähern würden - wenn er stimmt, 2004 -, an dem auch die ermordete Frau Kiesewetter dann im Polizeidienst in Baden-Württemberg angefangen hat. Deshalb ist das für mich von erheblicher Bedeutung, sage ich Ihnen klar.

Deshalb komme ich jetzt noch mal auf die Frage, die Ihnen auch der Kollege Wieland vorhin schon gestellt hatte. Sie haben von zwei Polizisten geredet. Kann es auch sein - auch das entnehme ich einer Akte -, dass es in Baden-Württemberg fünf Polizisten gewesen sein sollen und dass eine Polizistin - das hat schon in anderem Zusammenhang eine Rolle gespielt - auch an so einem Mummenschanz - sage ich mal -, also an so einer Vereidigung vor einem brennenden Kreuz in Frankfurt mit dabei gewesen sein soll, eine Polizistin aus dem Rauschgiftbereich?

Zeugin Bettina Neumann: Also ich kann es nur noch mal wiederholen: Ich weiß definitiv von den beiden und dass es Hinweise gab, dass es weitere Polizisten in dem Bereich gab. Aber wer jetzt im Einzelnen und wie viele und ob einer in Frankfurt dabei war - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Kollege Wieland hat Sie auch nicht im Einzelnen - - Er hat Sie gefragt: Gab es mehr? - Und da haben Sie gesagt, das wüssten Sie nicht. Ich habe hier einen Vermerk aus dem Jahr 2002, wo von fünf die Rede ist. Da wurde sogar noch bei der Frage des Ansprechens differenziert: Sollen wir nicht erst die ersten beiden nehmen und nachher die anderen drei und so? - Also, kommt jetzt Ihre Erinnerung?

Zeugin Bettina Neumann: Nein. Weil wenn das da so steht, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch an die -

Zeugin Bettina Neumann: - dann wird es so sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Polizistin nicht?

Zeugin Bettina Neumann: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, vielleicht können Sie den Vorhalt der Zeugin direkt vorlegen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können wir auch machen. Ja.

Wobei ich hier noch mal feststelle: In der Akte Baden-Württemberg - - Die lohnt sich richtig zu lesen, weil man da noch nicht so viele Schwärzungen hat. Wenn ich dieselbe Akte des BfV lese, da kann ich immer nur raten, weil dann ganze Absätze weg sind, sodass das völlig unerklärlich ist.

Das ist ein Aktenvermerk vom 26. August 2002, also an dem Tag, an dem auch diese Besprechung da stattgefunden hat.

(Der Zeugin wird ein Schriftstück vorgelegt - Sie liest in diesem Schriftstück)

Zeugin Bettina Neumann: Ja, ich sehe es. Aber 26. August 2002 - - tut mir leid, dass ich mich jetzt daran wirklich nicht erinnern kann. Das ist keine böse Absicht. Das ist halt so. Das ist schon ein paar Tage her.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt, aber der Vorsitzende hat Sie ja auch schon gefragt, wie Sie sich informiert haben. Haben Sie diesen Leitz-Ordner gelesen, in dem -

Zeugin Bettina Neumann: Das jedenfalls nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - die Unterlagen zusammengestellt worden sind, die Sie - jetzt das Amt - damals vom Bundesamt für Verfassungsschutz bekommen haben mit unendlich vielen Beispielen von diesen KKK-Veröffentlichungen, -Briefen und was weiß ich noch alles? Haben Sie den mal gelesen für heute?

Zeugin Bettina Neumann: Vom BfV nicht. Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom BfV - - Ja, die sind alle an das Landesamt - -

Zeugin Bettina Neumann: Ach so.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe hier nur die Akte vom Landesamt gefunden.

Zeugin Bettina Neumann: Also alle Ordner habe ich natürlich nicht gelesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alle haben Sie nicht gelesen.

Zeugin Bettina Neumann: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die wären aber sehr interessant, vor allen Dingen wegen dieser Polizistin. Diese Polizistin soll was gegen Schwarze gehabt haben.

Zeugin Bettina Neumann: Hm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichts?

Zeugin Bettina Neumann: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie da vielleicht noch mal Ihr Gedächtnis auffrischen und dann noch mal nachliefern?

Zeugin Bettina Neumann: Also da fällt mir jetzt tatsächlich nichts weiter zu ein. Das tut mir leid.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wobei, Herr Kollege Ströbele, der Kern der Sinnhaftigkeit einer Zeugenvernehmung ist ja in der Tat, die Zeugen nach ihrer Erinnerung zu befragen -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, das stimmt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - und sie nicht zu bitten, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber vielleicht kommt die dann wieder, die Erinnerung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - zu referieren, was sie wenige Tage vor ihrer Vernehmung in den Akten gelesen haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber, Herr Vorsitzen-

der, die Zeugen lesen ja vorher Akten nicht, um uns den Akteninhalt vorzutragen, sondern weil wir die Hoffnung haben, dass sich dann auch wieder ihre Erinnerung einstellt. Also mir geht das so. Wenn ich eine Akte lese, erinnere ich mich oft wieder.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ich teile da Ihre Haltung. Ich bin auch erstaunt. Also ich hoffe mal nicht, dass der ausgeprägte Mangel an Erinnerungsvermögen das wesentliche Qualifikationsmerkmal für den Wechsel ins Bundesamt für Verfassungsschutz gewesen ist.

Welche Funktion bekleiden Sie da, wenn ich fragen darf, Frau Neumann?

Zeugin Bettina Neumann: Ich bin weiterhin im Bereich des Rechtsextremismus - Auswertung tätig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Als Referatsleiterin?

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also Referatsleiterin im Bundesamt.

Ja, wir kämen zu einer weiteren Runde. Hat die Union noch Fragen?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die SPD noch Fragen? - Die FDP hat noch eine Frage, sagt Herr Wolff. Bitte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Frau Zeugin, mich würde eigentlich nur interessieren: Kennen Sie Lothar Lingen, -

Zeugin Bettina Neumann: Wen?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): - den Referatsleiter Forschung und Werbung im BfV bis November 2011?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, den kenne ich.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie mit dem nach dem 04.11. mal gesprochen?

Zeugin Bettina Neumann: Bestimmt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Konkret über den NSU?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, selbstverständlich. Also, das ist ja natürlich ein Thema, das einen ja umgetrieben hat und beschäftigt hat. Mit Sicherheit.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Und was haben Sie mit ihm besprochen? Er kommt ja ursprünglich auch aus dem LfV Baden-Württemberg. Was haben Sie mit ihm besprochen?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, was haben wir da besprochen? - Dass das Ganze alles ganz schrecklich ist und dass man im ersten Moment ja gar nicht erkennen konnte, was für eine Dimension dahinter steckt, als so die ersten Informationen hochkamen. Dann die Überlegung: Hat man irgendwas falsch gemacht? Haben wir irgendwas übersehen? Haben wir irgendwo falsch reagiert? Hätte man Anzeichen erkennen müssen? Das ist doch klar, dass man sich darüber Gedanken macht, inwieweit man selber vielleicht irgendwelche Fehler gemacht hat in der Vergangenheit.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben die Grünen noch Fragen?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann, Frau Neumann, erlaube ich mir die Frage: Sie sind seit September 2011 im Bundesamt für Verfassungsschutz Referatsleitung Auswertung - -

Zeugin Bettina Neumann: 1. Oktober.

Vorsitzender Sebastian Edathy: 1. Oktober. - Nach dem, was wir wissen, waren ja am 11.11.2011 die Vernichtungshandlungen, was verschiedene Unterlagen aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz betraf, vorgefallen. Haben Sie da persönliche Kenntnisse?

Zeugin Bettina Neumann: Hm.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ich will jetzt nicht wissen, ob Sie sich dazu äußern dürfen. Ich will wissen, ob Sie dazu überhaupt Kenntnisse haben.

Zeugin Bettina Neumann: Kenntnisse? Was man so allgemein im Kollegenkreis besprochen hat, dass da was war, was in der Zeitung zu lesen war. Der Kollege war ja in derselben Abteilung, aber ganz andere Referatsgruppe. Damit hatte ich ja so nichts mit zu tun. Da kann ich Ihnen jetzt konkret zu dem Vorfall gar nichts sagen. Das ist nicht meine Kenntnis.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also haben Sie mehr als Zeitungswissen?

Zeugin Bettina Neumann: Mehr als Zeitungswissen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeugin Bettina Neumann: Ich glaube nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, Frau Neumann, „mehr als Zeitungswissen“ heißt: Haben Sie mehr Wissen, als man der Zeitung entnehmen könnte? Jetzt haben Sie vorhin gesagt, das war Thema im Kollegenkreis.

Zeugin Bettina Neumann: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: In welcher Form war das denn Thema?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, mein Gott, man hat halt darüber gesprochen: Was ist da passiert? Was waren das für Akten? Aber da ich sie ja nicht kannte und ich nicht weiß, was das war, kann ich mich dazu gar nicht äußern außer zu dem, was dann jetzt im Nachhinein - - Aber das wissen Sie besser als ich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie mit ihm mal drüber gesprochen?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, ich habe auch mit ihm da mal drüber gesprochen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wann war das ungefähr?

Zeugin Bettina Neumann: Das weiß ich jetzt nicht mehr. Keine Ahnung. Das habe ich nämlich - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war ja mutmaßlich nach der Aktenvernichtung -

Zeugin Bettina Neumann: Sehr wahrscheinlich. Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - und noch zu einem Zeitpunkt, wo er noch nicht abberufen war aus seiner Funktion.

Zeugin Bettina Neumann: In der Tat. Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie hat er sich Ihnen gegenüber denn eingelassen zu den Vorgängen?

Zeugin Bettina Neumann: Es war schrecklich, einfach ganz schrecklich, weil er hatte sich nun nichts Böses dabei gedacht. Im Nachhinein - klar, dann ist man immer schlauer - war es, denke ich mal, zumindest ein ungeschicktes Verhalten, aber mehr auch nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, mich würde interessieren, was er, wenn Sie mit ihm darüber gesprochen haben - er hat sich nämlich hier im Ausschuss dazu nicht geäußert -, Ihnen gegenüber denn geäußert hat, was seine Motivlage war, die Vernichtung dieser Akten zu veranlassen.

Zeugin Bettina Neumann: Da gab es kein Motiv im eigentlichen Sinne, soweit ich das verstanden habe. Also er hat mir da nicht erzählt: Das habe ich gemacht, weil ...

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, sondern?

Zeugin Bettina Neumann: Es war passiert, und er hat mir gesagt, das war falsch. So.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, ich meine, Frau Neumann, jetzt haben wir nun ja alle gewisse Erfahrungen aus der Realität des Lebens. Das ist doch jetzt absolut naheliegend, dass Sie ihn gefragt haben werden: Was hast du denn da gemacht? Was hat dich denn dazu veranlasst?

Zeugin Bettina Neumann: Das war ein Fehler. Natürlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, haben Sie ihn gefragt, warum er diese Aktenvernichtung veranlasst hat?

Zeugin Bettina Neumann: Na ja, Sie müssen sich das so vorstellen: Es war damals eine total hektische Zeit, viel Arbeit, und da passieren einfach solche Fehler. Eine besondere Begründung gab es da nicht. Fehler passieren - jedem.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, Frau Neumann, der Sachverhalt war doch der: Herr Lingen - das ist ja nur sein Arbeitsname, nicht sein wirklicher - war Anfang November von der Leitung des Bundesamtes beauftragt worden, Aktenbestände zu durchforsten insbesondere nach den Namen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe. Und insbesondere sind sieben Akten diesbezüglich ausgewertet worden, und wenige Tage nach dieser Auswertung sind diese sieben Akten auf Anweisung von Herrn Lingen geschreddert worden.

Wenn dieser Vorgang Gesprächsgegenstand einer Unterredung zwischen Ihnen und Herrn Lingen war, dann wird er Ihnen hoffentlich mehr gesagt haben als „Shit happens“.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Vielleicht noch eine Ergänzung, Herr Vorsitzender. - Mich würde weniger Ihre Erklärung interessieren, sondern tatsächlich, was Herr Lingen gesagt hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, mich auch.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nicht, was Sie gerade - - Das könnte ein Fehler sein oder so was. - Was hat Herr Lingen Ihnen gesagt?

Zeugin Bettina Neumann: Es war ein Fehler. Nicht, dass er da irgendwas - - Ich weiß jetzt nicht, ob ich es falsch ausdrücke. Es ging nicht darum, da irgendwas zu vernichten, zu vertuschen. Es ging darum: Er hat fehlerhaft eine Akte vernichtet, die er nicht hätte vernichten dürfen aus - weiß ich nicht - Datenschutz. Oder es ist ja - - Man muss das halt so sehen: Man ist ja immer

bestrebt, datenschutzrechtliche Vorgaben einzuhalten. Informationen, die man hat und nicht mehr braucht, sind zu vernichten, sind zu löschen. So. Und diese Schere hat man immer im Kopf. Und das war wohl auch der Grund für ihn: etwas, was man nicht mehr brauchte, was keinen Inhalt hatte, was nicht erforderlich war. - So. Das ist alles. Und ich habe überhaupt keinen Zweifel oder keine Veranlassung, das zu bezweifeln.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Kollege Stracke und ich waren ja am Dienstag zur Vernehmung der Sachbearbeiterin, die am Ende die Vernichtung auch durchgeführt hat. Die ist zurzeit dienst- und reiseunfähig. Deswegen haben wir sie am Wohnort in Köln vernommen. Ich will jetzt einem Ergebnis noch nicht vorgreifen, aber sie hat uns berichtet, dass vielleicht ein- bis zweimal im Jahr überhaupt eine Aufforderung in ihrem Referat ergangen sei, Akten zu vernichten wegen Verfristung. Da hat es also ja keine Systematik gegeben. - Aber die Bundesregierung hat sich gemeldet. Herr Schäfer.

KOR Christoph Schäfer (BMI): Ja, Herr Vorsitzender, ich wollte mal höflich nachfragen, in welche Richtung das jetzt hier geht, weil der Herr Lingen, über den hier gesprochen wird, hat sich ja hier, soweit ich weiß, mindestens mal in der nichtöffentlichen Sitzung umfangreich zu dem Sachverhalt geäußert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das hat er natürlich nicht getan, mit dem Hinweis, er könne oder wolle sich nicht selber im laufenden Disziplinarverfahren belasten.

KOR Christoph Schäfer (BMI): Wir bringen jetzt die Zeugin in einen Bereich, zu spekulieren über Dinge, die sie vom Hörensagen weiß.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, Herr Schäfer. Also, ich will die Zeugin überhaupt nicht in einen Bereich der Spekulation bringen, sondern ich habe die Zeugin, die hier eingeräumt hat, dass sie mit Herrn Lingen über den Vorgang „Aktenvernichtung“ gesprochen hat, gebeten, uns dazu Auskunft zu geben, was sie von diesem Gespräch in Erinnerung hat.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wir befragen die Zeugin nach ihren eigenen Wahrnehmungen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Schmerbach.

RR Dr. Folker Schmerbach (BMI): Ich darf das vielleicht auch zum Anlass nehmen, um auf den Grund der heutigen Ladung der Zeugin noch mal hinzuweisen. Sie ist geladen worden, um über ihre Kenntnisse als Leiterin des Referates Auswertung Rechtsextremismus im LfV Baden-Württemberg auszusagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Herr Dr. Schmerbach, wollen Sie die Zeugin damit auffordern, unserem Untersuchungsauftrag nicht nachzukommen? Ist das hier die Botschaft, die wir nachher der Presse sagen? - Ich darf übrigens, Herr Dr. Schmerbach, Sie bitten, sich einfach mal, bevor Sie hier unsachgemäß intervenieren, die Beschlusslage vor Augen zu halten. Der Beweisbeschluss bezüglich Frau Neumann lautet: Es wird Beweis erhoben zum gesamten Untersuchungsauftrag durch die Vernehmung von Frau Neumann als Zeugin.

Frau Neumann, wann ungefähr war das Gespräch mit Herrn Lingen?

Zeugin Bettina Neumann: Also, das habe ich mir nicht notiert. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Das war - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: War das ein zufälliges Gespräch, oder haben Sie sich verabredet mit ihm?

Zeugin Bettina Neumann: Nein. Das war ein zufälliges Gespräch. Man trifft sich ja in so einem Haus immer wieder mal.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Am Rande einer Arbeitsbesprechung oder in der Kantine?

Zeugin Bettina Neumann: Ich glaube, das war entweder - - Es war sogar in der Kantine oder - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also beim Mittagessen.

Zeugin Bettina Neumann: Es war keine Arbeitsbesprechung. Es war kein offizieller Termin.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeugin Bettina Neumann: Wir haben uns zum Kaffeetrinken - ich weiß es nicht mehr - so getroffen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. So, und da haben Sie von sich aus das Thema angesprochen?

Zeugin Bettina Neumann: Ja, natürlich, weil das lief ja rund.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist klar. Das hat allgemeine öffentliche Beachtung gefunden.

Zeugin Bettina Neumann: Eben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist offenkundig so.

Zeugin Bettina Neumann: Natürlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war also dann quasi, nachdem die Vorgänge im Sommer 2012 offenbar geworden sind? Das ist ja im Juni dann bekannt geworden.

Zeugin Bettina Neumann: Das weiß ich jetzt nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Im November 2011 war die Aktenvernichtung.

Zeugin Bettina Neumann: Nein, im Sommer nicht. Ich weiß es nicht mehr. Kann ich jetzt wirklich nicht sagen. Ich habe ihn gefragt: Was war da los? Antwort: Fehler passiert, Akten, die völlig unerheblich waren, vernichtet. - Aber das sieht natürlich jetzt nach außen aus, als sei da sonst was passiert. Thema für mich erledigt, weil, wie gesagt, ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, aber haben Sie ihn gefragt: Wie kam es überhaupt dazu, dass Sie da die Akten vernichtet haben?

Zeugin Bettina Neumann: Nein, nicht weiter, weil das ist jetzt nicht so ungewöhnlich, dass man Akten vernichtet oder Daten löscht, die man nicht mehr braucht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, also offenkundig schon, wenn ich mich an die Zeugenbefragung vom Dienstag erinnere. - Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Die Frage des Vorsitzenden, wann das Gespräch stattfand, ist nach wie vor interessant, weil es macht schon einen Unterschied, ob es kurz nach dem 04.11. war oder im Sommer 2012. Also spricht: Die Vorfälle um die Vernichtung der Akten sind Anfang Juli öffentlich bekannt geworden, und dazwischen war noch ein halbes, Dreivierteljahr. Wann haben Sie mit ihm darüber gesprochen?

Zeugin Bettina Neumann: Ich kann es wirklich nicht sagen. Ich habe mich jetzt da auch nicht weiter mit dem Thema beschäftigt und mir das im Vorfeld überlegt. Ich habe auch nicht im Kalender Entsprechendes eingetragen. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich weiß es nicht. Diese Frage trifft mich jetzt wirklich völlig überraschend und unvorbereitet. Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Ob draußen Winter war oder ob Sommer war, das wissen Sie jetzt nicht mehr? - Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Sie werden sich doch vielleicht erinnern, Frau Neumann, weshalb das Thema war. Also, war das entweder Thema, nachdem die Akten geschreddert wurden, dass der Kollege da mit Ihnen das Gespräch gesucht hat oder Sie, oder war das Thema, weil es öffentlich diskutiert wurde und ja immerhin der Präsident zurückgetreten ist?

Zeugin Bettina Neumann: Nein, es tut mir leid.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, war das vor dem Rücktritt von Herrn Fromm oder nach dem Rücktritt von Herrn Fromm?

Zeugin Bettina Neumann: Auf jeden Fall vorher.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vorher?

Zeugin entlassen, und wir setzen die Beweisaufnahme fort durch die Befragung von Herrn Rannacher.

Zeugin Bettina Neumann: Danke ich. Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Aber da war es öffentlich noch nicht bekannt.

Dr. Eva Högl (SPD): Hat der Kollege vielleicht Ihren Rat gesucht?

Zeugin Bettina Neumann: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie können es insoweit näher eingrenzen, dass Sie sagen, das war vor dem Rücktritt des damaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutzes Heinz Fromm.

Zeugin Bettina Neumann: Ich würde es vermuten. Ich müsste mir das jetzt mal in Ruhe überlegen. Aber ich kann es Ihnen wirklich nicht mehr sagen.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):
Es war intern schon bekannt!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wolff, dass es intern bekannt war, deckt sich mit der Aussage der Zeugin vom Dienstag, der Sachbearbeiterin, dass das in den Tagen nach der Aktenvernichtung hausintern schon kritisch diskutiert worden ist.

(Dr. Eva Högl (SPD): Nur der
Präsident nicht!)

- Nein.

Okay. Gibt es dazu noch vertiefende Fragen aus dem Ausschuss? - Gibt es ansonsten noch weitere Fragen aus dem Ausschuss? - Bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben keine Hoffnung mehr auf vertiefende Antworten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das scheint ja Konsens zu sein.

Frau Neumann, damit sind wir am Ende Ihrer Befragung als Zeugin angelangt. Sie erhalten, wie angekündigt, nach Erstellung des vorläufigen Protokolls dieses übermittelt, mit der Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Änderungen oder Korrekturen geltend zu machen. Damit sind Sie für heute als

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Helmut Rannacher**

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir setzen die Beweisaufnahmesitzung fort. Ich begrüße als Zeugen Herrn Dr. Helmut Rannacher, Präsident a. D. des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

Herr Dr. Rannacher, ich darf Sie zunächst darauf hinweisen, dass von Ihrer heutigen Vernehmung eine Tonbandaufnahme durch den Bundestag gefertigt wird, die aber ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn der Zweck erfüllt ist, wird die Aufnahme gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen nach Fertigstellung übermittelt. Sie haben dann innerhalb einer Frist von zwei Wochen die Möglichkeit, Ergänzungen oder Korrekturen vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Die Ladung haben Sie am 3. April 2013 erhalten. Vom 12. April datiert ist eine entsprechende Aussagegenehmigung, die ausgefertigt worden ist vom Innenministerium des Landes Baden-Württemberg.

Herr Dr. Rannacher, vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Ge-

schäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Rannacher, nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alters- und Berufsangabe vorzustellen.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja, Herr Vorsitzender, mein Name ist Helmut Rannacher. Ich bin noch 72 Jahre alt, komme aus Stuttgart. Insofern ist die Adresse, mit der ich geladen bin, nach wie vor existent. Meine heutige Situation ist: Ich bin Ruhestandsbeamter seit 2005, und mein letzter Dienstgrad war Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg, wie Sie schon ausgeführt haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Rannacher, nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes haben Sie die Möglichkeit, sich vor Ihrer Vernehmung zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie vorab gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Das haben Sie bejaht. Insofern erteile ich Ihnen jetzt für einleitende Ausführungen zunächst das Wort.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja, danke schön. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerne möchte ich die Gelegenheit nutzen, einleitend einige Gedanken zu formulieren, die einen Menschen, der praktisch sein gesamtes Berufsleben im Verfassungsschutz verbracht hat, in diesen Monaten bewegen.

Ich habe im Januar 1971 als Sachbearbeiter im Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg begonnen, bin nach rund zwei Jahren Referent und weiteren drei Jahren Leiter der Abteilung Nachrichtenauswertung geworden, war also zuständig für die Bereiche Extremismus und Terrorismus. Anfang der 80er-Jahre wurde ich daneben Abwesenheitsvertreter des Präsidenten und

verantwortlich für die damaligen Anfänge unserer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Die letzten zehn Jahre vor meiner Pensionierung im Jahre 2005 durfte ich dann die Landesbehörde für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg leiten. Insofern habe ich die Entwicklungen des Verfassungsschutzes über rund 35 Jahre aktiv begleitet und zumindest im letzten Jahrzehnt meiner Dienstzeit auch aktiv mitgestalten können.

Ich war bei meinem Ausscheiden vor nunmehr knapp acht Jahren so vermessen, zu glauben, dass wir zumindest in Baden-Württemberg eigentlich ganz gut aufgestellt waren. Wir hatten im Kollegenkreis in Bund und Ländern einen guten Ruf. Wir hatten unser Verhältnis zur Polizei deutlich verbessert und die Zusammenarbeit intensiviert, unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sehr offensiv gestaltet und durch unsere Arbeit Anerkennung in gesellschaftlichen Schichten gewonnen, die uns früher nicht einmal die Hand gereicht hatten.

Wir waren auch im inneren Aufbau weiter als manch andere. Bereits seit langen Jahren hatten wir eine größere Zahl von Geisteswissenschaftlern verpflichtet, also Historiker, Politologen - ich selbst komme ja auch aus dem Bereich der politischen Wissenschaft -, Islamwissenschaftler, Orientalisten und andere, die unsere Analysefähigkeit erkennbar vorangebracht haben. Vor allem im Beschaffungsbereich des Amtes arbeiteten vorrangig ehemalige Polizeibeamte, die mit der operativen Arbeit vertraut waren. Dadurch kam es auch zu einer ganz gesunden Personalfluktuations zwischen Polizei und Verfassungsschutz hinüber und herüber. Wir hatten uns ein Leitbild erarbeitet und zu einer Reihe von Einzelaspekten Projektarbeit geleistet. Das Arbeitsklima war - so glaube ich wenigstens - im Großen und Ganzen ordentlich, die Arbeitsergebnisse in Teilen überdurchschnittlich.

Umso vernichtender war für mich ganz persönlich das furchtbare Erkennen der Hintergründe und der Folgen der Geschehnisse des 4. November 2011. Ich bleibe bei meiner Wertung, die ich vor über einem Jahr bei der Eröffnung der „Woche der Brüderlichkeit“ in Stuttgart abgegeben habe, dass unsere Institution Verfassungsschutz, die sich als Frühwarnsystem unseres demokratischen Staates versteht, in diesem konkreten Bereich versagt hat, und ich bin mir dabei nicht nur mit Herrn Präsident Fromm, sondern mit vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im

Verfassungsschutz einig: Wir haben alle miteinander nicht erkannt, was sich hier konkret im rechtsterroristischen Untergrund zusammengebraut und dann jahrelang furchtbar zugeschlagen hat.

Unser fein gesponnenes Netz von Maßnahmen, unsere ausgefeilte Analysetechnik - all das hat nicht gegriffen, hat versagt, weil uns der Blick gefehlt hat für das aus damaliger Sicht Undenkbare. Wir haben ganz sicher nicht weggeschaut, aber wir haben ohne jeden Zweifel nicht richtig hingeschaut, und das Ergebnis ist desaströs. Es ist furchtbar für die Opfer und die Opferfamilien, denen unser aller Mitgefühl gilt.

Uns im Verfassungsschutz fehlte trotz aller Erfahrungen, trotz aller Bemühungen gerade auch im Bereich des gewaltbereiten Rechtsextremismus die Vorstellungskraft, dass diese über Jahre hinziehende Mord- und Anschlagsserie die Untat von Rechtsextremisten sein könnte. Sicher, wir waren abgelenkt, abgelenkt etwa durch Fehlbewertungen der Polizei, die von vielen Medien und Teilen der Öffentlichkeit willig transportiert wurden. Doch dies kann uns Verfassungsschützer nicht freisprechen von dem Vorwurf, nicht weit genug gedacht, nicht treffsicher genug analysiert zu haben. Und dass die Aufarbeitung dieser Fehlbeurteilungen, die vor allem durch diesen Ausschuss geleistet wird, eine Vielzahl von Versäumnissen, Zusammenarbeitsmängeln, allgemeinen Defiziten erkennen lässt, wirft kein gutes Licht auf unsere Institution.

Dies alles hat den Verfassungsschutz in Bund und Ländern, den ich aus historischen Gründen und aus meiner Erfahrung heraus nach wie vor für überaus wichtig und notwendig erachte, wieder weit zurückgeworfen. Denn aufgrund dieses Desasters ist all das, was die vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern in den verschiedensten Bereichen in den letzten Jahren geleistet haben - ich nenne beispielhaft nur den Aspekt der Islamismusbekämpfung -, mit den Kübeln von Häme, Unkenntnis und Ablehnung, die seitdem generell über den gesamten Verfassungsschutz ausgeschüttet wurden und werden, nahezu untergegangen. Und das ist bitter - bitter nicht nur für einen noch immer engagierten Ruhestandler, sondern bitter vor allem für die Aktiven, die undifferenziert und pauschal einmal wieder zu den Deppen der Nation runtergeschrieben und runtergeredet werden.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich bekenne mich zu den Fehlern, die ganz offensichtlich gemacht wurden, und ich sehe auch meine eigene Verantwortung. Aber was viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes frustriert, ist, dass in weiten Teilen der Öffentlichkeit, der Medien, auch der Politik der Hauptvorwurf in diesem schrecklichen Komplex undifferenziert dem Verfassungsschutz zugewiesen wird. Dagegen wird die Rolle all der anderen Institutionen, die ohne Zweifel auch Verantwortung tragen - von der Polizei über die Justiz bis hin zu den zivilgesellschaftlichen Gruppen, die angeblich viel besser arbeiten als der Verfassungsschutz -, eher zurückhaltend bewertet. Mehr als ein Drittel aller Verfassungsschutzchefs ist zwischenzeitlich zurückgetreten. Ich habe bisher noch keinen Verantwortlichen einer anderen Institution erlebt, der in ähnlicher Weise Verantwortung übernommen hätte.

Der gesamte Verfassungsschutz wird wieder einmal grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt. Darüber kann man sicher reden; darüber muss man sicher reden. Denn dass erhebliche Verbesserungsbedarf besteht, ist - so glaube ich - unstrittig. Doch kann man sicher auch die Frage stellen, ob denn eigentlich bei all den anderen Institutionen alles so optimal funktioniert hat, dass sich diese Fragen nicht auch dort stellten. Es ist diese pauschale Verurteilung und Verdammung des Verfassungsschutzes, die einem Großteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die engagiert ihren Dienst tun, enorm zu schaffen macht. Ich sage dies nicht ins Blaue hinein, sondern aufgrund intensiver Kontakte in den letzten Tagen und Monaten in die Landesbehörden in Stuttgart und Dresden, und dies wird in anderen Verfassungsschutzbehörden nicht anders sein.

Ich darf an meinen Ausgangspunkt zurückkehren. Jemand, der sein ganzes Berufsleben im Verfassungsschutz zugebracht hat, weiß, dass diese so notwendige Arbeit nicht beliebt ist, von manchen angefeindet wird und dass man damit umgehen muss, wenn man hier arbeiten will. Er weiß, dass Fehler, die hier gemacht werden, zumeist eine ganz andere Dimension haben als bei sogenannten normalen Behörden. Und er weiß, dass es ungemein schwierig ist, ein Negativimage, an dem unsere Institution sicher nicht unschuldig ist, das aber auch von manchen geradezu liebevoll gepflegt wird, zu verändern. Dass der Weg zu einer

Verbesserung nach dem Debakel des NSU-Terrors wieder sehr viel weiter ist als je zuvor, steht außer Frage.

Insofern hilft nur eines: engagiert weiterarbeiten, aus den Fehlern die dringend notwendigen Konsequenzen ziehen, bessere Ergebnisse liefern. Aber es wird ein langer Weg.

Zu meiner persönlichen Situation möchte ich noch anmerken, dass ich, wie bereits angesprochen, seit knapp acht Jahren im Ruhestand bin. Durch meine sieben Monate währende Tätigkeit in einer sogenannten Expertenkommission in Sachsen bin ich zwar dem Verfassungsschutz wieder nähergerückt - und in den letzten Tagen habe ich mich im Landesamt in Stuttgart auch noch einmal in eine Reihe von Akten vertiefen können -, dennoch ist manches zumindest zeitlich sehr weit weg. Ich hoffe aber trotzdem, Ihren Fragen gerecht werden zu können. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Damit hat Herr Dr. Rannacher seine einleitenden Ausführungen beendet, die wir hier auch nicht zu kommentieren haben. Ich kann nur für mich persönlich sagen, dass die Auswirkungen unserer Arbeit auf das Image des Verfassungsschutzes das ist, was mich am wenigsten besorgt. Für wichtiger halte ich es eigentlich, die Frage zu klären, welche Strukturen sich in welcher Form ändern müssen, um in Zukunft sicherzustellen, dass ein Terror-Trio von rechts nicht noch einmal 13 Jahre lang unentdeckt durch die Republik reisen und dort mordend und raubend tätig werden kann.

Wir beginnen mit der Befragung von Herrn Dr. Rannacher durch die Fraktionen. Das Fragerecht hat zunächst die CDU/CSU-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Rannacher, vielen Dank für Ihre selbstkritische Einschätzung. - Ich will es an einer Stelle vielleicht ein bisschen zurechtrücken und auch nicht verhehlen, dass wir uns ja seit vielen Jahren kennen und auch noch in der aktiven Zeit zusammengearbeitet haben und ich Sie sehr schätze als kompetenten und auch kritikfähigen Menschen.

Wir hier im Ausschuss haben natürlich auch Schwerpunkte gehabt, aber wir haben schon immer deutlich gemacht, dass das Versagen hier im Zusammenhang mit dem

Thema „NSU“ eine Sache ist, die alle Sicherheitsbehörden betrifft - Polizei, Verfassungsschutz und übrigens auch die Justiz -, und wir werden in unserem Abschlussbericht auch zu jedem Bereich, glaube ich, deutliche Worte finden. Da können Sie sich auch drauf verlassen, dass das hier nicht einseitig wird.

Ich will aber auch gleich hinzufügen - das konnten Sie jetzt nicht wissen -: Die Zeugin, die vor Ihnen da war, die Referatsleiterin Auswertung Rechtsextremismus über 15 Jahre hinweg - ich nehme an, dass Sie sie noch kennen; das war ja auch zu Ihrer Zeit, die Frau Neumann -, von der wir uns jetzt alle erhofft haben, dass sie auch ein bisschen aus dem Gedächtnis, der Erfahrung heraus in der Lage ist, Lagebilder und Personenkenntnisse über die rechte Szene in dieser Zeit darzustellen, hat leider nicht dazu beigetragen, hier etwas zurechtzurücken. Wir waren auch da eher entsetzt über - ja, was soll ich sagen? - - So allgemein abstraktes Wissen war irgendwie bewertet immer da, aber sobald es konkret wurde, waren es entweder Erinnerungslücken oder einfach nicht vorhanden. Und das macht uns, ehrlich gesagt, ein bisschen Sorge, weil wir das Gefühl haben, dass vielleicht in der Vergangenheit manche Phänomenbereiche eher bürokratisch bearbeitet wurden, aber nicht in dem Sinne, wie wir es vielleicht verstehen; aber wenn wir alle daraus lernen, glaube ich, kann es ja nur gut sein.

Ich will gleich konkret mit Ihnen in die Fragen einsteigen. Mich interessieren vor allen Dingen zwei Punkte. Punkt eins ist, ob Sie sich noch erinnern können in Ihrer aktiven Zeit, dass bei LfV-Tagungen, wo sich die Präsidenten treffen, auch mal das Thema „Neue Gefahren des bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten“ besonderen Raum eingenommen hat.

Ich kann es Ihnen noch mal kurz vorlegen lassen. Es geht hier - das ist aus MAT A BMI - um das schon häufig zitierte „BfV Spezial“ aus dem Jahr 2004, wo eine ganze Reihe von möglichen Tätergruppierungen genannt werden, die für so was infrage kommen, Anschlagformen beschrieben werden, „Combat 18“, alles vorkommt, was ja hinterher mit NSU in Verbindung zu bringen ist, und sogar eben auch die drei Täter genannt werden - die Jenaer Bombenbastler Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe - mit dem verhängnisvollen Schlusssatz, dass sie eben untergetaucht sind und polizeilich nicht mehr in Erscheinung getreten sind.

War so was - jetzt noch in Erinnerung - bei Ihnen mal Thema, dass man das auch auf Präsidentenebene besprochen hat, neue Gefahren des gewaltbereiten Rechtsextremismus? Fielen da auch Namen?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Also, konkret ist mir natürlich das Jahr 2003 in Erinnerung mit der Amtsleitertagung vom September damals in Berlin. Der unmittelbare Anlass damals war der Bericht des bayerischen Kollegen über den verhinderten Anschlag in München, Stichwort „Wiese“. Und das hat damals dazu geführt, dass wir uns erstens dort natürlich darüber unterhalten haben. Zweitens hat der damalige Vizepräsident Fritsche angeregt, dass man dieses Thema ganz konkret auf der ohnehin schon anberaumten Auswertertagung Anfang Oktober auf die Tagesordnung setzen sollte. Das ist dann auch erfolgt, sodass also dann die Auswertungsleiter sich über dieses Thema unterhalten haben, also gewaltbereiter Rechtsextremismus, Frage: Gibt es terroristische Strukturen?

Im Anschluss daran war dann noch bei uns im Land, in Schwäbisch Hall, eine Sitzung der sogenannten IGR, Informationsgruppe zur Beobachtung und Bekämpfung rechtsextremistischer oder rechtsterroristischer Gewalt. Dort ist dies Ganze dann auch noch einmal mit der Polizei abgestimmt worden. Das heißt, die Vertreter der Landeskriminalämter und der Verfassungsschutzbehörden waren anwesend. - Das zum konkreten Jahr 2003.

Wenn ich mich recht erinnere, gab es dann sogar noch im Anschluss beim BfV eine Tagung mit den ausländischen Diensten zu dem Thema „Rechtsterrorismus?“, sodass also dieser Anschlag oder verhinderte Anschlag in München damals ganz konkreter Anlass war, das noch einmal zu diskutieren, und das Ganze hat dann ja auch zu der von Ihnen zitierten Zusammenfassung in den beiden Berichten „BfV Spezial“ 18 und 21 geführt. „18“ war die eingestufte Version, während „21“, wenn ich mich recht erinnere, glaube ich, VS-NfD war und auch an die Polizeibehörden gegangen ist.

Ihre weitere Frage, ob damals auch über Namen gesprochen wurde: Sicher natürlich über das Thema „Wiese“ und die verhinderten Anschlagsvorbereitungen. Sie tendieren oder, ja - - mit Ihrer Frage sicher in Richtung der Namen des Trios, die ja im „BfV Spezial“ genannt werden. Daran kann ich mich selbst

nicht erinnern, dass das speziell noch einmal angesprochen wurde.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sie haben gerade die Tagung erwähnt beim BfV mit den ausländischen Partnerdiensten. Hatten Sie damals - ich will jetzt nur die Länder vielleicht wissen - konkrete Anhaltspunkte, dass aus bestimmten Ländern ein verstärkter Zugang nach Deutschland gesucht wird zu den deutschen Rechtsextremisten? Und könnten Sie uns sagen, wenn das so war, welche Länder da im Blick standen, was Aktivitäten von dortigen Neonazis in den deutschen Raum hinein betraf?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Der unmittelbare Anlass war, wenn ich mich recht erinnere, das Thema „Combat 18“. Das war zunächst einmal der übergeordnete Gesichtspunkt. Ich bin überfragt, weil ich nicht teilgenommen habe, welche Länder damals teilgenommen haben. Aber ich unterstelle mal aufgrund der üblichen Praxis, dass natürlich die Nachbarländer - bis hin zu Großbritannien, Belgien, Benelux - anwesend waren. Ein Ergebnis ist mir nicht bekannt.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sodass auch Sie - kann man das so sagen? - in Ihrer gesamten aktiven Dienstzeit bis 2005 nie bewusst mal - mit NSU sowieso nicht, wobei ich da gleich noch mal drauf zurückkomme - mit der Thematik „Jenaer Bombenbastler, Unterstützung der Thüringer oder der Sachsen bei der Fahndung“ oder gar mit den konkreten Namen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe konfrontiert waren?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Konfrontiert insofern, als das LfV Thüringen - ich meine, am 3. Februar 1998 - ein sogenanntes ELCOM¹, also eine eingestufte Mail, an alle Verfassungsschutzbehörden geschickt hat. Das war unmittelbar nach dem Abtauchen ja der drei. Da ist der Sachverhalt allen kurz geschildert worden, also von der Puppe an der Autobahn im Jahre 96 und die weiteren Vorkommnisse bis hin eben zum Abtauchen. Die Frage ist damals an alle übermittelt worden, ob es Hinweise gibt über den Aufenthaltsort der drei. Ob es irgendwelche Reaktionen von den Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder gab, ist mir nicht bekannt.

¹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Wir haben hausintern das Ganze damals natürlich im gesamten Referat Rechtsextremismus gestreut. Wir haben es an alle Außenstellen, die also operativ die V-Mann-Führer bündeln, weitergegeben mit dem Hinweis, darauf zu achten. Es waren ja auch Lichtbilder beige geschlossen damals von den dreien, und es ist hausintern zur Kenntnis gegangen. Erweiterungen, dass es später Hinweise gegeben hat über den Aufenthalt der drei, sind mir nicht bekannt.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Jetzt läuft das möglicherweise nicht über den Präsidenten; aber ein tragischer Fehler war sicher - ich will Sie einfach nur noch mal fragen, dass wir das auch verbindlich haben -, dass die Adressliste, die man auch 98 in der Garage von Mundlos gefunden hat, die sich liest wie eine Landkarte der Flucht- und Tatorte, eben ja drei Namen aus Ludwigsburg enthalten hat, von denen wir wiederum heute wissen, dass genau zu diesem Trio - also zu den Ludwigsburger dreien -, das Trio über zweieinhalb Jahre nach dem Abtauchen noch regelmäßig Besuchskontakt gepflegt hat. Davon ist Ihnen nie was bekannt geworden, und man hat es Ihnen auch nicht mitgeteilt?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Nein, den Vorgang kenne ich nur aktuell aus den² Medien.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Jetzt waren wir gerade vorher ein bisschen bestürzt darüber: Wir hatten uns eigentlich erhofft - - Jetzt würde ich es von Ihnen weniger erwarten, weil Sie nicht an jedem Thema gleich nah dran sein können wie Ihre Referatsleiter. Aber für uns war die Frage interessant: Wie hat sich denn die rechte Szene Mitte der 90er- bis Anfang der 2000er-Jahre in Baden-Württemberg, vor allen Dingen im Großraum Stuttgart, dargestellt? Wer waren die Protagonisten? Wen hatte man im Blick? Waren diese Leute damals wirklich völlig unbekannt, aber gleichzeitig so interessant, dass wirklich ganz gewaltbereite Neonazis aus Sachsen sie regelmäßig besuchen? Da haben wir vorher von der Zeugin wenig bis nichts Erhellendes erfahren.

Jetzt trotzdem aber die Frage an Sie: Haben Sie noch aus Ihrer Erinnerung her eine Personenkenntnis, wie sich die rechte Szene damals im Großraum Stuttgart oder überhaupt in Baden-Württemberg dargestellt hat?

² Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Wer waren die bestimmenden Figuren oder Vereinigungen, die Ihnen immer wieder in Ihrer Arbeit oder eben in Ihrer Behörde aufgefallen sind?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Also, eines unserer Schwerpunktthemen - gerade wenn Sie die 90er-Jahre ansprechen - war natürlich zunächst einmal vorrangig das der Parteien. Ich erinnere an das Thema Republikaner, die ja zweimal in den Landtag gekommen waren, und das hat bei uns natürlich im Bereich Rechtsextremismus eine ganz erhebliche Rolle gespielt, auch in Richtung Öffentlichkeitsarbeit und präventiver Arbeit damals.

Im Bereich Neonazismus bis hin zu Gewaltbereiten hat uns naturgemäß besondere Sorge gemacht die Skinhead-Szene, die nicht nur mit einer ganzen Reihe von Bands im Land vertreten war, sondern auch mit entsprechenden Fanzines und wo ein reger Besuchsverkehr³, im Grunde deutschlandweit hinüber und herüber, vorgeherrscht hat.

Ich habe aufgrund jetzt noch einmal der Akteneinsicht gesehen, dass gerade so in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre auch vom LfV Thüringen eine Reihe von sogenannten Deckblattberichten, also Quellenberichten, kam, wo auch etwa Mundlos oder auch mal Böhnhardt genannt waren, allerdings nicht aufgrund von Besuchen in Baden-Württemberg, sondern umgekehrt, dass ein Baden-Württemberger - - Um einen Namen zu nennen: Rennicke, der damals als großer Liedermacher überall auftrat, von der NPD über die JN bis zu Skinheads. Wenn der in Thüringen auftrat, dann haben wir entsprechende Berichte von dort erhalten, und da waren gelegentlich auch diese Personen genannt.

Umgekehrt kann ich mich nicht erinnern, dass wir je einen eigenen Bericht über einen Besuch dieser drei in Baden-Württemberg hatten. Meiner Erinnerung nach hatten wir davon überhaupt keine Kenntnis von den Personen, sodass ich auch jetzt im Nachhinein sagen muss: Ein Auftreten der drei in Baden-Württemberg ist mir jedenfalls nicht Erinnerung und dateimäßig auch nicht erfasst.

Das Problem der Skin-Szene und der Konzerte war landesweit. Wir hatten natürlich Schwerpunkte. Der Großraum Stuttgart - Schorndorf, Backnang, Waiblingen - war ein wesentlicher Schwerpunkt. Ludwigsburg gehört mit dazu. Ansonsten der Rhein-Ne-

ckar-Raum, teilweise auch am Bodensee und in kleinerem Umfang auch der Raum Heilbronn. Das waren Schwerpunkte. Wir hatten im Grunde jährlich auch entsprechende grafische Darstellungen im Jahresbericht drin mit den einzelnen Schwerpunkten. Das war also dieses große Thema.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche. Können Sie sich daran erinnern, dass Sie - Mitte/Ende der 90er-Jahre muss es gewesen sein - mal diesen Raum Mosbach, Heilbronn, aber vor allen Dingen Mosbach, was die rechte Szene und Skinhead-Szene angeht, dort gezielt und verstärkt mit verschiedenen Mitteln, um es mal ganz vorsichtig zu beschreiben, unter Beobachtung genommen haben?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Im Grundsatz würde ich Ihnen zustimmen, Herr Abgeordneter Binninger.

Das Problem war nicht zuletzt auch - wenn ich noch einen anderen Ort nennen kann: Ludwigsburg - die Zugangslage, die sich für uns teilweise ausgesprochen schwierig gestaltet hat. Wir haben natürlich Werbungsversuche gemacht, wobei wir uns von vornherein im Klaren waren, dass es in der Skinhead-Szene ausgesprochen schwierig und problematisch vor allem auch ist, hier V-Leute zu führen, Stichwort „Alkohol“, Stichwort „Gewaltbereitschaft“. Das heißt, wir sind hier mit einer erheblichen Vorsicht ans Werk gegangen. Leute, wo wir meinten, die sind nicht führbar, etwa wegen zu großem Alkoholenuss oder zu starker Gewaltbereitschaft, sind von vornherein ausgeschaltet oder ausgesondert worden. Wir haben auch in den von Ihnen zitierten Räumen Versuche gemacht.

Ich bin jetzt nicht in der Lage, noch zu sagen, inwieweit das von Ihnen genannte Gebiet Mosbach/Heilbronn damals positiv abgedeckt war. Das habe ich schlicht und einfach nicht mehr präsent. Ich weiß nur, dass gerade der Großraum Stuttgart/Ludwigsburg immer ein - ja, ich will nicht sagen - weißes Gebiet blieb, aber jedenfalls ausgesprochen schwierig - - von der VP-Führung her dort überhaupt Informanten zu gewinnen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der Polizeiliche Staatsschutz konnte da nicht in die Bresche springen mit Erkenntnisgewinnung im Rahmen seiner Arbeit?

³ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja, zugegebenermaßen haben wir natürlich gelegentlich Tipps erhalten - auch von den Kollegen des Staatsschutzes -, die aber nicht durchweg weitergeführt haben. Ich denke hier an einen, nennen wir es mal, Tipp, der hier, glaube ich, auch schon eine Rolle gespielt hat, Stichwort „Erbse“. Das war so ein Hinweis, den wir aber nach relativ kurzer Zeit - ich meine, nach drei oder vier Monaten - wieder ad acta legen mussten, weil derjenige im Grunde nicht führbar war, weit übers Ziel hinausgeschossen ist, selbst Dinge erfunden hat, sodass wir dann im Grunde wieder sagen mussten: Nein, keine weitere Zusammenarbeit. - Es gab also Tipps.

Natürlich, die Polizei war ja nun selbst mit verdeckten Methoden in dieser Szene aktiv. Insofern gab es wohl eine gewisse Zusammenarbeit hier; aber es gab natürlich auch Eigeninteressen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wenn Sie gerade das Stichwort genannt haben, will ich auf einen zweiten Punkt mit Ihnen eingehen. Es gab ja diesen Hinweis, wohl von „Erbse“, dann an Ihren damaligen Mitarbeiter, den Herrn Stengel, der auch schon hier war als Zeuge, -

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): - vermittelt über einen Pfarrer. Und Herr Stengel - Sie werden den Sachverhalt kennen, aber kurz zusammengefasst - sagt: Der hat mir eine Menge erzählt. Ich hielt es für unglaublich, habe es aber trotzdem niedergeschrieben in einer speziellen Ablage für solche etwas obskuren Hinweise. - Er hat sich aber nach dem 04.11. daran erinnert, dass im Gespräch - er hätte es aber nicht dokumentiert - auch der Begriff gefallen sei: Da soll eine Gruppe aufgebaut werden, die macht was gegen Ausländer, die nennt sich NSU. - Im Amt hätte man ihm gesagt: Eine Gruppe NSU gibt es nicht; hat in Baden-Württemberg sowieso eine ganz andere Bedeutung. Das verfolgen wir auch nicht weiter. - Und dann hat er sich danach erinnert.

Jetzt gab es viele Leute, die gesagt haben: Das ist unglaublich, der bringt die Dinge durcheinander. - Ich persönlich sage: In der Addition der Erkenntnisse, die wir heute haben - was wir damals noch nicht wussten -, dass das Trio als Teil einer Clique oder auch kleiner regelmäßig genau in dieser

Region war zur Party und anderen Dingen, dass wir gleichzeitig wissen, dass der Begriff NSU ja nicht geheim gehalten wurde in der Szene, sondern 2002 ganz bewusst im Fanzine „Weißer Wolf“ platziert wurde, mit „vielen Dank an den NSU“ - das löst ja auch irgendeine Reaktion vielleicht aus bei jemandem -, halte ich es persönlich für nicht ausgeschlossen, dass zumindest die Begrifflichkeit, ohne dass man sagt, was sich dahinter verbirgt, irgendwann mal verschlungene Wege findet. Oder hat sich da Herr Stengel völlig getäuscht? Halten Sie es für unwahrscheinlich und einfach ein Durcheinanderbringen von Erinnerungen und tatsächlich Erlebtem und anderen Dingen?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Es ist sehr schwierig für mich, Herr Abgeordneter. - Zunächst einmal zur Person des Beamten: Ich kenne ihn natürlich aus der aktiven Zeit. Er war in unterschiedlichen Bereichen tätig, und am Ende als er - ich glaube, das kann man hier sagen; das dürfte er selbst gesagt haben - erhebliche gesundheitliche Probleme hatte, hat er dann auch mit seiner Arbeitszeit verschiedene Modelle erprobt nach der Krankheit. Aber es war ein durchaus qualifizierter Beamter des gehobenen Dienstes mit vielerlei Erfahrungen.

Ich kann insofern letztlich seine Behauptungen nun nicht in irgendeiner Weise abschließend bewerten. Ich war nicht dabei. Ich kenne auch den Vermerk erst jetzt durch die Akteneinsicht. Ich habe ihn damals nicht zur Kenntnis gekriegt. Es ergibt sich aber aus meiner Sicht eine ganze Reihe von erheblichen Zweifeln.

Zunächst einmal zum Hinweisgeber - ich hatte das vorhin ja schon angesprochen -: Es ist ja hier sicher bekannt, dass wir einige Monate mit dem Herrn zusammengearbeitet haben; um es mal so vorsichtig zu sagen. Er war uns von der Polizei angedient worden als jemand, der ausgesprochen engagiert arbeitet, aber im Grunde gelegentlich über das Ziel hinausschießt. Von „spleenig“ war gelegentlich die Rede, schon von polizeilicher Sicht. Das hat sich sehr rasch bestätigt, sodass wir nach wenigen Monaten die Zusammenarbeit aufgegeben haben, nicht zuletzt auch nach Absprache mit dem Landeskriminalamt, weil es damals eine Aktion hätte geben sollen, die er angekündigt hat, die sich so nicht bestätigt hatte, sodass wir nach, ich meine, vier Monaten die Zusammenarbeit aufgegeben haben.

Das bedeutete aber, dass es nicht zu Ende war, sondern er hat immer wieder versucht, Kontakt zu uns aufzunehmen. Er war ja, wie wir sagen, eine Art Selbstgestellter, also nicht in der rechtsextremen Szene per Überzeugung vertreten, sondern er war in jungen Jahren - - Er war damals ja etwa 22. Er war schon zwei Jahre als Privatdetektiv zugange gewesen und glaubte, mit vergleichbaren Methoden auch hier arbeiten zu können.

Er hat es, wie gesagt, dann immer wieder probiert und kam mit den absonderlichsten Informationen, die immer absonderlicher wurden. Er glaubte, den Palme-Mord aufklären zu können. Er glaubte, den Barschel-Mord aufklären zu können, und hat sich mit solchen Informationen sowohl an uns als auch, glaube ich, an eine Vielzahl, wie das ja häufig der Fall ist, von anderen Institutionen - prominenten - gewandt, sodass wir also jeglichen Kontakt abgebrochen hatten.

Nun kam er noch einmal wieder im Jahr 2003 - Sie haben das erwähnt - über diesen Pfarrer aus Flein über das Innenministerium noch einmal zu uns, und da es damals erneut - das war schon mal 97 der Fall - um das Thema Mossad im Land gehen sollte, ist jemand von der Abteilung 4, also Spionageabwehr⁴ und Wirtschaftsschutz, zu ihm geschickt worden, nämlich Herr Stengel. Wenn ich den Vermerk richtig gelesen habe, dann sagt Stengel selbst: Um Gottes Willen keine weitere Zusammenarbeit mit ihm; das hat überhaupt keinen Sinn.

Nun kommt die zweite Kategorie. Er erklärt ja, es habe damals auch die von Ihnen zitierten Hinweise gegeben. Er habe sich - ich glaube mit dem Hausjuristen; der Begriff fiel wohl - unterhalten, und der habe ihm empfohlen, dies nicht hineinzuschreiben. Dies widerspräche eigentlich vollständig unserer Arbeit.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gibt es überhaupt einen Hausjuristen, oder wen hat er damit gemeint? Also, ist so was denkbar, dass quasi, bevor ein Vermerk darüber geschrieben wird, natürlich der unmittelbare Vorgesetzte den ja sieht, bevor er zu den Akten geht? Aber ist es denkbar, dass da noch irgendjemand sagt „Das müssen wir juristisch prüfen“?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und wer hätte das gemacht bei Ihnen im Hause?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Also, ich nehme an von der Formulierung her, dass es der Leiter der Stabsstelle, der Jurist war, gewesen sein soll. Es ist zwar auch richtig, dass sein Abteilungsleiter hier auch infrage käme, aber mit der Bezeichnung „Hausjurist“ mit Sicherheit nicht.

Wenn es einen Vorgang gab, etwa so bei einer Befragung mit verschiedenen Komponenten, etwa hier Spionageabwehrbereich plus Rechtsextremismus, dann hätte es nach uralter Tradition zwei Möglichkeiten gegeben: Entweder der Vermerk wird in doppelter Ausfertigung gemacht - einer geht in die Abteilung Spionageabwehr, der andere zum Bereich Rechtsextremismus -, oder man hätte einen zweiten Vermerk gemacht und hätte den an den Bereich Rechtsextremismus geschickt.

Nachdem in dem Vermerk, den er nun abgeliefert hat damals, überhaupt nichts drinsteht, unterstelle ich mal, dass dies damals auch nicht der Fall war; aber ich kann es letztlich nicht mit Gewissheit sagen. Wenn er nachgefragt hätte, dann hätte natürlich nahegelegen, nachdem es ja angeblich um rechtsextremistische Bestrebungen hätte gehen sollen, im Bereich Rechtsextremismus der Auswertung nachzufragen, und spätestens dann - ich glaube, der Name Mundlos soll ja gefallen sein - hätte man über eine banale NADIS-Abfrage, selbst wenn man den Namen vielleicht nicht präsent hatte, erkennen können: Tatsächlich, der ist ja gespeichert über Thüringen; das heißt, da muss möglicherweise was dran sein.

Also, der Weg, den er beschritten haben will, wäre völlig ungewöhnlich: Aber ich kann hier nicht definitiv sagen: Das stimmt nicht, was er gesagt hat. - Es wäre nur sehr ungewöhnlich und für mich deshalb insgesamt in der Summe sehr zweifelhaft.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Danke.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Wenn ich mir einen Satz noch erlauben darf. Es gibt noch einen zweiten oder einen weiteren Vorgang, Stichwort „Erbse“, vom Jahr, ich glaube, 2004. Damals hat er sich an das libanesisches, glaube ich, Generalkonsulat in Düsseldorf gewandt und hat Hinweise gegeben oder geben wollen auf Anschläge auf die Olympischen Spiele in Athen und Ähnliches.

⁴ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Also, die Figur dieses kurzzeitigen Informanten ist so fragwürdig, dass ich erhebliche Zweifel habe, dass hier Richtiges übergekommen ist.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Interessanterweise will ja „Erbse“ davon nichts mehr wissen, sondern der Herr Stengel ist der Einzige, der sagt: Ich kann mich dran erinnern. - Der andere weist es ja vehement von sich.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl, bitte.

Dr. Eva Högl (SPD): Schönen guten Tag!

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Guten Tag!

Dr. Eva Högl (SPD): Ich habe direkt mal eine Frage. Der Gründer des Ku-Klux-Klans - „European White Knights of the Ku Klux Klan“ hieß es ja genau -, dieser Sektion in Deutschland, A. S., war der V-Mann des Landesamts für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Hier heben sich Hände.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Fahrner.

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Also, selbst sozusagen, wenn Sie jetzt hier die Initialen dankenswerterweise gebrauchen - - Aber wir hatten es ja vorher schon auch in unterschiedlichen Kombinationen. Deswegen würde ich bitten: Solche Fragen, wenn es genau um V-Mann-Eigenschaften oder Ähnliches geht, da sollten wir dann wirklich einstufen. Ich bitte darum auch um Verständnis.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann machen wir das in eingestufte Sitzung nachher.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):
Das haben wir bei Dings auch nicht gemacht!)

- Nein, nein. - Also, ich meine, das ist bekannt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist ja kein neuer Sachverhalt, Herr Dr. Fahrner.

Dr. Eva Högl (SPD): Der ist enttarnt. Ich habe jetzt sogar nicht mal den Namen genannt, obwohl auch der bekannt ist. Ich meine, wir können das gerne in eingestufte Sitzung machen, wenn Sie das alle wollen; aber ich finde, das gehört eigentlich hier in die öffentliche.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, die Mehrheitsmeinung im Ausschuss scheint zu sein, dass sich Herr Dr. Rannacher dazu durchaus äußern könnte. - Herr Dr. Fahrner.

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Also, ich will nur - - Ich bitte nur, immer sehr genau zu unterscheiden. Das ist natürlich immer das eine, was sozusagen in den Medien berichtet wird. Das andere ist, wenn ein Beamter, auch ein Beamter im Ruhestand sozusagen, dazu sozusagen eine klare Antwort geben soll, verbal. Das bitte ich wirklich nur auch zu bedenken bei den ganzen Sachen, ja. Also, es ist schon - - Das ist einfach auch - - Da sind wir einfach unserer Fürsorgepflicht und auch natürlich unserem Antragsrecht und Antragspflicht, was die Frage der Einstufung angeht - - ist es geschuldet. Da bitte ich um Verständnis.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, es geht ja jetzt hier nicht um Details der V-Mann-Führung, sondern um den Sachverhalt an sich, der ja absolut unstrittig ist, Herr Dr. Fahrner.

Dr. Eva Högl (SPD): Ist der Sachverhalt denn streitig? Nein. - Also, es gibt ja keine Diskrepanz zwischen dem Sachverhalt und der Medienberichterstattung. Das hat man ja manchmal. Aber da haben wir hier noch nie unsere Sorgfaltspflicht vernachlässigt, sondern sind immer sehr sorgfältig gewesen. Aber das ist kein Fall, der nicht bekannt wäre.

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Nein, also, wie gesagt - - Ja, das haben wir auch ja immer zur Kenntnis genommen, dass Sie da entsprechende Sorgfalt walten lassen. Nur, ich bitte noch mal zu unterscheiden.

Also, es ist wirklich so: Ob es hier jetzt jemanden, der im Dienste des Landes steht,

als Ruhebeamter stand, also jetzt als Ruhebeamter auch steht, ob derjenige tatsächlich hier ein solches, ein so klares Statement - ja oder nein? - abgibt dabei, das kann letzten Endes - -

Dr. Eva Högl (SPD): Ach, wissen Sie was: Ich habe auch gar keine Lust jetzt auf so eine lange Diskussion hier. Ich stelle jetzt mal meine Frage theoretisch, und zu den konkreten Sachen können wir dann, falls das überhaupt notwendig sein sollte, noch mal in eingestufter Sitzung kommen, wobei ich dann gar nicht glaube, dass das notwendig sein wird.

Was ich Sie eigentlich fragen wollte, ist, wenn wir jetzt mal abstrahieren von diesem konkreten Sachverhalt, sondern generell die Tatsache: Ist das für Sie vertretbar, ist das darstellbar, kann man das verantworten, dass das Landesamt für Verfassungsschutz - wenn das denn der Fall gewesen wäre, ja - einen V-Mann in einer derartigen Organisation hat, die rassistisch ist, die menschenverachtend ist, die zu Morden aufruft, die Terror begeht? Ist das vertretbar? Die - - so eine Organisation, also nicht nur Mitglied ist - das hatten wir ja auch -, sondern die das begründet, also die die ganz maßgeblich aufbaut. Wäre das aus Ihrer Sicht vertretbar?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Es ist, wenn ich das so sagen darf, Frau Abgeordnete, natürlich sehr pauschal gefragt, grundsätzlich gefragt. Meine Devise in diesen Fragen war immer: Einzelfallprüfung, und da wurde dann all das ausgesiebt, was nach unserer Auffassung unmöglich war, als VP geführt zu werden.

Wenn ich Ihre Frage richtig verstehe, war ja der Ausgangspunkt, ob wir in der KKK-Gruppe Schwäbisch Hall mit einer Quelle vertreten waren, wir, das Landesamt in Stuttgart. Da sage ich: Eindeutig nein, wenn es auch eine ganz kurzzeitige Überlappung am Anfang gegeben hat der Gründung dieser Gruppierung. Wir haben aber, weil ein Zugang, den wir in anderen Bereichen hatten und der hier hereinreicht - ich versuche es ganz allgemein -, weil der auf die Frage, ob er Kontakte und Aktivitäten in einer solchen Gruppierung entwickelt, uns schlicht und einfach angelogen hat, was dann zur nahezu sofortigen Abschaltung, wie wir den Prozess nennen, geführt hat.

Von daher: Ich glaube, die Gründung war offiziell am 1. Oktober 2000 der Gruppierung,

und wenige Tage später erfolgte die Abschaltung. Insofern meine ich, wir sind nicht vertreten gewesen bis zum Ende mit einer eigenen Quelle.

Dr. Eva Högl (SPD): War das kausal - darf ich das fragen? -, die Abschaltung?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Wenn ich jetzt noch einmal an den Anfang Ihrer Frage zurückdenke, hatte es nicht unmittelbar damit etwas zu tun, sondern für uns war wichtig: Wir hatten einen Zugang, eine VP, die uns über Jahre aus anderen Zusammenhängen berichtet hat und die, konfrontiert mit dem Hinweis „Bist du in einer solchen Gruppierung aktiv?“, dies verneint hat, uns also, ich sage es noch mal, angelogen hat. Und das war für mich damals dann der Punkt, wo ich gesagt habe: Hier gibt es keine Zuverlässigkeit in der Berichterstattung. Wir steigen hier aus. - Und das war das Ende der Zusammenarbeit.

Dr. Eva Högl (SPD): Ab wann war der Ku-Klux-Klan Beobachtungsobjekt für Sie?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ab August 2001. Das war ein bundesweites Abstimmungsverfahren. Bis dahin wurde der Ku-Klux-Klan als Prüffall behandelt⁵, und es gab dann - ich meine, im August 2001 - das übliche Abstimmungsverfahren des Bundesamtes mit allen Landesbehörden, wo dann alle Landesbehörden aufgefordert werden, entsprechende Informationen beizutragen und sich zu äußern, nachdem das zusammengefasst wurde. Das hat dann zur Erhebung zum Beobachtungsobjekt geführt.

Dr. Eva Högl (SPD): Hatten Sie gehört, dass der Ku-Klux-Klan, so eine Sektion, dass das gegründet werden sollte? War Ihnen das bekannt geworden?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Dass - - Entschuldigung.

Dr. Eva Högl (SPD): Hatten Sie das gehört, dass ein Ku-Klux-Klan, eine Sektion, dass das gegründet werden sollte, vorher? Wie haben Sie davon erfahren?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Über das BfV.

⁵ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Dr. Eva Högl (SPD): Über das BfV. - Haben Sie gewusst, dass das BfV auch eine Quelle im Ku-Klux-Klan hatte?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Das war naheliegend, nachdem entsprechende Informationen von dort kamen.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann würde ich Sie gerne noch mal fragen: Was stellen sich denn da für Abwägungsfragen? Also, ich habe das ja beschrieben, was das für eine Organisation ist: zutiefst rassistisch, menschenverachtend. Wir diskutieren ja auch darüber: Was müssen wir beachten bei V-Leuten? Welche Rahmenbedingungen müssen gesetzt werden? Wie werden sie ausgewählt? Wie werden sie geführt? Was sind für Sie, wenn wir dieses Beispiel mal nehmen, da die entscheidenden Fragen, oder welche Grenzen müssen gezogen werden?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Zunächst mal zum Stichwort Ku-Klux-Klan. Als das Thema allmählich relevanter wurde bei uns in der Behörde, hatten wir relativ wenig Vorinformationen. Natürlich kannten die meisten die historische Gestalt des Ku-Klux-Klans, der Organisation. Aber es gab aus den 90er-Jahren - - Das heißt, die Ersten gab es wohl, wenn ich mich recht erinnere, in den 80er-Jahren, vor allem über US-Soldaten, die hier stationiert waren. Da gab es das eine oder andere; aber es gab kaum organisatorische Gliederungen.

Es gab, soweit uns bekannt war, Anfang der 90er, glaube ich, in den neuen Ländern, in Brandenburg, einen ersten Ableger. Das ist aber dann wieder zur Ruhe gekommen, und wir wussten damals zunächst noch relativ wenig. Wir haben uns sachkundig gemacht, vor allem über den Internetauftritt - es ging ja um die Frage der sogenannten Objekterhebung -, und sind dann sehr rasch zu den Stichworten auch gekommen, die Sie gerade erwähnt haben. Allerdings, was die Schwäbisch Haller - nennen wir sie mal so - Gruppe betraf, war von Anfang an auch durch die Hinweise - jetzt bin ich wieder bei der Polizei, beim Staatsschutz in Schwäbisch Hall - der Hinweis: Es ist eine kleine Gruppierung, die keinerlei öffentliche Wirksamkeit entfalten will, die keinerlei Straf- oder gar Gewalttaten begehen will.

Und um das vorwegzunehmen: Wir haben eigentlich auch in diesen anderthalb Jahren der Existenz von keiner Seite Hinweise er-

halten, dass es zu Straftaten oder gar Gewalttaten von dieser Gruppierung her gekommen ist. Es gab natürlich eine Reihe von Treffen. Es gab Riesenbesäufnisse, wie üblich, und es gab sogenannte Kreuzverbrennungen, die aber in bescheidenem schwäbischen Rahmen durchgeführt wurden. Es wurde kein Kreuz angezündet, sondern man hat - Entschuldigung, Herr Vorsitzender - auf die Erde ein Kreuz gelegt und hat dann die kleinen Kerzchen draufgelegt. Also, das war keine der sogenannten traditionellen Kreuzverbrennungen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die schwäbische Variante.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Bitte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist die schwäbische Variante.

(Sönke Rix (SPD): Die schwäbische Sparsamkeit!)

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja. So hatte ich das gemeint. - Also, insofern keine Straftaten. Insofern stellte sich diese Frage nicht in der drastischen Zuspitzung, wie Sie es formuliert hatten, Frau Abgeordnete. Aber, wie gesagt, wir hatten gar nicht den Versuch gemacht, dort mit einer Quelle hineinzugehen in die Gruppierung, weil wir über das Bundesamt doch recht gut unterrichtet wurden.

Dr. Eva Högl (SPD): Was meinen Sie denn mit der Schwelle der Strafbarkeit? Weil da werden ja in der Regel auch Diskussionen geführt, Sachen gezeigt und so. Also, das hat ja alles auch häufig die Schwelle der Strafbarkeit überschritten.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja, Frau Abgeordnete. - Da muss ich allerdings natürlich sagen: Das ist Standard in allen rechts-extremistischen Gruppierungen. Das war sicherlich nicht in dem Umfang - ich habe vorhin das Stichwort „Republikaner“ genannt - bei solchen Gruppierungen der Fall; aber im Neonazismusbereich war das natürlich Alltag. Und wenn man diese Schwelle nehmen würde bei der Entscheidung „Sollen wir hier den Versuch machen, in eine solche Gruppierung einzudringen, oder nicht?“, dann wäre der Versuch von vorneherein untauglich, weil natürlich immer entsprechende

Kennzeichen, Liedtexte usw. gesungen werden.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber Sie werden mir schon zustimmen, dass es keine strafrechtsfreien Zonen geben darf -

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): - und dass es nicht mit Kenntnis des Verfassungsschutzes - - dass da nicht Straftaten begangen werden dürfen. Natürlich wissen wir um die Schwierigkeit der Abwägung. Aber das Ziel ist ja doch, den ermittelnden Behörden die Informationen zu geben, um entsprechende Strafverfahren einleiten zu können. Ich glaube, darüber sollten wir uns hier im Klaren sein, -

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): - dass das nicht anders gehandhabt werden kann.

Zum Abschluss möchte ich Sie noch fragen: Wussten Sie, dass Polizeibeamte Mitglied in dieser Gruppierung sind?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja, das war ja ein großes Thema in Baden-Württemberg, zumindest im vergangenen Jahr. Richtig ist, dass wir nach einiger Zeit, wiederum über das BfV, entsprechende hoch eingestufte Informationen erhalten haben, dass es Kontakte gibt zu einigen Polizeibeamten im Land.

Unsere Bemühungen über lange Monate gingen dahin, dies verwertbar zu machen, das heißt, dass ich in der Lage sein werde, die Polizeiführung des Landes damit auch zu konfrontieren und davon zu unterrichten; das ist dann auch gelungen. Und ab Ende Mai 2002 gab es mehrere Gespräche von mir mit dem Landespolizeipräsidenten und dem Landeskriminaldirektor, wo ich entsprechende Hinweise an die Polizeiführung gegeben habe. Das war ja auch Gegenstand von intensiven Nachermittlungen noch einmal im vergangenen Jahr, wobei sich diese Frage „Polizeibeamte“ auf zwei letzten Endes dann konzentriert hat, die einige Monate Kontakte, wohl auch eine Vollmitgliedschaft in der Gruppe in Schwäbisch Hall hatten. Der Kontakt war zustande gekommen über einen Bruder eines Angehörigen, der bei der Polizei in Baden-Württemberg Dienst tat.

Es gab von vornherein Hinweise, dass es mehrere oder weitere Kontakte außer diesen beiden gibt. Das konnten wir allerdings nie verifizieren. Ich habe gleich in den ersten Gesprächen auf drei weitere hingewiesen gehabt, dass es da zumindest Kontakte gibt. Es hat sich aber nach unseren Überprüfungen nicht weiter verifizieren lassen, und auch in der Gruppe selbst. Der Leiter der Gruppe selbst hat mehrfach erwähnt, dass es nur diese zwei gab, wo er aber auch nach kurzer Zeit sehr unzufrieden war, dass die sich nicht mehr gemeldet haben, offensichtlich kein Interesse mehr ist, wobei es bei dem einen dann darum gegangen ist, dass dem der Laden wohl - um es salopp zu sagen - zu lasch war, und der andere dann etwas später auch ausgeschieden ist. Der Hinweis auf die anderen drei konnte nie erhärtet werden. Die Informationen sind aber an die Polizeiführung gegangen.

Dr. Eva Högl (SPD): Hatten Sie diese Informationen über die Polizisten im Ku-Klux-Klan auch von der Quelle aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz, oder wie waren Sie an die Informationen gekommen?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Die Informationen über die betroffenen Personen kamen über die Quelle des Bundesamtes, ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Darf ich Sie mal nach Ihrer Bewertung fragen? Ist das nicht ein schockierender Vorgang, wenn man hört, dass Polizeibeamte, die ja dafür da sind, uns alle zu schützen, dass die sich so einer Organisation anschließen, die so zutiefst menschenverachtend und rassistisch ist?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ich habe keine andere Meinung, Frau Abgeordnete. Aber das war ja nun auch der Anlass.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, genau. Nein, Sie haben das ja auch - - Das ist ja auch keine Kritik. Sie haben das der Polizei mitgeteilt. Das ist keine Kritik. Ich frage Sie um Rat, wie Sie das beurteilen, weil wir ja hier auch das einschätzen müssen.

Wenn Sie das verfolgt haben, wie damit umgegangen worden ist in der Polizei, haben Sie das für angemessen gehalten, die Reaktion? Ich meine, Sie haben sich ja offensichtlich Mühe gegeben, auch diese Information

weiterzugeben, das ganz genau zu recherchieren mit Hilfe der Quelle.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Das ist für mich etwas schwierig, Frau Abgeordnete, nun die Maßnahmen der Polizeiführung hier zu bewerten.

Dr. Eva Högl (SPD): Ach, machen Sie es mal. Sie sind im Ruhestand.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ich - - Wir haben ja mehrfach in der Tat nachgehakt, nachhaken müssen, weil sich das scheinbar etwas verloren hat, die Reaktionen. Ich hätte es mir etwas anders gedacht, das weitere Vorgehen. Das gebe ich gerne zu.

Dr. Eva Högl (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Rannacher, Sie sagten, dass Sie aus den Informationen des BfV entnehmen, dass am Ku-Klux-Klan eine Quelle aktiv war, und Sie selber sagten, Sie hätten die Quelle des LfV vorher abgeschaltet deswegen. Gab es da eine Art Abstimmung zwischen dem LfV und dem BfV darüber, wer sich da um diese Gruppierung gegebenenfalls kümmert?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ist denn - - War es nicht für Sie auch interessant - schließlich war es ja in Ihrem Land -, in der Zeit sich auch um den KKK selbst zu kümmern?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja, natürlich. Aber noch einmal: Das BfV war offensichtlich mit einem sehr sensiblen Zugang, guten Zugang vertreten. Wenn ich das recht sehe - wir sprechen ja von keinen Geheimnissen -, war das eine Quelle, die bis in die letzten Jahre hinein aktiv war, was ja auch dafür spricht, dass derjenige recht zuverlässig berichtet hat. Ich würde es schon unter Verhältnismäßigkeitsgrundsätzen für fatal halten, wenn in einer Gruppe, die zwischen 10 und 20 Personen sich hin und her bewegt, wenn da sowohl das Bundesamt als auch ein Landesamt nun vertreten wären. Ich

meine, wir sollten uns hüten, unter Verhältnismäßigkeitsgrundsätzen hier mehrfach vertreten zu sein, um nicht den Vorwurf dann zu kriegen, das Ganze wird vom Verfassungsschutz mehr oder weniger getragen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich interessiert die Quelle, die Sie abgeschaltet haben. Sie sagten, 2000 wurde sie abgeschaltet. Welche Art von Informationen - - Und wie lange war sie vorher für Sie aktiv? Welche Art von Informationen haben Sie von dieser Quelle bezogen, und welche Rückschlüsse haben Sie daraus gezogen?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Das war eine Quelle, die wir - ich glaube - 1994 angeworben hatten und die insbesondere im Bereich NPD/JN auf der einen Seite, zum anderen aber auch etwas im Skinhead-Bereich aktiv war - Stichwort Skinhead-Musik -, wobei sich dann der Zugang aber im Laufe der Jahre zunehmend problematisch erwiesen hat, weil im Grunde aus diesem Bereich nicht mehr so besonders viele Informationen gekommen sind. Als wir dann erfahren haben, dass er eben auf einem ganz anderen Feld aktiv ist, ohne das mit uns abzusprechen, unter unserer Führung, waren wir, wie schon gesagt, der Meinung, die Zusammenarbeit ist zu beenden.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): War denn die Zusammenarbeit noch existent, als diese Quelle in die Vereinigten Staaten gereist ist und sich zum „Grand Dragon“ ausbilden ließ?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, in welchem Jahr das war, aber es dürfte noch in der Zeit gewesen sein - vermute ich mal -, Ende der 90er, wo sie noch Quelle war. Aber das ist einer der Vorgänge, die wir später erfahren haben, die uns nie berichtet wurden. Die Dinge haben wir, wie gesagt, dann erst später erfahren.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie eng waren Sie denn an der Quelle dran, wenn Sie nicht mitkriegen - - Ich meine, Sie sagten, seit 94 bis 2000 ist geführt worden, und Sie kriegen nicht mit, dass er in den USA war - - und erst später davon erfahren haben, dass er da das KKK mit gegründet hat. Wie stark war denn da die Führung?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Also, ich bin jetzt nicht in der Lage, das ganz konkret zu beantworten. Da müsste ich mich im Zweifel noch mal um die Akte bemühen. Aber es ist meiner Ansicht nach, Herr Abgeordneter Wolff, kein Problem, zu sagen: „Ich gehe auf eine Urlaubsreise in die USA“, ohne eben Näheres zu sagen. Das Problem für uns war eben, dass er diese Aktivitäten uns gegenüber vollständig ausgeblendet hat und wir erst dann über das BfV nähere Informationen erhalten haben.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nach Medienberichten wurde diese Quelle 2003 quasi wieder angeschaltet.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Stimmt nicht?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, es gab - -

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Aber es gab zwei Gespräche mit diesem Herren. Ich muss da vorausschicken - ich schaue mal vorsichtshalber nicht nach rechts -, dass es ja erhebliche familiäre Probleme damals gab. Das hat ja auch dazu geführt, dass wir überhaupt an eine Reihe von Dingen - das Stichwort wird ja sicher noch kommen: Chatprotokoll - geraten sind. Das war ein totales häusliches Zerwürfnis mit Schlägen für die Ehefrau und anderem, und ein Jahr später hat er sich dann noch einmal gemeldet - also 2003 -, um noch restliche Informationen - ja, ich sage es mal drastisch - zu verkaufen. Das Bundesamt war ausgesprochen interessiert, ob hier noch sensible Informationen hinsichtlich der eigenen Quelle herüberkommen. Wir hatten uns ja schon mehrfach jetzt an dem Thema der Quelle des Bundesamtes abgearbeitet. Ich habe selten Berichte gesehen vom BfV mit solchen Einschränkungen, mit x Ausrufezeichen: absoluter Quellenschutz, keine Weitergabe außerhalb der Verfassungsschutzbehörden usw. Das heißt, das war von Anfang an klar: Das ist eine aus der Sicht des Bundes hochsensible Quelle, und als das Stichwort Verräter aufkam im Jahr 2002, war natürlich das Bundesamt vor allem sensibilisiert, ob es möglicherweise

Probleme mit der eigenen Quelle gibt. Deshalb gab es ein großes Interesse von Bundesseite, noch einmal ein Gespräch mit der früheren Quelle von Baden-Württemberg zu führen. Und bei der Gelegenheit sind eine Reihe von Informationen noch rübergeflossen - darunter eine Mitgliederliste -, und es ist dann auch - das ist ja sicher auch eine Frage von hier - bezahlt worden, wobei wir es uns dann halbe-halbe geteilt haben. Die Hälfte hat der Bund gezahlt, weil er großes Eigeninteresse hatte, und wir den Rest, um hier sicher zu sein, dass es keine Probleme mit der Quelle des BfV gibt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, es war - - 2003 war das dann?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Das war 2003.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Und dazwischen war nichts?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Mit uns nicht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Okay.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Es gab allerdings Kontakte mit dem örtlichen Staatsschutz. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, auf welcher Ebene. Es gab sicher einen relativ nahen Kontakt zu der Ehefrau, weil die eben erhebliche Probleme in der Ehe hatte, und da gab es wohl ein gewisses Vertrauensverhältnis zur Polizei.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das wäre meine nächste Frage gewesen. In der *taz* vom 9. Februar dieses Jahres war zu lesen, dass diese Quelle von einer Gruppe von 10 bis 20 Polizisten sprach, die mit rechtsextremistischem Weltbild unterwegs seien. Das kam auch schon zur Sprache. Und Sie sagten selber auch, dass es jetzt - - Den Staatsschutz sprachen Sie an. Wissen Sie, ob es in dem Umfeld Quellen des LKA gab?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Weiß ich natürlich nicht. Richtig ist, dass unser Landeskriminalamt und auch die Polizeidirektionen relativ aktiv waren generell im Einsatz von VPs. Mir ist aber nichts bekannt, dass im

dortigen Bereich eine VP der Polizei eingesetzt war.

Ich kann diesen *taz*-Artikel - ich kenne ihn nicht - auch nicht kommentieren. Ich halte das, was Sie gesagt haben, aber als *taz*-Zitat für völlig abwegig; denn es gibt eine Reihe von Informationen, die meiner Ansicht nach sehr zuverlässig sind, dass es über diese zwei hinaus keine weiteren konkreten Mitgliedschaften gab. Ich darf erinnern oder ich darf hier sagen eine Äußerung des Leiters der Gruppe⁶, der dann sagte im Juli 2002: Außer den beiden gibt es keine weiteren, und ich will auch keine weiteren aufnehmen, weil ich fürchte, das ist vielleicht ein Ding des Verfassungsschutzes. - Er fürchtete im Grunde, dass damit Spitzel in die Organisation eingeschleust werden.

Also, es spricht nichts dafür, dass es außer diesen beiden weitere gab. Richtig ist aber, dass gerade diese Person teilweise stark übertriebene Behauptungen auch in die Medien lanciert hat.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich würde interessieren: Sie sagten vorhin auch, dass es eine ganze Reihe von Austausch gab, also nach der Einsatzleitertagung in Schwäbisch Hall dann auch mit der Polizei, und sagten ja auch, dass das LKA sehr aktiv auch gerade im Bereich Rechtsextremismus war. Mich würde mal interessieren, ob es hier eine -- wie die Zusammenarbeit LfV und LKA in der damaligen Zeit war, insbesondere, ob es gemeinsame Einsatzplanungen gab, oder wie dieser Informationsaustausch ablief.

Und die zweite Frage, vielleicht sogar vorgezogen - fällt mir gerade ein; das wollte ich eigentlich davor fragen -: Wenn Sie sagen, in dem Raum gab es keine V-Personen des LKA, gab es denn beispielsweise im Raum Ludwigsburg oder Heilbronn diese, oder meinten Sie das nicht regional?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Die Frage der Zusammenarbeit: Ich hatte ja in meinem Eingangsstatement allgemein erwähnt, dass ich einmal behauptete, dass wir die Zusammenarbeit in diesen Jahren deutlich verbessern konnten. Ich will gar nicht darum rumreden. Es gab oder gibt, nein, es gab natürlich eine gewisse Konkurrenzsituation. Beide Häuser sind nicht nur räumlich benachbart, sondern treffen sich ja nun auch in vielen Dingen ihres Aufgabenbereichs, und gerade das baden-württembergische Lan-

deskriminalamt hat sehr intensiv, sehr früh mit VPs und dann auch VEs gearbeitet, was natürlich gewisse Überschneidungen mit unserem Bereich des Verfassungsschutzes ergeben hat. Wir haben dann logischerweise versucht, uns gegenseitig etwas abzustimmen, allerdings nicht - wie Sie vielleicht denken oder hoffen -, dass nun Klarnamen gelaufen sind, sondern man hat natürlich gesagt - etwa, wenn das LKA einen VE platzieren wollte -: Gibt es Probleme mit euch? Seid ihr da vielleicht schon vertreten? - Also eine allgemeine Abstimmung, das hat es schon gegeben. Tiefer ist es aber nicht gegangen. Also, es ging natürlich nicht so weit, dass etwa wir eine Quellenliste übergeben haben und das LKA umgekehrt auch. Das nicht, aber eine Abstimmung, dass man hier nicht etwa mehrfach vertreten ist, das hat es schon gegeben.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gab es denn - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wolff, denken Sie an die Zeit?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Letzte Frage, Herr Vorsitzender. - Gab es denn - - Sie sagten gerade, das BfV - - Aus den Informationen des BfV in Richtung Schwäbisch Hall haben Sie entnommen, dass sie eine gute Quelle hatten. Gab es denn aus dem Informationsaustausch mit dem LKA oder der Polizei Ihrem Eindruck nach - - dass es in Ludwigsburg bei der Polizei oder in Heilbronn oder in Schwäbisch Hall bessere Zugänge der Polizei gab als beim Verfassungsschutz? Weil Ihre Zeugin davor sagte, man hätte - - Ludwigsburg wäre eher so ein weißer Fleck gewesen. Da würde mich einfach interessieren, ob Ihre Einschätzung war, dass es da bei der Polizei anders aussah.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Kann ich nicht beantworten, Ihre Frage, Herr Abgeordneter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Die Linke. Frau Pau, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Erst einmal vorneweg: Diejenigen, die uns hier öfter zuhören, werden Ihnen bestätigen, das ist hier noch nicht vorgekommen - mit einer einzigen

⁶ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Ausnahme -, dass ich einem Zeugen, der aus dem Bereich des Verfassungsschutzes kommt, erst einmal ihm sage: Respekt für das, was Sie hier vortragen, und vor allen Dingen, wie Sie sich mühen, Detailkenntnisse, von denen ich gar nicht ausgegangen bin, dass Sie sie als Chef der Behörde unbedingt mit verfolgt haben, hier, soweit Sie das können, auch darlegen.

Das hat mich ermutigt, Sie nach konkreten auch Organisationen oder Vorgängen zu fragen, zu denen uns die vorherige Zeugin leider nichts sagen konnte. Das heißt, wenn Sie sich an diese Dinge nicht erinnern, ist es so. Aber vielleicht können Sie uns hier auch ein Stückchen weiterhelfen.

Wir finden im Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg des Jahres 1997 - ich zitiere - die Darstellung:

Am 9. Oktober 1997 beschlagnahmte die Polizei bei Hausdurchsuchungen in Geislingen und Horb zehn funktionsfähige Handgranaten, mehrere tausend Schuss Munition und zahlreiche Waffenteile. Der Beschuldigte unterhielt Kontakte zu einigen militanten Rechtsextremisten in Sachsen, mit denen er mehrmals gemeinsam in die Schweiz gefahren war, um dort Waffen zu besorgen. (?)

Die Quelle: Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 97, Stuttgart, Juli 1998, Seite 38. Können Sie sich an diesen Vorgang erinnern?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ich muss leider sagen, nein, wobei ich mit einiger Sicherheit schließe, dass das eine polizeiliche Information war, die wir hier in den Bericht hineingenommen haben; denn das klingt alles natürlich nach einer Exekutivmaßnahme, logischerweise. Ich kann mich überhaupt nicht erinnern, dass wir etwa in diesem Bereich in irgendeiner Weise vertreten waren, sondern das dürfte rein die Polizei gewesen sein.

Petra Pau (DIE LINKE): Aha. Wenn Sie in irgendeinem - - Wie gesagt, der Chef der Behörde ist ja nicht dafür zuständig, das alles einzeln zu steuern. Aber uns interessiert hier an dieser Stelle ja bei solchen Vorgängen immer: Hat es aus einem solchen Anlass eine Verständigung mit den Kollegen - also in dem Fall des Verfassungsschutzes in Sachsen - gegeben oder ein abgestimmtes Vor-

gehen? Hier kommt jetzt auch noch ein Auslandsbezug dazu, und die Schweiz interessiert uns ja in vielerlei Zusammenhängen hier in diesem Ausschuss. Wenn das Landesamt dort in irgendeiner Weise involviert gewesen wäre, wie wären denn da die Regeln gewesen, wie man damit umgeht, auch in Zusammenarbeit mit anderen Behörden?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Also, wenn das eine eigene Information gewesen wäre, dann wäre die selbstverständlich an die betroffenen anderen Landesbehörden gegangen, selbstverständlich an das Bundesamt. Ich unterstelle aber einmal, nachdem ich der Meinung bin, dass das eine Exekutivmaßnahme war, dass das die Polizei genauso gehandhabt hat und dass dann die Information auch etwa an die Soko REX in Sachsen gegangen ist. Das ist jetzt natürlich eine pure Spekulation. Aber noch einmal: Ich kann mir nicht vorstellen, dass es eine eigene Information war.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich versuche es weiter mit einer anderen Gruppierung. Die Gruppierung „Furchtlos & Treu“, sagt Ihnen das was?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja.

Petra Pau (DIE LINKE): Im hier vorhin schon zitierten „BfV Spezial“ Nr. 21 aus dem Jahr 2004 wird diese Gruppierung auch erwähnt, und illustrierend wird dann mitgeteilt: Im Januar 2004 gab es Razzien gegen „Furchtlos & Treu“ in Baden-Württemberg, Sachsen und Brandenburg im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Waffengesetz. Die Polizei stellte unter anderem 2 500 Schuss Munition, 500 Gramm formbare Sprengmasse, 5 Meter Sprengschnur und Übungshandgranaten sicher. - Wir finden das in MAT A BKA-2/46, Seite 32 f.

Mich interessiert: Wie hat das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg damals diese Gruppierung charakterisiert? Ich verrate Ihnen auch gleich den Hintergrund. Wir stellen uns ja hier immer wieder die Frage: Warum wurde die Gefahr, auch die tödliche Gefahr des Rechtsextremismus so lange unterschätzt oder nicht gesehen oder eben zum Beispiel auch in Verfassungsschutzberichten nicht davor gewarnt, sondern ganz im Gegenteil mitgeteilt: Eine

rechtsterroristische Gefahr sehen wir hier nicht? Deshalb interessiert mich die Einschätzung dieser Gruppierung von damals.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Zur konkreten Nennung gilt meiner Ansicht das Gleiche wie bei der vorhergehenden Frage: Das ist eine Exekutivmaßnahme der Polizei gewesen.

Zur Einschätzung darf ich Ihnen in einem Punkt widersprechen. Wir haben über Jahre die Gruppierung „Furchtlos & Treu“ jedes Jahr im Jahresbericht erwähnt, allerdings auch mit einer entsprechenden Einschränkung, dass es kaum mehr Gruppenaktivitäten gibt, sondern Internetauftritt und Aktivitäten von Einzelpersonen. Wir haben dies, wenn ich mich recht erinnere, auch in diese Zusammenfassung, die das Bundesamt dann gemacht hat und die Grundlage für das „BfV Spezial“ 18 und 21 war, einfließen lassen. Ich meine, dem war so. Insofern haben wir der Gruppe, weil sie eben militante Auswirkungen hatte, schon Aufmerksamkeit geschenkt. Es gab, wenn ich mich recht erinnere, eine Reihe von Observationsmaßnahmen und anderes; aber konkreter ist meine Erinnerung jetzt nicht mehr. Aber das Stichwort „Furchtlos & Treu“ - wie „Hammerskins“ auch - war über Jahre natürlich für uns schon ein wichtiger Punkt.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, das ist es ja, was mich so hilflos macht in all den Untersuchungen hier. Also, ich könnte jetzt hier seitenlang - die Zeit haben wir nicht - solche Feststellungen vortragen, einschließlich Waffenfunden, Sprengstoffbeschaffung in großen Mengen. Und dann stelle ich mir immer die Frage: Was haben die Behörden - die Ämter für Verfassungsschutz, auch die Polizei; also, ich lasse da keinen aus -, aber zum Teil auch ermittelnde Staatsanwälte eigentlich gedacht, was diese Rechtsextremisten mit all diesen Waffen und diesem Sprengstoff vorhaben? Also, wie kommt man bei einer solchen Massierung nicht nur von Funden von Waffen und Sprengstoffen, sondern, wenn ich mir die Berichte auch des Landesamtes Baden-Württemberg ansehe, auch von Vorfällen, Brandanschlägen und Überfällen, und was es so alles gibt - ich will uns ersparen, jetzt hier die unappetitlichen Details vorzutragen -, wie kommt man dann trotzdem immer wieder zu der Einschätzung, meistens entweder, sie wollen die Waffen gar

nicht einsetzen, und auf jeden Fall, eine rechtsterroristische Gefahr besteht nicht?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ich glaube, Frau Abgeordnete, wir müssen - - oder wir haben jedenfalls immer unterschieden. Ich würde es nicht so bewerten, dass wir diese Dinge kleingeredet haben, wenn ich das mal so zusammenfassen kann, sondern es ist immer wieder darauf hingewiesen worden - ich erinnere mich auch an meinen letzten Bericht, den ich verantworten durfte, für das Jahr 2004 -, dass wir sehr deutlich auf die Gewaltbereitschaft hingewiesen haben, auf das Waffenproblem hingewiesen haben. All die Dinge sind schon genannt worden und die Gefährlichkeit. Aber der eigentliche Schritt zum Rechtsterrorismus mit all dem Umfeld, der ist damals von keiner Seite gezogen worden. Wir haben gesagt: erhebliches Gewaltpotenzial, aber im Grunde kein Hinweis auf rechtsterroristische Strukturen. - Das mag feinfühlig klingen, und das mag man aus heutiger Sicht auch kritisieren. Aber das war - ich sage noch mal - im Zweifel ein Teil der Fehleinschätzungen, dass man im Grunde dann den entscheidenden weiteren Schritt damals zumindest nicht gegangen ist. Aber auf die Gefahr wurde schon aufmerksam gemacht, und es war uns auch bewusst.

Ich will vielleicht eines dann doch noch dazu sagen: In einer Szene, in der die Dinge ausgesprochen häufig vorkamen - jetzt schieße ich mal auf uns selbst zurück -, stumpft man vielleicht auch gelegentlich etwas ab, weil es fast zum Thema in einer gewissen Szene zählte, Waffen zu haben, teilweise Dekowaffen, ganz gelegentlich aber auch andere. Das war so eines der Männlichkeitsrituale. Und was letztlich daraus entstehen kann - siehe Trio -, das ist im Grunde so nicht gesehen worden. Zwar die Gefahr, die Gefährlichkeit, aber Rechtsterrorismus, wie wir ihn eingeschätzt haben aus den Erfahrungen der früheren Jahre im Bereich links und auch Islamismus, das ist damals so nicht gesehen worden.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, und offensichtlich ja auch nicht die internationalen Tendenzen, die natürlich auch ihre Ableger hier hatten. - Sie haben vorhin selbst das Stichwort „Combat 18“ hier eingeführt, weil das ist ja das Konzept: Bildet Kleingruppen, begeht Überfälle, baut Bomben, versucht, möglichst viele an dieser Stelle zu treffen. -

Deshalb - - nehmen Sie es nicht persönlich. Ich habe jetzt Ihren letzten zu verantwortenden Bericht hier gerade nicht zur Hand, aber den vorletzten, und will einfach zitieren. Man hat hier erst aufgelistet all die schlimmen Dinge, die im Jahr zuvor festgestellt wurden: Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte und anderes.

Dann - verdientvoll; ist in anderen Verfassungsschutzberichten in dieser Zeit nicht zu finden - versuchen Sie sich an einer Terrorismusdefinition zum Rechtsterrorismus, was ich durchaus unterschreiben würde, und dann kommt es aber zum Schwur, nämlich zu der Frage: Sind die Skinheads und die anderen organisierten Neonazis bei uns im Land in irgendeiner Weise unter diese Definition zu fassen, oder gibt es hier eine Gefahr? Und da kommt dann die Einschätzung:

...meist fehlt es bereits an einer deutlich strukturierten und artikulierten politischen Zielsetzung. Kennzeichen dieser Subkulturen sind zudem Unfähigkeit und mangelnder Wille zu konkreter Organisation. Geringe Intellektualität, Desinteresse an ideologischen Fragen sowie rein „Spaß“-orientiertes Verhalten, beispielsweise exzessiver Alkoholgenuß ...

Man schlussfolgert daraus, dass die gar nicht in der Lage sind, irgendetwas Organisiertes zu begehen.

Dann mehrere Zeilen weiter geht es darum, dass es in der organisierten Neonaziszene etwas anders ist, weil hier gibt es den ideologischen Unterbau:

Doch sind bislang in der baden-württembergischen Neonaziszene kaum Gewalttendenzen als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele erkennbar.

Das nach der Auflistung von ganz konkreten rechtsextremen und rassistisch motivierten Straftaten. Quelle - ich bin sofort fertig, Herr Vorsitzender -: Der Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2003, Seite 146 f.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Darf ich eine kurze Antwort noch dazu geben?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte, Herr Dr. Rannacher.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Also, ich glaube wir müssen - oder wir haben das zu-

mindest immer so getan - unterscheiden zwischen der rechtsextremistischen Gewaltszene - gleich Skinheads und verwandte Gruppierungen - und einer anderen Kategorie: neonazistische Gruppen. Das hatte ich ja - - Oder das steht im Bericht ja so auch drin.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich habe beide Einschätzungen jetzt eben zitiert.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ich müsste es vor mir haben, aber - -

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, ich reiche Ihnen das nach.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Rannacher, ich habe eine Sache - wenigstens eine Sache - nicht ganz verstanden. Sie haben der Polizei völlig richtig und bemerkenswert die Verdachtsmomente gegen fünf Polizeibeamte mitgeteilt, zunächst mündlich und dann auch schriftlich. Das Schriftliche haben wir in den Akten; das ist VS-NfD eingestuft. Das heißt, daraus, aus diesem Schreiben, dürfen wir hier zitieren. Und da schreiben Sie an das Innenministerium Baden-Württemberg, an Herrn Hetger oder Vertreter im Amt:

Mehrere Polizeibeamte aus Baden-Württemberg stehen in

- engem Kontakt zu dem -

rechtsextremistischen Beobachtungsobjekt „European White Knights of the Ku Klux Klan“ ...

Und dann kommt:

Von den Polizeibeamten konnten bislang fünf identifiziert werden: ...

Die werden durchnummeriert, und die werden hier offenbar namentlich benannt. Das ist geschwärzt, aber mit Dienststellen. Also, ich schließe daraus, von fünf hatte man auch die Personalien.

Und dann geht es weiter in dem Schreiben:

Die oben genannten Erkenntnisse sind grundsätzlich vorhaltbar, das BfV prüft jedoch derzeit noch, ob das Material zur Einleitung von Dis-

ziplinarmaßnahmen verwendbar wäre. Hierzu und zu eventuell weiter anfallenden Erkenntnissen wird nachberichtet.*

Das ist das Schreiben - ich weiß nicht, ob Sie es auch in Ihren Akten haben oder gelesen haben - vom 4. Juni.

Sie haben es völlig richtig dann geschildert. Gegen zwei hat man dann - ja, wie soll ich sagen? - so ein wenig disziplinarisch ermittelt, aber nicht richtig, hat es dann verläppern lassen, und im Ergebnis wurde jenseits des Disziplinarverfahrens gegen den einen eine mündliche Ermahnung ausgesprochen, wurde uns heute Morgen gesagt, sieht man auch nicht als Ruhmesblatt inzwischen bei dem Innenministerium Baden-Württemberg.

Nur, was ich nicht verstehe: Warum denn nur gegen zwei? Und was ich nicht verstehe: Warum entscheidet eine Behörde für Verfassungsschutz darüber, wie ein Innenministerium disziplinarrechtlich vorgeht? Sie liefern doch nur Material. Sie sind doch nicht die, die entscheiden, ob das Material dicht genug ist, um disziplinarrechtlich damit vorgehen zu können. Das ist meine Frage: Wie kommt es zu dieser Aufspaltung von fünf, dann auf zwei? Denn Quellenschutz kann es doch nicht gewesen sein. Wenn der Quellenschutz verhindert, vorzugehen, dann kann ich auch nicht gegen zwei vorgehen.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ich darf zunächst sagen, dass das Schreiben, was Sie zitieren, vom 04.06., dass das ein Entwurf war, der aber, was nicht erkenntlich ist - -⁷ Das tatsächliche Schreiben, was rausgegangen ist, trägt das Datum des 06.06. Ich habe das letzte Woche bei Akteneinsicht gesehen. Das war im Grunde der Entwurf der Sachbearbeiterin. Den haben wir aber entsprechend korrigiert, weil er sachlich nicht ganz korrekt war, und die korrekte Fassung ist am 06.06. - ich nehme an, das liegt Ihnen auch vor -

(Clemens Binniger (CDU/CSU):
Da steht auch „Entwurf“ drauf!)

an den Herrn Abteilungsleiter persönlich - oViA persönlich - gegangen, mit der Bitte um Weiterleitung an den Herrn Hetger. Das war damals die Absprache. Und in dieser endgültigen Fassung, die das Haus verlassen hat,

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BW-10/1, Blatt 2239-2241 bzw. 176-178 (elektronische Zählung).

⁷ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

werden Sie sehen, dass gesagt wird: Entsprechende Erkenntnisse zu diesen zwei Beamten W. und H., und in einer anderen Kategorie, wo es nur Kontakte geben soll, kommen die drei weiteren. Das heißt, wir haben differenzieren müssen, weil wir schon zum damaligen Zeitpunkt wussten, eine - wie nennen wir es mal? - Vollmitgliedschaft mit entsprechendem Aufnahmeeritus gab es nur bei diesen beiden. Die anderen drei, da soll es Kontakte geben. Wir konnten das aber nicht verifizieren. Wir haben aber die Namen trotzdem an das Innenministerium oder an das Landespolizeipräsidium weitergegeben.

Die andere Frage: Das war keine Frage der Anmaßung - das wäre uns ferngelegen -, sondern das war das Problem von Anfang an: Was hat man als Beleg auf der Hand, um gegen die Beamten disziplinarrechtlich oder wie auch immer vorzugehen? Und der Ursprung der Informationen war eben vom BfV ausgesprochen hoch eingestuft gewesen - keine Weitergabe -, und wir haben eben erst im Laufe der Monate es dann geschafft, das BfV dazu zu bringen, zu sagen: Also, wir gehen runter auf VS-NfD; die Beamten können damit konfrontiert werden. - Das hat dann dazu geführt, dass wir entsprechend berichtet haben, mit der Freigabe: Jawohl, ihr könnt berichten. - Wir haben später ja dann noch entsprechende Lichtbilder nachsenden können, sodass dann die Identifizierung auch völlig eindeutig war.

Also, es war das Problem: „Was kann gesagt werden und was nicht?“, um es banal zu sagen, weil das BfV hier keine Freigabe erteilt hatte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nur die Differenzierung war doch dann: Zwei waren kurzzeitig Mitglieder, -

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und die anderen waren, sagen wir, Interessenten, Anwerber, Kandidaten oder wie auch immer.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Hat es Kontakte gegeben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es Kontakte gegeben, ja. Das war doch genauso relevant für die

Dienstbehörde. Also, ich muss doch, wenn ich mir den Kopf mache, ob meine Beamten verfassungstreu sind, doch nun auch mal die Frage, ob sie sich in eine solche Interessenposition bringen, beachten, oder sehe ich das falsch?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ich will jetzt nicht beurteilen, was das Landespolizeipräsidium für Überlegungen angestellt hat. Wir haben jedenfalls die Informationen an sie weitergegeben mit der Möglichkeit, damit etwas anzufangen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles, was Sie wussten, haben Sie berichtet?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben noch eine Minute, aber erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schuster?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, die sieben Minuten können keinesfalls schon um sein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Doch, sind sie aber.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich gebe Ihnen sowieso schon eine mehr.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist völlig unmöglich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schuster.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss wieder Ihre Zeitmessung wirklich hinterfragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schuster.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, jetzt bitte Herr Kollege Binner.

(Dr. Eva Högl (SPD): Zumal Sie doch was angespart hatten!)

- Sowieso, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Dr. Rannacher, in dem Bericht des baden-württembergischen Innenministeriums zu dem Thema, zu dem der Herr Wieland Sie gerade befragt, steht, gegen diese drei weiteren benannten Polizeibeamten wäre das Material jedoch nicht belegbar gewesen. Randbemerkung: Die Hinweise konnten im weiteren Verlauf der nachrichtendienstlichen Beobachtung nicht erhärtet bzw. überhaupt belegt werden. - Heißt das, dass nach dem Schreiben vom 06.06. Sie noch mal berichtet haben oder im Auftrag der Polizei noch mal die drei weiter versucht haben zu verifizieren, oder was hat da stattgefunden?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja, Herr Abgeordneter, es gab ja ein großes Thema in diesem Sommer 2002. Das war die Ankündigung, dass am 13. Juli in der Region Schwäbisch Hall auf der sogenannten Geyersburg eine Jahresrallye stattfinden soll, also ein Jahrestreffen, wo bundesweit im Grunde alle Interessenten und Mitglieder dieses KKK-Ablegers sich treffen, mit entsprechenden Ritualen usw. Und die erste Ankündigung hieß auch, dass er hoffe - er, der Leiter der Gruppe -, dass auch die Polizeibeamten dabei sind.

Wir haben daraufhin - - Ich darf noch mal daran erinnern: Ich hatte mein erstes Gespräch mit dem LPP am 31. Mai. Wir haben dann gesagt, wir werden alles versuchen, um hier entsprechende weitere Belege für eine Mitgliedschaft von Polizeibeamten zu kriegen. Gleichzeitig hat die Polizei Überlegungen angestellt, ob es Möglichkeiten für einen exekutiven Zugriff gibt. Das ist verneint worden, sodass im Grunde unsere Aufgabe blieb, das so dingfest zu machen, dass wir entsprechende Informationen kriegen.

Wir haben sehr aufwendig observiert, wir hatten alle möglichen technischen Maßnahmen gemacht damals. Aber - da sind wir wieder bei dieser Gruppe KKK - das, was dann letztlich rauskam, war ein paar Klassen unter dem, was angekündigt war, und die Polizeibeamten waren nicht erschienen. Wir

haben - um das offen zu sagen - damals uns überlegt, ob da nicht vielleicht schon von polizeilicher Seite der eine oder andere demonstrative Hinweis an die Beamten gegangen sein könnte, weil die nicht mehr auftauchten. Das soll aber nicht der Fall gewesen sein. Ich interpretiere es eher so, dass gegenüber dem einen Beamten schon disziplinarrechtliche Maßnahmen oder ein anderes Verfahren - das weiß ich jetzt nicht präzise - anhängig war, weil er im Dienst fremdenfeindliche Bemerkungen gemacht haben soll. Von daher unterstelle ich einmal, dass der vorsichtig geworden ist und nicht hingegangen ist. Und der zweite Beamte, der hatte ohnehin relativ schnell das Interesse verloren.

Fazit: Sie waren also nicht da. Insofern gab es keine weiteren Belege, und insofern hat dann die Polizei oder - besser gesagt - das LPP immer gesagt: Was haben wir noch Konkretes? - Es sollte immer noch Weiteres dann ermittelt werden. Es gab auch einen Auftrag an das Landeskriminalamt, hier die Webseite zu sichern, falls es zu einer Exekutivmaßnahme kommt. Ob von dort entsprechende oder zusätzliche Informationen erlangt werden konnten, entzieht sich meiner Kenntnis. Insofern kam nichts mehr Neues hinzu, was die Beamten betraf.

Und die drei weiteren Genannten, wo es eben nur Kontakte gab, da haben wir ohnehin keine eigenen Feststellungen treffen können. Es gab sogar dann eine Differenz, wenn ich mich recht erinnere, dass nämlich der behauptete Dienstort nicht stimmte mit der tatsächlichen Einheit, sodass sich sogar weitere Zweifel ergeben hatten, ob das so stimmt. Also, insofern sind die weiteren dann mehr oder weniger nie mehr in Erscheinung getreten. Wir hatten sie zwar berichtet, aber konnten im Grunde nichts Zusätzliches beitragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann noch eine Minute für Herrn Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Sie wurden ja schon von dem Kollegen Wolff darauf angesprochen, dass laut *taz*, aber auch laut *Süddeutsche Zeitung* bei diesen beiden Abschöpfungsgesprächen von 10 bis 20 Polizeibeamten, die ein geschlossenes rechtsextrêmes Weltbild haben, gesprochen worden sein soll zu der Zeit in Stuttgart. Nicht, dass die im Ku-Klux-Klan waren, auch nicht, dass

die nun Anwärter für den Ku-Klux-Klan waren, sondern einfach der Umstand, soll diese Quelle gesagt haben, und sie soll auch noch gesagt haben, dass die beiden, die da im Ku-Klux-Klan waren, zum Teil so radikale Sprüche gemacht hätten, dass sie unangenehm aufgefallen wären. Können Sie sich daran entsinnen, dass Ihnen so etwas dann berichtet wurde?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Um mit dem zweiten Aspekt zu beginnen: Das halte ich für völlig unglaubwürdig, weil gerade der Leiter der Gruppierung sehr rasch, sehr negativ sich über die Beamten geäußert hat, dass die im Grunde weggeblieben sind, ohne sich noch mal groß zu melden, sodass das eigentlich nicht in das tatsächliche Erkenntnisbild hineinpasst. Richtig ist - das hatte er auch erwähnt -, dass der eine der beiden Beamten - offensichtlich der W. - ein innerdienstliches Problem hatte wegen der von mir schon zitierten ausländerfeindlichen, fremdenfeindlichen Äußerung, die er gemacht haben soll. Aber der zweite galt eher - ja, ich sage es mal banal - als Weichei aus seiner Sicht. Der hätte ohnehin nicht richtig hereingepasst. Insofern stimmt dies mit der damaligen Erkenntnissituation nicht.

Ihr Punkt 1: Es gab einen hoch eingestuften Hinweis der Quelle des BfV, dass es angeblich im Stuttgarter Bereich eine Einheit gebe, wo es eine Art Stammtisch von einigen Beamten gebe, die sehr radikal seien. Das ist aber auch nie in irgendeiner Weise verifiziert worden. Es gab keinerlei Bestätigungen in diese Richtung.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Haben Sie das denn auch weitergemeldet an die Polizei?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also, ich will das nur noch mal bestätigt haben: Sie sagen, alle entsprechenden Informationen gingen an das Landespolizeipräsidium?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Sicher nicht in der Ursprungsform, weil sie eben entsprechend eingestuft wurden. Aber berichtet wurde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kämen zur zweiten Runde der Fragen durch die Fraktionen. Die CDU/CSU-Fraktion hat noch Fragen. Herr Kollege Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Rannacher, wissen Sie, ob man mit diesen Polizeibeamten - das wurde auch heute Morgen nicht ganz klar - überhaupt mal -, außer mit den beiden, wo man Vorermittlungen durchgeführt hat - - auch mit den anderen drei mal gesprochen hat, wo man mal versucht hat, nachzuvollziehen, wie überhaupt die Kontakte zustande gekommen sind, also wie man ja überhaupt das erkennt, dass hier welche sind mit rechtsradikalem Weltbild oder die empfänglich sind für solche Thesen? Hat man das mal getan, oder hat man sich da einfach auf die Einschätzung von Achim S. verlassen, der neben den anderen Maßnahmen da Erkenntnisse beigetragen hat? Also die Ermittlungen im Polizeibereich selber.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Also, wenn ich Ihre Frage so verstehen soll, Herr Abgeordneter Binninger, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nicht durch Sie logischerweise, aber - -

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: - dass wir dann selbst die Beamten befragt haben oder so, muss ich eindeutig Nein sagen. Ich habe meine Aufgabe darin gesehen, die Polizeiführung entsprechend zu unterrichten mit möglichst vielen Informationen. Aber das weitere Prozedere war meiner Ansicht nach nicht unser Thema.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe noch mal eine andere Frage zu einer anderen Gruppierung: „Blood & Honour“. Uns fällt hier auf, dass aus dieser Gruppierung nach dem Verbot eine ganze Reihe von führenden Aktivisten aus dieser Gruppe Bezüge nach Baden-Württemberg haben, auch alle in den Großraum Stuttgart. Wir hatten hier Herrn Werner, Starke, Lange etc. Wird man darüber als örtliches LfV informiert, wenn sich solche Wohnsitzverlagerungen ergeben

vom ursprünglichen LfV? Weil daraus könnten sich ja auch wieder neue Aktivitäten ergeben. War das bei Ihnen der Fall? Wussten Sie, dass führende „Blood & Honour“-Kader sich jetzt in der Region Stuttgart aufhalten? War das in Ihrem Hause bekannt?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Der letzte Punkt: Ja. Der erste Punkt: Das kann ich jetzt konkret nicht sagen. Es gibt oder gab - muss ich vorsichtshalber sagen - eine Absprache gerade nach der Wende, dass bei Wohnsitzverlagerungen in ein anderes Landesamt, wenn die Figur von einiger Bedeutung war, eine entsprechende Erkenntnismitteilung an das neue Wohnland erstellt und weitergegeben wurde. Ob das in den konkreten Fällen, die Sie jetzt anführen, gemacht wurde, das kann ich nicht mehr sagen. Da bin ich überfragt. Eigentlich wäre es angezeigt gewesen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Weil natürlich ein Teil dieser Leute auch wieder Kontakt hatten zu dieser Ludwigsburg-Connection - Starke ja offensichtlich auch - und uns die Zeugin heute Morgen gesagt hat, dass die Namen auf der Adressliste aus Ludwigsburg, also Schmidt und Ellinger, ihr gar nichts sagen, wobei sie sich auch nicht dran erinnern konnte. Aber zumindest wäre es über so eine Größe ja dann möglich gewesen, einen Link in diesen Raum herzustellen, wo man sagt: Dann kommen irgendwann auch die anderen auf den Radar.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Also, zumindest bei einigen der Namen, die Sie genannt haben - - Ich muss jetzt ein bisschen aufpassen, ob ich nicht mit meinem Gedächtnis durcheinanderkomme, weil ich einen Teil der Namen jetzt durch meine Tätigkeit in Sachsen eher präsent habe und die Maßnahmen, die dort gelaufen waren. Aber zumindest eine Person - Stichwort Graupner - ist mir natürlich noch geläufig. Natürlich haben wir das genau zu beobachten versucht - ich will es mal ganz vorsichtig sagen -, mit Observationen und anderem. Nur gerade bei der Figur sind wir über Skinhead-Konzerte, die er mitgestaltet hat, im Grunde nicht hinausgekommen. Das heißt, wir haben eine Fortsetzung von „B & H“-Aktivitäten nicht erkennen können. Was ich leider sagen muss aus heutiger Sicht: offensichtlich eben auch nicht die weiteren Kontakte. - Da bin ich aber wieder an dem Punkt, dass wir zumindest - ich weiß nicht jetzt, wie es beim Lan-

deskriminalamt war - in diesen Raum keinen ertragreichen Zugang hatten. Insofern fehlten uns da schlicht und einfach Informationen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Letzte Frage von mir: War bei irgendeiner Ihrer Präsidententagungen oder auch hausintern mal die Mordserie, solange Sie im Amt waren - - Da waren es dann, glaube ich, sieben Morde. 2006 waren Mord Nummer 8 und 9, 2007 Nummer 10, also sieben Morde. War diese damals noch sogenannte „Ceska-Mordserie“ mal ein Thema, dass irgendwann mal das auch thematisiert wurde: „Wir kommen hier nicht weiter. Kann das nicht ein Motiv sein aus dem Bereich Extremismus, Rechtsextremismus?“? Oder war das nie ein Thema, auch die Serie als solche nicht? Haben Sie sie wahrgenommen wie jeder andere Bürger auch, wie wir auch, die wir an den Fahndungsplakaten vorbeigelaufen sind?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ich muss leider sagen, Herr Abgeordneter Binninger - ich habe das ja schon in meinem Eingangstatement kurz versucht -: Nein. Das Thema war auch bei mir - ich will es ganz persönlich machen - im Grunde natürlich belegt mit der Annahme „mafiose Strukturen, Polizeihinweise alle in diese Richtung“, sodass im Grunde das nicht passiert ist, was wir traditionell bei allen anderen oder bei vielen anderen Anschlägen im Ausländerbereich, im Migrantenbereich als Erstes gedacht haben: Hat das möglicherweise einen fremdenfeindlichen Hintergrund? - In diesem Bereich ist dieses Thema so nicht thematisiert worden, weil es von Anfang an irgendwie klar war: Ja nun, wenn die Polizei sagt: „Es ist in diesem Bereich anzusiedeln“, dann ist es nicht unser Thema. Das ist der große Fehler, der gemacht wurde, den man natürlich aus heutiger Sicht nur kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen kann; das muss ich zugeben. Also, auf Ihre Frage muss ich eindeutig sagen: Nein, ich kann mich zumindest nicht an eine Diskussion erinnern.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt wissen wir ja, dass im engeren und im weiteren Umfeld dieses Trios doch einige V-Leute von Sicherheitsbehörden aktiv waren. Ich will Sie nur abschließend fragen - das ist jetzt aber mehr eine Bewertung -: Selbst wenn diese V-Leute auch keine Kenntnis hatten von den Verbrechen des NSU - das unterstellen wir jetzt mal als Hypothese -, aber

dass sie nicht wussten, wo die sich aufhalten, weil sie ja nicht im Untergrund waren, sondern in den Urlaub gefahren sind, kreuz und quer durch Deutschland, mindestens zweieinhalb Jahre in Baden-Württemberg waren, einmal im Monat phasenweise, Urlaubsbekanntschaften geschlossen haben, Handynummern ausgetauscht, ihr Aussehen nicht verändert haben - - Das Einzige, was sie nie mehr genommen haben, waren ihre Namen. Aber ansonsten waren die ja offen unterwegs. Dass es trotzdem nicht einmal gelungen ist, den Aufenthaltsort des Trios zu ermitteln, spricht das dann dafür, dass diese V-Leute entweder ungeeignet waren oder unwissend oder ein doppeltes Spiel gespielt haben, oder was muss man da korrigieren? Weil das ist etwas, was mir bis heute nicht einleuchtet. Wissen Sie, Untergrund, das haben wir bei der RAF erlebt. Die waren in der DDR oder im Jemen. Da waren sie - - Ihr wisst es genau, oder was?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die nicht mehr Aktiven!)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die anderen waren mit Tarnung auch hier!)

- Ja, ich will dem Experten nicht widersprechen.

Aber das war richtiger Untergrund. Das hier war ja das - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir weisen das Prädikat nicht von uns!)

- Ja, schon klar.

Aber es geht ja auch nur um den Vergleich, nicht, wer jetzt wo mehr weiß. Aber das war Untergrund. Das hier ist doch das Gegenteil von Untergrund, das Gegenteil.

(Dr. Eva Högl (SPD): Genau!)

Haben Sie da eine Erklärung dafür, dass man trotzdem über V-Leute in einer als schwatzsüchtigen Szene geltenden nicht einmal über den Ort, wo die sich aufhalten, etwas erfahren hat? Woran kann so etwas liegen, über diese lange Zeit?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Schwere Frage, Herr Abgeordneter Binninger.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja, zum Schluss sollte es noch eine schwere sein.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: In den ersten Monaten nach Aufdeckung des Ganzen, wo man zunächst noch weitgehend der Meinung war, das waren drei, völlig abgeschottet usw., hätte ich das noch nachvollziehen können. Nachdem aber inzwischen klar ist und wohl auch bewiesen - der Prozess wird das ja wohl zeigen -, dass es eben doch ein⁸ Unterstützerfeld darum gab, muss ich sagen - und das war ja Tenor meines Eingangsstatements -: Das ist im Grunde das Desaster bei der relativ guten Zugangslage im Neonazibereich⁸, insgesamt auch - mit Abstrichen - im gewaltorientierten Bereich bundesweit hätte der eine oder andere Hinweis kommen müssen. Weil dies nicht geschah, sehe ich dies als das große Problem des Verfassungsschutzes an, dass es nicht gelungen ist, dies kenntlich zu machen. Nun gab es ja, wie wir - Sie sehr viel besser als ich - wissen - - dass es in Thüringen zumindest ja ganz interessante Informationen gab, im Zweifel in Brandenburg auch, und hier und da in Sachsen; wenn man das alles zusammengenommen hätte - hätte!

Ihre andere Frage, Herr Abgeordneter: Woran liegt es, dass Quellen, die vielleicht etwas erfahren, das eine oder andere nicht sagen? Tja, das liegt natürlich an der Zuverlässigkeit der Quellen. Jetzt komme ich noch mal auf den Herrn zurück, von dem wir vorhin gesprochen haben. Er hat eben uns diese Komponente nicht gesagt, und selbst damit konfrontiert leugnet er ab, und das führte zumindest bei uns dann zu dem Entschluss: Abschalten. Aber ansonsten: Sie können nie hundertprozentig sicher sein, dass Ihnen eine Quelle - selbst, wenn sie als einigermaßen zuverlässig eingestuft wird - im Grunde alles sagt, und das scheint hier der Fall gewesen zu sein.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich meine, wir haben ja hier in den Akten - ich will nicht daraus zitieren - aber eine Vernehmung einer Quelle, die ja hoch gelobt wurde als Topquelle schlechthin. Also, was die da heute den Ermittlern erzählt, ist ein erschütterndes Märchen, muss ich sagen. Und dem Mann soll man glauben? Dem glaube ich kein Wort. Das ist, glaube ich, ein Grundproblem natürlich. Aber bei der - -

Was mich eben ratlos macht, ist: Dass eine Quelle Ihnen nichts erzählt oder was

Falsches erzählt, erleben wir immer wieder. Wir werden uns heute noch mit den sogenannten Heise-Bändern befassen, die einen tiefen Blick in die Kenntnisse des V-Mann-Wesens aus der Sicht der Rechtsextremisten darstellt. Aber dass eben so viele Quellen alle nichts wissen, ist schon rätselhaft.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja. Nur weil Sie gerade die Bänder ansprechen: Ich glaube, wir sollten natürlich, wenn ich das so formulieren darf, eines nicht machen: Informationen der Quellen oder von V-Personen, was auch immer sie erzählen, nun wirklich hundertprozentig für bare Münze nehmen. Da ist eben häufig Eigeninteresse oder anderes dabei, und insofern muss man bei der Quellenbewertung - und das ist ja unser Alltagsgeschäft - natürlich ausgesprochen vorsichtig sein. Deshalb ja auch nun die PrüfkompONENTEN innerhalb der Auswertung und, und, und. In dem Augenblick, wo es eben Hinweise auf Unzuverlässigkeit gibt oder Hinweise: „Der sagt nur die Hälfte“, dann muss entweder nachgebohrt oder auch abgeschaltet werden.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Dann doch noch eine allerletzte Frage von mir. Wäre es dann nicht besser, dass man neben dem hoch risikobehafteten Instrument V-Mann - das bleibt ja ein Neonazi; das wird ja dadurch kein guter Demokrat, nur weil er jetzt gegen Geld etwas verrät - verstärkt dort, wo es geht, wieder auf verdeckte Ermittler zu setzen?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Auf?

Clemens Binniger (CDU/CSU): Verdeckte Ermittler, also Beamte, die man mit Legende eben platziert.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Herr Abgeordneter, Sie kennen selbst als Baden-Württemberger natürlich auch eine Reihe von Problemen, die sich mit dem Einsatz von verdeckten Ermittlern ergeben haben. In der Theorie würde ich Ihnen sofort zustimmen. Aber es ist ein so hoch schwieriges Thema - Einsatz, Legendierung, Sicherheitsaspekte -, dass das nur in wirklich ausgewählten Fällen zum Zug kommen kann. Und ich weise auch darauf hin: Auch der VE-Einsatz ist kein sicheres Mittel, sondern wir hatten auch im

⁸ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Polizeibereich VEs, die auch abkippten:
Wem sage ich es?

Also, das klingt gut, wenn ich das so salopp formulieren darf, aber es ist ausgesprochen schwierig, und es gibt natürlich auch Szenen - denken Sie an den Islamismusbereich -, wo uns überhaupt nichts übrig bleibt oder zumindest derzeit wenig übrig bleibt, als auf V-Leute zu gehen. Ich sehe natürlich die Risiken - das war ja nun Erfahrung über Jahrzehnte -, die mit dem V-Mann-Einsatz verbunden sind. Aber auch der VE-Einsatz ist kein edles Mittel, was in jedem Fall greift.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die SPD-Fraktion noch Fragen? - Das ist nicht der Fall. FDP-Fraktion? - Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Rannacher, mich würde interessieren, ob es einen Austausch der LfVs und des BfV auch über KKK insgesamt gab - Sie sagten, Sie haben Informationen vom BfV bekommen -, insgesamt meine ich jetzt auch aus anderen Ländern. Wir wissen ja, dass es in Thüringen, Nordrhein-Westfalen - - Gab es den Austausch, und wenn ja, wie würden Sie KKK außerhalb Baden-Württembergs insgesamt charakterisieren zur damaligen Zeit?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Da bin ich jetzt nicht ganz sicher, Herr Abgeordneter Wolff. Also zunächst einmal ist alles zusammengetragen worden, was im Jahr 2001 an bisherigen Erkenntnissen da war, sowohl von der ideologischen Seite als auch von der faktischen Seite; denn alle Länder haben ja beigetragen: Was gab es bisher, und wie sehen wir das Ganze aus unserer Sicht? Über spätere Hinweise zu weiteren Gruppen im Bundesgebiet setzt jetzt mein Gedächtnis aus. Kann ich nicht bestätigen, was aber nicht heißen soll, dass es das nicht gab.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Die Zeitungsmeldungen zum Beispiel zu NRW waren auch erst relativ neu, aber okay.

Mich würde interessieren, wie Sie aus Ihrer Sicht - - Es gab ja Medienberichte, dass die Quelle, die Sie ja abgeschaltet haben 2000, gewarnt worden sein soll aus dem LfV, woraufhin dann auch personelle Konsequenzen gezogen worden sind. Könnten Sie mir den Sachverhalt mal schildern?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja, gerne oder ungerne, Herr Abgeordneter. Das ist - ich gebe es zu - ein erhebliches Problem für uns gewesen. Im August 2002, Ende August, gab es in Absprache mit dem Bundesamt und einer Reihe von weiteren Landesbehörden eine Anspracheaktion bei KKK. Wir haben im Land eine ganze Reihe von Leuten angesprochen, auch das Bundesamt, aber auch in anderen Ländern. Wir wollten im Grunde zweierlei erreichen: a) eine gewisse Verunsicherung - „ihr seid im Visier, wir beobachten euch; wir kennen relativ viele Informationen, um im Zweifel die Gruppe zu zerschlagen“ -, b) Erkenntnisgewinn, wenn der eine oder andere redet. Die Aktion ist auch durchgeführt worden, hat erhebliche Reaktionen natürlich gehabt. Man hat sich untereinander verständigt, und dann - - Herr Abgeordneter?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich höre zu.

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Er meint mich!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binninger, Herr Wolff?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mir wäre es recht, wenn Sie es zuerst -

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ich bin noch nicht fertig, aber - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): - eben - zu Ende ausführen könnten und dann gerne.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielleicht kann der Zeuge erst mal die Frage beantworten.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann hat Herr Binninger die Möglichkeit für eine Zwischenfrage.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Und dann kommt Mitte September, nein, Anfang September, etwa am 5./6. September, ein Hinweis von der Quelle des BfV, dass der besagte Leiter der Gruppe in Schwäbisch Hall

erklärt, er sei vorher schon gewarnt worden, da gebe es einen Spitzel in der Gruppe. Das hat dann in der Folge natürlich zu erheblichen Ermittlungen geführt - vor allem zwischen dem BfV und uns -, um herauszufinden: Was bedeutet diese Information? Das BfV war zunächst der Meinung, dass es eine gewisse Verunsicherung in Richtung der eigenen Quelle bedeutet - ist der vielleicht aufgefliegen? -, und war natürlich von daher hoch sensibilisiert. Es haben sich dann aber, als wir das Ganze - - Als wir an diese Chatprotokolle gekommen sind, die ich vorhin angesprochen habe, konnten wir das ja nachvollziehen: Was ist an Informationen geflossen? Und dann ist in einem sehr, sehr aufwendigen Verfahren bei uns im Haus abgeglichen worden: Wer hat wann was gewusst? Kann das bei uns herausgekommen sein?

Es gab ja eine G-10-Maßnahme gegenüber dem Herrn im Umfeld dieses Treffens auf der Geyersburg, was ich vorhin schon angesprochen hatte, am 12.07., und wir hatten im Juli etwa drei Wochen dann ihn auch entsprechend überwacht, um im Grunde alle Möglichkeiten zusammenzufassen, die sich hier ergeben, immer wieder vor allem mit dem Ziel Polizeibeamte. Insofern war die Maßnahme bereits abgeschaltet, und derjenige, der sich dann gemeldet hat über dieses Chatprotokoll, ist anonym aufgetreten, hat sich als Amerikaner ausgegeben - der ganze Wechsel ist auch auf Englisch geführt worden - und hat im Grunde so als Tenor verbreitet: Ich kenne euch. Ich weiß relativ viel über euch. - Und die Informationen, die dann kamen, haben wir versucht einzuengen und kamen am Ende zu der Auffassung: Das muss bei uns im Haus jemand sein, und zwar ausgerechnet aus der G-10-Stelle, weil der Kollege, den wir verdächtigt hatten, all die Informationen hatte, die rübergeflossen sind, die er demjenigen übermittelt hat.

Und dann war die Frage: Wie jetzt weitergehen? Wir waren uns einigermaßen sicher - wenn wir auch keinen Beweis hatten -, dass es sich um diesen Beamten dreht, und wir haben dann sehr aufwendig auch alle Möglichkeiten überlegt, disziplinarrechtlich, strafrechtlich vorzugehen, und haben das aber verworfen, weil wir der Meinung waren, dass unsere Erkenntnisbasis nicht ausreichen wird, um ihn letztlich zu überführen. Es waren Annahmen, reine Analyse, aber kein Beweis, kein Beleg, der getroffen wurde. Von daher haben wir uns dann nach Abwägung

dafür entschieden, die Sicherheitslösung zu nehmen, die heißt, den Beamten damit zu konfrontieren und ihm die Ermächtigung zum Umgang mit Verschlussachen zu entziehen - das bedeutet, dass er nicht mehr im Amt tätig sein kann - und ihm gleichzeitig Hausverbot zu erteilen, logischerweise dann mit der Verpflichtung, ihn irgendwo, wo es nicht sicherheitsrelevant ist, unterzubringen.

Diesen Weg haben wir dann beschritten. Der Beamte hat es nicht zugegeben, hat es allerdings auch nicht abgestritten. Er hat sich gar nicht geäußert und hat seine Sachen zusammengepackt und ist dann aus dem Haus verschwunden und hat das Haus auch nicht mehr betreten. Insofern hatten wir das Sicherheitsproblem gelöst, aber wir mussten auf strafrechtliche oder disziplinarrechtliche Maßnahmen verzichten. Sie wissen, dass dies im Land im vergangenen Jahr noch einmal thematisiert worden ist. Das kann man sicher unterschiedlich bewerten.

Ich neige - auch, nachdem ich das alles noch mal nachvollzogen habe - dazu, dass es damals doch der richtige Weg war. Ich gebe Ihnen aber gerne zu: Etwa meine Nachfolgerin sah und sieht dies anders. Der Innenminister hat letztes Jahr erklärt: Vielleicht hätte ich damals genauso entschieden. - Das wurde zu einer Schlagzeile immerhin der *Stuttgarter Nachrichten*, was mich im Grunde zumindest nicht bösgläubig gemacht hat hinsichtlich meiner Entscheidung von damals.

Das ist die Situation. Sie war ausgesprochen problematisch für uns, für andere. Es ist nicht so gewesen, wie es teilweise in den Medien kolportiert wurde, dass der angerufen hat und gesagt hat: Ihr werdet abgehört usw. - Die Maßnahme war, wie gesagt, längst nicht mehr geschaltet. Aber er hat doch im Grunde so viel an Informationen rübergebracht, dass der Adressat des Ganzen damals erkennen konnte: Das muss jemand aus dem Sicherheitsapparat sein, entweder Polizei, Staatsschutz oder Verfassungsschutz. Und das hat natürlich ausgereicht. Es hat allerdings - letzter Satz, Entschuldigung - wesentlich beigetragen zur weiteren Verunsicherung der Gruppe, die dann ja auch auseinandergebrochen ist.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich habe zwei kurze Zwischenfragen.

Wenn Sie diese etwas mehr als 20 Mitglieder starke Gruppe in offener Ansprache damit konfrontieren: „Wir haben euch im

Blick, wir kennen euch“ - als Warnschuss oder was auch immer; ein bisschen ungewöhnlich nach dieser Zeit -, und man fragt sich auch nach dem Grund: „Warum auf einmal?“ -, haben Sie dann die Polizisten auch angesprochen? Es wäre ja durchaus naheliegend gewesen. Wenn Sie einen Teil der Gruppe ansprechen und denen sagen: „Wir haben euch im Blick“, dann kann man das bei den anderen auch gleich machen. Dann braucht man nicht das Geheimnis mehr darum machen.

Das Zweite: Ich habe das auch so gedacht zunächst, dass dieser Mitarbeiter aus der G-10-Stelle vielleicht angerufen hat oder eine Mail geschickt hat: Passt auf, seid vorsichtiger beim Telefonieren. - Und nach Aktenstudium habe ich gedacht, ich bin mir überhaupt nicht sicher, ob der das war. Der Vorgang ist viel dubioser, als er in der Öffentlichkeit dargestellt wurde. Da tauchen englische Chatprotokolle auf bei der Polizei in Schwäbisch Hall. Da ist dieser komische V-Mann, der wieder ein Eigeninteresse verfolgt. Und da wird eine Konversation abgewickelt in Englisch, die à la bonne heure ist, was ich dem gar nicht zugetraut hätte. Die Kenntnisse, die dort sind, beziehen sich - - Da könnte man höchstens sagen, das ist jemand, der sich mit polizeilichen Maßnahmen, mit rechter Szene, mit verschiedenen Begriffen sehr gut auskennt. Und ich weiß noch - und das wäre die zweite Frage -, es gab doch damals Dissens - jetzt weiß ich nicht mehr, wer welche Position vertreten hat -, meine ich, zwischen BfV und LfV, dass eine Stelle gesagt hat, wir halten den Mann aus der G-10-Stelle für die undichte Stelle, und die andere Behörde hat gesagt: Nein, ist uns zu wenig. Es könnte auch jemand anders sein.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):
Ein Polizist!)

Clemens Binniger (CDU/CSU): Nein, ich glaube sogar Quelle.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Also, das ist mir neu. Das ist mir neu, Herr Abgeordneter. Einen Dissens gab es nicht, sondern das BfV war im Grunde erleichtert, dass es unser Problem war -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Schon klar.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: - und ihre Quelle nicht tangiert hat. Aber von einem Dissens ist mir nichts erinnerlich.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja, aus den Akten kann ich nicht zitieren, aber da bin ich mir jetzt sehr sicher, weil ich sie gelesen habe. Aber ich wollte Sie am Ende auch - - Also, mir ging es danach auch so, dass ich im Leben nicht gegen den Beamten rechtlich vorgegangen wäre, weil Sie so wenig eigentlich Belastbares in der Hand hatten, dass ich gedacht habe, das muss schiefgehen.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Danke schön. Nur, wir haben ja jahrelang - und tun es heute noch - gerätselt über das Motiv, unterstellt, der Beamte war es. Wir sind auf keine vernünftige Lösung gekommen, bis auf das Moment, dass man sagen konnte: Das war reine Geltungssucht. Das war - - Na ja, das geht ins Persönliche. Ich will das lassen. Aber das war natürlich schwierig. Er hat sich als Amerikaner ausgegeben, er konnte gut Englisch. Er ist später ja auch einige Jahre nach Nordamerika ausgewandert gewesen. Insofern hat schon viel gepasst, aber einen Beleg, einen Beweis haben wir nicht, haben wir nie gehabt. Er hat es auch nicht von der Dienststelle gemacht, sondern von außerhalb. Es hat relativ viel zusammengepasst in das Puzzle, aber man konnte nicht sagen: Du warst es.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich würde noch interessieren zum einen das - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Warum haben Sie die Polizisten nicht angesprochen?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Bitte?

Clemens Binniger (CDU/CSU): Warum haben Sie die Polizisten nicht angesprochen, wenn Sie eh die Mitglieder ansprechen bei der Ansprache?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ach so, Entschuldigung. Vermag ich jetzt nicht mehr zu sagen. Ob das auch eine Absprache mit dem LPP war, weiß ich nicht - weiß ich nicht; muss ich passen. Sie sind jedenfalls meiner Erinnerung nach nicht angesprochen worden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es passt halt insofern nicht ganz zusammen, weil auf der einen Seite diese lange sich hinziehenden disziplinären Vorermittlungen mit unterschiedlichen Begründungen - - wo man den Eindruck hat: „Na ja, da will man nachrichtendienstliche Operationen nicht gefährden“, wenn auf der anderen Seite die offene Ansprache erfolgt. In dem Moment hätte man die Polizisten sofort einbestellen können.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Muss ich einräumen. Ich weiß jetzt aber nicht mehr, was damals die Überlegungen waren. Es war natürlich so, dass noch relativ kurz der Zeitraum erst war von der ersten Unterrichtung des Ministeriums an, also Ende Mai, und die Anspracheaktion war 31. August. Aber welche Überlegungen damals hier eine Rolle gespielt haben, weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Letzte Frage in der Runde der FDP-Fraktion.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das war das einzige Vorkommnis in dem Zusammenhang damals?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Gott sei Dank ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Okay. - Letzte Frage an der Stelle auch zu dem Komplex. Sie sagten gerade, Sie hätten - - Einerseits wollten Sie ganz bewusst im KKK keine eigene Quelle haben, weil Sie wussten, dass „Corelli“ - sage ich jetzt mal - bzw. BfV eine Quelle hatte. Aber trotzdem haben Sie dann in der Zeit ziemlich deutlich Ansprachen gemacht, also das heißt, haben auch mehrere Personen angesprochen, wie Sie gerade ausführten, um die Szene vielleicht mal ein bisschen in Aufwallung zu bringen. Gab es da unterschiedliche taktische Begründungen dafür, oder habe ich jetzt was durcheinander gebracht?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Das eine, Herr Abgeordneter, wäre eine Werbungsüberlegung gewesen: Wir brauchen einen weiteren Zugang. - Das haben wir verneint. Das andere war - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also nur Ansprache im Sinne von nicht Werbung, sondern - -

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Nur Ansprache, Offenlegung, so wie das ja die Polizei sehr häufig macht, Gefährderansprachen oder Ähnliches, nur um zu signalisieren - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Kapiert. Danke.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Wir wollten Unruhe reinbringen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Für die Linksfraktion fragt jetzt Herr Petermann weiter.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Dr. Rannacher, Sie sind ja 2005 in den verdienten Ruhestand eingetreten. Zuvor waren Sie zehn Jahre Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. Wie - würden Sie mit heutiger Sicht einschätzen - fallen Ihre persönliche Bilanz und die Bilanz Ihres Amtes in dieser Zeit aus? Im dem Geschäftsbereich Rechtsextremismus haben Sie in dieser Zeit Informationen gewinnen können, die geeignet dazu waren, Straftaten zu verhindern, oder die möglicherweise auch dazu geeignet waren und geholfen haben, Straftaten aufzuklären in diesem Bereich? Wie würden Sie das einschätzen?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Es ist etwas schwierig, Herr Abgeordneter Petermann, jetzt die eigene Situation zu bewerten. Ich habe es ja versucht, am Anfang so ein bisschen mein Gefühl - weil Sie das ja auch zitieren - am Schluss meiner Tätigkeit 2005 zusammenzufassen. Ich würde auch den Erfolg - in Führungsstrichen - einer Verfassungsschutzbehörde nicht nur in dem von Ihnen zitierten Verhindern von Straftatbeständen, von Straftaten usw. sehen, sondern ich sehe auch eine große Aufgabe im präventiven Bereich bis hin in den Parteienbereich.

Ich darf noch mal an das erinnern, was ich am Anfang auch schon sagte: Stichwort Republikaner. Ich glaube, da haben wir damals eine sehr offensive Öffentlichkeitsarbeit auch gemacht. Ich erinnere mich an unzählige, auch unflätige Angriffe gerade in meine

Richtung. Ich glaube, das hat auch durchaus einen Sinn und Erfolg gehabt am Ende. Also, das ist die eine Komponente. Die andere: Einfach auch im präventiven Bereich viel zu tun in Richtung Vorträge, Schulungen, an Schulen zu gehen, aufzuklären, Ausstellungen zu machen und, und, und.

Das, was Sie genannt haben, ist natürlich auch eine wesentliche Aufgabe. Ich bin sicher, dass wir hier auch eine ganze Reihe von Dingen beitragen konnten, aber genauso versagt haben wie die anderen genau zu diesem konkreten Thema - weshalb Sie sich hier alle engagieren.

Wenn man diese Frage an die Polizei richten würde, käme vielleicht eine etwas andere Antwort heraus, weil generell, glaube ich, der Beitrag der Verfassungsschutzbehörden zu diesem Aspekt der Aufklärung von Straftaten bei der Polizei eher geringer gesehen wird, wie positiv das hier und da ist. Das ist ein altes Thema - Herr Abgeordneter Binninger ist gerade nicht mehr da -

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Doch, ich bin da!)

- Entschuldigung - zwischen Polizei⁹ und Verfassungsschutz. Aber das will ich jetzt nicht weiter ausführen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Frau Pau fragt noch mal weiter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Darauf würde ich dann doch noch mal zurückkommen, was den präventiven Bereich betrifft und was zur Bilanz gehört. Wir haben uns ja vorhin zur Einschätzung und auch schon zu Inhalten der Verfassungsschutzberichte - die ja das klassische Instrument zumindest auch sind, sich zu informieren - - Was hat der Verfassungsschutz an Entwicklungen erkannt, auch an neuen Entwicklungen gegebenenfalls erkannt, und worauf muss die Politik oder müssen auch andere Behörden reagieren?

Ich möchte mal zwei Zitate hier in den Raum stellen und Sie fragen, welche Schlussfolgerungen Sie damals daraus gezogen haben. In der Verbotungsverfügung des BMI vom 12. September 2000 gegenüber „Blood & Honour“ wird aus mehreren Schriften zitiert, um auch die aggressiv-kämpferische Haltung dieser Organisation gegenüber der verfassungsmäßigen Ordnung zu bele-

gen, zum Beispiel aus dem Magazin „Blood & Honour“, Sektion Berlin, Brandenburg, Sachsen, Württemberg, Baden, Ausgabe 2/96. Da gibt es eine Passage, die sich explizit auf den Ku-Klux-Klan bezieht. Ich zitiere aus MAT A SN-2/3-18, Blatt 34*:

Die Patrioten von heute müssen sich auf den größten aller Kriege, den Rassenkrieg, vorbereiten und dafür muss man geheime Strukturen schaffen und bereit sein, sein Leben zu opfern.

Zweites Zitat auch aus einer „Blood & Honour“-Broschüre - „Der Weg vorwärts“ heißt diese - -:

Unsere Slogans sind nicht nur beeindruckende Aussagen von ideologischen Extremisten. Es sind ernst gemeinte Worte und Aufrufe zu den Waffen zu greifen. Dies ist Es, und diejenigen, die nicht bereit sind, das ultimative Opfer zu erbringen, um die Zukunft unseres arischen Ursprunges zu sichern, sollten jetzt aufhören, zu lesen. ... Doch wo führt es uns nun hin, und wo endet es? Es führt uns auf den Weg zu einer Revolution und endet bei „illegalen“ Aktionen. ... Nun stellt sich die Frage: Wann kommt es zum großen Knall?

Und dann wird noch erklärt, wer da alles im Visier ist: von jüdischen und multikulturellen Menschen bis hin zu Vertretern demokratischer Parteien. Nun wurde „Blood & Honour“ verboten. Richtig so! Aber die Akteure sind ja damit nicht verschwunden. Und da stellt sich für mich hier schon die Frage: Das Trio wurde auch in diesem Bereich sozialisiert. Wir wissen, viele der Unterstützer und des Umfeldes sind in diesem Bereich. Da stellt sich die Frage: Welche Schlussfolgerungen hat man gezogen? Was hat man präventiv getan, damit diese Anleitung - das ist ja eine explizite Anleitung - nicht in die Tat umgesetzt wird? Wie hat man im Übrigen auch die Gesellschaft vor diesen Gefahren gewarnt? Also, ich habe in keinem einzigen Verfassungsschutzbericht beispielsweise etwas zum Stichwort Ku-Klux-Klan bisher gefunden.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A SN-2/3-18, Blatt 33.

** Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A SN-2/3-18, Blatt 35.

⁹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Also, um mit dem Begriff, den Sie am Anfang und am Ende jetzt gebracht haben noch einmal - Ku-Klux-Klan - zu beginnen. Ich bleibe dabei: Wir hatten im Land überhaupt keinen Anlass, dass die Gruppe in Schwäbisch Hall in diese Richtung geht, sondern es lief auf einer ganz anderen Ebene ab. Aber das soll jetzt nichts besagen hinsichtlich der generellen Einstufung von Ku-Klux-Klan-Gruppen. Ich meine, dass es auch, ich glaube, 91 in Brandenburg entsprechende Vorfälle gegeben hat, die dramatisch genug sind.

Petra Pau (DIE LINKE): Richtig.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Wir jedenfalls im Land haben nichts Vergleichbares gehabt.

Ihre andere Frage: Also, ich habe eine Zahl in Erinnerung aus dem Jahre 2002. Da hatten wir, glaube ich, eine Größenordnung von um die 300 Vorträge im Land. Da war mit Sicherheit auch das Thema Islamismus ganz stark betroffen, aber eben auch Rechtsextremismus. Es ging eigentlich immer nur um diese zwei Bereiche. Wir haben eigentlich in allen Vorträgen auch auf diesen Aspekt der Gefährlichkeit abgehoben; aber es kam auch immer der Nachsatz, dass trotz all dieser Strukturen, trotz der Gewaltbereitschaft, trotz der Waffen, die man immer wieder findet, derzeit kein Hinweis auf terroristische Strukturen zu finden ist.

Ich habe gerade noch mal umgeblättert. Ich darf noch mal das zitieren, was ich vorhin angesprochen hatte aus dem Jahresbericht 2004. Da hieß es, wenn ich das vorlesen darf:

Auch 2004 zeugten einzelne dieser Taten von einer Skrupellosigkeit, die darauf schließen lässt, dass die jeweiligen Täter schwerste, womöglich tödliche Verletzungen auf Seiten der Opfer fahrlässig oder bewusst in Kauf nahmen.

Bis zu dieser Schwelle sind wir regelmäßig gegangen: Hinweis Gewaltbereitschaft und, und, und. Aber wir haben die nächste Schwelle - Stichwort Rechtsterrorismus - nicht erreicht gesehen.

Petra Pau (DIE LINKE): Die Linke hat keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie ist es bei den Grünen?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur zu einem Komplex im Grunde nur eine Frage im Anschluss an das, was der Kollege Binninger schon gefragt hat.

Herr Rannacher, Ende Januar 98 wurden alle Landesämter nach den drei Untergehenden gefragt. Ich nehme mal an - Sie haben es auch schon angedeutet -, die Antwort wird sein: Wir haben unsere Quellen befragt, und da kam nichts. - Meine Frage ist: Warum eigentlich nicht? Kollege Binninger hat Ihnen schon vorgehalten, dass wir leider erst heute, weil die Vernehmungen erst 2012 gemacht wurden, aufgrund der Garagenliste wissen: Es gab über Jahre lang einen, ich will nicht sagen: Partyexpress, aber einen rechtsextremen Feierexpress aus dem Raum Jena/Chemnitz in den Raum Ludwigsburg und wieder zurück. Die Zeugin sagt: Noch bis ins Jahr 2000 oder 2001, noch nach dem Untertauchen. - Und vom BKA haben wir heute gehört, anhand des Katzenbeweises - ja, nicht nur die FDP schätzt die Katzenfrage richtig ein -, gehen sie davon aus, es stimmt, weil Frau Zschäpe da über ihre Katzen noch berichtet hat.

So, nun sind wir hinterher natürlich schlauer. Aber wie kommt es, dass in dem wohlgeordneten Baden-Württemberg - mein Vorurteil: Ich dachte, wenn Strukturen funktionieren, dann da; aber Sie können mich da auch eines Besseren belehren -, obwohl man da auch diese Probleme „rechtsextreme Musik“ hatte, obwohl man da auch Bands hatte, obwohl man auch ein „Blood & Honour“-Problem hatte, man offenbar viel weniger dicht dran war, als man es in Brandenburg war, als man es selbst in Berlin war, als man es in Thüringen, Sachsen war? Da ärgern wir uns ja zum Teil, dass den Hinweisen nicht richtig nachgegangen wurde. Bei Ihnen ist eine Situation, dass Sie sagen: Wir hatten gar keine, wir waren nirgendwo dicht dran mit unseren Quellen an dieser Szene. - Gibt es hierfür eine Erklärung?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Wir hatten keinen Zugang, Herr Abgeordneter. Ich

habe es vorhin versucht darzulegen: Wir hatten mehrfach den Versuch gemacht, dort zuverlässige Verbindungen herzustellen; das ist nicht gelungen. Die andere Frage - Sie haben gesagt: Was habt ihr gemacht? Quellen befragt? -: Natürlich, das Übliche. Aber wenn Sie eben darüber hinaus nicht einen Mann/Frau vor Ort haben, der Ihnen Interna bringt, dann - muss ich zugeben - ist man hier und da blind. Und bei allem Engagement: Es gab - und ich vermute mal, das wird heute auch nicht viel anders sein - im Land, in einem großen Flächenland noch immer Stellen, wo man keinen Zugang hat.

Ich muss allerdings sagen - das muss in Gottes Namen auch akzeptiert und toleriert werden -: Auf Teufel komm raus irgendeinen Zugang zu schaffen, nur um vielleicht mehr oder weniger unzuverlässige Informationen zu erhalten, das kann es ja auch nicht sein. Und ich sage Ihnen jetzt etwas, was Sie mir vielleicht um die Ohren hauen: Wir sind nicht allzuständig im Land. Ich bekenne mich zu den weißen Flecken, weil ich zumindest nie den Ehrgeiz hatte, das Land nun dicht mit einem Netz zu überziehen, dass uns also gar nichts entgeht. Dass das hier tragische Formen angenommen hat, zumindest in anderen Ländern und ja dann am Ende bei uns auch in Heilbronn, das ist die ganze Tragik der Situation.

Aber bei unserer Situation im Land mit 330 Beamten oder Angestellten, nein, Bediensteten in allen Bereichen mit erheblichen Schwerpunkten im Islamismus und in anderen Sektoren rechnet man sehr schnell runter: Das ist teilweise auch eine Kräftesituation. Ich muss mich dazu bekennen: Wir hatten dort keinen vernünftigen Zugang. Wenn wir ihn gehabt hätten, besagt das auch noch nicht unbedingt, dass wir Kenntnis jetzt von dem gekriegt hätten, was Sie angesprochen haben, weil es möglicherweise nicht unbedingt demjenigen bekannt geworden wäre. Aber das sind Wäre-Formulierungen; ich will das lassen. Ich muss es zugeben: Wir waren dort nicht entsprechend vertreten.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es Bedarf für eine weitere Berliner Runde? - Union? - Nein. SPD? - Nein. FDP? - Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Rannacher, in Ihrer Amtszeit ist in Thüringen ein V-Mann, der relativ bekannt war, enttarnt worden, und zwar Tino Brandt. Mich würde mal interessieren, ob Sie den Namen, bevor er enttarnt worden ist, schon mal gehört haben.

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): In welchem Zusammenhang?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Sie spüren, ich denke nach. - Es war schon Ende der 90er relativ offensichtlich, dass Thüringen Informationen aus dem „Thüringer Heimatschutz“ hatte, die von ganz oben kommen mussten. Und ich kann mich auch an eine Diskussion mit dem Kollegen am Rande einer Tagung erinnern, die so ein bisschen ins Grundsätzliche gegangen ist. Nach meiner Philosophie - und ich stand da nicht allein - war ein Anwerben einer solchen Führungsperson unmöglich; denn das ist haarscharf das, was wir nicht tun sollen und spätestens das Verfassungsgericht ja uns allen ins Stammbuch geschrieben hat: keine Führungspersonen, um ja nicht in den Verdacht zu geraten, eine Organisation zu lenken, zu leiten, wie auch immer.

Von der anderen Seite ist das anders gesehen worden, offensichtlich mit deutlich politischer Rückendeckung damals, und ich oder auch wir standen so ein bisschen da eigentlich als die Angsthasen, die eben im Grunde nicht die Richtigen nehmen; denn nur von solchen Leuten kriegt man ja auch entsprechende Informationen. Insofern war mir das Problem natürlich schon geläufig bis dahin. Dass es diesen Ausgang genommen hat, war zwar nicht vorherzusehen, aber nicht überraschend.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Jetzt hat nicht mehr in Ihrer Amtszeit bzw. teilweise - - Vielleicht gerade dazwischen, ja?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nur damit Klarheit herrscht: Was war das für eine Runde, von der Sie gerade sprachen?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Entschuldigung, ich habe es nicht verstanden.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): In welcher Runde befanden Sie sich da, als Sie das, was Sie gerade eben vorgetragen haben - -

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Das war mal am Rande einer Amtsleitertagung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Von allen Amtsleitern, oder - -

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Nein, nein, im kleinen Kreis.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Im kleinen Kreis. Und dann sprachen Sie von der anderen Seite: Die „andere Seite“ meinte ... - Wer war die „andere Seite“?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Thüringen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also Roewer namentlich, oder Nocken, also einer von beiden?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Hm.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich würde dann interessieren, ob Sie auch in Ihrer Zuständigkeit in Baden-Württemberg mit Tino Brandt zu tun hatten. Der Hintergrund ist zum einen: Es ist zumindest mal bekannt, dass er im Raum Heilbronn sich ein Haus gekauft hat und zumindest auch mal - - nicht nur in Thüringen, sondern auch in Nordbayern aktiv war. War er in Baden-Württemberg aktiv in Ihrer Amtszeit, sodass Sie ihn nicht nur über die Amtsleitertagung und die Frage, ob man so ein „Kaliber“ - in Anführungszeichen - anwirbt - - sondern hatte er auch Baden-Württemberg-Bezug davor?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Also, ich kannte ihn natürlich aufgrund vieler Berichte, die vor allem von Thüringen kamen. Was das Land, das eigene Land betraf, habe ich keinerlei Erinnerung, dass er in Baden-Württemberg sich einmal aufgehalten hat - was ich nicht ausschließen kann; aber mir ist nichts bekannt. Das, was Sie ansprechen, ist ein Vorgang, den ich erst jetzt kennengelernt habe. Ich habe auch jetzt, nachdem ich von dem Vorgang Kenntnis habe, keine nähere Erklärung. Meiner Kenntnis nach hatte er hier

keine direkten Kontakte, ist wohl eher beruflich in dieser Geschichte aktiv geworden. Wenn ich das recht weiß - aber nicht aus eigener Anschauung -, dann hat er ja nicht hier gewohnt in diesem Haus, sondern hat es nur mehr oder weniger treuhänderisch erworben und weiterveräußert. Also direkte Kontakte des Herrn Brandt hier ins Land sind mir nicht bekannt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also auch nicht „Thüringer Heimatschutz“ mit fränkischen Neonazis, die dann auch einen Bezug nach Baden-Württemberg hatten zur damaligen Zeit?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ich muss passen, nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Okay. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die Linksfraktion noch Fragen an den Zeugen? - Die Grünen?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Darf ich noch mal in die Runde fragen, ob weitere Fragen bestehen? - Das ist nicht der Fall. Dann sind wir, Herr Dr. Rannacher, am Ende Ihrer Zeugenbefragung. Vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben, auch für die, ich sage mal, vergleichsweise große Auskunftsbereitschaft. Wir haben mittlerweile, nach über einem Jahr da durchaus die Möglichkeit, aus einem Fundus zu schöpfen, wenn wir das einsortieren.

Wie angekündigt bekommen Sie den Entwurf des Protokolls übermittelt, wenn er fertiggestellt ist, und können sich innerhalb einer Frist von zwei Wochen dazu rückäußern.

Dann darf ich die Obleute insbesondere fragen, ob sie jetzt die Gelegenheit nutzen wollen, Statements draußen abzugeben, oder ob wir direkt zur Befragung des dritten Zeugen kommen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es ist niemand mehr da.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Kann mal jemand gucken, ob jemand guckt?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Vorhin war schon niemand mehr da.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut, dann würde ich vorschlagen - -

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ich bin entlassen, ja? - Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte?

Zeuge Dr. Helmut Rannacher: Ich bin entlassen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Sie sind entlassen.

Also, wir unterbrechen jetzt kurz, und ich bitte dann, dass der dritte Zeuge, Herr Rück, in den Saal geführt wird. Dann hoffe ich, dass wir bald damit anfangen können, ihn zu vernehmen. - Wir warten noch fünf Minuten.

**Vernehmung des Zeugen
Joachim Rück**

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die unterbrochene Beweisaufnahmesitzung wird fortgesetzt. Ich begrüße als Zeugen Herrn Regierungsdirektor Achim Rück.

(Zuruf: Kriminaldirektor!)

- Mittlerweile Regierungsdirektor, bin ich richtig informiert?

Zeuge Joachim Rück: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. - Ich darf Sie zunächst, Herr Zeuge, darauf hinweisen, dass von Ihrer Vernehmung eine Tonbandaufnahme gefertigt wird, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokoll zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Fertigung des Protokolls gelöscht und das Protokoll in vorläufiger Fassung Ihnen zugeleitet mit der Möglichkeit, innerhalb einer Frist von zwei Wochen eventuell Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Die Ladung haben Sie am 28. März 2013 erhalten. Bezüglich Ihrer heutigen Zeugenvernehmung liegt eine Aussagegenehmigung des Innenministeriums von Baden-Württemberg vor. Diese datiert vom 12. April.

Vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst wie folgt zu belehren: Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor einem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ord-

nungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Joachim Rück: Nein, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann, Herr Rück, darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss ganz kurz mit vollständigem Namen, Alters- und Berufsangabe vorzustellen.

Zeuge Joachim Rück: Mein Name ist Joachim Rück, 56 Jahre alt, verheirateter Regierungsdirektor beim Landesamt für Verfassungsschutz, über dieses auch zu laden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Falls Sie es wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Möglichkeit, sich vor Ihrer Vernehmung zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie gefragt, ob Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen möchten. Das haben Sie bejaht. Insofern gebe ich Ihnen jetzt für einleitende Bemerkungen das Wort.

Zeuge Joachim Rück: Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Untersuchungsausschusses! In Vorbereitung auf meine heutige Zeugenvernehmung sah ich die Notwendigkeit, über die Angaben meiner Personalien hinaus auch ergänzende Informationen zu meinem beruflichen Werdegang und möglicherweise korrespondierende Sachinformationen zum Gegenstand meiner Vernehmung heute zusammenhängend kurz darzustellen.

Bevor ich im Oktober 1999 die Leitungsfunktion des Inspektionsleiters 620, Information und Kommunikation, beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg übernommen habe, war ich zuvor Leiter einer Kriminalpolizei und stellvertretender Leiter einer Polizeidirektion im Nordschwarzwald. Zum damali-

gen Zeitpunkt war in meinem Zuständigkeitsbereich ein überregional bedeutender Treffort von rechten Szenenpersonen und ein regelmäßiger Veranstaltungsort von rechtsextremistischen Musikveranstaltungen, welches schon damals umfangreiche präventive und repressive polizeiliche Maßnahmen erforderte. - Das wollte ich einfach vornewegschicken, um darzustellen: Auch vor meiner Tätigkeit beim LKA hatte ich schon mit diesem Phänomenbereich intensiv zu tun.

Die Inspektion 620 beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg war die zentrale Organisationseinheit für die Sammlung und Auswertung von Informationen der sogenannten Staatsschutzkriminalität, heute breiter gefasst unter dem Begriff „Politisch motivierte Kriminalität“, PMK, also aller Informationen zu Erkenntnissen fremdenfeindlicher, links-, rechts- und ausländerextremistischer, terroristischer Bestrebungen. Diese meine damalige Organisationseinheit war im Wesentlichen an der Entwicklung des Aussteigerprogramms rechts im Jahre 2000 beteiligt, welches im Februar 2001 mit Erlass des Innenministeriums Baden-Württemberg auch verbindlich eingeführt wurde.

Bis zum Oktober 2005 war ich der Hauptverantwortliche für die Umsetzung des Programms für den gesamten Bereich in Baden-Württemberg. Die Beratungs- und Interventionsgruppe rechts, auch bekannt als BIG Rex, war mir unmittelbar zugeordnet sowie ein Arbeitsschwerpunkt meiner damaligen Arbeit oder meiner Arbeit in dieser Zeit.

Bereits im Jahr 1999 wurden in verschiedenen Auswertungs- und Analyseprojekten beim Landeskriminalamt - - Damals war zusätzlich neben einem klassischen Auswertungsdezernat ein Analysedezernat unter meiner Verantwortung eingerichtet worden, welches sich Schwerpunktthemen losgelöst von der Hektik des operativen Tagesgeschäftes widmete.

Im Jahr 2000 war Schwerpunkt eine Kriminalitätsanalyse Rechtsextremismus in Baden-Württemberg mit dem Ziel, koordinierte und zielgerichtete Präventionsansätze und Aufklärungsmaßnahmen zu entwickeln und flächendeckend umzusetzen. Ab Spätherbst 2000 wurden im Rahmen der Schwerpunktsetzung Bekämpfung des Rechtsextremismus auch wieder wöchentliche Treffen mit Verantwortlichen des Landesamtes für Verfassungsschutz zur Intensivierung des Informationsaustausches eingerichtet und durchgeführt.

Ich möchte nochmals kurz auf das Aussteigerprogramm Baden-Württemberg und die BIG Rex zurückkommen. Diese Gruppe wurde personell vom Landeskriminalamt und Unterstützungskräften der Bereitschaftspolizei getragen und zunächst durch eine Psychologin beraten und dann nach Anstellung eines Sozialpädagogen durch diesen in der täglichen Arbeit unterstützt. Die Gestellung der Mitglieder der BIG Rex zeigt auch, dass es ein landesweites Programm war und alle Bereiche diese unterstützten.

Wesentliche Bestandteile des Programms waren die Einbindung der örtlichen Dienststellen, also in den Landkreisen, und dort nicht nur der Staatsschutzdienststellen, sondern der gesamte Polizei, und das aktive Ansprechen von Szenenpersonen aus dem rechten Spektrum, abgestuft von einer einmal auffälligen Person bis tief in der rechten Szene verwurzelten sogenannten Hardcorepersonen, und - das war auch die Besonderheit - auch von entsprechenden Gruppen. Gruppenansprachen und Ansprachen von rechtsextremistisch motivierten Mehrfachtätern war Schwerpunktaufgabe der BIG Rex. Dieses Programm wird mit den wesentlichen Inhalten bis heute fast unverändert und, ich glaube, auch erfolgreich fortgeführt.

Nach den terroristischen Anschlägen 2001 in den USA und dem Aufbau einer temporären Besonderen Aufbauorganisation zur Abklärung und Ermittlung entsprechender Hinweise und Erkenntnisse zu diesem Phänomenbereich des islamistischen Extremismus/Terrorismus wurde ich im Jahr 2002 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Abteilungsleiters aller politisch motivierten Phänomenbereiche ohne den islamistischen Extremismus beauftragt. Nach Rückführung dieser Besonderen Aufbauorganisation und personellen Veränderungen übernahm ich neben der bisherigen Inspektionsleitung auch die Funktion des stellvertretenden Abteilungsleiters.

Ab Mai 2004 entsandte das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg einen ständigen Verbindungsbeamten in die Abteilung Staatsschutz des Landeskriminalamtes auf Sachbearbeiterebene. Dieser Verbindungsbeamte wurde ab diesem Zeitpunkt an Fach- und Führungsbesprechungen der Abteilung Staatsschutz beteiligt.

Im Rahmen einer zunächst pilotierten Umorganisation der Abteilung Staatsschutz übernahm ich ab Oktober 2005 die Leitung der neu eingerichteten Führungsgruppe und

weiterhin die Aufgabe des stellvertretenden Abteilungsleiters. In der Wahrnehmung meiner Funktionen war ich jeweils in die Gesamtheit der Alltagsarbeit eingebunden und in außergewöhnlichen Fällen auch im Detail informiert. - Das war bis zu meinem Wechsel weg vom LKA der Fall.

Obwohl der Gegenstand der Vernehmung lediglich den Zeitraum bis 2005 umfasst, möchte ich noch einen Zeitsprung machen ins Jahr 2007. Am 25. April 2007, dem Tag des tödlichen Anschlags auf unsere Kollegin Michèle Kiesewetter, bei dem auch der Streifenkollege lebensgefährlich verletzt wurde, befand ich mich auf einer eintägigen Fortbildungsveranstaltung für Führungskräfte an der Akademie der Polizei, Außenstelle Wertheim. Kurz nach der Mittagspause erhielt ein Kollege aus Heilbronn, der ebenfalls Teilnehmer dieser Fortbildungsveranstaltung war, einen Anruf seiner Dienststelle mit der Information der Tötung einer Polizeibeamtin und der Verletzung eines weiteren Kollegen nach einem Schusswechsel in Heilbronn und mit der Bitte, sofort zu seiner Dienststelle zurückzukehren. Wir, die anderen Teilnehmer der Veranstaltung, beschlossen nach kurzer Diskussion, die Veranstaltung ebenfalls abzubrechen und zu den Dienststellen zurückzukehren, da erfahrungsgemäß mit erhöhten polizeilichen Maßnahmen - Fahndungsmaßnahmen und Ermittlungsmaßnahmen - im gesamten Land zu rechnen war.

Ich war etwa gegen 15.30 Uhr, 16 Uhr zurück bei meiner Dienststelle. Unmittelbar danach setzte ich mich mit meinem damaligen Abteilungsleiter zusammen, und wir versuchten, nähere Informationen zu dem Anschlag zu bekommen, und vor allem, ob eine originäre Zuständigkeit für unseren Aufgabenbereich, die Abteilung Staatsschutz, bestand, um uns auch gegebenenfalls in die Ermittlungen einzubinden.

Ohne zunächst einen konkreten Anhaltspunkt für eine politische Motivierung des oder der Täter zu haben, sind wir auf die Opfersicht gekommen. Spontan fiel uns damals ein politisch motiviertes Gewaltverbrechen aus den frühen 90er-Jahren [sic!], nämlich die Tötung des US-amerikanischen Soldaten Pimental in Heidelberg [sic!] ein. Die Tötung des Soldaten diente den damaligen Tätern dazu, an seinen Dienst- und Truppenausweis zu gelangen, um so für einen geplanten Sprengstoffanschlag auf eine US-Militäreinrichtung leichter Zugang zu dieser Einrichtung zu erhalten. Es handelte sich zwar da-

mals um eine linksterroristische Motivation der Täter, aber es war aus unserer Sicht nicht auszuschließen, dass ähnliches Täterverhalten - Dienstaussweisbeschaffung - auch in anderen Phänomenbereichen möglich wäre.

Ja, zugegeben, wir dachten zunächst nicht an den Phänomenbereich Rechtsextremismus, sondern eher an einen linken oder vielmehr islamistischen Extremismusbezug. Verschiedene Personen, als relevant bewertete Personen waren im Raum Heilbronn auffällig. Trotzdem nahmen wir am gleichen Tag Kontakt mit den Heilbronner Kollegen auf, und es konnte nicht sofort geklärt werden, ob der Dienstaussweis der Kollegin Kiesewetter noch vorhanden war oder nicht, da aufgrund der Spurensicherung durch die Kriminaltechnik die Kleidung der getöteten Kollegen nicht abschließend durchsucht werden konnte. Am folgenden Tag fuhr mein Abteilungsleiter zur Sonderkommission nach Heilbronn, um sich persönlich zu informieren, ob wir eine Zuständigkeit haben bzw. ob es Informationen gibt, die unseren Aufgabenbereich direkt tangieren. Nachdem wir die Information vom Auffinden des Dienstaussweises erhielten und damals keine Erkenntnisse zu einer politisch motivierten Tathandlung vorlagen, ergab sich keine originäre Zuständigkeit der Abteilung Staatsschutz.

Trotzdem wurden die Informationen zu den Ermittlungen der - ich weiß nicht, ob sie damals schon so hieß - Sonderkommission „Parkplatz“ aufmerksam wahrgenommen und notwendige abklärende Maßnahmen unmittelbar erledigt. So wurden zum Beispiel Vertrauenspersonen der verschiedenen Phänomenbereiche aus dem Staatsschutzbereich abgefragt, ob ihnen Informationen zu dem Verbrechen oder mutmaßlichen Tätern bekannt waren. Während meiner gesamten Tätigkeit beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg habe ich keine Erkenntnisse für eine politisch motivierte Handlung der Polizisten-, Polizistinnenmörder erhalten.

Ich möchte zum Ende meines Eingangstatements an dieser Stelle sagen, dass diese Bezeichnung NSU, Nationaler Sozialistischer Untergrund, im Zusammenhang mit extremistischen und/oder terroristischen Bestrebungen mir persönlich bis zur Entdeckung des Trios im Jahre 2011 kein Begriff war. Die Herstellung eines Zusammenhangs extremistischer/terroristischer Bestrebungen und den mir damals unbekannt Personen

des Trios in Baden-Württemberg war in meinen dienstlichen Funktionen beim Landeskriminalamt nicht möglich.

So sehr mich auch die mörderischen Aktivitäten der Tätergruppe berühren und ich sie bis heute nicht verstehen kann, habe ich bisher keine offensichtlich bewussten Versäumnisse meiner damaligen Arbeit beim Landeskriminalamt erkennen können. Ich stelle mir aber trotzdem die Frage: Haben wir in Baden-Württemberg etwas übersehen oder nicht wahrgenommen, das den tödlichen Anschlag in Heilbronn hätte verhindern können?

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass ich mich durch Aktenstudium in den vergangenen Tagen beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg auf die heutige Vernehmung vorbereitet habe.

Vielen Dank für die Bereitschaft, mir zuzuhören. Ich bin jetzt gern bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank für die einleitenden Ausführungen. Wir beginnen mit der Befragung durch die Fraktionen. Für die Unionsfraktion hat das Fragerecht zunächst Kollege Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Rück, vielen Dank für Ihre einführenden Worte. Ich will auch gleich vorausschicken: Sie sind nicht dazu da, weil wir irgendwie die Vermutung hatten, dass Sie was falsch gemacht haben. Sie sind für uns wichtig, weil wir so, wie wir es uns auch bei den Zeugen des LfV erhofft hatten, einen Einblick haben wollen: Wie hat sich in diesen Jahren Ende der 90er bis 2005 oder auch darüber hinaus, wenn Sie etwas sagen können, die gewaltbereite rechtsextreme Szene in Baden-Württemberg, Schwerpunkt Region Stuttgart, dargestellt? Das ist so unser Hauptansatz Ihrer Vernehmung.

Ich will jetzt ein bisschen - das soll nicht unhöflich sein - stakkatoartig mit Ihnen ein paar Punkte durchgehen, wo Sie auch jeweils kurz antworten können, wenn es in der Klarheit möglich ist.

Sind Sie in den Jahren 98 und danach irgendwann mal mit der Fahndung nach den Jenaer Bombenbastlern irgendwie in Berührung gekommen?

Zeuge Joachim Rück: Nein, Herr Abgeordneter, ich entsinne mich - - Also, ich hatte keine Hinweise darauf. Fahndung war

sowieso nicht unsere Aufgabe im eigentlichen Sinne. Aber ich entsinne mich auch nicht, Informationen im Zusammenhang mit diesen Personen im Rahmen unserer übergreifenden Tätigkeit, also landesweiten Tätigkeit, erhalten zu haben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann erübrigt sich vielleicht die zweite Frage - aber ich muss sie zur Sicherheit noch mal stellen -: Sie sind auch nie mal mit einer Adressliste konfrontiert worden, die die Thüringer Kollegen bei der Durchsuchung der Garage, wo man den Sprengstoff aufgefunden hat, entdeckt hatten und auf der ja Namen aus Baden-Württemberg, eben vor allen Dingen die drei Namen aus Ludwigsburg standen? Das hat Sie nie mal dienstlich erreicht mit dem Auftrag: „Bitte die drei mal überprüfen, abklären; da könnten sich die Flüchtigen gelegentlich aufhalten“?

Zeuge Joachim Rück: Ich entsinne mich nicht, dass je eine Namensliste aus Thüringen zum LKA gesandt wurde.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie überhaupt jemals - - Seit wann sind jetzt Sie beim LfV?

Zeuge Joachim Rück: Seit Ende 2007.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Seit Ende 2007. - Haben Sie überhaupt mal in der ganzen Zeit vor Auffliegen des Trios irgendwie einen Berührungspunkt gehabt mit dem Thema Jenaer Bombenbastler Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe, Adressliste?

Zeuge Joachim Rück: Nein, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und danach?

Zeuge Joachim Rück: - keine Berührungspunkte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hatten Sie jetzt danach mal damit zu tun, dass man Sie gefragt hat oder Sie eingebunden waren in irgendwelche Überprüfungen oder Maßnahmen?

Zeuge Joachim Rück: Nein, ich war in keine Überprüfung eingebunden. Ich habe natürlich durch entsprechende Pressemittei-

lungen und Informationen - - davon erst erfahren. Ich habe dort nie irgendwelche Abklärungen weder selbst durchgeführt noch in irgendeiner Form veranlasst.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie hatten bei Ihrer Einführung gesagt, dass es 2000 ein Analyseprojekt gab, wo man im Prinzip neue Instrumente oder eine Verfahrensweise erproben wollte, wie man vor Ort Erkenntnisse gewinnen kann, auch unter Einbeziehung der örtlichen Staatsschutzdienststellen.

Man muss ja dazu sagen: Sie sitzen im Landeskriminalamt, haben eine landesweite Zuständigkeit; aber es war so, dass eben jede Polizeidirektion in jedem Landkreis damals auch ein eigenes kleineres Dezernat Staatsschutz hatte für politisch motivierte Kriminalität und all diese Dinge.

Was war denn das Ergebnis dieses Analyseprojekts? Also, wie sah das aus: bessere Erkenntnisgewinnung unter Einbeziehung der örtlichen Staatsschutzdienststellen?

Zeuge Joachim Rück: Also, man muss die Situation damals sehen. Ich betrachte das jetzt mal von der statistischen Seite her: Die Straftaten im Bereich Rechtsextremismus, insbesondere die Gewalttaten, waren in den Jahren 99 bis 2002 bis 2000/2001 im Anstieg begriffen. Daraufhin war die Notwendigkeit, zu überprüfen, welche Maßnahmen wir hiergegen treffen können. Es war natürlich zunächst einmal Aufgabe des Innenministeriums und hier in der weiteren Form des Landeskriminalamts, entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen und vorzulegen, sodass das Innenministerium entsprechende Anordnungen geben kann.

Da gab es unter anderem - - Also, ein wesentlicher Punkt war nach Ausfluss der Kriminalitätsanalyse - - indem man versucht hat, die Schwerpunkte zu erkennen, und zwar nicht nur rein unter der Zahl der Straftaten, sondern tatsächlich im Sinne einer Gravitätsanalyse, indem man Häufigkeitsziffern, Vergleichsziffern gebildet hat, indem man auch davor einen speziellen Befragungsbogen für erkannte Straftäter aus dem politisch motivierten Bereich, insbesondere der Gewalttäter, entwickelt hat - - und hieraus Schlüsse zu bekommen.

Dieses Ergebnis wurde entsprechend zusammengefasst, und es wurden Vorschläge erarbeitet. Hieraus resultierte das sogenannte Siebenpunkteprogramm, das unter

anderem beinhaltete, schwerpunktmäßig Ermittlungsansätze zu finden, um Straftaten zu bekämpfen, aber eben auch - das war ein ganz wesentlicher Punkt; da erzähle ich aus dem Nähkästchen: Staatsschützer waren nicht unbedingt die Beamten, die klassisch Prävention durchgeführt haben im Sinne der kommunalen Kriminalprävention, die damals sehr stark ausgeprägt war - um Präventionsansätze im Staatsschutzbereich zu implantieren.

Zunächst wurden - - Nach der Auswertung und Analyse der Daten fand im Jahr 2000 auch eine Anspracheaktion von verschiedenen rechtsextremistischen Personen im gesamten Land statt. Hierzu hatten die Landkreisdienststellen entsprechende Gruppierungen mitgeteilt - Informationen zu Personen, die dort vorlagen -, und anschließend wurden flächendeckend, wenn ich mich richtig entsinne, etwa 330 bis 350 Personen, insbesondere Gewalttäter, gezielt in Baden-Württemberg angesprochen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wissen Sie noch - vom Konzept können wir uns, ich glaube, so weit wieder entfernen -, wie sich die Lage damals dargestellt hat im Großraum Stuttgart, Stadtgebiet, oder in den Landkreisen Ludwigsburg und Heilbronn?

Zeuge Joachim Rück: Also, wenn ich an diese Häufigkeitsziffer denke - - Dann waren, ohne genau zu wissen, wo sie waren, Stuttgart und Heilbronn im ersten Drittel, also irgendwo zwischen 1 und 15.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Rems-Murr wahrscheinlich noch, ja?

Zeuge Joachim Rück: Also im Vergleich zu den Polizeidirektionen: 35 plus 3 Polizeipräsidien damals.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Meine zweite konkrete Frage: Gab es damals Namen, wo Sie sagen, das waren so die führenden Protagonisten der rechten Szene, die Ihnen aufgefallen sind? Wer war das damals in dieser ganzen Zeit Mitte/Ende der 90er bis Anfang 2000er-Jahre, wenn ich Sie jetzt frage? Wenn Sie die Nachnamen aus irgendwelchen Gründen nicht sagen wollen - wir haben zwar die meisten Namen hier offen -, dann kürzen Sie sie einfach mit einem Buchstaben ab; Sie können darum bitten.

Zeuge Joachim Rück: Also, es waren starke Gruppierungen. Es wurde ja im Jahr 2000, Mitte 2000, „B & H“ verboten, also „Blood & Honour“. Davor waren Personen im Zielspektrum. Wir hatten eine Gruppierung, die war in dem Heilbronner Bereich; der Vorläufer soll die Sektion Württemberg von „Blood & Honour“ gewesen sein. Die hatte sich vorher aufgelöst, bevor das Verbot des BMI kam und - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Die hatte sich vorher gegründet, nehme ich an, oder?

Zeuge Joachim Rück: Bitte? - Die hat sich aufgelöst -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ach so, ja.

Zeuge Joachim Rück: - und hat dann eine Organisation gegründet, die „Furchtlos & Treu“ hieß. Zumindest waren dort Leute, die vorher in „B & H“ aktiv waren, vermutlich in der Sektion - - nicht vermutlich, sondern: in der Sektion Schwaben - - sind dort plötzlich aufgetaucht. Das waren Personen, also eine Person zum Beispiel Frntic, -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Joachim Rück: - die dort sehr federführend war. Diese „Furchtlos & Treu“ waren auch relativ aktiv. Wir hatten ja - in der damaligen Zeit hat die Skin-Bewegung ganz stark zugenommen und ist ins Blickfeld gerückt - entsprechende Veranstaltungen, einmal einfach so „Funveranstaltungen“ - in Führungszeichen -, so Fußballturniere unter Rechten, aber eben auch Konzerte. Die sind jetzt weniger von „Furchtlos & Treu“ gewesen, die waren dann auch wieder aus Gruppierungen der Nachfolgesektion Baden von „B & H“.

Diese „Furchtlos & Treu“, das war im Großraum Stuttgart bzw. Heilbronn/Ludwigsburg sicherlich eine Gruppierung, die dort federführend war, aber auch sehr weite Kontakte hatte, internationale Kontakte - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wissen Sie noch, wohin?

Zeuge Joachim Rück: Ja, in ein Anrainerland von uns: in die Schweiz; aber vor

allen Dingen auch nach Tschechien und in Richtung Osten waren Kontakte da. Dort wurden auch immer wieder - - Kontrollmitteilungen kamen, dass diese Personen oder Personen aus „Furchtlos & Treu“ in diesen Ländern waren.

Clemens Binniger (CDU/CSU): War das - Frage von mir - „Furchtlos & Treu“, die auch eine Sektion Kroatien hatten, oder bringe ich das jetzt durcheinander?

Zeuge Joachim Rück: Die hatten auch - - Da sollte eine Sektion in Kroatien gebildet werden; aber ob die jetzt eine Sektion von „Furchtlos & Treu“ in irgendeinem Unterstellungsverhältnis war, das kann ich nicht sagen. Aber es soll eine Sektion oder eine „Furchtlos & Treu“-Organisation in Kroatien gegeben haben, ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Dreh- und Angelpunkt oder so eine Art Vereinsheim war im Ort Brackenheim südlich von Heilbronn, ist das richtig?

Zeuge Joachim Rück: Richtig, ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Von Brackenheim ist es auch nicht weit nach Ludwigsburg. Sind Ihnen die Namen auf der Adressliste Schmidt - auch mit „Schmidtke“ und Waffen-Schmidt taucht er in den Akten auf - aus der Nähe von Heilbronn und Michael Ellinger damals schon irgendwie auch mal, wenn Sie sich jetzt vielleicht mal zurückerinnern - das ist schwierig -, aufgetaucht, oder waren das für Sie jetzt mit dem Wissen von heute völlig neue Namen, von denen Sie noch nie gehört hatten?

Zeuge Joachim Rück: Also, Herr Abgeordneter, ich hatte ja gesagt, dass ich unter anderem auch Akten jetzt studiert habe. Das sind natürlich keine personenbezogenen Akten gewesen, weil es da eigentlich nichts mehr gibt, sondern alte Sachakten zu verschiedenen - - zum Beispiel Präventionsprogrammen bzw. Erhebungen. Ja, da sind diese Namen aufgetaucht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also wenn man den polizeilichen Staatsschützern gesagt hätte: „Werft mal einen Blick auf Schmidt und Ellinger“, wären das für sie keine neuen Namen gewesen?

Zeuge Joachim Rück: Ich gehe davon aus, dass die auch im Rahmen der örtlichen Dienststellen - der normale Kontakt dort auch - im Blickpunkt waren, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wissen Sie noch, ob man - entweder bei Ihnen oder bei der örtlichen Direktion in Ludwigsburg dann beim Staatsschutz - dort irgendwann mal mitbekommen hat, dass es da muntere Reisebewegungen gab von der Szene nach Chemnitz und von der Chemnitzer Clique, die immer wieder mal nach Ludwigsburg kam, um Party zu machen, wie wir heute wissen?

Zeuge Joachim Rück: Nein, das weiß ich nicht. War auch, wenn ich mich richtig entsinne, so Thema damals - - „Neue Bundesländer“ war kein wesentliches Thema. Dass dort vertiefte Kontakte waren, entsinne ich mich nicht, ist bei uns nicht aufgelaufen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sagt Ihnen der Name Markus Friedel was? Markus Friedel, der auch aus Sachsen kommt, Chemnitz, und in Heilbronn war und dann wohl auch Kontakt zu Ellinger hergestellt hat und wohl das erste Bindeglied war.

Zeuge Joachim Rück: Nein, der Name sagt mir spontan nichts. Habe ich auch jetzt, muss ich sagen, nicht gelesen in irgendeiner Form.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es gegen „Furchtlos & Treu“ - - Wurden die irgendwann verboten, oder haben die sich selber aufgelöst, oder was passierte mit dieser Gruppierung?

Zeuge Joachim Rück: „Furchtlos & Treu“ wurde nicht aufgelöst. Sie tauchten immer wieder auf mit, wie gesagt, verschiedenen Veranstaltungen. Die wurden insbesondere mit repressiven polizeilichen Maßnahmen bekämpft. Das heißt also, wenn es irgendwelche Möglichkeiten gab, diese - - Ob das jetzt ein Fußballturnier - - War schwer zu verbieten. Solche Dinge wurden überwacht, und zwar sehr intensiv überwacht, überhaupt die Aktivitäten dieser Gruppierung. Aber für ein Verbot hat es meines Wissens nie gereicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt wissen wir auch aus den Akten, dass eine ganze Reihe führender „Blood & Honour“-Kader aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands nach Baden-Württemberg gezogen sind oder dort gearbeitet haben oder zumindest Bezüge dort hatten, also Stichwort Jan Werner, Thomas Starke, Lange (?), der aus Berlin. Sind Ihnen diese Namen damals schon irgendwie untergekommen, oder haben Sie sie erst heute jetzt über Berichtserstattungen das erste Mal bewusst wahrgenommen?

Zeuge Joachim Rück: Also, die waren aus meiner Erinnerung kein wesentliches Thema. Da möchte ich nicht ausschließen, dass irgendwann mal eine Erkenntnisanfrage irgendwoher kam oder so was. Aber ich sage jetzt mal, ohne das jetzt - - Tagesgeschäft: Wenn irgendwo eine Erkenntnisanfrage kommt ohne Besonderheit, dann war das nicht bedeutend, und erinnere ich mich auch nicht dran.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es bestimmte Musikgruppen, die rechtsradikale Musik gespielt haben, die Sie besonders im Blick hatten oder an die Sie sich noch besonders erinnern aus Baden-Württemberg, die in Ihrer Arbeit eine Rolle gespielt haben?

Zeuge Joachim Rück: Ja, wir hatten natürlich Baden-Württemberger Bands. Nur, überwiegend - wenn ich mich richtig entsinne - spielten die nicht mal in Baden-Württemberg so häufig. Jetzt ist mir gerade der Name entfallen, ein Rechtsanwalt, der war dort Bandleader.

Clemens Binninger (CDU/CSU): „Noie Werte“?

Zeuge Joachim Rück: „Noie Werte“, richtig, genau. Das war so eine Band, die war aber auch klassisch, und irgendwann mal hat die so gut wie nicht mehr in Baden-Württemberg gespielt. Es war eigentlich auch generell in Baden-Württemberg so. Wir hatten in der Zeit, wo ich vorher berichtet habe, 99/2000/2001, einen Anstieg, und unter anderem ein Kriterium in der Bekämpfungskonzeption in Baden-Württemberg war, jedes Skinkonzert und rechtsgerichtete Konzert möglichst zu unterbinden: entweder durch ein klassisches Verbot - wenn es eine Ver-

anstellung war, die man verbieten konnte - oder auch durch Ansprachen vorher von Verpächtern von Hallen und Veranstaltungsorten oder eben auch durch entsprechende Maßnahmen am Veranstaltungstag. Das führte auch dazu, dass die Zahlen von Konzerten in Baden-Württemberg runtergegangen sind.

Es war aber auch zu erkennen aus unserer Sicht, dass es dort Ausweichbewegungen gab. Es war zum Beispiel klassisch, aus der Oberrheinschiene oder aus der Rheinschiene nach Frankreich, ins Elsass, abzuwandern. Wir haben damals dann auch die Zusammenarbeit mit der französischen Polizei intensiviert. Es wurden damals auch die trilateralen und binationalen Gesprächsrunden - zunächst unter Federführung des Innenministeriums und dann auch auf Arbeitsebene, auf unserer Ebene - fortgeführt zum Informationsaustausch, um eben auch zum Beispiel, wenn wir ein Konzert in Baden-Württemberg verhindern konnten - - eben nicht diese Ausweichbewegung ins nahe Ausland ging.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Zwischenfrage von mir: Hatten Sie neben dem Kontakt Ausland - wo Sie ja vorher gesagt haben: Schweiz, Tschechien, Osteuropa hat eine Rolle gespielt - - Gab es in Ihrer Zeit auch mal ganz bestimmte Projekte, Ermittlungsverfahren, wo Sie mit Thüringen und/oder Sachsen zusammengearbeitet haben? Wenn ja, welche waren das? Oder gab es da nie Berührungspunkte?

Zeuge Joachim Rück: Nein, erinnere ich mich nicht. Wir haben kein Ermittlungsverfahren Richtung - - mit Thüringen oder mit Sachsen betrieben. Es gab bei „Blood & Honour“ nach dem Verbot ein Ermittlungsverfahren in Baden-Württemberg, das „B & H“-Verfahren. Das wurde im September 2003 initiiert bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe, weil damals diese Sektion Baden - - als Nachfolgeorganisation war. Und dieses Verfahren war ja ein Verbot einer bundesweiten Organisation eigentlich, die zwei einzelne Sektionen hatte und die verboten waren; aber es hat sich gezeigt, dass es bundesweit wieder Aktivitäten gab. Und da, meine ich, da war ein „B & H“-Verfahren bei der Staatsanwaltschaft in Gera angesiedelt. Und da gab es natürlich, wobei ich jetzt nicht weiß, wie viel Personen da aus diesem Bereich, aus dem Verfahren Gera, hier waren - - Da gab

es insgesamt sechs Staatsanwaltschaften in der Republik, die zuständig waren - - dass es da Kontakte gab.

Die haben sich gegenseitig unterstützt, die sind gegenseitig zu Konzerten gefahren, unter anderem die federführende Person aus Baden-Württemberg: Das war der Hartwin Kalmus, der verurteilt wurde. Der hatte umfangreiche Kenntnisse und Verbindungen zu Bands fast europaweit, und der wurde auch immer wieder angefragt, ob er eine Band besorgen könne für irgendeine „B & H“-Veranstaltung in diesen anderen Bundesländern.

Clemens Binniger (CDU/CSU): In welchem Landkreis hat der gewohnt oder sich aufgehalten?

Zeuge Joachim Rück: Kalmus war im Bereich Karlsruhe/Heidelberg.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ah ja.

Zeuge Joachim Rück: Ja. - Also da gab es sicherlich Verbindungen. Das müsste man in diesem Ermittlungsverfahren konkret nachlesen. Ich darf bloß mal sagen: Der Ermittlungsbericht hat 560 Seiten, und ich glaube, niemand außer dem Hauptsachbearbeiter kann das ohne Nachlesen sagen. Also, da gab es eben diese Verfahren. Das war unser Ziel damals: hier Zuständigkeit möglicherweise des Generalbundesanwalts zu bekommen. Das ist aber nicht gelungen; da gab es andere sachliche Gründe. Deshalb wurden diese Verfahren bei den Staatsanwaltschaften - also diesen sechs weiteren außer Karlsruhe - als Einzelverfahren geführt - - und auch bei der Aufarbeitung dieses Verfahrens oder bei den Maßnahmen, die wir durchgeführt hatten, festgestellt, dass die natürlich, wie gesagt, bundesweit Kontakte untereinander hatten und sich da gegenseitig unterstützten.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Okay. - Ich will noch kurz zu einem anderen Komplex wechseln, den Sie selber angesprochen haben. Nur kurz - dass wir das gleiche Verständnis haben von Ihrer Informationslage -: Sie waren in Ihrer Zeit nie betraut mit dem Thema Fahndung nach den Jenaer Bombenbastlern. Sie haben auch nie diese Adressliste bekommen. Die Namen Schmidt und Ellinger waren damals aber durchaus ein

Begriff in der örtlichen Szene in Ludwigsburg, während die „B & H“-Größen - jetzt mal mit Ausnahme von den gerade genannten, also Werner, Starke - jetzt eher keine, sagen wir mal, prägende Rolle gespielt haben in Ihrer Zeit. Aber dominant oder auffallend waren immer wieder diese Gruppierungen „Furchtlos & Treu“ aus der Nähe von Heilbronn mit den beiden genannten Personen. - Habe ich das so in etwa richtig wiedergegeben?

Zeuge Joachim Rück: Sie haben es so richtig wiedergegeben. Wie gesagt, ich schließe nicht aus, dass diese Personen in den Ermittlungsakten des „B & H“-Verfahrens drin sind. Das, glaube ich, wird wahrscheinlich auch so sein. Nur, diese Detailkenntnis, das waren nicht für mich - oder so wurde es mir auch nicht transportiert aus dem Ermittlungsverfahren - diese federführenden Personen. Ja, „Furchtlos & Treu“ war unter anderem eine ganz starke Gruppierung.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Jetzt will ich noch den Polizistenmord in Heilbronn ansprechen - weil Sie ihn auch selber angesprochen haben -, den Sie ja dann danach, also in der Sachbearbeitung, aus zwei verschiedenen Perspektiven erlebt haben: einen Teil noch Polizei beim LKA bis Ende 2007 - natürlich nicht als Sachbearbeiter; das LKA war nicht zuständig damals - und später dann vielleicht auch noch mal aus der Perspektive LfV.

Zwei Fragen: Wie muss ich mir vorstellen, wenn es da heißt: „Es wurden kurz nach der Tat, schon am Tag danach, alle VPs sensibilisiert oder abgefragt aus allen Phänomenbereichen: Wisst ihr was, hört ihr was, was könnte einen Ansatz geben für die Fahndung?“? Wird da jeder VP-Führer beauftragt und muss auch rückmelden und Fehlanzeige melden, oder läuft das eher mal als allgemeiner Auftrag nach dem Motto „Wenn nichts kommt, dann wissen sie halt nichts“?

Zeuge Joachim Rück: Also, ob explizit Fehlanzeige, schriftlich im klassischen Sinne - - das glaube ich nicht, dass das passiert ist. Die Dienststellen - zumindest bei uns im Bereich -, die wahren so enge Kontakte, also die Führung der VP-Führer, dass das mit Sicherheit im konkreten Gespräch erörtert wurde bzw. hier in Dienstbesprechungen abgefragt: Die und die VPen, keine Erkenntnisse in dieser Form.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Und da gab es auch nichts, was irgendwie ein bisschen Substanz gehabt hätte, soweit Sie sich erinnern?

Zeuge Joachim Rück: Es gab meiner Kenntnis nach bis heute - - also bis damals in meiner dienstlichen Tätigkeit beim LKA keine Erkenntnisse für eine politisch motivierte Straftat oder Motivation der Täter. Das Besondere war eigentlich auch, dass man ja zum Teil damals im Bereich der VP-Führung eine Zentralisierung weiter durchführen wollte - das war damals auch ein Konzept - und dadurch auch VPen, die bisher in anderen Bereichen eingesetzt waren, hier mit reingespielt haben, sodass man meiner Erinnerung nach ein relativ breites Spektrum hatte von VPen, die keine Informationen hatten - - und, wie gesagt, auch in der Folge dann sicherlich nicht weiter regelmäßig nachgebohrt wurde - ich sage jetzt mal: alle vier Wochen oder alle sechs Wochen - - sondern der Auftrag an die VPen war: Wenn Erkenntnisse, wenn irgendwas auffällt, dann hört euch um. - Aber es gab dann wirklich keine Hinweise auf eine politische Motivation der Täter.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Jetzt war ja das Frühjahr 2007, was die allgemeine Sicherheitslage angeht, geprägt von den Ermittlungen und Observationen gegen die Sauerland-Gruppe. In dem Zusammenhang haben wir uns hier im Ausschuss auch schon mal mit diesem *Stern*-Artikel befassen müssen, der ja basierend auf einem - wie auch immer - möglicherweise gefälschten Protokoll gesagt hat: Da lief eine Observation in Richtung Islamisten, und die haben zufällig das Geschehen auf der Theresienwiese noch mit verfolgt oder auch nicht.

Würden Sie ausschließen, dass es da in irgendeiner Form, ohne dass es was mit der Tat zu tun hat, zufällig eine nachrichtendienstliche Operation durch deutsche - oder wen auch immer - Stellen an diesem Tag gegeben hat im Großraum Heilbronn, oder haben Sie Erkenntnisse darüber?

Zeuge Joachim Rück: Also, Herr Abgeordneter, diese Frage ausschließen, das wäre ja 100 Prozent. Nein, ich habe keine Kenntnis davon, dass dort eine Observation war. Ich kenne das aus Medienberichten nach dieser *Stern*-Veröffentlichung. Ich habe keine Kenntnisse darüber, und ich sage jetzt

mal: So wie ich die Polizei Baden-Württemberg auch kenne, wäre es dokumentiert, wenn dort eine Observation stattgefunden hätte.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Und wenn es fremde Dienststellen gewesen wären, keine Baden-Württemberger?

Zeuge Joachim Rück: Also andere Polizei oder andere Bundesländer?

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Joachim Rück: Auch das wäre bekannt durch das System bei der Polizei, wie Observationseinsätze zusammengeführt werden. Ich will hier jetzt in keine Spekulationen gehen. Wenn ein fremder Dienst oder eine ausländische Einheit irgendwo etwas machen und sich nicht anmelden würde, es geheim tun würde - - das kann ich nicht ausschließen. Keine Erkenntnisse dazu. Aber ich halte es auch für unrealistisch, sage ich; aber das ist meine persönliche Einschätzung.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja, klar. Ich lege Sie da auch nicht darauf fest - - sondern Sie haben gesagt: Es gab dazu keine Erkenntnisse.

Zeuge Joachim Rück: Ich hatte keine Erkenntnisse.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Genau. - Letzte Frage von mir: Gab es denn überhaupt - - Jetzt sind wir heute ja alle eines Besseren belehrt und mit den tragischen Ereignissen etwas besser vertraut. Aber gab es in diesen Jahren - 2007; auch Ihre beiden Blickwinkel: einmal aus der Polizeisicht, einmal aus Verfassungsschutzsicht - Hypothesen in Ermittlerkreisen, was diese Tat angeht, von denen Sie heute sagen: „War gar nicht so abwegig“, oder: „Wir waren vielleicht näher dran als gedacht“? Aber man hat sich dann durch diese Wattestäbchenspur natürlich lange Zeit gebunden. Gab es da etwas in Ermittlerkreisen, wo Sie jetzt im Nachhinein sagen: „Ja, da hat der eine oder andere Kollege durchaus schon den richtigen Riecher gehabt; aber es hat der Anfasser gefehlt oder was auch immer“?

Zeuge Joachim Rück: Da kann ich Ihnen nichts dazu sagen, weil ich nicht in die Er-

mittlungen tief eingebunden war. Ich kenne Details der Ermittlungen nicht. Ich kenne verschiedene Sachstandsberichte, die es mal gab; aber Details von Ermittlungen im Sinne von „So was wird in einer Sonderkommission diskutiert oder in irgendeinem anderen Kreis“, die kenne ich nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Okay. Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht an die SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl hat das Wort.

Dr. Eva Högl (SPD): Das nehmen Sie jetzt bitte nicht persönlich, Herr Zeuge; aber ich habe keine Fragen an Sie.

Zeuge Joachim Rück: Das ist auch in Ordnung.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die FDP-Fraktion kann dann fragen. Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wir haben noch Fragen. Mir geht es um Folgendes: Wir haben gerade vorhin gehört - das sagte der Präsident des Verfassungsschutzes a. D. Rannacher -, dass es seitens des LKAs gerade im rechtsextremistischen Bereich eine ganze Reihe von V-Personen gegeben haben soll. Stimmt das?

Zeuge Joachim Rück: Also, Sie nageln mich jetzt fest auf irgendeine Aussage, die ich so nicht machen kann, weil es um einen Zeitraum geht. Ich sage jetzt mal allgemein: Ja, es gab V-Personen im rechtsextremen Bereich.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also in Ihrer Zeit von 98 bis 2005 hatten Sie eine ganze Reihe?

Zeuge Joachim Rück: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Können Sie ungefähr sagen, wie viel?

Zeuge Joachim Rück: Nein. Nein, kann ich nicht sagen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Warum? Können Sie es nicht sagen, oder wissen Sie es nicht mehr?

Zeuge Joachim Rück: Ich weiß es nicht konkret; ich kann es aber auch nicht sagen, weil dieser Bereich der VPen ein Bereich ist, der normalerweise nicht offengelegt wird in einer öffentlichen Sitzung.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Von Ihrem Gefühl her: Ist das in Baden-Württemberg üblich - - Also, war das, was man im Bereich V-Personen beim LKA eingesetzt hat im rechtsextremistischen Bereich im Verhältnis zu anderen Ländern eher viel, oder war das eher üblich, im Schnitt?

Zeuge Joachim Rück: Ich glaube, Baden-Württemberg hat die Bekämpfung des Rechtsextremismus immer sehr ernst genommen trotz anderer Ereignisse - - und immer ein Schwerpunktthema gewesen. Und von daher - mein Gefühl - waren wir dort gut vertreten im Vergleich.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Waren Sie denn mit V-Personen im Raum Stuttgart/Ludwigsburg stärker vertreten?

Zeuge Joachim Rück: Also die Details, wo V-Personen waren - - Muss ich ganz ehrlich sagen nach langer Zeit: Kann ich Ihnen nicht sagen, weiß ich auch nicht mehr auswendig. War auch kein Thema, mich jetzt dort einzuarbeiten.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, gut, aber der Bereich - -

Zeuge Joachim Rück: Ansonsten kann ich - - weiß ich es nicht, tut mir leid.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also in den Bereich dazu gehört es schon, weil gerade in der Zeit natürlich auch diese sogenannte Ludwigsburger Connection, die Ludwigsburger Szene - - Der Verfassungsschutz - oder der ehemalige Präsident - hat uns erklärt, dass da für ihn eher weiße Flecken waren: Raum - - Stuttgart jedenfalls und Ludwigsburg. Deswegen ist es schon schwierig, zu sagen, ob Sie da - - Wenn Sie jetzt sagen, Sie wissen es nicht, wundert mich das schon ein bisschen. Also, war jetzt auch für Sie der Raum Stuttgart/Ludwigsburg

ein weißer Fleck, oder haben Sie da mehr gewusst, über V-Personen zum Beispiel?

Zeuge Joachim Rück: Also, ich habe keine konkreten Erkenntnisse zu Stuttgart oder Raum Ludwigsburg, was das damals angeht in dieser Zeit. Ich würde da eher die Auffassung vom Herrn Rannacher teilen, dass es eher ein weißer Fleck war, ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Warum?

Zeuge Joachim Rück: Es ist immer schwierig, Personen in bestimmten - - oder im Umfeld zu gewinnen. Das hängt manchmal von Unwägbarkeiten ab, wie in der Szene grundsätzlich gedacht wird, in einer regionalen Szene. Oder: Wenn eine regionale Szene relativ klein oder klein ist und in sich stark verwoben, ist es schwieriger, dort jemanden herauszubringen, als wenn Sie viel - wie soll ich sagen? - Laufkundschaft in diesen Gruppen haben.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Rannacher sprach vorhin davon, dass er davon gehört hätte, dass es Kontakte des Staatsschutzes in Schwäbisch Hall zum KKK gab. Er sagte, dass das Landesamt für Verfassungsschutz sich dort nicht mit einem V-Mann beteiligt habe, dass es dort Kontakte auch zum Staatsschutz gab, zum KKK. Wissen Sie davon? Oder gab es damals auch von Ihrer Seite aus den entsprechenden Kontakt zum Staatsschutz und den Austausch in der Richtung?

Zeuge Joachim Rück: Ja, ich weiß davon, dass KKK im Raum Schwäbisch Hall Thema war. Es ist mir gerade auch bei der Auswertung der Präventionsakten, als die Bitte an die Landesdienststellen oder an die Landkreisdienststellen ging, entsprechende Gruppen für diese Ansprache, die geplant war, bzw. für dieses Maßnahmenprogramm, das dort war, zu benennen - - Und da tauchte bereits Anfang 2000 oder Mitte 2000 bei dieser Erhebung unter anderem - und ich habe die Meldung jetzt so noch gelesen, weil ich sie in der Auswertetabelle gelesen habe - -: Ku-Klux-Klan, eine lose Gruppierung von vier bis fünf Personen, keine festen Treffpunkte. Das heißt, das war nach diesem Meldemuster, wo wir vorgegeben hatten, die Kernaussage. Also dort tauchte KKK auf, und es war

auch - das ist mir, je länger ich darüber nachdenke, dadurch, dass natürlich KKK in der Öffentlichkeit jetzt in der Diskussion war - - wir hatten dort auch - - Dort gab es ein Ermittlungsverfahren der Polizeidirektion Schwäbisch Hall gegen eine Person, Schmidt. Da ging es um die bei einer Durchsuchung - - Zunächst wurde er, glaube ich, vernommen, und dann gab es einen Beschluss von irgendwoher, von einer Staatsanwaltschaft außerhalb von Baden-Württemberg, wenn ich mich richtig erinnere. Und bei der Durchsuchung wurden unter anderem - und das war das Ziel eigentlich - von so einem Musikverlag oder so CDs und, was damals war - ich glaube, im dreistelligen Bereich -, 150, 160 solche CDs gefunden, also mit rechter Musik. Und dabei wurden wohl - jetzt weiß ich nicht, war es ein Zufallsfund, oder, ob die Kollegen das vorher schon wussten - auch Hinweise gewonnen, dass dieser Schmidt Kontakte zum Ku-Klux-Klan oder in einem Ku-Klux-Klan - das kann ich jetzt nicht sagen - - aber Bezüge zum Ku-Klux-Klan da festgestellt wurden, ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Waren Sie damals beteiligt im Zusammenhang mit dem Disziplinarverfahren gegen die zwei Polizeibeamten, die damals Mitglied gewesen sein sollen?

Zeuge Joachim Rück: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also keine Rückkopplung oder Frage an das LKA jetzt in dem Fall, was die Expertise angeht, ob es da auch, weil es gibt ja die verschiedensten Aussagen oder Gerüchte, dass da deutlich mehr - also zwischen 10 und 20 wurde mal von einer der Quellen, die Sie gerade nannten, zitiert - Polizeibeamte tätig waren - - War das ein Thema für Sie im LKA?

Zeuge Joachim Rück: Überhaupt nicht. Ich hatte - - Ich war - das sage ich Ihnen ganz ehrlich - offen überrascht, als ich jetzt erst erfahren habe, dass dort Polizeibeamte mit involviert waren. Diese Kenntnis hatte ich nicht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich würde interessieren: In den Unterlagen, genauer in dem Brief von Thomas S. - das findet sich in MAT A GBA-13, Blatt 79 -, ist

Mundlos ganz angetan gewesen von den Waffen, die man in Ludwigsburg gefunden hatte bzw. die es in Ludwigsburg gab. Er sprach ja von einem Waffenladen. Mich würde mal Ihre Einschätzung interessieren: Hatte die rechte Szene in Ludwigsburg einen besonderen Ruf, sofern Sie es einschätzen können aus den Erkenntnissen um Ludwigsburg herum - Ludwigsburg selber war ja auch für Sie fast ein weißer Fleck -, was Waffen anging?

Zeuge Joachim Rück: Also Ludwigsburg nicht. Wenn der Abgeordnete Binninger vorher sagte, das ist der Großraum „Furchtlos & Treu“, da gab es Erkenntnisse davon, dass es Bilder gegeben haben soll, insbesondere, wie gesagt, Tschechien oder irgendwo rüber in Richtung ehemaliger Ostblock, dass man dort hingegangen wäre zu einer Art Übungen, Wehrsportübungen oder so etwas, und da gab es Hinweise auch darauf, dass diese Gruppierungen - wobei ich jetzt nicht mehr weiß, welche einzelnen Personen - möglicherweise halbautomatische Waffen dabei seien - - Da gab es auch mal - ich weiß aber nicht mehr, bei wem - eine Durchsuchung, und man hatte damals gefunden so Deko-Waffen bzw. so - wie soll man sagen? Spielzeuggewehre ist falsch - ein Plastikgewehr, so Imitate, an sich also nicht mal klassische Deko-Waffen, sondern eher so aus Plastik dienender, also eben - - oder Bilder hat man da gefunden - so muss ich sagen -, Bilder, und das hat man nachher verifiziert, dass es keine echten Waffen waren. Das war, meine ich, in Richtung „Furchtlos & Treu“.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gibt es denn bei „Furchtlos & Treu“ oder auch bei anderen Gruppierungen zum Beispiel in der Region Stuttgart, ob im Rems-Murr-Kreis oder im Kreis Ludwigsburg/Heilbronn, Erkenntnisse bei Ihnen, oder gab es die im Hinblick auf stärkere Beziehungen nach Thüringen? Hintergrund sind mehrere Veröffentlichungen auch in verschiedenen Zeitungen, die davon berichtet haben, dass zum Teil bei den Rechtsextremisten gerade, sagen wir mal, um Stuttgart herum sich eine gewisse Thüringer Kultur darstellte, dass da auch immer stärker auch eine stärkere Bindung war von Ostdeutschen, die in Westdeutschland oder bei uns in Baden-Württemberg gearbeitet haben. Können Sie was dazu sagen, ob es hier einerseits eine Art Nazibrücke gab von Baden-Württemberg nach Thü-

ringen, ein größerer Austausch? Gab es da einen Austausch Ihrerseits wiederum mit Thüringer Kollegen? Oder ist Ihnen dazu gar nichts bekannt?

Zeuge Joachim Rück: Also, von einem größeren Austausch mit Thüringen wüsste ich, weiß ich nichts. Ich sagte vorher im Zusammenhang mit dem „B & H“-Verfahren ab 2003: Dort gab es Verbindungen im Rahmen dieses Ermittlungsverfahrens. Was dort konkret im Einzelnen passiert ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich wüsste aber nicht, dass wir dort einen Schwerpunkt oder so irgend -- Also, eine Brücke im klassischen Sinne hatte das --

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also zum Beispiel -

Zeuge Joachim Rück: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): - Austausch von Konzerten, dass gerade zwischen - ich sage jetzt - nicht nur Thüringen, sondern anderen Ländern immer wieder ein Austausch stattfand - im Rems-Murr-Kreis gab es ja eine ganze Reihe von Konzerten, nicht nur von den „Noie Werte“; das gilt auch für den Raum Heilbronn -, dass man da eine gewisse Systematik feststellen konnte, dass gerade insbesondere aus Thüringen zum Beispiel oder auch aus der Umgebung - Franken -, sagen wir mal, eine Art von Nazitourismus stattfand?

Zeuge Joachim Rück: Nein. Das kann ich mit gutem Gewissen sagen: Nazitourismus in diesem Sinne nicht. Dass es Austausch gab -- Ich weiß nicht, es gab unterschiedliche Konzerte, unterschiedliche Gruppen, die unterschiedlich zugeordnet worden sind, verschiedene Bundesländern oder Standorte. Aber dass man eine besondere Brücke hatte, das entzieht sich meiner Kenntnis, wüsste ich nicht, nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. - Herr Petermann, bitte.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Rück, vor dem Hintergrund des Mordes an Michèle Kiesewetter und des Mordversuches an ihrem Kollegen gibt es eine ganze Reihe von nicht geklärten Fragen, speziell zum Beispiel die Frage, ob es vor Ort bestimmte Ankerpunkte für die Täter gegeben haben könnte. In diesem Zusammenhang möchte ich noch mal Ihre Einschätzung hören zum „Blood & Honour“-Netzwerk in Baden-Württemberg. Welche Bedeutung haben Sie dem damals beigemessen? War es, wenn man so will, ein reines Musiknetzwerk, oder hat es auch Bedeutung im Sinne von Kriminalität, Gewalttätigkeit usw.?

Zeuge Joachim Rück: Also generell sind Skin-Konzerte oder so rechtsextremistische Konzerte immer ein Anziehungspunkt für junge Menschen, für Szenenpersonen, die sich definieren über diese Musik, wo sie sich zusammenfinden. Deshalb war es eigentlich auch für uns immer dieser Punkt, möglichst solche Konzerte zu unterbinden, um hier auch keinen größeren Zulauf zu bekommen, zu verhindern und entsprechende, wenn möglich war, Ermittlungen durchzuführen. Klassische, daraus resultierend, Gewalttaten oder weitere, größere Kriminalität, das habe ich eigentlich nicht festgestellt - ganz pauschal.

Natürlich gab es immer wieder auch Anzeigen, wenn man etwas Entsprechendes mitbekommen hat bei polizeilichen Maßnahmen, dass - was weiß ich? - „Heil Hitler!“-Rufe oder „Sieg Heil!“-Rufe rausgedrungen sind aus einem Veranstaltungssaal, wenn es dort Zeugenaussagen gab oder wenn auf der Anfahrt schon entsprechende Devotionalien mitgeführt wurden oder dort, wo man in Konzerten war und die aufgelöst hat, an entsprechenden Ständen solche Devotionalien gefunden hat. Solche Anzeigen gab es. Mir ist nicht erinnerlich, dass aus Konzerten raus oder in unmittelbarem Zusammenhang mit Konzerten - jetzt sage ich mal - eine Gewaltspur durchs Land ging oder um den Umkreis drumrum. Eigentlich nicht.

Ich möchte da gerade an meine Ausführungen - das ist zwar jetzt etwas länger her -- Dadurch, als ich damals im Schwarzwald diesen Treffpunkt hatte: Es war immer erstaunlich für mich, dass zwar bei der Veranstaltung und in der Veranstaltung geprobt wurde, also dieses Springhüpfen, dass es da auch mal eine blutige Nase gab. Aber das ist

eigentlich eher so diese Kultur des Probens, wo dort war. Straftaten in der ganzen Zeit - wir haben dort zum Beispiel sehr heftige repressive Maßnahmen durchgeführt, also auch nach dem Konzert kontrolliert -, Straftaten, die nach oben gegangen wären, Straftaten - da mag, wie gesagt, die eine oder andere CD, Devotionalien, 86 a, also Hitlergruß entsprechend oder solche Dinge - - aber gravierend, nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Okay. - Ich möchte noch mal auf die Durchsuchung zu sprechen kommen. Sie hatten ja, glaube ich, eben schon was dazu gesagt. Das war im Jahre 2004 im Januar. Meinen wir jetzt die gleiche - -

Zeuge Joachim Rück: Welche Durchsuchung?

Jens Petermann (DIE LINKE): In Bautzen, also einmal Durchsuchung in Sachsen, durch das Amtsgericht Bautzen angeordnet, Brandenburg und Baden-Württemberg. Und zwar ging es um ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Waffengesetz. Es wurden seinerzeit gefunden unter anderem 500 Gramm formbare Sprengmasse, 5 Meter Sprengschnur, 2 500 Schuss Munition, Übungshandgranaten und andere Gegenstände. Bei dem Beschuldigten handelt es sich um den bereits hier angesprochenen Markus Frntic aus Baden-Württemberg. Dort wurde auch ein Plastikgewehr gefunden - möglicherweise war das jetzt auch Ihr Anknüpfungspunkt, was könnte das sein, die Frage zu beantworten -

Zeuge Joachim Rück: Genau.

Jens Petermann (DIE LINKE): - mit einem durchbohrten Gewehrlauf. Wahrscheinlich war dessen Besitz nicht strafbar. Können Sie sich an dieses Ermittlungsverfahren im Jahre 2004 noch erinnern?

Zeuge Joachim Rück: Nein. Also, ich entsinne mich, wie gesagt, an diese Umstände auf diese Frage dadran. An Sprengstoff, bei uns gefunden in dieser Menge in Baden-Württemberg, entsinne ich mich nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielleicht noch mal zur weiteren Nachfrage: Vorausge-

gangen waren diesen Durchsuchungen Ermittlungen nach dem Selbstmord eines Neonazis in Bautzen im September 2003; vielleicht können Sie damit was anfangen. In diesem Zusammenhang wurden Fotos gefunden, auf denen unter anderem Frntic mit Waffen abgebildet war. Sind diese Waffen, die dort abgebildet wurden, möglicherweise mal identifiziert oder gefunden worden?

Zeuge Joachim Rück: Also, ich entsinne mich nicht, dass wir echte Waffen gefunden haben. Ich entsinne mich, wie gesagt, an dieses, was ich vorher da erwähnt habe, dass es dort so eine Vorzeigewaffe gab oder so ein Nachgemachtes - - ähnlich einem ausgesehen hat. An echte Waffen in diesem Umfang so, wie Sie es gerade geschildert haben, oder Sprengstoff, nein, entsinne ich mich nicht, also nicht in Baden-Württemberg. Das mag sein, dass das - - Ich weiß nicht, wo das sichergestellt wurde. Wenn das möglicherweise in Bautzen war oder woanders, mag sein; so detailliert erinnere ich mich an dieses Ereignis nicht. Ich erinnere mich nur noch eben an die Tatsache dieser scheinbaren Waffen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich möchte an dieser Stelle noch mal auf die Ermittlungen nach dem Mord an Michèle Kiesewetter zu sprechen kommen. Hatten Sie damals - Sie haben ja eingangs was dazu gesagt - irgendwann mal die Idee, dass es sich um neonazistische Täter handeln könnte?

Zeuge Joachim Rück: Also, wie gesagt, ich war nie in die Ermittlungen eingebunden, weil wir keine - - also direkt eingebunden die Abteilung Staatsschutz, möglicherweise mit einer Frage, mit einer Kontaktherstellung irgendwohin. Ich meine auch, irgendwann mal war Kontaktherstellung in Richtung Landesamt für Verfassungsschutz. Aber ich kann dazu nichts sagen, zu den weiteren Ermittlungen. Ich war da nicht im Detail eingebunden, und weitere Hinweise sind, was einen Bezug zur politisch motivierten Tat - - Das wäre mir bekannt.

Jens Petermann (DIE LINKE): Eine Erklärung dafür, warum das keine Option war, also neonazistischer Hintergrund, haben Sie jetzt auch nicht?

Zeuge Joachim Rück: Also, Herr Abgeordneter, da muss ich sagen: Es war für uns eine Option unmittelbar nach -- Ich habe es vorher in meinem Eingangsstatement ausdrücklich erwähnt. Wir hatten damals den Gedanken und haben diesen Gedanken auch angebracht. Es gab keine Anhaltspunkte dafür an dieser Stelle. So ist mir bekannt, so war uns mitgeteilt. Was danach passiert ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Es wurden keine Hinweise bekannt für eine politisch motivierte -- oder für eine Motivation.

Jens Petermann (DIE LINKE): Es gab ja den dreifachen Polizistenmord in Dortmund. Der ist ja noch sehr präsent; davon gehe ich mal aus.

Zeuge Joachim Rück: Kenne ich, ja, aber auch keine Details.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, es war damals -- Täter war der Neonazi Michael Berger im Jahr 2000.

Zeuge Joachim Rück: Ja.

Jens Petermann (DIE LINKE): Dann gab es den Mord an dem Polizeibeamten aus Schleswig-Holstein, Stefan Grage. Täter war der Neonazi Kay Diesner. Eine Strategie der Neonazis ist halt, in der Ideologie der Neonazis, der Kampf gegen den Staat. Insofern, wenn ein Polizist ermordet wird, liegt es da nicht nahe, auch Gedanken zu entwickeln, dass die Täter im neonazistischen Bereich zu suchen sein könnten? Und dann guckt man vielleicht mal in der örtlichen Szene nach, also auch „Blood & Honour“ usw. usf. Es gab ja nun auch ein reichhaltiges Angebot, muss man an dieser Stelle sagen.

Zeuge Joachim Rück: Also, Herr Abgeordneter, ich war ja -- Wie ich bereits erwähnt habe, bin ich im Oktober 2007 vom LKA weg gewechselt. In dieser Zeit, wo ich noch beim LKA war nach diesem Mordanschlag, dort haben wir das aufmerksam mitverfolgt, ob es Hinweise gibt daraus außer dieser -- oder solche Dinge, wenn irgendwo was gewesen wäre, so wie jetzt, dass wir sagen, wir klären VP-Personen ab oder fragen bei VP-Personen, ob sie was gesehen haben. So etwas wurde erledigt. Es gab aber keinen Ansatzpunkt, und deshalb haben wir keine Ermittlungen durchgeführt. Was die

Soko „Parkplatz“ - und da möchte ich jetzt nicht die Verantwortung von mir wegschieben -- Es wäre ein Unding, Ermittlungsarbeit, die ich nicht kenne, zu bewerten. Ich kenne die Details nicht. Ich habe nicht in der Soko „Parkplatz“ gearbeitet, ich habe verschiedene Führungsinformationen bekommen, wie sie ausgeteilt oder verbreitet wurden. Die habe ich bekommen, aber immer nicht unter diesem Gesichtspunkt „politisch motivierte Kriminalität“, sondern unter dem Gesichtspunkt „Zwischensachstände“, wie sie bei uns im Führungskreis dargestellt wurden oder dargelegt wurden.

Jens Petermann (DIE LINKE): Mit Blick von heute zurück: Wurde die Gefahr, die von neonazistischen Gewalttätern ausgehen kann, unterschätzt in der damaligen Zeit?

Zeuge Joachim Rück: Ich sagte bei meinem Eingangsstatement insbesondere auf die Tat zum Nachteil von der Frau Kiesewetter, dass ich mir die Frage stelle: Haben wir etwas übersehen, oder haben wir etwas falsch bewertet? Ohne mir jetzt, weil den Eindruck wollte ich nicht vermitteln, dass ich hier persönliche Schuld habe -- Nein, ich glaube nicht, dass wir in Baden-Württemberg, was Rechtsextremismus -- vernachlässigt haben oder verharmlost haben oder -- ich sage jetzt mal so die allgemeine Aussage -- auf dem rechten Auge blind waren. Das glaube ich nicht.

Ja, ich gebe auch zu -- daran habe ich mich auch erinnert -: Ich habe unter anderem auch Vorträge gehalten an verschiedenen Einrichtungen, polizeiintern und -extern. Und irgendwo -- ich weiß nicht mehr, wo es war -- hatte ich mal diese Formulierung gebraucht: Wir haben keine Erkenntnisse zu terroristischen, rechtsextremistisch/-terroristisch begründeten Straftaten. Ganz bewusst diese Unterscheidung: extremistisch-terroristisch. Ja, ich nehme mal an, das war im Zusammenhang damals mit diesen Ereignissen um Wiese in München, wo die Frage aufgetaucht ist: „Haben wir ähnliche Strukturen oder so etwas in Baden-Württemberg?“, dass wir sehr genau angeguckt haben so ein Ereignis. Da ist kein Polizist und insbesondere kein Staatsschützer blind, wenn irgendwo etwas auftaucht in dieser Art. Haben wir so etwas? Und ich meine, in diesem Zusammenhang habe ich bei irgendeinem Vortrag diese Formulierung bewusst --: Wir haben in Baden-Württemberg keine Erkenntnisse zu terroristischen

tischen, rechtsterroristischen Bestrebungen. Das meine ich.

Im Nachhinein betrachtet, ab 2011, muss ich sagen: Gut, wir hatten in Baden-Württemberg das „Glück“, dass das Trio dort nicht gemordet hat bis zum Fall von der Kollegin Kiese Wetter. Davor gab es ja auch keine Hinweise darauf, dass aus meiner Sicht die anderen Morde dieses Trios der politischen Motivation - - Ich entsinne mich: Es war immer ein Thema von uns: „Wann kommt - - Warum ist Baden-Württemberg nicht betroffen?“, in Gesprächen, ohne zu wissen, was dahintersteckt. Solche Diskussionen gab es. Ich war davon überzeugt, mindestens bis zu meinem Ausscheiden, dass wir keine rechtsterroristischen Strukturen in Baden-Württemberg haben.

Jens Petermann (DIE LINKE): Wobei man darüber nachdenken kann, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Petermann!

Jens Petermann (DIE LINKE): - welche Definition wir für Terror verwenden. - Ich habe es gesehen, Herr Vorsitzender, danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir können ja noch eine weitere Runde machen; dann hätten Sie wieder die Möglichkeit. - Jetzt sind also die Grünen dran. - Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir geht es wie Frau Högl. Aber bevor Sie wieder enttäuscht sind, Herr Zeuge: Welche Frage hätten Sie denn gerne gestellt?

(Heiterkeit)

Zeuge Joachim Rück: Welche ich gerne gestellt hätte?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wo haben wir Sie noch nicht gefragt, wo Sie auskunftsfähig sind?

Zeuge Joachim Rück: Haben Sie den Eindruck, dass ich mich der Auskunft verweigere?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, überhaupt nicht, im Gegenteil.

Zeuge Joachim Rück: Okay. Nein, das, was ich dazu - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das, was Sie wissen, haben Sie gesagt?

Zeuge Joachim Rück: So meine ich es, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, wir haben dann keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann darf ich fragen, ob die Union noch Fragen hat. - Das ist nicht der Fall. Die SPD? - Auch da sind keine neuen entstanden. FDP? - Nein. Herr Petermann, dann hätten Sie jetzt wieder das Fragerecht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Dann würde ich die Frage, die ich ganz zum Schluss gestellt habe, noch mal kurz - - Also, es ist hier schon öfter auch aufgetaucht die Frage: Was versteht man eigentlich unter Terror in Ihrem technischen Sinne des Begriffes? Weil offensichtlich gibt es da vielleicht auch verschiedene Deutungen. Wann geht Terror bei Ihnen los? Wann werden Sie quasi aktiv, und wann gehen die Alarmglocken an?

Zeuge Joachim Rück: Also, Alarmglocken gehen schon an bei extremistischen Bestrebungen. Die terroristischen Bestrebungen sind eindeutig geklärt im Strafgesetzbuch entsprechend mit der Formulierung, was den § 129 a und jetzt auch b angeht. Aber, wie gesagt, das ist an sich für uns oder war für uns damals - wahrscheinlich auch wie heute - kein Thema, zu sagen: Bei Terrorismus machen wir was und bei Extremismus nicht. Das wäre der falsche Schluss, wenn man das ziehen würde. Im Gegenteil, wir waren aktiv bei der Bekämpfung des Rechts-Extremismus.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, das war es, Herr Vorsitzender!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich stelle fest, es gibt keine weiteren Fragen an den Zeugen.

Herr Rück, dann bedanke ich mich, dass Sie uns heute zur Verfügung gestanden ha-

ben. Sie sind hiermit entlassen. Wie gesagt, das Protokoll bekommen Sie in vorläufiger Fassung übermittelt.

Wir setzen die Beweisaufnahmesitzung unmittelbar fort mit Befragung der Zeugin Baumert.

(Unterbrechung von
19.25 bis 19.40 Uhr)

**Vernehmung der Zeugin
Angelika Baumert**

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir setzen die Beweisaufnahmesitzung fort. Ich begrüße als Zeugin Frau Erste Kriminalhauptkommissarin Angelika Baumert.

Frau Baumert, ich darf Sie zunächst darauf hinweisen, dass von Ihrer heutigen Vernehmung seitens des Bundestages eine Tonbandaufzeichnung gefertigt wird, die aber nicht dafür gedacht ist, archiviert zu werden, sondern lediglich der Erstellung des schriftlichen Protokolls dienend zugutekommen soll. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt worden ist, wird die Aufnahme gelöscht.

Das vorläufige Protokoll geht Ihnen nach Fertigstellung mit der Post zu, und Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen gegebenenfalls Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Die Ladung haben Sie am 28. März 2013 erhalten. Für Ihre heutige Aussage als Zeugin liegt eine Aussagegenehmigung vor seitens des Bundeskriminalamtes; diese datiert vom 26. März 2013.

Vor der Vernehmung habe ich Sie zunächst wie folgt zu belehren: Sie sind als Zeugin geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages unehrlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Ge-

schäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie hierzu Fragen?

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss kurz mit vollständigem Namen, Alters- und Berufsangabe vorzustellen.

Zeuge Angelika Baumert: Gut. Mein Name ist Angelika Baumert, ich bin 57 Jahre alt, seit 1975 beim Bundeskriminalamt, zurzeit Erste Kriminalhauptkommissarin, und da jetzt im Referat ST 17, also PMK-rechts eingesetzt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe das Letzte nicht verstanden; vielleicht können Sie das rechte Mikrofon ein bisschen zu sich herüberziehen. - Also, aktuelle Position ist welche?

Zeugin Angelika Baumert: Ich bin EKHKn, und zwar im Referat ST 17 eingesetzt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. ST 17 ist für die nicht Abkürzungskundigen?

Zeugin Angelika Baumert: Staatsschutz, und bei uns befindet sich zurzeit die EG „Trio“.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay, das ist ja gut zu wissen.

Ich habe Sie gefragt, ob Sie von der im Untersuchungsausschussgesetz vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch machen wollen, sich vor der Vernehmung einleitend zu äußern; das haben Sie verneint. Insofern würden wir jetzt direkt zur Befragung kommen.

Der Ausgangspunkt Ihrer Ladung als Zeugin war seitens des Ausschusses die Tatsache, dass wir im Zuge unserer Arbeit hier im Untersuchungsausschuss auf die sogenannten Heise-Bänder aufmerksam gemacht worden sind. Das sind Abschriften, die uns vorliegen, von Tonbandaufnahmen, die der einschlägig bekannte Rechtsextremist Thorsten Heise sehr wahrscheinlich

ohne Wissen seiner Gesprächspartner gefertigt hat. Und diese Tonbänder sind dingfest gemacht worden im Rahmen einer Durchsuchung bei Herrn Heise, die am 30. Oktober 2007 stattgefunden hat. Können Sie uns vielleicht einleitend hier im Ausschuss berichten, inwiefern und auch in welcher Funktion Sie mit diesem Vorgang befasst gewesen sind?

Zeugin Angelika Baumert: Meinen Sie jetzt das weitere Verfahren danach oder schon auch Durchsuchung?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Zu dem damaligen Zeitpunkt. Also, vielleicht können Sie uns kurz sagen, -

Zeugin Angelika Baumert: 30.10.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - welche Funktion Sie damals ausgeübt haben bzw. inwiefern Sie mit den Bändern befasst gewesen sind.

Zeugin Angelika Baumert: Also, ich war damals, wie gesagt, auch bei der Durchsuchung dabei. Allerdings hatte ich da die Funktion der Sachgebietsleiterin. Der eigentliche Ermittlungsführer war jemand anders. Und - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie waren anwesend bei der Durchsuchung?

Zeugin Angelika Baumert: Ich war bei der Durchsuchung anwesend, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielleicht können Sie uns kurz sagen, was der Anlass der Durchsuchung war.

Zeugin Angelika Baumert: Der Anlass war ein anderes Verfahren, also das Ursprungsverfahren, wie es so schön heißt. Da ging es darum, den Weg von CDs nachzuvollziehen, von der Pressung in Australien über die Lieferung nach Dänemark, hier nach Deutschland hin, und wer dafür verantwortlich gemacht werden könnte und wer als Verantwortlicher halt dafür strafrechtlich zu belangen war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es ging darum, einen Sachverhalt aufzuklären, der etwas zu tun hatte mit illegalen Druckwerken.

Zeugin Angelika Baumert: Das war ein Strafverfahren der StA Frankfurt. Es gab mehrere Beschuldigte darin. Einer war halt auch der Herr Heise. Und da wir in den Ermittlungen nicht mehr so weiterkamen, haben wir uns dann entschlossen, dort zu durchsuchen - es wurde also ausgemacht, es wird durchsucht -, und dabei wurden unter anderem auch diese drei Bänder gefunden. Damals insgesamt sind, glaube ich, 2 100-noch-so-viel Asservate gefunden worden, Einzelasservate.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. - Jetzt können wir den Akten entnehmen, dass die Durchsuchungsmaßnahme, die am 30.10.2007 stattgefunden hat, vom Amtsgericht Frankfurt bereits über zwei Monate vorher, nämlich am 09.08.2007, genehmigt worden war. Was war der Grund für den Zugriff am 30.10. und nicht zu einem früheren Termin?

Zeugin Angelika Baumert: Das waren Planungsschwierigkeiten. Wir mussten natürlich auch noch andere Kräfte herbeiziehen. Das ist ja ein Riesengebäude vom Herrn Heise, was - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie sind leider schwer zu verstehen. Wenn Sie einfach etwas lauter sprechen könnten und etwas langsamer, bitte.

Zeugin Angelika Baumert: Es ist ein Riesengebäude, was der Herr Heise dort hat - das war ein ehemaliges Rittergut -, und dazu brauchte man natürlich auch dementsprechend Einsatzkräfte, die alle herbeigeschafft werden mussten, die also auch geplant werden mussten, und deswegen hat sich das alles verzögert damals.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt also, das war eine logistische Herausforderung?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mit wie vielen Kräften waren Sie da vor Ort, um die Durchsuchung zu bewerkstelligen?

Zeugin Angelika Baumert: Über 100.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Über 100?

Zeugin Angelika Baumert: Meine ich, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. - Waren Sie in einer leitenden Funktion bei der Durchsuchung?

Zeugin Angelika Baumert: Nein. Ich war Durchsuchungskraft.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Durchsuchungskraft. Und was war Ihre konkrete Aufgabe bei der Durchsuchung?

Zeugin Angelika Baumert: Ich habe durchsucht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, na ja, gut. Ich meine, hatten Sie -- Keine Ahnung. Haben Sie den Stall durchsucht oder --

Zeugin Angelika Baumert: Das Büro oben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Büro?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also sind Sie auf die Bänder gestoßen?

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Waren die in dem Raum, den Sie mit durchsucht haben?

Zeugin Angelika Baumert: Das weiß ich jetzt gar nicht mehr genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay, gut. - Jedenfalls wurden also dann diese -- wurden drei Kassetten für ein Diktiergerät sichergestellt. Haben Sie das noch am Tag der Durchsuchung mitbekommen, dass das der Fall war?

Zeugin Angelika Baumert: Nein, also da nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Jetzt bin ich selber nicht Kriminalist. Also,

man -- Das BKA führt also mit Unterstützungskräften die Durchsuchung durch. Wie geht es dann weiter? Dann werden die sichergestellten Unterlagen oder Materialien in Wiesbaden aufgereiht und registriert, oder wie ist das? Oder wird das vor Ort gemacht?

Zeugin Angelika Baumert: Nein, es wird vor Ort eine Asservatenliste gefertigt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Wo man was gefunden hat?

Zeugin Angelika Baumert: Ja. Und dann werden halt die Asservate mitgenommen. Wir haben sie nach Meckenheim verbracht, weil wir in Meckenheim sitzen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeugin Angelika Baumert: Und dort findet dann erst mal eine Grobsichtung auch statt, und die Asservatenliste -- Es wird eine Feinasservierung erfolgen, weil manche Sachen halt vor Ort nicht direkt so fein asserviert werden konnten, und da wird dann natürlich auch aufgeteilt, was halt jetzt direkt beim Verfahren bleibt, und halt die ganzen Zufallsfunde wurden dann aussortiert sozusagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer war denn zuständig für die Entscheidung, was wann von den Asservaten ausgewertet wird?

Zeugin Angelika Baumert: Der Verfahrensführer damals.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Das war wer?

Zeugin Angelika Baumert: Der KOK Neumann. Damals war er noch KOK, hinterher war er KHK.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Waren Sie beteiligt an dem Prozess, oder was war Ihre Aufgabe dann nach der Durchsuchung?

Zeugin Angelika Baumert: Wir haben angefangen dann, also die Asservate auszuwerten danach.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Nun können wir den Unterlagen entnehmen,

dass diese drei Kassetten erst im Mai 2009, das heißt anderthalb Jahre nach der Durchsuchung, dahin gehend ausgewertet wurden, dass man den Inhalt verschriftlicht hat.

Zeugin Angelika Baumert: Ja. Das lag daran: Wir haben erst mal aufgeteilt. Das waren die Zufallsfunde über die 2 100 CDs. Die kamen in ein Verfahren rein. Da wurde halt von Amts wegen Anzeige erstattet wegen § 130, also Volksverhetzung. Dann gab es Waffenfunde. Die kamen in ein anderes Verfahren rein, auch als Zufallsfund. Da wurde auch Anzeige erstattet von Amts wegen. Beide Verfahren kamen zu uns. Die wurden als Erstes sozusagen abgearbeitet. Und nach der Durchsuchung konnte dann auch erst mal eine Vielzahl von Vernehmungen erfolgen. Wir haben also erst mal noch Zeugen vernommen, also aus dem näheren Umkreis vom Herrn Heise, ehemalige Lebensgefährtinnen und Bekannte von ihm, zu dem ganzen Sachverhalt. Das zog sich so von Dezember bis Mitte 2008 hin.

Zwischenzeitlich hatte man dann festgestellt, dass man also auch in Dänemark Haftbefehle vollstrecken wollte und auch Durchsuchungsmaßnahmen anberaumt hatte, und in dem Zuge wurde dann halt auch der Restbestand zum Herrn Heise -- Weil sich bei den Durchsuchungen und bei der Zeugenvernahme und Finanzermittlungen, die durchgeführt wurden, also die Beweislast sich nicht konkretisiert hatte, wurde das Verfahren abgetrennt zu ihm und an die Staatsanwaltschaft Mühlhausen abgegeben. In dieses Verfahren wurden alle restlichen Asservate hineingegeben; die wurden in dem Zuge dann weiter ausgewertet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was war denn die damalige Einschätzung der Relevanz von Herrn Heise innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Deutschland? Galt er da ausschließlich als jemand, der im Bereich Musik eine Rolle spielte?

Zeugin Angelika Baumert: Ja. Für uns ging unser Verfahren halt in den Bereich Musik, und dafür war er uns natürlich relevant. Aber wir konnten halt leider nicht viel mehr an ihn ranbringen, dass wir also sagen konnten: Jawohl, wir lassen ihn in dem Ursprungsverfahren und versuchen, ihn da mit aburteilen zu lassen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, gut, also, ich meine, ich kann das nachvollziehen: Sie veranlassen die Ausstellung des Durchsuchungsbefehls auf der Grundlage, dass Sie die Annahme haben, dass Herr Heise im Bereich der Produktion von in Deutschland illegalen Musiktiteln involviert ist. Sie finden bei der Durchsuchung die CDs, die Sie gefunden haben. - Aber Sie haben ja auch Waffen gefunden. Können Sie uns kurz sagen aus Ihrer Erinnerung, was das für Waffen waren, also Art der Waffen und auch Stückzahl?

Zeugin Angelika Baumert: Das war eine Pistole Browning - das war allerdings ein schon etwas älteres Modell -, dann Teile einer Maschinenpistole - das war eine Uzi, allerdings fehlten noch der Lauf und das Magazin. Kartiergutachten haben hinterher ergeben, dass diese Maschinenpistole aus Einzelteilen von anderen Maschinenpistolen zusammengesetzt worden war, also keine so gefertigte, und es war ein altes Maschinengewehr so aus dem Ersten Weltkrieg, das als Dekowaffe umgebaut worden war. Allerdings gab es da auch dann Schwierigkeiten, weil zwar der Lauf verschweißt war, aber nicht so, dass er halt nicht mehr ausgewechselt werden konnte. Zwischenzeitlich waren also Gesetzesänderungen da, dass das also sein müsste, und da gab es jetzt darum halt -- Darf die Waffe jetzt eingezogen werden oder nicht? - Das waren diese drei Waffen, die gefunden worden waren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es war eine funktionsfähige Schusswaffe darunter?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das sehe ich richtig. - War Ihnen damals bekannt, dass Herr Heise auch außerhalb seiner geschäftlichen Aktivitäten, was den rechtsextremen musikindustriellen Bereich betrifft, wichtiger, maßgeblicher Aktivist der Neonaziszene grundsätzlich gewesen ist?

Zeugin Angelika Baumert: Also, uns war bekannt, dass er Mitglied der NPD war und dort auch im Bundesvorstand saß und dann sich halt auch im Bereich Thüringen, Landesbereich Thüringen, sehr eingesetzt hat und dass er in früheren Zeiten halt auch eine Kameradschaft sozusagen geführt hat dort.

Vorsitzender Sebastian Edathy: War Ihnen damals bekannt, dass 1998 drei Rechtsextremisten in Jena untergetaucht sind, bei denen man in einer von ihnen angemieteten Garage Rohrbomben mit ungefähr 1,5 Kilogramm TNT gefunden hatte?

Zeugin Angelika Baumert: Zum Zeitpunkt der Durchsuchung? Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Jetzt kann ich nachvollziehen, dass man sagt: Okay, wir suchen nach seinen Verwicklungen in die Tonträgerherstellung, wir finden CDs. - Das hat Sie ja wahrscheinlich auch bestätigt in der Vermutung, dass da was gelaufen ist in der Hinsicht. Aber Sie finden - das ist ja schon dann klar gewesen unmittelbar nach der Durchsuchung - - Sie finden - - Ja, wie war das eigentlich? Waren diese drei Diktiergerätekassetten - - Lagen die separat neben dem Diktiergerät, oder lagen zwei separat daneben und eine war noch im Gerät drin? Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeugin Angelika Baumert: Also, da ich sie nicht gefunden habe, kann ich das einfach nicht sagen. Aber nach der Asservatennummer zu urteilen, lagen sie auf einem Sideboard oder irgend so was.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeugin Angelika Baumert: Ich weiß es jetzt nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sind eigentlich auch Rechner oder Festplatten dingfest gemacht worden?

Zeugin Angelika Baumert: Ja, die sind auch sichergestellt worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sind die auch erst anderthalb Jahre später ausgewertet worden?

Zeugin Angelika Baumert: Nein. Man hat erst mal den PC gespiegelt, um den halt dann wieder aushändigen zu können, weil halt Herr Heise moniert hat, dass natürlich seine ganze Buchführung und alles auf diesem PC ist und er den halt für seinen Vertrieb weiter benutzen wollte. Der PC selbst ist wieder ausgehändigt worden. Aber dann ist halt der Inhalt ausgewertet worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Also, das ist ja sehr freundlich gewesen, dass Herr Heise da wieder arbeitsfähig gemacht wird in überschaubarer Zeit. Wurde denn sozusagen das, was dann kopiert worden ist - - Ich habe das jetzt so verstanden, dass man den Inhalt, was auf dem Rechner gespeichert war, kopiert hat.

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist das denn zeitnah - - Also, ist das sozusagen zeitgleich zur Rückgabe des Rechners an Herrn Heise dann auch ausgewertet worden, oder hat man sich mit der Auswertung auch Zeit gelassen?

Zeugin Angelika Baumert: Das ist auch etwas später erfolgt, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie das eingrenzen?

Zeugin Angelika Baumert: Müsste 2008 auch gewesen sein. - Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, noch mal: Die Durchsuchung war am 30.10. Von den Bändern wissen wir - - Also 30.10.2007. Von den Bändern wissen wir, dass sie erst im Mai 2009 ausgewertet worden sind. Aber vor Mai 2009, Ihrer Erinnerung nach, wurden die Inhalte dessen, was auf dem Rechner war, ausgewertet?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mich erstaunt das insofern, weil man - - Also, ich sage mal: Wenn ich ein Diktiergerät finde, oder ich finde Aufnahmekassetten - - Das ist ja kein wirklich großer Aufwand - ich glaube, die hatten eine Länge von maximal 60 Minuten pro Stück -, da mal reinzuhören, ob sich aus dem Inhalt etwas Relevantes ergeben könnte. Können Sie mir begründen, warum man sich damit so lange Zeit gelassen hat?

Zeugin Angelika Baumert: Solche Diktiergeräte sind nicht geeignet, um halt jetzt Inhalte von CDs aufzunehmen, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ach so.

Zeugin Angelika Baumert: - dass ich die halt für die weitere Produktion gebrauchen könnte. Also kam das in den Bereich rein, der für das Verfahren jetzt im Moment nicht das Wichtigste war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Frau Baumert, es hätte ja auch, selbst wenn man so eng denken sollte - also, man guckt jetzt nur nach dem Thema Produktion von illegalen CDs -, dann hätte es ja auch sehr gut sein können, dass sich da irgendwelche Geschäftsbesprechungswiedergaben hätten finden lassen können auf diesen Kassetten.

Zeugin Angelika Baumert: Also, so haben wir es nicht gesehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Das heißt, es hat wirklich niemand vor Mai 2009 mal da reingehört?

Zeugin Angelika Baumert: Ich wüsste es nicht, nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist Ihnen der Auswertungsvermerk zu diesen drei sichergestellten Bändern des BKA vom 4. Mai 2009 bekannt?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist er Ihnen damals zeitnah bekannt geworden?

Zeugin Angelika Baumert: Zu dem Zeitpunkt der Erstellung, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer hat denn - - Waren Sie selber beteiligt an der Erstellung?

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das waren Kollegen?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und die haben dann diese Abschrift gefertigt, und die ist Ihnen vorgelegt worden?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Warum ist die Ihnen vorgelegt worden, in welcher Funktion?

Zeugin Angelika Baumert: Weil ich zwischenzeitlich das Verfahren übernommen hatte, die Ermittlungsführung. Der eigentliche Verfahrensführer ist ausgestiegen, er hat das Referat verlassen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wann war das?

Zeugin Angelika Baumert: Das war September 2008.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie waren ab September 2008 zuständig für die Verfahrensführung?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie selber die Auswertung der drei Kassetten angewiesen?

Zeugin Angelika Baumert: Wir hatten diese Kassetten zwar da so liegen, die anderen Asservate auch. Da andere Verfahren halt mehr priorisiert worden waren und halt die ganzen Auswertungen dort noch erfolgten, wurden halt diese Asservate immer nur dann halt ausgewertet, wenn Zeit war. Also hat sich jeder, der also sagen kann: „Ja, gut, ich kann noch mal eben ...“, ein Asservat genommen. Zumal zu dem Zeitpunkt schon feststand, dass also bei dem Verfahren selbst wohl nichts rumkommen würde, wurde das halt dann nicht so hoch eingeschätzt; dann zogen halt andere Verfahren vor.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Also, Sie stellen drei Tonbänder sicher bei einer Durchsuchung bei einem der führenden Neonazis und NPD-Aktivisten in Deutschland, im Herbst 2007, und erst im Mai 2009 kommt man auf die Idee, obwohl diese Maßnahme vielleicht zwei Stunden Zeit in Anspruch genommen hätte, kommt man erstmals auf die Idee, sich diese Bänder anzuhören?

Zeugin Angelika Baumert: Ja, weil da erst Zeit war, das zu tun.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Finden Sie das auch im Rückblick angemessen?

Zeugin Angelika Baumert: Ich hätte gern mehr Leute gehabt, die das machen könnten. Dann wäre es wahrscheinlich auch schneller gegangen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt gehe ich davon aus, dass die Auswertung einer durchschnittlichen Festplatte ein Vielfaches an Zeit in Anspruch nehmen dürfte, als sich das anzuhören, was auf so einem Diktiergerätenband zu hören ist.

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So, also jedenfalls im Mai 2009 wird das dann verschriftlicht, was auf den Bändern sich befindet. Und was ist dann? Sie haben das zur Kenntnis bekommen?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie sich das auch komplett durchgelesen?

Zeugin Angelika Baumert: Ich werde es überfliegen haben, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Baumert, haben Sie es komplett durchgelesen, -

Zeugin Angelika Baumert: Ich habe es gelesen, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - oder haben Sie es überfliegen?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich auch im Lichte der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses vorstellen, was uns bei diesen Abschriften ins Auge gefallen ist?

Zeugin Angelika Baumert: Wahrscheinlich der Name Mundlos, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Auch, nicht nur. Haben Sie sich die Abschrift noch mal angeschaut jetzt im Vorfeld Ihrer heutigen Zeugenvernehmung?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Einer der - - Teilen Sie eigentlich meine Einschätzung, dass die Gesprächspartner von Herrn Heise, die Gespräche, die aufgezeichnet worden sind, dass das ohne Wissen der Gesprächspartner aufgenommen wurde?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Davon ist auszugehen?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weshalb man ja wahrscheinlich davon ausgehen kann, dass die Gesprächspartner von Herrn Heise die Annahme hatten, das ist ein vertrauliches Gespräch, was die führen?

Zeugin Angelika Baumert: Gehe ich mal von aus.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das wäre dann die - -

Zeugin Angelika Baumert: Ich kann es nicht beurteilen; ich war nicht dabei.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das wäre die Schlussfolgerung. - Frau Kollegin Högl hat eine Zwischenfrage.

Dr. Eva Högl (SPD): Das passt ganz gut an diese Stelle. - Schönen guten Abend!

Zeugin Angelika Baumert: Guten Abend!

Dr. Eva Högl (SPD): Ich wollte fragen: Wieso ist dann eigentlich nicht ermittelt worden? Also, das ist ja eine Straftat: Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes.

(Zuruf: § 201!)

- § 201 StGB, ganz genau. Vielen Dank.

Zeugin Angelika Baumert: Das weiß ich jetzt auch nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber das hätte doch nahegelegen, oder?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Sie haben ja auch geschildert, dass Sie bei den Waffen Strafverfahren gemacht haben, bei den CDs usw. Haben Sie eine Erinnerung, warum das hier nicht gemacht wurde?

Zeugin Angelika Baumert: Vor allen Dingen, weil wir halt auch nicht sagen konnten, wann jetzt genau überall die Gespräche waren usw., und für uns war der Inhalt nicht wichtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber wenn man sich die Abschrift der Aufnahmen anschaut, stellt man ja unter anderem fest, dass Herr Heise ein Gespräch geführt hat mit Tino Brandt. Hat Ihnen der Name Tino Brandt etwas gesagt?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was hat denn der Name Ihnen gesagt?

Zeugin Angelika Baumert: Ich habe was von früher gehört: dass er also V-Mann gewesen sein soll - er hatte sich, glaube ich, auch geoutet und so - und dass er auch aus der rechten Szene stammte dort in dem Bereich und dort halt auch früher eine quasi führende Position gehabt hatte, im Bereich Thüringen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war Ihr Wissen von 2007, oder wie, oder von 2009, als die Bänder ausgewertet worden sind?

Zeugin Angelika Baumert: Ja. Das hat man schon so nebenbei gehört.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, das war Ihnen damals bekannt?

Zeugin Angelika Baumert: Aber wann ich das jetzt genau gehört habe, weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte?

Zeugin Angelika Baumert: Wann ich das jetzt genau gehört habe, weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich frage das noch mal, Frau Baumert, mit der

Bitte, entweder zu sagen, das ist Ihnen nicht ganz klar, oder, das war so: Als Sie die Abschrift der Bänder gesehen haben und man davon ausgehen konnte, eines der Gespräche hat Herr Heise mit Herrn Brandt geführt, haben Sie damals, als Sie diese Abschrift gesehen haben, 2009, gewusst, wer Herr Brandt ist?

Zeugin Angelika Baumert: Ich weiß, er gehörte zu - - Ich habe es irgendwann mal gehört, aber wann das jetzt war, weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Brandt spricht in dem Gespräch mit Herrn Heise von einem Trio. Haben Sie damit was anfangen können?

Zeugin Angelika Baumert: Zu dem Zeitpunkt nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte?

Zeugin Angelika Baumert: Mit dem Begriff Trio an sich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will mal einen Vorhalt machen aus der Abschrift. Das ist MAT A GBA-12, Blatt 30. Da sagt Tino Brandt:

Keine Ahnung ... vielleicht ham die auch in ... in Richtung damals äh ... der drei [...] verschwundenen Jenarem gedacht, äh ... dass der Thüringer Heimatschutz [...] der legale Arm einer Terrorbewegung werden könnte [...]

Und dann auf derselben Seite etwas später:

Ich glaube eben, die haben äh ... äh, in der Zwischenzeit andere Sachen machen müssen äh, um sich über Wasser zu halten und äh ... dadurch äh, gab's ... neue [...] Verjährungsfristen [...]

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Heißt das jetzt, dass das „äh“ im Original ist?)

- Ja, das „äh“ ist im Original; das ist nicht von mir.

Ich sage nur, Frau - -

(Abg. Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
meldet sich zu Wort)

- Herr Ströbele, was möchten Sie jetzt?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine kurze Frage, weil das hier eine Option sein könnte: Haben Sie eine Abschrift damals der ganzen Bänder gehabt -

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder nur einen Auszug?

Zeugin Angelika Baumert: Nur diesen Auszug.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur den Auszug, der hier drin ist, -

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ein paar Seiten?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben nicht den ganzen Wortlaut gehabt, sondern praktisch so einen Vermerk darüber?

Zeugin Angelika Baumert: Nur das, was halt auf diesem Zettel stand, dass es also um halt NPD-Politik ging, dass halt hier versucht wurde, halt - - Aber - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, war Ihnen diese Passage damals bekannt?

Zeugin Angelika Baumert: Wenn es auf diesem Auszug so stand, dann kenne ich den.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht da nicht! - Weiterer Zuruf: Das andere ist vom Mai!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt höre ich gerade, dass - - Die erste Abschrift war ja nicht vollständig, ja. Sehe ich das richtig? Warum war die nicht vollständig?

Zeugin Angelika Baumert: Es sollte halt nur festgelegt werden, was ist ungefähr auf den Bändern drauf, dass man sagen kann:

Müssen wir jetzt halt von bestimmten Teilen Leseabschriften machen oder nicht?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Wer hat denn - -

Zeugin Angelika Baumert: Das war im Rahmen unseres Verfahrens.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer waren denn die Mitarbeiter genau, die die Bänder abgehört haben?

Zeugin Angelika Baumert: Das war eine Angestellte bei uns, die halt Hilfskraft bei uns gemacht hat und bei der Auswertung geholfen hat, als Auswertekraft.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was hatte die für eine Qualifikation?

Zeugin Angelika Baumert: Wie bitte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was hatte die für eine Qualifikation?

Zeugin Angelika Baumert: Die war zum Teil Auswertekraft bei uns.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte?

Zeugin Angelika Baumert: Zum Teil war sie Auswertekraft bei uns, zur Unterstützung der Auswertung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, sie war mehr als reine Schreibkraft?

Zeugin Angelika Baumert: Nein, Schreibkraft ist sie nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Ist das eine Kriminalistin gewesen?

Zeugin Angelika Baumert: Nein, Kriminalistin auch nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: War das eine Frau mit Expertise aus dem Bereich Rechtsextremismus, Staatsschutz?

Zeugin Angelika Baumert: Nein. Sie sollte halt, wie gesagt, nur aufschreiben, was auf dem Band so ungefähr ist, was sie gehört hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber, Frau Baumert, Sie haben zur Auswertung kommen lassen Tonbänder, die Sie bei einem führenden Neonazi gefunden haben. Setzt das denn nicht voraus - wenn Sie jemanden beauftragen, die Inhalte abzuhören - für eine zutreffende, fundierte Bewertung, was von den Inhalten relevant sein könnte, dass sich die Beauftragte oder der Beauftragte oder die Beauftragten, die diese Bänder sich anhören, auch in einer Position befinden, in der sie bewerten können, was da relevant sein könnte?

Zeugin Angelika Baumert: Es war ihre Aufgabe, halt einfach aufzuschreiben, was sie hören, was sie sagen kann: Was für Themen werden behandelt, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeugin Angelika Baumert: - wird was von CD-Produktion erzählt, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeugin Angelika Baumert: - wird was von Geldfluss erzählt, zu halt Dänemark hin? Alles in Bezug auf das Verfahren, und ansonsten halt nur kurz darzustellen, was drauf ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt - - Also, ich will das jetzt, ohne da zynisch werden zu wollen, Frau Baumert - - Aber heißt das, wenn ich als Rechtsextremist bei mir Tonbänder in der Wohnung liegen habe, die beinhalten, dass ich mit einem Gesprächspartner über Terrorismus und wegen Bombenbaus gesuchte Straftäter diskutiere, dass die Wahrscheinlichkeit, dass das irgendjemand auch im BKA zur Kenntnis nehmen könnte, relativ gering ist, wenn man mich verfolgt, bei mir durchsucht wegen Tonträgerproduktion?

Zeugin Angelika Baumert: Na ja, also, wir haben die Bänder 2007 gesichert und 2009 ausgewertet. Da waren die ja gar nicht mehr gesucht.

(Zuruf: Wie bitte?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Baumert hat gesagt, 2009 seien die drei ja gar nicht mehr gesucht gewesen. Nun hätte aber sicherlich eine Recherche, die man

bezüglich von drei verschwundenen Jenaern veranlasst hätte, mit dem Bezug einer Aussage von Tino Brandt und mit Bezug auf den „Thüringer Heimatschutz“, doch sehr schnell zutage gefördert, worum es da inhaltlich ging bei dem Gespräch.

Zeugin Angelika Baumert: Wahrscheinlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und in dem Gespräch ist dann weiterhin von der Sache, dass diese drei Leute aus Jena inzwischen Dinge täten, die möglicherweise zu neuen Verjährungsfristen hätten führen können - -

Zeugin Angelika Baumert: Das hätte ein Bankraub sein können, natürlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Wenn das jemand abgehört hätte, der Ahnung gehabt hätte, oder?

Zeugin Angelika Baumert: Also, vom Text her, hinterher -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte?

Zeugin Angelika Baumert: - hätte das auch nicht viel mehr für die gebracht. Es wird ja nicht direkt, explizit erzählt, was die jetzt genau gemacht haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein. Offenkundig sollen sie aber Sachen gemacht haben, die Verjährungsfristen, was die Fahndung betrifft, hätten verändern können. Was könnte das wohl sein? Betteln auf der Straße?

Zeugin Angelika Baumert: Nein, das hätte ein Bankraub sein können. Aber dann hätten wir den zuordnen können müssen. Das konnten wir nicht. Er kann jeden Zeitpunkt gemeint haben, also von den ihrem Abtauchen - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Baumert, finden Sie, Sie sind damals angemessen mit der Auswertung dieser Tonbänder umgegangen? Finden Sie das allen Ernstes?

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sondern?

Zeugin Angelika Baumert: Aber es ist einfach an das Verfahren angegliedert worden, weil da nichts mehr zu holen war. Es wurde halt nur noch zugesehen, dass die Verfahren, die Asservate durchkamen. Wenn also noch irgendwas gefunden worden wäre für unser Verfahren, hätten wir es natürlich ausgewertet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich bin etwas überrascht, dass das die Arbeitsweise der zentralen kriminalistischen Behörde des Bundes sein soll.

Zeugin Angelika Baumert: Ja, ich hatte mein Verfahren, das ich irgendwie abarbeiten muss, das ich also bearbeiten muss.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aha.

Zeugin Angelika Baumert: Und ich hatte andere Verfahren, die halt höherwertiger waren, die also aktueller waren. Wir hatten ja im August halt tatsächlich in Dänemark die Festnahmen gemacht und auch die Durchsuchung. Und da saßen jetzt Leutchen ein, da lief die Rechtshilfe, die kam auch Anfang 2009, und da mussten wir halt zusehen, dass wir diese Asservate eher ausgewertet kriegen, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie suchen - -

Zeugin Angelika Baumert: - und die standen halt zurück.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie suchen nach Verantwortlichen für eine illegale Tonträgerproduktion. Sie stellen bei der Gelegenheit Bänder sicher. Auf einem der Bänder fällt das Stichwort Terrorismus. Das ist aber für Sie nicht relevant, weil Sie ja kein Terrorismusverfahren führen, sondern klären wollen, wer diese illegalen Tonträger herstellt. Sehe ich das richtig?

Zeugin Angelika Baumert: Also, ich glaube, der Begriff Terrorismus -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte?

Zeugin Angelika Baumert: - ist auf diesem Zettel nicht genannt, oder? Wüsste ich jetzt nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hätte man damals die drei Bänder verschriftlicht, hätte man Herrn Brandt wiedergegeben gefunden mit folgenden Aussagen - ich sage es auch noch mal -:

[...] vielleicht ham die auch in ... in Richtung damals äh ... der drei ... ääähhh ... verschwundenen Jenarern gedacht, äh ... dass der Thüringer Heimatschutz die äh [...] der legale Arm einer Terrorbewegung werden könnte [...]

„Terrorbewegung“ hat etwas mit Terrorismus zu tun, würde ich mal sagen.

Zeugin Angelika Baumert: Ja, aber die haben auch gesagt „angedacht“, oder? Es war dem seine Meinung. Ob das jetzt wirklich so gewesen ist, das weiß ich dann halt auch nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber man hätte dem ja mal nachgehen können; aber es ging ja um CDs und nicht um „Terrorbewegung“. Ist das so?

Zeugin Angelika Baumert: Im Rahmen meines Verfahrens habe ich so gearbeitet, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Und dass der Herr Heise in einem Gespräch mit einer anderen Gesprächsperson gesagt hat oder angedeutet hat, dass er mit dem Geld, das er in der Musikindustrie verdient, sich Waffen beschafft habe, haben Sie das zur Kenntnis genommen damals? Oder spielte das auch keine Rolle, weil es da ja nicht um CDs ging, sondern um Waffen?

Zeugin Angelika Baumert: Erstens war es ziemlich alt, das Gespräch. Es war von D-Mark die Rede und so, und wir hatten mehrfach durchsucht nach Waffen. Und wahrscheinlich habe ich es auch so überlesen in der Masse.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Überlesen?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ich meine, das Gespräch war nicht mehr ganz frisch. Wenn man es erst anderthalb Jahre später auch sich anschaut, was auf den Bändern ist, ist das irgendwie zwangsläufig so. Das war aber irgendwie - -

Ja, ich bin ein wenig sprachlos und schlage vor, dass jetzt die Fraktionen ihre Fragen stellen. Den Anfang macht die CDU/CSU-Fraktion in Person des Kollegen Binnerer. - Bitte.

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Erlauben Sie eine Vorabfrage des Kollegen Ströbele?

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Eine Zwischenfrage vorneweg? Immer!

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Namen, die da auftauchten, waren ja auch ganz andere, also jedenfalls in der Schreibform. Frau Beate hieß „Schädler“ oder „Schäder“.

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

(Clemens Binnerer (CDU/CSU): Schäfer!)

- „Schäfer“. Also, das waren nicht unsere Namen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber es ist schon die Rede von drei Verschwundenen aus Jena, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das kann ich selbst, wenn überhaupt keine Namen, nicht mal fonetisch vergleichbare Namen - - Also, „Mundlos“ kommt vor übrigens, genau in der richtigen Schreibweise.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, „Mundlos“ kommt vor, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber der Kontext hätte ja durchaus hinreichend Anlass gegeben - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich, natürlich; ich gebe

Ihnen ja recht. Man hätte die ganzen Bänder anhören müssen, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, sicher.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - irgendeine Fachfrau oder ein Fachmann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Allerdings.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja klar. Ich wollte das nur sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binnerer hat das Fragerecht. - Bitte.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Frau Baumert, noch vorneweg ein paar grundsätzliche Fragen zu Ihrem Aufgabengebiet: ST 14, glaube ich, ja?

Zeugin Angelika Baumert: Damals war es ST 14.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Ja. Wie viele Mitarbeiter waren Sie da in diesem Bereich? Und Ihr Aufgabengebiet war Rechtsextremismus?

Zeugin Angelika Baumert: Ja. Also, für alle Verfahren sieben bei uns.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Für alle Rechtsextremismusverfahren, die im BKA - -

Zeugin Angelika Baumert: Nein, den Komplex Heise, also das Ausgangsverfahren, die vier abgetrennten - - Also, vier Verfahren gegen Heise. Dann gab es noch vier weitere Verfahren, die auch in diesen Bereich mit reinspielten. Das war also der Bereich.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): War bei Ihnen im Referat auch der Herr Brümmerdorf, den wir schon hier hatten als Zeugen?

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Wo war der? Weiter weg von Ihnen oder - -

Zeugin Angelika Baumert: Das weiß ich jetzt nicht, in welchem Referat der war. Aber er war nicht bei uns.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da gab es auch keine Berührungspunkte?

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Hatten Sie Berührungspunkte im Rahmen Ihrer alltäglichen Arbeit mit ähnlichen Referaten oder Sachgebieten in anderen Landeskriminalämtern, also dass man da mal einen Kontakt hat? Ich meine, wenn Sie ein Verfahren haben, müssen Sie ja immer in ein Bundesland gehen, -

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - zwangsläufig, und da gibt es ein örtlich zuständiges LKA und eine örtlich zuständige Polizei, und dann - -

Zeugin Angelika Baumert: Natürlich. Man wendet sich an das örtliche, also das zuständige LKA. Die kriegen zumindest auch mitgeteilt, dass halt Durchsuchungsmaßnahmen anstehen. Es werden ja auch dazu meistens noch Verbindungsleute gestellt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Waren die Thüringer hier dabei?

Zeugin Angelika Baumert: Ich meine, ja. Das weiß ich aber nicht genau, weil damals war es noch nicht mein Zuständigkeitsbereich. Deshalb weiß ich nicht, wen er alles angesprochen hat, der Kollege.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der, der das geleitet hat, weil Sie es nicht geleitet haben?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich meine, ungeachtet dessen, dass - das fiel mir auf - offenkundig ein Berufsanfänger, der hier mit der ersten Auswertung betraut war und dann eben - - Dem sehe ich es noch nach, weil er mit den Begriffen, die 98 bis 2000 vielleicht aktueller waren, nichts anfangen

konnte und dann zwar aufführt^{*}: „Nachfolgende Begriffe und Namen werden genannt“, und dann kommt Wohlleben, dann kommen „KAPPKE“, „BÖHNISCH“, „ROSENMANN“ und dann eben „Beate SCHÄFER (oder) SCHÄDLER“, in Klammern „phonetisch“, weil er es nicht richtig versteht, „Uwe (oder) Udo MUNDLOS“, in Klammern „phonetisch“, was auch ein Zeichen dafür ist, das könnte auch ein bisschen anders heißen, und „Udo BÖHMER“, „phonetisch“. Es ist klar, wer gemeint ist: Uwe Böhnhardt. Die „letztgenannten 3 Personen seien verschwunden“, also Schäfer, Mundlos und Böhmer sind verschwunden.

Da hier aber offenkundig ja über Dinge in Thüringen geredet wird: Wäre es da nicht - ich meine, vielleicht macht man das alles nicht mehr - das Einfachste der Welt gewesen, zu sagen, wenn zwei führende Neonazis sich miteinander unterhalten und in dem Gespräch solche Leute auftauchen: Wir schicken es einfach als Erkenntnismitteilung an das LKA Thüringen, mit der Bitte: Aufgetaucht. Können Sie was mit diesen Namen anfangen? - Hat man das mal gemacht?

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Macht man das überhaupt?

Zeugin Angelika Baumert: Im Normalfall, wenn das Asservat als wichtig angesehen wird, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das Asservat hätten Sie ja gar nicht mitschicken müssen - die Diktierkassetten können Sie ja behalten -, aber den Auswertetext. Würde man es heute machen?

Zeugin Angelika Baumert: Ja, unter den Umständen wahrscheinlich ja.

(Zuruf: Immer!)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann fiel mir auf, dass bei diesen Asservaten auch ein Adressbuch gefunden wurde.

Zeugin Angelika Baumert: Es wurden mehrere gefunden.

^{*} Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BKA-2/46, Blatt 116.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. Das erhält aber auch einen lapidaren Vermerk: „Fürs Verfahren nicht von Bedeutung“, was ich sogar noch für zutreffend halte. Es ging ja da um was anderes. Aber auch da kann ich nicht erkennen, ob man dieses Adressbuch einfach als Kontakt oder Netzwerk zumindest mal ausgewertet hat und versucht hat, auch hier wieder örtlich zuständige Dienststellen mit einzubeziehen, sondern da, glaube ich, lautete die Bewertung: Adressen sind irgendwie schon alt und fürs Verfahren ja nicht von Bedeutung, also machen wir einen Haken daran.

Ich habe es jetzt einmal durchgeblättert und bin prompt auf eine Nummer in Stuttgart gestoßen, die heute hier auch schon mal eine Rolle gespielt hat. Wenn man einmal durchblättert!

Zeugin Angelika Baumert: Für uns hat es keine Rolle gespielt in dem Moment. Wir konnten es also in unserem Verfahren nicht - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, ich erwarte keine hellseherischen Fähigkeiten von Ihnen. Ich will wissen, ob man nicht eine Arbeitsroutine sich angewöhnen kann, wo man sagt: Wenn wir Daten finden, wenn wir Informationen finden über Namen, über Netzwerke, über andere Neonazis - - ob man nicht ein Arbeitsverfahren entwickeln kann, bei dem sichergestellt ist, dass, wenn Sie nichts mit den Informationen anfangen können, was ich Ihnen in dem Moment gar nicht vorwerfe - - aber zumindest sicherzustellen, dass andere Behörden, die zuständig sein könnten, die näher dran sind - die Thüringer, wer auch immer -, diese Informationen zumindest zur Bewertung erhalten. Oder ist das so abwegig, was wir uns da vorstellen?

Zeugin Angelika Baumert: Abwegig wahrscheinlich nicht, nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Abwegig nicht, aber gemacht wird es halt auch nicht?

Zeugin Angelika Baumert: Es war bei uns einfach ein Zeitproblem, muss man ganz ehrlich sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): So. Jetzt war es damals nicht das Hauptproblem.

Aber was uns wirklich ein bisschen geärgert hat: Unser Ermittlungsbeauftragter hat diesen Vorgang gefunden, und zwar nach dem 4. November 2011. Während die halbe Republik nach den Namen Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe sucht, findet das BKA in seinem Aktenbestand nichts, aber der Herr Heintschel-Heinegg findet es, und dann landete diese Vorauswertung bei uns. Und dann haben wir ja darauf gedrängt: „Wir hätten es gern einmal richtig ausgewertet“, und dann waren es ja die, glaube ich, 90 Seiten oder was das sind. Haben Sie dafür eine Erklärung, warum man es da, sage ich mal, auch nach dem 4. November 2011 nicht gefunden hat? Gut, Sie waren dort nicht mit der Suche beauftragt. - Herr Germano, haben Sie eine Idee? Lag es in der Rewe-Tüte? - Nein.

(Zuruf des KOR Mario Germano
(BKA))

- Ja, klar.

KOR Mario Germano (BKA): Also, wir haben nach dem 04.11.2011 uns Gedanken gemacht, wie wir halt eben entsprechend die im BKA vorhandenen Unterlagen, digitalen Daten etc. auswertbar machen, um entsprechende Vermerke halt eben auch wiederzufinden. Ein entsprechender Vermerk, also der Vermerk, den Sie jetzt angesprochen haben, ist nicht personenbezogen abgelegt gewesen, sondern halt eben in dem Verfahren abgelegt gewesen. Das heißt, wenn man nicht gewusst hätte, dass er dort ist, hätte man ihn auch nicht finden können. Zu diesem Zwecke sind bei uns sämtliche Daten digitalisiert worden, auch mit dem Zweck, nachher halt die Recherche für uns zu ermöglichen und halt eben auch für den Ermittlungsbeauftragten zu ermöglichen.

Das Dateneinlesen - also wir haben, glaube ich, bis 600 000 Blatt Papier einlesen lassen durch Scan-Kräfte -: Das hat gedauert bis Ende Spätsommer 2012. Und somit war eigentlich vorher gar nicht die Möglichkeit gegeben, eine entsprechende Recherche durchzuführen. Herr Heintschel-Heinegg hat genau die gleiche Recherche durchgeführt, die wir dann auch durchgeführt haben, nämlich mit den Namen und halt eben bestimmten Schlagworten in den dann digital verfügbar gemachten Daten zu recherchieren. Von daher war es leider ein Zeitproblem.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Er hat vorher quasi gesucht. Sie mussten es erst

mal aufbereiten elektronisch, damit man überhaupt suchen kann, dann war es aufbereitet, und dann war Heintschel-Heinegg schon da und hat gesucht - quasi, bevor Sie überhaupt mal eine erste Chance hatten - in diesen Sachakten, die ja dann digitalisiert waren. Habe ich es so richtig verstanden?

KOR Mario Germano (BKA): Es hat sich zeitlich exakt so genau überschritten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das sind drei; das ist das Problem, ja, genau. Okay. - Sie hätten sie früher oder später auch gefunden. Wenn jetzt unser Ermittlungsbeauftragter nicht gewesen wäre, hätten Sie sie wenige Wochen danach auch gefunden. Kann man davon ausgehen? Beruhigen Sie mich ein bisschen, bevor ich den Saal verlasse.

(Dr. Eva Högl (SPD): Uns alle,
bitte!)

KOR Mario Germano (BKA): Also, wir haben ja genau zu diesem Zweck die Digitalisierung der Daten in Auftrag gegeben, um genau derartige Recherchen durchzuführen. Das findet sich auch in den entsprechenden Auftragslagen bei uns bei der Digitalisierung so wieder. Also, es war genau der Sinn und Zweck dieser Arbeiten, die dann im BKA vorgenommen worden sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Entschuldigung. Herr Germano, haben Sie die Digitalisierung nicht hausintern bewerkstelligt?

KOR Mario Germano (BKA): Doch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also intern in Auftrag gegeben?

KOR Mario Germano (BKA): Ja, intern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war jetzt eine kurze Irritation. - Herr Binninger fragt dann bitte weiter.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, ein Stück weit beruhigt, aber ja sicher eine Lehre für die Zukunft, dass natürlich Informationen nur dann helfen, wenn sie auch recherchefähig sind. Gell? Das ist da der Punkt.

Frau Baumert, mir fiel noch auf in den Akten, die wir zwar von Thüringen haben interessanterweise: MAT B TH-15, aber Kopfbogen BKA, ST 14. Ich muss kurz gucken, wer es unterschrieben hat - ein Kriminalkommissar, 10. März 2006. Und da geht darum, dass man versucht, eine E-Mail-Adresse zuzuordnen - ich weiß nicht, ob Ihnen das noch aus der Erinnerung heraus was sagt -, die bei Yahoo angemeldet war. Die E-Mail-Adresse lautete kleagle_sa@yahoo.de. Können Sie sich daran noch irgendwie erinnern?

Zeugin Angelika Baumert: 2006?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, das ist unser Dauerproblem, dass wir von den Zeugen Erinnerungsleistungen verlangen, und 2006 ist noch nicht ganz so lange her. Aber nicht? Sagt Ihnen nichts?

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da ging es um eine E-Mail-Adresse, die wohl von Heise genutzt wurde oder im Rahmen dieses Versandes, den er da hatte, W & B Records, WB-Versand. Sagt Ihnen das noch was?

Zeugin Angelika Baumert: Witwe-Bolte-Versand, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bitte?

Zeugin Angelika Baumert: Witwe-Bolte-Versand [sic!] heißt das Ding.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Witwe-Bolte-Versand [sic!]?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, das sagt Ihnen noch was?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und da ist eben - - Im Zusammenhang mit dieser Domain ist diese E-Mail-Adresse angegeben, und die hat man jetzt versucht zu ermitteln, wer die denn so auch genutzt hat oder als Nutzer infrage kommt, und dann erscheint hier auch ein Thomas - ich kürze den jetzt mal ab -, R., von dem wir es heute auch

schon mal hatten. Frage jetzt auch - das betrifft jetzt nicht Sie -: Hat man das weitergereicht, solche Erkenntnisse, jetzt auch an BAO „Trio“? Das läuft auch bei Ihnen, die EG „Trio“, jetzt im Moment, haben Sie gesagt?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie noch mal dran gedacht, da vielleicht die Personen, die jetzt dort vernommen werden, mit denen, die hier relevant waren, abzugleichen?

Zeugin Angelika Baumert: Ich hatte mit diesen Personen nichts zu tun.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, wir auch nicht. Also Gott sei Dank, muss ich sagen, aber - -

(Dr. Eva Högl (SPD): Man könnte auf die Idee kommen!)

Wir hatten es von dem heute auch schon ein paarmal und am Montag, glaube ich, auch, also, wenn das der Gleiche ist. Aber das wäre jetzt interessant, zu erfahren, ob das - - wer hier da so eine E-Mail-Adresse betreibt. Also, das sagt Ihnen nichts, Thomas R.?

Zeugin Angelika Baumert: Thomas Richter wahrscheinlich; gehe ich mal von aus, dass Sie den meinen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, das lassen wir mal dahingestellt. Aber das haben Sie nicht abgeglichen jetzt mit Ihren laufenden Ermittlungen bei der EG „Trio“, dass der damals aufgetaucht ist?

(Die Zeugin zuckt die Schultern)

- Aber Sie nehmen es bitte mit, wenn Sie nach Hause gehen, -

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - dass man vielleicht noch mal darauf guckt, was es für einen Grund haben könnte.

Dann wurde sichergestellt - - Auch das fiel mir auf, und ich wollte Sie fragen, ob man das irgendwie ausgewertet hat, weil - - Ich will was vorausschicken: Wenn man jede Menge Asservate sicherstellt, macht es ja im Endeffekt nur Sinn, wenn man sie auch auswertet. Wenn Sie nur nach einem bestimmten Beweismittel suchen, muss man nicht

einen Lkw vollpacken, und wenn Sie die Asservate sicherstellen, muss man sie auch auswerten und Schlüsse daraus ziehen. Oder täusche ich mich da?

Zeugin Angelika Baumert: Das Gros waren über 2 000 CDs, die halt in das Zufallsverfahren reingegangen sind und gar nicht in diesem Verfahren ausgewertet wurden. Das war ein ganz anderes Verfahren, in dem diese CDs dann ausgewertet wurden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Schon klar, aber Sie nehmen ja bei den Verdächtigen oder Beschuldigten Gegenstände, Dinge mit, wo man sich ja fragen muss: Warum nehmen Sie sie mit?

Zeugin Angelika Baumert: Gut, man hat den Durchsuchungsbeschluss, und da steht halt drin, was mitzunehmen ist, und da wurden dann halt auch DAT-Kassetten und sonst was aufgezählt. Es wurden schriftliche Unterlagen aufgezählt, und danach hat man halt die Sachen eingesammelt dann.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, aber mit dem Einsammeln alleine ist es ja nicht getan.

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sonst haben Sie ja keinen Nutzen davon. Einsammeln und in einen Karton reinmachen und einen Kleber darauf, und dann liegt es in der Asservatenkammer: Das bringt ja nichts.

Zeugin Angelika Baumert: Na gut, wenn man es auswertet, stellt man oftmals dann fest, dass es gar nicht den Inhalt hat, den man sich davon versprochen hat, und auch nicht den Beweiswert dann halt bringt, und schreibt dann halt dementsprechend auch den Auswertungsvermerk dazu, weil derjenige, der das damals eingesammelt hat, hat das wahrscheinlich unter einem ganz anderen Aspekt eingesammelt als derjenige, der es hinterher auswertet.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn es aber für was anderes interessant sein könnte, für ein anderes Verfahren, für neue Erkenntnisse, für eine andere Behörde: Wer entscheidet dann über diese Bewertung? Niemand? Oder hängt es vom Zufall ab?

Zeugin Angelika Baumert: Wenn es erkennbar für andere Behörden ist, also ein anderes laufendes Verfahren, wo man das einbringen kann, dann ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, was mir hier neben dem nicht ausgewerteten Notizbuch und den nur sporadisch ausgewerteten Diktierbändern auch noch auffiel, war, dass man handschriftliche Notizen sichergestellt hat, die Empfehlungen geben für konspiratives Verhalten. „Eine Verfahrensrelevanz ist nicht ersichtlich“ (?): D'accord bei dem Vorwurf, um den es ging. Ich habe das auch durchgelesen.

Ich will es hier gar nicht vorlesen, weil ich sage: Darauf muss man erst mal kommen. Das verlangt fast ein bisschen Insiderkenntnisse über polizeiliche Methoden, dieser Empfehlungskatalog hier, wie man sich zu verhalten hat. Das ist schon beachtlich, finde ich, was hier zusammengestellt wird, wie man sich verhalten sollte, wenn man Ruhe haben will vor Staatsanwaltschaft und Polizei. Das haben Sie aber jetzt nicht irgendwie noch mal bewertet oder - -

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Nein. Wie kommt man darauf?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

Also, für mich war das jetzt bei der ersten Durchsicht so der Eindruck: Diese ganzen Detailinfos kann man vielleicht, wenn man viel Erfahrung hat mit polizeilichen Maßnahmen, irgendwann sich aneignen durch bittere Erfahrung, oder irgendjemand sagt es einem mal. Ich weiß nicht, wo man so was herhaben kann. Aber es ist sehr präzise, sehr detailliert, und es sind wirklich die Punkte, wo man jetzt sagen würde: Jawohl, darauf guckt die Polizei, darauf guckt die Staatsanwaltschaft zuerst, und darauf kommt man, wenn man irgendwo Überwachungsmaßnahmen schaltet, und wenn man sich daran hält, kann man vielleicht durchs Netz schlupfen. - Aber hat Sie jetzt nicht - - Aus den gleichen Gründen für das Verfahren nicht relevant, und dann wieder abgelegt? - Ja.

(Der Vorsitzende hält Unterlagen hoch)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine kurze Zwischenfrage: Haben Sie zur Kenntnis genommen dieses Asservat, eine Schrift von „Blood & Honour“ von einem Max Ham-

mer mit dem Titel „Der Weg vorwärts“? Das ist ebenfalls sichergestellt worden bei der Durchsicherung.

Zeugin Angelika Baumert: Ich weiß jetzt nicht - - Ich kann es nicht genau erkennen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist so eine kleine Broschüre, eine Übersetzung. Da steht auch hinten drauf, also letzte Seite: „Für die deutsche Ausgabe danke ich“ - und dann unter anderem „Thorsten & Nadine“. Wie hieß die Frau oder Lebensgefährtin von Thorsten Heise?

Zeugin Angelika Baumert: Die heißt Nadine.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ach, die hieß Nadine? - Okay. Also, für die deutsche Ausgabe wurde, mutmaßlich jedenfalls, Thorsten und Nadine Heise gedankt. Es reicht eigentlich, wenn man das mal überfliegt. Da steht drin, dass die Produktion von Musik-CDs ein wunderbarer Weg ist, um Geld für Waffenbeschaffungen zu akquirieren und damit den bewaffneten Kampf gegen das System und gegen die Demokratie zu führen. Haben Sie nicht zur Kenntnis genommen?

Zeugin Angelika Baumert: Doch, zur Kenntnis genommen habe ich das schon. Aber das gehörte damals auch, glaube ich, schon zum „Blood & Honour“-Verfahren. Da ist es auch schon genannt worden. Das ist ja nicht erst mit dem Zeitpunkt auf den Markt gekommen, dieses - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Also hatte keine Relevanz für das, was Sie interessiert hat, nämlich dieses Thema CD-Produktion?

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann habe ich es richtig verstanden, okay. - Herr Binniger, bitte.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wie ist eigentlich das Verfahren ausgegangen, das Sie da ja doch mit hohem Aufwand betrieben haben? Wissen Sie das zufällig?

Zeugin Angelika Baumert: Dieses Heise-Verfahren ist nach § 154 eingestellt worden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Eingestellt?

Zeugin Angelika Baumert: Eingestellt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Jetzt haben Sie mit einem hohen Aufwand, Frau Zeugin, ermittelt, und das Verfahren wurde eingestellt.

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Gleichzeitig werten Sie jedenfalls nach der Kurzabschrift einen Vermerk aus oder lesen einen Vermerk über ausgewertete Bänder. Sie haben vorher auf die Nachfrage von der Kollegin Dr. Högl gesagt: „Ja, also vermutlich wurden die mitgeschrieben“, und ohne dass jetzt diejenigen, die das Telefonat noch mit - - oder die Teilnehmer des Telefonats waren, davon wussten, dass diese Bänder angefertigt wurden, also dieses Gespräch. Das ist doch ein Straftatbestand - oder? -, der hier erfüllt wurde vom Herrn Heise,

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja!)

nämlich das Anfertigen dieser Bänder, ohne dass die anderen Gesprächspartner davon wussten? Würden Sie denn das teilen?

Zeugin Angelika Baumert: Müsste ich jetzt mal nachdenken, aber wüsste ich jetzt im Moment nicht.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Mal andere Frage: Als Sie damals die Durchsuchungen vorgenommen hatten: Wussten Sie denn, wie derzeit der Herr Heise beispielsweise - - ob gegen ihn irgendeine Verurteilung ausgesprochen wurde?

Zeugin Angelika Baumert: Also, Herr Heise war oft Gegenstand von Verfahren. Soweit ich weiß, lief zu dem Zeitpunkt irgendein Berufungsverfahren noch mal bei ihm - ein Revisionsverfahren, glaube ich, auch noch.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Wussten Sie, dass gegen Herrn Heise - - dass er am 23.02.2006 vom Amtsgericht Northeim verurteilt wurde wegen Volksverhetzung zu einer Bewährungsstrafe?

Zeugin Angelika Baumert: Ich glaube, das war aber nicht ganz - - Die Bewährung: Ich weiß jetzt nicht, ob das das letzte Verfahren war. Dass er also die Bewährungszeit hatte bis 2012, das glaube ich nicht.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja. Also, das Urteil wurde erst November 2008 rechtskräftig; das ist richtig. Aber wenn ich eine Durchsuchung durchführe bei jemandem, der gleichzeitig auf Bewährung verurteilt wurde - das Urteil ist noch nicht rechtskräftig -, und ich gleichzeitig wahrnehme aufgrund von Ermittlungen im Zuge eines Verfahrens, dass hier unter Umständen ein weiterer Straftatbestand erfüllt wird: Führt das nicht dazu, dass man sich überlegt: „Na ja, vielleicht hat das ja Auswirkungen auf den Prozess“, dass man vielleicht über diese Schiene noch mal sich überlegt, dass diese Bänder ja, das, was ich da lese, durchaus doch Relevanz haben könnten?

Zeugin Angelika Baumert: Na ja, zu dem Zeitpunkt liefen mindestens drei Verfahren gegen Herrn Heise.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja. Aber ein Urteil, das beschlossen wurde als Bewährung, und dann kommt zusätzlich noch jedenfalls die Möglichkeit der Erfüllung eines weiteren Straftatbestandes: Das löst bei Ihnen nichts Weiteres aus, was zu veranlassen wäre, oder hat damals nichts ausgelöst?

Zeugin Angelika Baumert: 2009 nicht mehr, nein.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Keine weiteren Fragen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Diese Einstellung nach § 154 StPO - jetzt verkürzt, weil es eben im Verhältnis zu einer anderen Straftat, wegen der er verurteilt wurde, eine nebensächliche Straftat ist, untechnisch gesprochen -: Die waren aber beide, glaube ich, aus dem gleichen Zeitraum. Wie lange lief denn Ihr Verfahren, bis Sie die Anzeige abgegeben haben an die Staatsanwalt-

schaft? Wissen Sie das noch? Wann fing es an?

Zeugin Angelika Baumert: Das Verfahren?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Angelika Baumert: Also, das haben wir abgegeben Mitte 2009.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wann fing es denn an?

Zeugin Angelika Baumert: Das Verfahren fing an - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn Sie ein bisschen näher ans Mikro kommen würden! Sonst höre ich Sie nicht.

Zeugin Angelika Baumert: Also, das Ursprungsverfahren, also von Frankfurt, fing 2006 an.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und infolgedessen haben Sie 2007 durchsucht?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es danach noch weitere strafprozessuale Maßnahmen oder Ermittlungshandlungen, die aufwendig waren?

Zeugin Angelika Baumert: Gegen Herrn Heise?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. In diesem Verfahren.

Zeugin Angelika Baumert: In diesem Verfahren nicht, nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was - - Gab es aufwendige Zeugenvernehmungen, die Sie machen mussten?

Zeugin Angelika Baumert: Wir haben also - das war noch vor der Abtrennung - die ganzen Zeugenvernehmungen gemacht, halt von Dezember 2007 bis Mitte 2008.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und 2009 haben Sie es dann vorgelegt?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was hat das Verfahren in dem Jahr gemacht? Geruht und gereift oder - -

Zeugin Angelika Baumert: Nein, wir hatten ja danach die Asservatenauswertung gemacht, von Mitte 2008 bis Anfang 2009.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, einen Teil der Asservate haben Sie ausgewertet, wie wir jetzt ja festgestellt haben heute Abend.

Zeugin Angelika Baumert: Ja. Also, es wurden dann auch noch Finanzermittlungen weiter zu Ende gemacht. Es wurde halt dann auch noch ein Sachstandsbericht geschrieben dazu; das musste ja auch noch gemacht werden. Die TKÜ musste dann noch mal nachgehört werden, um einen Sachstandsbericht auch dazu zu schreiben, und das ist dann halt alles gemacht worden bis dahin.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Damit es am Ende eingestellt wird. Ist das eine normale Verfahrensdauer für so ein Delikt, oder war es doch etwas länger als normal?

Zeugin Angelika Baumert: Bei CDs, also - - Na ja, in dem Fall war es vielleicht ein bisschen länger, weil das hing halt damit zusammen, dass es erst vorher in dem anderen Verfahren drin war und dann halt abgetrennt wurde; denn gegen Herrn Heise alleine wurde ja erst ab Mitte 2008 ermittelt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. Hätte es denn mal zwischendrin Sinn gemacht, sich mal mit der Staatsanwaltschaft abzustimmen, bevor man hier drei Jahre Ermittlungen und alles Mögliche - - dann am Ende den lapidaren Bescheid kriegt: Es wird eingestellt nach § 154?

Zeugin Angelika Baumert: Also, ich meine, die Staatsanwaltschaft ist ständig eingebunden. Die wusste ja, was so in dem Verfahren los war. Sie haben - - Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat ja auch die Abtrennung verfügt von ihm. Also die war die ganze Zeit mit eingebunden. Das ist klar; sie ist die Herrin des Verfahrens.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. Aber das Ergebnis kann ja bei diesem Aufwand, bei dieser Dauer - und jetzt ist für mich wirklich nicht ganz erkennbar, warum es so lange gedauert hat, erst recht nicht, da wir hier ja dann wieder sagen, die Asservate wurden nicht alle in dem Maße ausgewertet; Sie haben sich auf die CDs gestützt, ein Stück weit nachvollziehbar - doch aber nicht zufriedenstellen.

Das kann doch keine Ermittlungsarbeit sein, die wir irgendwie weiter so haben wollen - oder täusche ich mich da? -: Wir ermitteln mal munter drauflos, machen neun Monate TKÜ, machen eine große Durchsuchung, machen 2 000 Asservate, die Hälfte werten wir nicht aus, irgendwann kommen die Vernehmungen, dann kommt der Bericht, und nach zweieinhalb Jahren legen wir vor, und dann kriegen Sie die Rückmeldung: Eingestellt.

Zeugin Angelika Baumert: Tja, ich hätte auch lieber eine Verurteilung gehabt, aber Staatsanwaltschaft hat gesagt: Also, es reicht wohl nicht.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bundesanwalt!)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Angelika Baumert: Es ist dann halt nicht zur Anklage gekommen, also, das gegen Heise an sich. Im Waffenverfahren: Da ist Anklageschrift geschrieben worden, ist auch vor Gericht erst gegangen. Da ist allerdings vom Gericht dann nach § 154 eingestellt worden.

Wir hatten dann noch mal einen Hinweis auf angebliche Waffenfunde beim Heise - oder Waffenverstecke; das ist aus 2009. Das ist nach § 170 II eingestellt worden dann.

Und das CD-Verfahren: Da kenne ich den Ausgang noch nicht einmal.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist das im Strafprozess!)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt sind Sie ein Stück weit - das war meine letzte Frage - eingebunden in die - - Jetzt ist noch eine Ermittlungsgruppe „Trio“. Ist das richtig?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Aufgabe von Verteidigern, möglichst viel wegzuräumen!)

- Ja, ja, ist schon klar, da drüben.

(Weiterer Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Zuruf der Abg. Dr. Eva Högl (SPD))

- Ja, ja, schon verstanden. - Sie sind jetzt eingebunden in die Arbeit der Ermittlungsgruppe „Trio“. Ist das richtig?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie da jetzt aus alten Verfahren oder wie auch immer Erkenntnisse gewinnen können, die Sie einfließen lassen, oder wie muss ich mir da die Arbeit jetzt vorstellen?

Zeugin Angelika Baumert: Ich bin in der Aktenführung. Ich baue die Akten auf. Was also die anderen anliefern, kommt dort rein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Ich habe keine Fragen mehr und will mich auch gleich entschuldigen, dass ich gehe. Das soll nicht unhöflich sein, aber wir haben drüben im Plenum noch zweite, dritte Lesung, und da muss ich noch eine Rede halten. Deshalb bin ich jetzt gleich weg. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber es gehen nicht alle, Frau Baumert.

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Kollege Stracke bleibt hier!)

Das Fragerecht hat jetzt zunächst die SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, wir sind ja noch da.

(Zuruf)

- Genau. - Frau Baumert, mich würde mal interessieren, ob Ihnen sofort die Namen in Erinnerung gekommen sind oder der Zusammenhang mit Heise, als Sie im November 2011 davon gehört haben, dass es NSU gab -

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): - und die Zusammenhänge.

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie da dann noch mal drüber nachgedacht - also, Sie haben ja öfter mit Rechtsextremen zu tun -, und ist Ihnen das irgendwie in Erinnerung, oder haben Sie überlegt: Könnte es da Zusammenhänge geben zu den Dingen, die ich bisher dienstlich am Wickel hatte?

Zeugin Angelika Baumert: Das ist also so eine Vielzahl von Vermerken, die man da hat und alles. Also, jeden einzelnen behält man nicht mehr im Kopf - und auch die einzelnen Namen dann nicht mehr.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. - Wie wichtig war denn so, wenn Sie das so schauen, Ihre Arbeit? Wie wichtig war denn das Heise-Verfahren oder Heise als Person innerhalb der rechtsextremen Szene, wenn Sie das mal bewerten sollten?

Zeugin Angelika Baumert: Also, Heise ist auf jeden Fall eine wichtige Person im Bereich der Musik - das steht fest -, also sein Betrieb dort, und er ist natürlich auch dadurch, dass er halt auch eine Führungsperson mit in der NPD ist, dort eine wichtige Person.

Dr. Eva Högl (SPD): Also ein durchaus wichtiges Verfahren?

Zeugin Angelika Baumert: Von der Person her, aber von dem Verfahrensinhalt halt nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Vom Verfahrensinhalt nicht?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Können Sie das noch mal erläutern, bitte?

Zeugin Angelika Baumert: Es ging halt, wie gesagt, um fünf CDs dort, und diese Verfahren werden strafrechtlich nicht so hoch angesehen halt, zumal es ja - -

Dr. Eva Högl (SPD): Nun ist ja schon richtig: Hier sitzt nicht der Generalbundesanwalt und nicht die Bundesanwaltschaft. Das wollen wir auch sorgfältig trennen und so. Aber gibt es da irgendeine Form von Ehrgeiz und Engagement, zu sagen: Jetzt packe ich den aber, auch wenn es nur um

fünf CDs geht, jetzt versuche ich, da was rauszufinden, -

Zeugin Angelika Baumert: Natürlich.

Dr. Eva Högl (SPD): - was dann reicht für ein Urteil möglicherweise?

Zeugin Angelika Baumert: Keiner ist glücklich, wenn er also ein Verfahren hat, das hinterher sozusagen den Bach runtergeht, und man weiß, es endet im § 170 II oder im § 154. Da ist keiner glücklich drüber.

Dr. Eva Högl (SPD): Was ich nur jetzt nicht verstanden habe in der bisherigen Befragung: Wissen Sie - - Also, die Bänder werden viel zu spät ausgewertet. Sie werden nicht sofort - - Sie haben gesagt, Sie haben keine Zeit gehabt, die hat Ihnen gefehlt. Also, die Bänder werden nicht ausgewertet.

Dann gibt es - - werden gefunden Straftatbestände, § 201. Ich habe ja eben schon danach gefragt. Das wird aber an die Seite gelegt und gesagt: Interessiert uns nicht so. - Also das ist dermaßen unengagiert, dass ich mich gerade frage - - Vor dem Hintergrund, wenn droht, dass es eingestellt wird - und Sie haben da ja schon Erfahrung mit gemacht, dass eingestellt wird -, wundert mich, dass Sie da nicht gesagt haben: Wir suchen jetzt aber mal alles zusammen, was vielleicht dann doch zu einer Verurteilung reicht.

Zeugin Angelika Baumert: Das Verfahren ging jetzt um diese CDs. Da hätte uns das nicht weitergeholfen.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, aber man findet ja vielleicht - -

Zeugin Angelika Baumert: Wir hätten das nicht weiter am Leben erhalten können damit.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. - Nein, das habe ich schon verstanden. Das ist ja auch getrennt worden, CDs und Waffen usw. Das habe ich alles verstanden. Nur: Deswegen habe ich ja gefragt, was für eine Bedeutung Heise auch hatte.

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich will nur verstehen, warum Sie dann nicht möglicherweise

die Bänder auch als Ausgangspunkt genommen haben, um vielleicht ein anderes Verfahren einzuleiten.

Zeugin Angelika Baumert: Also, wir haben mit den anderen auch schon Schiffbruch praktisch erlitten; da ist ja auch nicht viel bei rumgekommen. Also, das hätte uns wahrscheinlich in dem Zusammenhang, in diesem Verfahren auch nicht weitergeholfen. Das wäre das Problem gewesen.

Dr. Eva Högl (SPD): Wenn Sie heute auf Ihre Arbeit damals schauen - wir haben ja das Problem, dass wir es hier an ganz vielen Stellen mit unterschiedlichen Fehlern oder so zu tun haben -: Gibt es irgendwas, was Sie selbst mit dem Blick von heute an Ihrer Arbeit kritisieren würden oder wo Sie sagen würden: „Das würde ich beim nächsten Mal anders machen“ oder: „Da müsste man etwas verändern“, meinetwegen in den Rahmenbedingungen oder in der Zusammenarbeit oder in den Gesamtumständen, unter denen Sie gearbeitet haben?

Zeugin Angelika Baumert: Also, ich würde zusehen, dass ich vielleicht mehr Zeit bekommen würde, um halt das wirklich intensiver auswerten zu können, aber - -

Dr. Eva Högl (SPD): Hätte auch nichts gebracht?

Zeugin Angelika Baumert: Ich weiß es nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat Herr Rix noch Fragen?

Sönke Rix (SPD): Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: FDP-Fraktion? - Herr Tören.

Serkan Tören (FDP): Nur eine Nachfrage nach den Bändern. Sie haben ja die Bänder 2009 nicht der Staatsanwaltschaft Mühlhausen geschickt, sondern, soweit ich weiß, sind einfach die Aktenbände dann übergeschickt worden, aber nicht die Ton- -

Zeugin Angelika Baumert: Die Asservate sind bei uns in die Asservatenkammer

eingelagert worden. Das ist der normale Vorgang.

Serkan Tören (FDP): Wo sind die jetzt?

Zeugin Angelika Baumert: Die liegen in der Asservatenkammer.

Serkan Tören (FDP): Immer noch?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Serkan Tören (FDP): Zugriff ist drauf möglich, immer noch?

Zeugin Angelika Baumert: Wie bitte?

Serkan Tören (FDP): Ist der Zugriff auf diese Bänder noch möglich?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Serkan Tören (FDP): Ein Wortlautprotokoll ist aus diesen Bändern gemacht worden, oder was ist da genau aufgezeichnet worden dann schriftlich?

(Zuruf: Die haben die Bänder ignoriert!)

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Serkan Tören (FDP): Ach so.

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Serkan Tören (FDP): Alles klar. - Danke.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird ein Jahrhundert später gemacht!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Linksfraktion? - Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Frau Baumert - - Also, spontan fällt mir ein, übrigens noch mal auch an die Kollegen gerichtet: Wir sollten doch noch einmal darüber nachdenken, ob der Deal im Strafprozess vielleicht wieder abgeschafft werden sollte. Also, wenn davon so reichlich Gebrauch gemacht wird - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat mit Deal nichts zu tun!)

- Na, aber irgendwo geht es in die Richtung auch. Wir hatten ja gerade die Diskussion.

Ich habe noch mal eine Frage zu dem Vermerk. Der war ja nun recht oberflächlich angefertigt - das hatten wir schon festgestellt -, möglicherweise auch nicht nach den Regeln der kriminalistischen Kunst angefertigt, könnte ich mir gut vorstellen. Würden Sie die Einschätzung teilen?

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Jens Petermann (DIE LINKE): Dennoch enthält der Vermerk einige Aussagen, die zumindest aus unserer Sicht relevant sind und aus Ihrer Sicht nicht relevant waren. Hätte man aber wenigstens aus fachlicher Vorsorge oder Fürsorglichkeit die Ergebnisse dieser Liste noch mal durch ein elektronisches System, also NADIS zum Beispiel, jagen müssen, um vielleicht mal zu gucken, ob da noch irgendein Treffer gelandet wird, der vielleicht für andere Verfahren relevant ist, in anderen Behörden, bei LKAs oder wo auch immer? Wäre das möglich gewesen?

Zeugin Angelika Baumert: Äh - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, wir haben hier zum Beispiel auch Namen in diesem Vermerk, nicht.

Zeugin Angelika Baumert: Die Namen abzufragen - - Ich gehe davon aus, dass es eigentlich üblich ist, das abzufragen. Ich weiß jetzt nicht, ob es damals passiert ist und ob der Sachbearbeiter das gemacht hat.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das müsste aber dokumentiert sein, wenn es gemacht worden wäre.

Zeugin Angelika Baumert: Eigentlich nicht, weil ich kann auch selber abfragen.

(Zuruf: So viel zum Thema Zentralisierung!)

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, Sie haben selbst - -

Zeugin Angelika Baumert: Und wenn ich selber meine Abfrage mache, dokumentiere ich mir das auch nicht, wenn eine Negativauskunft kommt.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie haben selbst jedenfalls nichts abgefragt?

Zeugin Angelika Baumert: Ich habe die Auswertung ja nicht gemacht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Aber es ist auf Ihre Anweisung hin erfolgt. Also, Sie haben zumindest die Verantwortung auch für das Ergebnis gehabt?

Zeugin Angelika Baumert: Ja. Im Prinzip ja.

Jens Petermann (DIE LINKE): Insofern müssen Sie sich das natürlich auch zurechnen lassen.

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ging es Ihnen damals einfach nur darum, aus Arbeitsdruck, Erledigungsdruck oder warum auch immer, die Asservatenliste einfach nur noch abhaken zu können, um die Sache zu den Akten zu legen? Ich hatte zumindest den Eindruck, dass Sie das vorhin so in die Richtung geschildert haben.

Zeugin Angelika Baumert: Gut, also, dass man alle Verfahren bis zu Ende macht, ist klar. Dazu gehört auch, dass ich natürlich auch alle Asservate mir angucke, zumindest dann halt sage: „Na gut, ich richte das jetzt ganz strikt an das Verfahren aus und werte auch da nur noch nach aus“, wenn ich also weiß, es kommt halt nicht mehr so viel dabei rum.

Jens Petermann (DIE LINKE): Na gut, wann weiß man das, dass nicht mehr viel bei rumkommt? Das weiß man doch eigentlich erst, wenn man die letzten Asservate ausgewertet hat, oder?

Zeugin Angelika Baumert: Ja, es - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Theoretisch kann ja noch eine Spur auftauchen, die relevant ist.

Zeugin Angelika Baumert: Theoretisch ja. ... (akustisch unverständlich) Wenn also wirklich was von hier, von den CDs darauf gewesen wäre, dann hätten wir natürlich auch diese Passagen halt - - Wortprotokolle

von angefertigt. Aber hier war von Landes-NPD die Rede usw. und - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Das war für Sie nicht von Interesse. Für andere wäre es möglicherweise von Interesse gewesen. Aber auf die Idee zu kommen, dass man dann andere dran teilhaben lässt an diesen Asservaten oder an diesen Erkenntnissen, sind Sie offensichtlich nicht gekommen.

Wie war denn die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Mühlhausen in diesem Verfahrenskomplex?

Zeugin Angelika Baumert: Die sind ja erst ziemlich spät an das Verfahren rangekommen; die haben das ja erst im August 2008 auch bekommen, dadurch dass die Abtrennung war, und Vorgaben an sich von der Staatsanwaltschaft sind da nicht gekommen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, es gab ja irgendwie so circa 15 Bände Ermittlungsergebnisse, die das BKA damals geliefert hat, und - -

Zeugin Angelika Baumert: Ja.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, man gewinnt zumindest den Eindruck nach der Aktenlage, dass sich die Staatsanwaltschaft nicht so wirklich mit den Ergebnissen, die Sie da geliefert haben, also mit Ihren Ermittlungsergebnissen, auseinandergesetzt hat. Würden Sie das teilen?

Zeugin Angelika Baumert: Das weiß ich nicht, was die Staatsanwaltschaft damit gemacht hat.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das haben Sie auch nicht mehr nachverfolgt?

Zeugin Angelika Baumert: In dem Augenblick, wo wir die Akten abgegeben haben und für uns sozusagen gesagt haben: „Die Ermittlungen sind zu diesem Verfahren abgeschlossen“, sind die natürlich an die Staatsanwaltschaft gegangen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Gab es da noch mal Rückfragen?

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Nicht. Oder Hinweise, Nachermittlungen oder so was?

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Auch nicht. Also, wir haben den Eindruck: Obwohl Heise eine ganze Reihe von Vorstrafen hatte, ist er den Strafverfolgern immer wieder entglitten. Würden Sie diesen Eindruck teilen? Haben Sie eine Erklärung dafür?

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Es gibt ja - - Also, in diesem Ausschuss hat man eine ganze Reihe von Nazis in führenden Positionen erlebt, also Erkenntnisse dazu gewonnen, speziell Nazis, die als V-Leute unterwegs waren für Verfassungsschutzämter und auch als Informanten der Landeskriminalämter. Gab es jemals Ihrer Erinnerung nach Interventionen im Verlauf des Ermittlungsverfahrens durch andere Behörden, durch das Bundesamt für Verfassungsschutz beispielsweise, den BND oder Landesämter oder das eine oder andere LKA? Gab es irgendwelche Einflüsse, denen Sie ausgesetzt waren?

Zeugin Angelika Baumert: Nein. Ist mir jedenfalls nicht bekannt.

Jens Petermann (DIE LINKE): Hintergrund ist, dass es immer wieder Gerüchte gegeben hat, dass Heise mit Verfassungsschutz und Polizei kooperieren würde.

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sagt Ihnen nichts?

Zeugin Angelika Baumert: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Nein.

Zeugin Angelika Baumert: In den Verfahren eigentlich nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Haben wir noch Zeit?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine Minute, ja.

(Dr. Eva Högl (SPD): Sie kriegen noch eine von mir!)

Jens Petermann (DIE LINKE): Haben Sie mit dem Kriminalkommissar Trzcinski gesprochen, nachdem er den Abschlussvermerk zur Auswertung der Heise-Bänder geschrieben hat?

Zeugin Angelika Baumert: Damals, als er den abgegeben hat?

Jens Petermann (DIE LINKE): Hm.

Zeugin Angelika Baumert: Also, ich habe laufend mit ihm gesprochen, weil es ja auch um andere Asservate ging.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, ein Satz in diesem Abschlussvermerk lautet wie folgt - der ist im Prinzip zwar faktisch richtig, aber, ich denke, doch sehr fatal -:

Eine unmittelbare Verfahrensrelevanz ist nicht ersichtlich.

Haben Sie das mal nachgeprüft? Ist das irgendwie mal besprochen worden, dieses doch sehr deutliche Ergebnis seiner Auswertung?

Zeugin Angelika Baumert: Ich habe mir das durchgelesen wahrscheinlich damals und stand wahrscheinlich auf dem gleichen Standpunkt da.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, Sie haben es dann einfach gegengezeichnet, und da war das für Sie erledigt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, Sie hätten jetzt die Gelegenheit, für Ihre Fraktion Fragen zu stellen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe schon seit mehreren Stunden keine Fragen mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Dann frage ich mal, ob es weitere Fragen gibt. Die Unionsfraktion? - Herr Stracke, bitte.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Frau Zeugin, die Vernehmung zeigt mir, dass der Ruf

nach Zentralisierung, insbesondere was Bundesämter angeht, nicht unbedingt eine Quelle und Ausfluss von Qualität sein muss. Also, wenn ich mir insgesamt mal anschau die Frage der Auswertung der Mundlos-Liste, dann die Waffenspur, dann hier die Heise-Bänder - - Also, überall wo man da beim BKA hinguckt, sieht man jetzt nicht unbedingt, dass die Dinge so abgearbeitet werden, wie man sich das grundsätzlich vorstellt. Und dass man dann auch nicht darauf kommt, wenn ich am Ende aller Tage zum Ergebnis komme, dass hier das Verfahren dann eingestellt werden muss oder die Staatsanwaltschaft es einstellt, dass ich dann unter Umständen auf die Idee komme, Widerruf der Bewährung wäre ja wenigstens das Kleine, was ich ja noch haben könnte, weil ich über den § 201 StGB ja vielleicht da weiterkomme, das finde ich natürlich äußerst bedrückend und schade.

Wir wollen ja auch da Schlussfolgerungen daraus ziehen, nicht nur die Frage, dass man unter Umständen diesen Ruf nach Zentralisierung unter Umständen bei dem einen oder anderen noch mal kritisch hinterfragen könnte, sondern zum anderen auch, was mir so scheint, die Arbeitsteiligkeit des Vorgehens bei Ihnen im Bundeskriminalamt vielleicht auch eine Quelle des Problems sein könnte. Sie müssen mir jetzt da vielleicht noch mal ein bisschen helfen.

Ich habe jetzt so den Eindruck gewonnen, Sie haben den Auftrag bekommen: Werte aus diese CDs, all diese Vorgaben, damit wir hinsichtlich dessen, was wir uns überlegt haben, ob wir da bei Heise unter Umständen ein Strafverfahren dann auch einleiten können bzw. dann zum Erfolg führen können - - Und alle Aspekte daneben werden ausgeblendet, weil ich mich vor allem auf diesen Auftrag konzentriere. Gehe ich da in irgendeiner Weise fehl in der Annahme?

Zeugin Angelika Baumert: Das Verfahren gibt mir ja die Möglichkeit, auch in dieser Richtung nur eigentlich zu arbeiten. Ich habe ja die Straftat, um die es hier geht, die aufzuklären ist, nicht die Person. Es ging ja nicht um ein Personenverfahren gegen Heise.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja. Das ist ja nachvollziehbar und verständlich. Nur, dennoch schauen Sie sich diese Dinge an unter diesem Gesichtspunkt, und all die weiteren Aspekte werden dann ausgeblendet und bleiben dann nur dem Zufall überlassen,

* Anmerkung des Stenografischen Dienstes: Die Fundstelle lautet: MAT B TH-15-V/1, Blatt 246 bzw. 309 (elektronische Paginierung).

wie der Kollege Binninger ja vorher nachgefragt hat: Wenn ich solche Erkenntnisse habe, gebe ich die dann weiter an Thüringen? Gebe ich die weiter an andere Behörden? - Das findet ja offensichtlich auch derzeit nicht statt, weil ich das nur unter diesem Aspekt habe.

Gibt es, anders herum gefragt, jemanden, der dann die Draufsicht hat? Wird sich darüber noch mal unterhalten: Ich habe im Übrigen noch A, B, C, D, E gefunden, jenseits des Verfahrens. Was machen wir denn damit? - Gibt es solche Gespräche mit Ihrem Vorgesetzten oder im Teamgespräch, oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeugin Angelika Baumert: Natürlich spricht man im Team darüber, was der Einzelne gefunden hat, was relevant sein kann.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Und dann?

Zeugin Angelika Baumert: Aber, wie gesagt - -

Stephan Stracke (CDU/CSU): Aber nur im Hinblick dann auf den konkreten Auftrag, und da wird das weiter bearbeitet, und der Rest bleibt liegen?

Zeugin Angelika Baumert: Nein, man hat ja hier auch dann festgestellt: Wir haben hier Waffen gefunden; versuchen wir also, da ein Waffenverfahren anzubringen. Wir haben hier noch CDs gefunden, die eigentlich nicht von dem Verfahren betroffen waren - es ging ja um ganz andere CDs dabei -, da noch ein Verfahren eingeleitet halt, diese Zufallsfunde, und das dann halt auch rausgenommen. Also, das hat man schon gemacht.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Hat dann jemand bei Ihnen im Referat die Draufsicht, der dann systematisch abfragt: „Was habt ihr noch gefunden, was machen wir damit?“?

Zeugin Angelika Baumert: Das macht eigentlich der Verfahrensführer selbst dann.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Der Verfahrensführer ist wer?

Zeugin Angelika Baumert: Das war vor mir der Herr Neumann, und danach war ich es.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Also, zunächst einmal Ihr Vorgesetzter. Oder wer ist das, der Verfahrensführer?

Zeugin Angelika Baumert: Natürlich rede ich auch mit meinem Vorgesetzten über das Verfahren, wie das halt läuft, was da für ein Ergebnis jetzt vorliegt, was droht, ob das jetzt also weiter haltbar ist usw. Das macht man natürlich.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja. Würden Sie denn im Lichte dessen, was wir jetzt gerade besprochen haben, sagen, dass man jetzt unter Umständen ein solches Verfahren, so wie es bei Ihnen derzeit abläuft, unter Umständen noch mal hinterfragen müsste, indem man sagt: „Geht uns da nicht irgendwas verlustig, irgendwelche Ansatzpunkte, Anhaltspunkte dafür, ein neues Strafverfahren einzuleiten, oder was für andere Behörden vielleicht als Zufallsfund irgendwie von Relevanz sein könnte?“?

Zeugin Angelika Baumert: Das haben wir ja soweit gemacht, nur halt diesen Aspekt jetzt, dass also die Bänder tatsächlich nach einem anderen Paragraphen noch zu machen wären - -

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

Stephan Stracke (CDU/CSU): Okay. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die SPD-Fraktion noch Fragen?

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Baumert, was mich so ein bisschen mit nicht so guten Gefühlen jetzt in den Rest des Abends gleich gehen lässt, ist, dass ich den Eindruck gewonnen habe - und ich bitte Sie, das zu bewerten, ob ich das völlig falsch sehe -, dass, wenn aktuell ein ähnlicher Fall wäre - da wird bei einem führenden Neonazi eine Durchsuchung veranlasst wegen des Verdachts auf Herstellung illegaler Tonträger; man findet ganz viel anderes Material -, man wahrscheinlich heute genauso agieren würde wie damals. Oder sehe ich das ganz falsch?

Zeugin Angelika Baumert: Es kommt darauf an, wie weit das andere Verfahren

gediehen ist und wie weit da die Beweislage ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Genau das meinte ich eigentlich, ja. Oder glauben Sie, dass man heute als BKA, wenn man in solchen Fällen zuständig wäre - - Also, man hat einen konkreten Anfasser, wonach man sucht. Man macht einen Beifang. Sie haben hier mit den Tonbändern klar einen Beifang gemacht und auch mit anderem Material, was da beschlagnahmt worden ist im Rahmen der Durchsuchung. Würde man heute anders agieren, oder würde man das Material auch nur darauf sichten, was ist jetzt in erster Linie relevant zum Beispiel für den Nachweis illegaler Tonträgerproduktion, und den Rest lässt man erst mal anderthalb Jahre liegen?

Zeugin Angelika Baumert: Wir haben es ja nicht bewusst anderthalb Jahre liegen lassen; wir kamen einfach nicht dazu, weil alles andere zog ja vor.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, glauben Sie denn, das wäre heute anders mit der Prioritätensetzung?

Zeugin Angelika Baumert: Also, ich bin immer gezwungen halt, wenn ich mehrere Verfahren habe, und bei einem habe ich jetzt U-Häftlinge einsitzen usw., dass ich dann sagen muss: Das hat jetzt Vorrang, ich muss also das zuerst abarbeiten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: War das denn nach Ihrem Dafürhalten reines Personalproblem oder ein Problem der Arbeitsweise eher?

Zeugin Angelika Baumert: Also, in dem Moment hatten wir halt, weil halt auch in unserem Referat halt nur dies Sachgebiet sich damit befassen konnte - - Wir konnten also nicht so viele andere Leute dabei kriegen. Gerade wenn man also nicht ein Verfahren hat, das also so wertig ist, dann kriegt man dann halt nicht jede Menge Personal dazu. Das muss halt irgendwie abgearbeitet werden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will mal heute doch schwer hoffen, dass, wenn man im Rahmen einer Durchsuchung Tonbänder dingfest macht, und da ist von Ter-

rorbewegung die Rede, dass man vielleicht dann doch - - Aber eben das ist meine Befürchtung, dass es heute genauso wäre.

Zeugin Angelika Baumert: Glaube ich eher nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Stracke hat noch eine Nachfrage.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Nur eine kleine Anmerkung, als Bonbon im Ergebnis: Das, was Sie aufgeführt haben, auch mit den Personalproblemen, das war im Übrigen genau der Zeitraum, in dem das BKA die „Ceska-Morde“ unbedingt haben wollte als Zuständigkeit.

Zeugin Angelika Baumert: Die wurden aber nicht bei uns bearbeitet, ST.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das wäre dann nicht bei Ihnen gewesen, ja. Das ist eine große Behörde.

Hat die FDP-Fraktion noch Fragen? - Die Linksfraktion? - Herr Ströbele nach wie vor nicht?

Frau Baumert, dann sind wir am Ende der Zeugenbefragung. Sie erhalten das vorläufige Protokoll mit der Möglichkeit zum Gegenlesen.

Ich beende dann hiermit die heutige Beweisaufnahmesitzung und wünsche noch einen im Rahmen des Möglichen angenehmen Abend.

(Schluss: 21.02 Uhr)

Dr. Helmut Rannacher

Stuttgart, 3. Mai 2013

**Stenografisches Protokoll der 65. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses am 18. April 2013**

Korrekturen

S. 43, linke Spalte unten, 4. Zeile	setze: ELCOM statt: LCOM
S. 43, rechte Spalte, Mitte, 2. Zeile	setze: den Medien statt: dem Medien
S. 44, linke Spalte, 2. Absatz, 7. Zeile	setze: Besuchsverkehr statt: Berufsverkehr
S. 46, linke Spalte, 3. Absatz, 8. Zeile	setze: Spionage abwehr statt: Spionageschutz
S. 48, rechte Spalte, Mitte, 4. Zeile	setze: behandelt statt: gehandelt
S. 53, linke Spalte, 1. Absatz, 9. Zeile	setze: des Leiters der Gruppe statt: der Quelle
S. 57, linke Spalte, unten, 5. Zeile	setze: , das Haus nicht verlassen hat statt: --
S. 62, linke Spalte, 9. Zeile	setze: ein Unterstützerfeld statt: einen ...
S. 62, linke Spalte, 13. Zeile	setze: lage im Neonazibereich statt: lage. Im ...
S. 67, linke Spalte, Mitte	setze: zwischen Polizei und ... statt: Partei und...